

# zivilschutz magazin





Blick in die Geschichte

Historische Katastrophen im Spiegel der Zeit

## Menschen sprangen in Panik von den oberen Galerien

Heute: Der Brand des Hoftheaters in Karlsruhe am 28. Februar 1847

Man hatte sich eingefunden im großherzoglichen Hoftheater in Karlsruhe, und eine große Zuschauermenge hatte bereits Platz genommen am frühen Abend des 28. Februar 1847. Plötzlich ein Aufschrei: In der Loge des Markgrafen war ein Feuer ausgebrochen, das innerhalb kürzester Zeit das gesamte Theater zerstörte. 63 Menschen kamen um bei diesem furchtbaren Brand.

Was war geschehen? Bei einer späteren Untersuchung stellte sich heraus, daß ein Hofdiener in der Loge des Markgrafen Wilhelm ein Gaslicht anzünden wollte. Als dieses nicht gleich brannte, löste der Hofdiener eine Schraube der Lampe. Sofort strömte das Gas aus und entzündete sich an dem Licht, das der Hofdiener in seiner Hand hielt. Voller Schrecken lief der Mann davon, um den Brand zu melden.

Das Feuer fraß sich schnell voran: Bald standen auch die Logenvorhänge in hellen

Flammen. Als nun der Haupthahn der Gasleitung abgesperrt wurde und das gesamte Theater vollkommen dunkel war, brach Panik unter den Zuschauern aus. Türen von der voll besetzten Galerie zum Gang waren verschlossen – in dem allgemeinen Durcheinander hatte niemand daran gedacht, sie zu öffnen. Endlich gab eine Tür den verzweifelten Anstrengungen der Menschen nach, und einige Theaterbesucher konnten sich in Sicherheit bringen, andere sprangen in panischer Angst von den Galerien in die Tiefe.

Die Türen zum Theatereingang aber waren auch verschlossen; so blieb nur noch der Fluchtweg über die Bühne. Durch die schlechte bauliche Beschaffenheit des Hoftheaters stand der gesamte Innenraum schnell in Flammen.

Draußen waren zahlreiche Helfer herbeigeeilt, die die große Rauchwolke gesehen

hatten. An eine Rettung des Theaters aber war nicht mehr zu denken. Es ging jetzt nur noch darum, das Feuer abzuhalten von den angrenzenden Gebäuden. Nach fünf Stunden war das Flammenmeer zwar gebändigt, aber viele Menschen waren tot . . .

Die Opfer des Unglücks hatten sich in Todesangst von den oberen Galerien in die Tiefe gestürzt, waren erstickt oder in der Dunkelheit zusammengebrochen. Die brennenden Holztreppe und die Flure konnten die Menschenmassen nicht mehr tragen, stürzten ein und rissen die Menschen mit in die Tiefe.

Dank des beherzten Eingreifens vieler Mutiger unter Lebensgefahr konnten noch viele Menschen gerettet werden. Doch für 63 Menschen kam jede Hilfe zu spät. Ihre sterblichen Überreste wurden auf dem Karlsruher Friedhof in zwei Gemeinschaftsgräbern beigesetzt.

So sah der Zeichner den Brand des Hoftheaters in Karlsruhe 1847  
Foto: Roden-Press





# zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Juli/August  
7-8/86

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5000 Köln 41 Ruf (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Jochen von Arnim  
Dorothee Boeken  
Günter Sers

## Layout:

Paul Claes

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei  
Postfach 120406, 5300 Bonn 1  
Ruf (0228) 546-0, Telex 17-2283687  
Teletex 2283687, Telefax 546-150

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5000 Köln 41  
Postfach 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60, Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

<b>Baden-Württemberg schuf Gesetz über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung</b>	<b>8</b>
<b>Feuerwehr und Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland</b> Festvortrag von Bundesinnenminister Dr. Zimmermann	<b>9</b>
<b>Mit vereinten Kräften den Ernstfall geprobt</b> Übung am Krankenhaus Meppen	<b>11</b>
<b>Die ausgetretenen Pfade verlassen – neue Wege gehen</b> Ein Kreisverband des Arbeiter-Samariter-Bundes stellt sich vor	<b>13</b>
<b>„Panikvorsorge sollte zum Ausbildungsprogramm der Ersten Hilfe gehören“</b> Fachleute befassen sich mit dem Problem Panik	<b>18</b>
<b>Eine Akademie hat Geburtstag</b> 20 Jahre Akademie für zivile Verteidigung	<b>21</b>
<b>Ein klares Konzept kann ein zusätzliches Gefühl der Sicherheit darstellen</b> Beschreibung eines Konzeptes für Gefahrenabwehrmaßnahmen	<b>23</b>
<b>„Die beste und schönste Unterkunft in Süddeutschland“</b> THW-Zentrum in Mannheim wurde eingeweiht	<b>29</b>
<b>Das Rettungswesen in der Bundesrepublik Deutschland</b> 1985 hat der Rettungsdienst sechs Millionen Einsätze geleistet	<b>31</b>
<b>Bundesverband für den Selbstschutz</b>	<b>36</b>
<b>Technisches Hilfswerk</b>	<b>39</b>
<b>Warndienst</b>	<b>49</b>
<b>Deutsches Rotes Kreuz</b>	<b>51</b>
<b>Arbeiter-Samariter-Bund</b>	<b>57</b>
<b>Johanniter-Unfall-Hilfe</b>	<b>59</b>
<b>Malteser-Hilfsdienst</b>	<b>61</b>
<b>Deutscher Feuerwehrverband</b>	<b>65</b>
<b>Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft</b>	<b>69</b>



## Den Schutzraumbau ernster nehmen

Das Bundesamt für Zivilschutz will das Reaktorunglück von Tschernobyl zum Anlaß nehmen, um auf die verstärkte Errichtung von Schutzräumen zu drängen. „Wir müssen anfangen, den Schutzraumbau ernster zu nehmen,“ erklärte BZS-Präsident Hans-Georg Dusch und machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß diese Bauten auch bei einer radioaktiven Verseuchung Hilfe böten. „Dem Schutzraumbau ist es wurscht, wo die Gefahr herkommt,“ erklärte er in einem Gespräch mit der Lingener Tagespost.

Die Deutsche Schutzbau-Gemeinschaft e. V., Viernheim, hat sich diese Forderungen seit vielen Jahren zu eigen gemacht. Sie begrüßt die klaren Worte des BZS-Präsidenten und hofft, daß das neue Zivilschutzgesetz spätestens nach der nächsten Bundestagswahl im Jahr 1987 verabschiedet wird. Diese Hoffnung wird genährt durch die Äußerungen des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner. Seiner Meinung nach dürfe der Staat keine öffentlichen Gebäude mehr ohne Schutzräume bauen. In der Zwischenzeit, so Miltner, hätten auch FDP-Politiker die Bedeutung des Zivilschutzes herausgestellt.

Die Deutsche Schutzbau-Gemeinschaft will, das betont sie ausdrücklich, kein Geschäft mit der Angst betreiben. Vielmehr möchte sie auf die Notwendigkeit zum Bau derartiger Einrichtungen gerade auch zum Schutz vor zivilen Katastrophen aufmerksam machen. Immer noch finden nicht einmal vier von hundert Bundesbürgern Platz in Schutzbauten. Wie sehr die Menschen in Europa von der Sorge um die Zukunft betroffen sind, zeigt eine Umfrage im Nachbarland Österreich. Nach jüngsten Erhebungen sind 61 Prozent dafür, daß mehr Schutzräume gebaut werden. Und die Hälfte ist sogar bereit, dafür in die eigene Tasche zu greifen.

## Hans Georg Dusch besuchte Bamberg

Im Rahmen einer Besuchsreihe, die ihn zu Einheiten im gesamten Bundesgebiet führt, war der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans Georg Dusch, in Bamberg zu Gast. Oberbürgermeister Paul Röhner stellte ihm die Aktivitäten der Stadt auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes vor.

Er erwähnte dabei den Neubau des Baubetriebsamtes der Stadt am Margareten-damm, bei dem ein Katastrophenschutzraum mit Schulungsraum und Räume für die Führer der Einheiten gleich mitgeschaffen wurden. Fahrzeuge und Geräte der Regieeinheiten seien in städtischen Liegenschaften untergebracht.

Auch der Schutzraumbau werde in Bamberg nicht vernachlässigt. In einem neugebauten Parkhaus stehen 3 210 Plätze zur Verfügung. Unter der städtischen Sparkasse sollen weitere 800 Plätze geschaffen werden. Für Sicherungsmaßnahmen in den Bamberger Stollenanlagen sind bisher rund drei Millionen DM ausgegeben worden.

Des weiteren stünden 20 Personen als Selbstschutzberater zur Verfügung, womit eine ausreichende Abdeckung und Versorgung des Stadtgebietes gewährleistet sei.

Einsätze bei Fast-Katastrophen – Röhner nannte die Gasexplosion eines Wohnhauses, größere Überschwemmungen und einen größeren Brand im letzten Jahr

– hätten gezeigt, daß die Zivilschutz-einheiten für diese Fälle gut ausgebildet seien.

Im Anschluß an das Gespräch hörte sich Präsident Dusch die Wünsche der Zugführer an. Sie gingen vor allem dahin, daß Gerät ersetzt und die Ausrüstung etwa durch noch ausstehende Fahrzeuge ergänzt werden sollte. Auch sollte das Verwaltungsverfahren vereinfacht werden. Für den Landkreis Bamberg hatte zuvor schon der stellvertretende Landrat Karl Popp um technische und finanzielle Unterstützung einzelner Anliegen durch den Bund gebeten.

Rund 750 Führungskräfte und Helfer der Einheiten des Katastrophenschutzes der Stadt und des Landkreises Bamberg hatten sich am Abend eingefunden. Vor den angetretenen Einheiten wies der Präsident des Zivilschutzamtes noch einmal auf die Bedeutung des Zivilschutzes hin. Größere Katastrophen seien bisher ausgeblieben. Dennoch hätten Überschwemmungen, Waldbrände und starke Schneefälle den Einsatz der Katastrophenschutz-einheiten schon häufig erfordert. Das persönliche Opfer und der freiwillige Einsatz der Helfer seien nicht hoch genug einzuschätzen.

Unser Foto zeigt die Begrüßung des Gastes. Bambergs Oberbürgermeister Paul Röhner (rechts) überreicht Präsident Dusch ein Erinnerungsgeschenk.



## Entwicklung des Technischen Hilfswerks 1983 bis 1986

In einem Rückblick und Bilanz des Bundesministers des Innern wird festgestellt, daß die Entwicklung der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk in den Jahren 1983–1986 durch die Konsolidierung ihrer

inneren Strukturen und materiellen Grundlagen gekennzeichnet ist, was vor allem auf folgende Maßnahmen zurückgeführt wird:



1. Mit Erlaß vom 1. August 1984 hat Bundesminister Dr. Zimmermann die in das Bundesamt für Zivilschutz integrierte Leitung des Technischen Hilfswerks neu geordnet. Dem Direktor sind die notwendigen Kompetenzen übertragen worden, das Technische Hilfswerk eigenverantwortlich führen zu können. Damit ist der Bundesminister einer einstimmigen Forderung der Landessprecher und des Bundessprechers nachgekommen.

2. Im Juni 1985 hat der Bundesinnenminister einer vom Direktor in Abstimmung mit der Helferschaft erarbeiteten neuen Richtlinie über die Mitwirkung der Helfer im Technischen Hilfswerk zugestimmt. Kernstück der neuen Regelung ist neben der Erweiterung des Mitspracherechts der Helfervertreter auf allen Ebenen, vor allem die Bildung von Ausschüssen und Arbeitskreisen auf Landes- und Bundesebene, in denen von der Helferschaft gewählte ehrenamtliche Mitglieder mitwirken. Diese Ausschüsse und Arbeitskreise sollen sicherstellen, daß der Sachverstand der Helferschaft in die Entscheidungsprozesse des Technischen Hilfswerks mit einfließt.

3. Der Nachwuchsgewinnung wird in den kommenden Jahren im Hinblick auf die geburtenschwachen Jahrgänge besondere Bedeutung zukommen. Der Bundesinnenminister hat deshalb im Herbst 1983 gemeinsam mit der THW-Leitung und der THW-Helfervereinigung eine Konzeption entwickelt, nach der die THW-Jugendgruppen in der Trägerschaft der THW-Helfervereinigung e. V. in einem zentralen Jugendverband zusammengefaßt werden. Dieser Jugendverband kann ebenso wie andere Jugendorganisationen jugendpflegerische Aktivitäten entfalten, während die fachliche Ausbildung der Junghelfer weiterhin vom Technischen Hilfswerk durchgeführt wird.

Die Gründung des Jugendverbandes hat bereits zu einer spürbaren Belebung der Jugendarbeit und zur Errichtung von rund 75 neuen Jugendgruppen geführt.

4. Ein weiteres Ziel des Bundesinnenministers ist die stärkere friedensmäßige Nutzung des Technischen Hilfswerks. Die Bundesregierung setzt deshalb das Technische Hilfswerk verstärkt im Rahmen ihrer humanitären Hilfe im Ausland ein. Im Jahre 1985 wurden beispielsweise 13 derartige Einsätze in Äthiopien, im Sudan und in Mexiko durchgeführt, die eine Verbesserung der Versorgung der von Hungerkatastrophen betroffenen Bevölkerung und Flüchtlingen in Afrika und der Rettung von den bei dem Erdbeben in Mexiko-City verschütteten Menschen zum Ziele hatten.

Wichtig ist aber vor allem, daß die Helfer des Technischen Hilfswerks auch im In-

land die Möglichkeit erhalten, ihre erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. In der Vergangenheit sind derartige Einsätze, die nur auf Anforderung der für die Katastrophen- und Gefahrenabwehr zuständigen Länderstellen erfolgen können, oftmals an den für derartige Amtshilfe zu fordernden Kosten gescheitert. Erstmals seit dem Haushaltsjahr 1985 werden deshalb 300 000 DM für Einsatzkosten veranschlagt, auf deren Erhebung das Technische Hilfswerk verzichten kann, soweit die Einsätze zugleich einem Ausbildungsinteresse entsprechen. Diese Maßnahme hat zu einer deutlich stärkeren Inanspruchnahme des THW geführt.

5. Die materielle Entwicklung im Technischen Hilfswerk stellt sich wie folgt dar:

– Das Technische Hilfswerk hat im Rahmen des auf 10 Jahre angelegten Konsolidierungsprogrammes des Bundes, nach dem die Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes bis zum Jahre 1992 für insgesamt 1,2 Mrd. DM modernisiert und komplettiert wird, 849 Mannschaftskraftwagen, 287 Gerätekraftwagen und 247 Schlauchboote für den Bergungsdienst sowie 269 I-Truppenkraftwagen für den Instandsetzungsdienst erhalten.

Die erwähnten Fahrzeuge entsprechen einem Beschaffungswert vor rd. 238

Mio. DM. Darüber hinaus sind für den organisationseigenen Bereich des Technischen Hilfswerks noch weitere 282 Fahrzeuge mit einem Gesamtwert von rd. 18 Mio. DM beschafft worden.

– Die Mittel für die großen Baumaßnahmen konnten von 14 Mio. DM im Jahre 1982 auf rd. 17 Mio. DM in diesem Jahr und 19 Mio. DM im Jahre 1987 aufgestockt werden.

Damit können in den kommenden Jahren jährlich etwa 15 neue Unterkünfte finanziert werden, so daß das noch vorhandene Defizit an fehlenden Unterkünften voraussichtlich bis zum Jahre 1992 abgebaut werden kann.

Die Mittel für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten wurden von 3,2 Mio. DM (1983) auf 7 Mio. DM (1986) gesteigert.

– Die Mittel für den laufenden Betrieb in den Ortsverbänden einschließlich der Bewirtschaftung der Unterkünfte wurde in den vergangenen 4 Jahren von 16,6 Mio. DM im Jahre 1983 auf 21,5 Mio. DM im Jahre 1986, also um rd. 5 Mio. DM erhöht. In 1987 ist nochmals eine Steigerung auf 24,050 Mio. DM vorgesehen. Damit sind die Zeiten endgültig vorbei, in denen das Technische Hilfswerk seinen Ausbildungsdienst wegen fehlender Mittel zeitweilig einstellen mußte.

## Ölgefahr nach Zusammenstoß

Die Freiwillige Feuerwehr Rosdorf (Krs. Göttingen) wurde zur Mitternacht alarmiert. In der Ortsmitte waren zwei Personenkraftwagen frontal zusammengestoßen. Ein Pkw durchbrach dabei eine Hauswand.

Im Inneren des Hauses waren Ölfässer

gelagert, die durch den Aufprall undicht wurden. Die Wehrmänner befreiten erst die verletzten Insassen aus den Fahrzeugen und beseitigten dann die Ölgefahr.

Unser Foto verdeutlicht die Wucht des Zusammenpralls. (Foto: Otto)





## Selbstschutzarbeit in den niedersächsischen Gemeinden soll verstärkt werden

Der Niedersächsische Minister des Innern richtete am 2. Juni 1986 an die Bezirksregierungen, Landkreise und Gemeinden einen Runderlaß zum Thema Zivilschutz/Selbstschutz, veröffentlicht im Niedersächsischen Ministerialblatt Nr. 25/1986, Seite 612, mit folgendem Inhalt:

Die Gemeinden sollen nach § 5 Abs. 2 Vwv-Selbstschutz Beratungs- und Leitstellen einrichten, für die Selbstschutzberater in der erforderlichen Zahl auszuwählen, zu bestellen und auszubilden sind.

Hierzu hat der Bund

- a) Empfehlungen für die Einrichtung und Ausstattung der Selbstschutzberatungs- und Leitstellen sowie
- b) die Ausstattungsnachweisung Selbstschutzberater (AN-Selbstschutzberater)

herausgegeben.

Zu a)

Die Empfehlungen werden hiermit in einer den örtlichen Verhältnissen im Land angepaßten Form wiedergegeben (Anlage).

Ich bitte, bei der Einrichtung der Beratungs- und Leitstellen soweit möglich nach Abschn. I der Empfehlungen zu verfahren. Im übrigen wird den Gemeinden anheimgegeben, die Ausstattung nach Abschn. II zu beschaffen.

Zu b)

Die AN-Selbstschutzberater wird Ihnen als Broschüre mit gesondertem RdErl. zur Verfügung gestellt.

Die Ausstattung der Selbstschutzberater wird vom Bund nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bereitgestellt. Bisher sind erst vereinzelt Ausstattungsstücke beschafft und an Gemeinden verteilt worden, die bei der Bestellung von Selbstschutzberatern am weitesten fortgeschritten waren.

Im übrigen bitte ich – soweit noch nicht geschehen – die Einteilung der Wohnbereiche und die Festlegung der Standorte für die Selbstschutzberatungs- und Leitstellen zum Abschluß zu bringen sowie die Anwerbung und Bestellung der Selbstschutzberater verstärkt fortzusetzen und ihre Ausbildung durch den Bundesverband für den Selbstschutz sicherzustellen.

Ferner weise ich nochmals auf die den Gemeinden nach § 10 Abs. 2 und 3 KatSG und §§ 8ff. Vwv-Selbstschutz obliegenden Verpflichtungen hin.

Ich erwarte, daß die Gemeinden in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für den Selbstschutz unter voller Nutzung seines Aufklärungs- und Ausbildungspotentials die Bevölkerung möglichst umfassend über Waffenwirkungen, Schutzmöglichkeiten und selbstschutzmäßiges Verhalten unterrichten und in Selbsthilfemaßnahmen ausbilden (vgl. § 9 Abs. 1 Vwv-Selbstschutz, Abschn. C Nr. 1 des Bezugerlasses zu b). Sie sind dabei von den Landkreisen zu unterstützen (§ 10 Abs. 4 KatSG, § 2 Abs. 3 Vwv-Selbstschutz).

Die bisherigen halbjährlichen Berichtstermine über den Aufbau- und Ausbildungsstand des Selbstschutzes in den Gemeinden nach meinem RdErl. vom 10. 12. 1973 (Nds. MBl. 1974 S. 53 – GültL 66/137) fallen künftig fort. Es werden auf jährliche Berichterstattung – jeweils zum 1. 3. des Jahres – umgestellt. Erstmalig ist nach dem neuen Turnus für das Jahr 1986 zu berichten. Ich behalte mir jedoch vor, über Fortgang und Ergebnisse der gemeindlichen Selbstschutzarbeit in Ausführung dieses und der Bezugerlasse jederzeit gezielt Einzelberichte anzufordern.

## Brandschutzgruppen der Deutschen Bundespost erfolgreich

Im Juli nahmen zwei Brandschutzgruppen des Fernmeldeamtes 3 Düsseldorf am Feuerwehrleistungsnachweis des Landesfeuerwehrverbandes NRW in Korschenbroich-Glehn (Kreis Neuss) teil. Es war die sechste erfolgreiche Teilnahme dieser Einheit.

Die Mitarbeiter, an deren Ausbildung die BVS-Dienststelle Düsseldorf beteiligt war, erledigten die gestellten Aufgaben zuverlässig.

Für die fünfte Teilnahme wurden fünf Mitarbeiter mit dem goldenen Feuerwehrleistungsabzeichen ausgezeichnet. Die Teilnahme am Leistungsnachweis half die Kenntnisse und Fertigkeiten der Einheit zu festigen und zu vertiefen.

Unser Foto zeigt die Brandschutzgruppe mit ihrem Tragkraftspritzenanhänger beim Aufbau der Wasserversorgung für den Löschangriff.



## Immer noch beträchtliche Munitionsfunde

Wie der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen mitteilte, mußte 1985 der Kampfmittelräumdienst 4 027mal ausrücken, um Fundmunition zu beseitigen, die meist zufällig von der Bevölkerung bei Erdarbeiten oder Waldspaziergängen bemerkt worden war. Insgesamt wurden 1 408 Spreng- und Splitterbomben aller Größenordnungen und 215 Tonnen Munition unschädlich gemacht. Fünf Bombenblindgänger und etwa neun Tonnen sonstiger Munition mußten an Ort und Stelle gesprengt werden, weil die Entschärfung und der Abtransport zu gefährlich gewesen wäre.

128 Angehörige des staatlichen Kampfmittelräumdienstes und rund 490 Mitarbeiter von privaten Vertragsunternehmen führten die teilweise gefährlichen Einsätze aus. Dabei ereigneten sich glücklicherweise nur drei Unfälle mit zwei Leichtverletzten. Mit über 54 Millionen DM wurde in Nordrhein-Westfalen nahezu die Hälfte der bundesweit für die Kampfmittelbeseitigung zur Verfügung stehenden Gelder ausgegeben.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor, der diese Zahlen in Düsseldorf veröffentlichte, wies darauf hin, daß die Kampfmittel-



räumdienste 1985 vermehrt Baustellen aller Art zum Schutze der dort Tätigen vorsorglich überprüft haben.

„Diese Aufgabe“, so betonte der Minister, „wird in den nächsten Jahren noch an Bedeutung zunehmen. Denn wir erwarten jetzt neues englisches Fotomaterial der alliierten Luftaufklärung des Krieges und sind dann in der Lage, eine genaue Bestimmung von vermuteten Munitionsfunden vorzunehmen.“ 1985 erfolgten bereits 2 300 Baustellenuntersuchungen und in 516 Fällen wurde man fündig und konnte rechtzeitig die Gefahrenquelle beseitigen.

Nachdrücklich weisen die Experten des Innenministeriums darauf hin, daß Kampfmittel im Laufe der Zeit nicht ungefährlich werden und auch an unvermuteten Stellen lagern können. Alter und Korrosionseinwirkungen würden die Gefährlichkeit der Fundmunition möglicherweise sogar erhöhen. Besonders gefährdet seien immer wieder Kinder, Sammler von Militaria, Tiefbaupersonal, Landwirte und Forstpersonal. Auch munitionsähnlichen Fundgegenständen sei immer mit besonderer Vorsicht zu begegnen.

Der Minister appellierte dabei an die besondere Verantwortung der Erwachsenen, wenn sie solche Fundgegenstände in den Händen von Kindern beobachten würden. Seine Verhaltensregel: „Hände weg von verdächtigen Gegenständen. Sofort die zuständige Ordnungsbehörde, Polizei oder Forstverwaltung informieren.“

### Hessische Jugendfeuerwehr tagte

Unter dem Motto „Jugendfeuerwehr – eine saubere Sache!“ fand am 7. und 8. Juni der 12. Delegiertentag der Hessischen Jugendfeuerwehr (HJF) in Einhausen (Bergstraße) statt. Die über 130 Delegierten der hessischen Jugendfeuerwehren nutzten hier die Möglichkeit, Probleme der verbandlichen Arbeit zu erörtern, Erfahrungen auszutauschen und die Weichen für künftige Entwicklungen zu erstellen.

Unter der Leitung von Landes-Jugendfeuerwehrwart Johann Kroboth ging es zunächst im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung um Probleme und Fragen der Jugendfeuerwehrarbeit.

Der Einstieg in die Diskussion wurde über zwei Grundsatzreferate ermöglicht, die die Themen „Umwelt und Jugendfeuerwehr“ und „Frischer Wind in der Jugendfeuerwehr“ behandelten. Die sich anschließende – teilweise recht intensive – Diskussion zeigte, daß viele Delegierte sowohl im Bereich des aktiven Umweltschutzes als auch in einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der verbandli-

chen Arbeit eine wichtige Aufgabe sehen.

Im Rahmen der Delegiertentagung am nächsten Tag, zu der auch Ministerialdirigent H. Pflock vom Hessischen Ministerium des Innern sowie der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes, W. Köbler, begrüßt werden konnten, stieß der Bericht des Landes-Jugendfeuerwehrwartes auf besonderes Interesse. Dabei

wurde deutlich, daß es der HJF in den letzten 20 Jahren gelungen sei, sich zu einem zukunftsorientierten und modernen Jugendverband zu entwickeln. Man habe zudem bewiesen, daß man auf vielen Gebieten eine sinnvolle Arbeit leiste. Um diesen allgemein anerkannten Standard in der Jugendfeuerwehrarbeit auch weiterhin zu sichern, seien jedoch alle aufgefordert, aktiv mitzuhelfen.

### Landesweiter Umweltschutztag

Mit der Durchführung eines landesweiten „Umweltschutztag der Jugendfeuerwehren“ am 25. Oktober 1986 wollen die hessischen Jugendfeuerwehren einen Beitrag zum Schutze und zur Erhaltung der Umwelt leisten. Dabei sollen Perspektiven und Aufgabenfelder auch über den Aktionstag hinaus aufgezeigt werden. So geht es neben der tätigen Mitarbeit darum, auf die Gesamtsituation aufmerksam zu machen und für die Geschehnisse in der Umwelt bei den Jugendfeuerwehrmitgliedern und gleichfalls in der Bevölkerung ein verstärktes Bewußtsein für die Belange des Natur- und Umweltschutzes zu wecken.

Am Aktionstag werden die Jugendfeuerwehren u. a. Aufräumaktionen entlang von Wanderwegen, in Parkanlagen, auf Spielplätzen etc. durchführen, Biotop anlegen, Vogelhäuser und Nistkästen basteln und aufstellen, Bäume pflanzen, Altpapier sammeln und einer Wiederverwertung zuführen, Teiche pflegen, Vogelschutzgehölze anlegen, Patenschaften für Naturschutzprojekte übernehmen und Informations- bzw. Diskussionsveranstaltungen durchführen. Aber auch das Pro-

blem einer sinnvollen Entsorgung wird berücksichtigt. So wird Problemüll, wie beispielsweise Reifen und Batterien, in Zusammenarbeit mit den Kommunen, einer ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt.

Der Einfallsreichtum ist sicher unerschöpflich und wird auf die örtlichen Gegebenheiten abgestimmt. Es werden sich landesweit etwa 500 Jugendgruppen aktiv an dem geplanten Aktionstag beteiligen.



### Dank für 25 Jahre Dienst

Sein 25jähriges Dienstjubiläum im Öffentlichen Dienst konnte Hans-Dieter Awiszus, Leiter der Landesstelle Rheinland-

Pfalz des Bundesverbands für den Selbstschutz (BVS), begehen. BVS-Direktor Schuch dankte ihm für die in dieser





Zeit erbrachten Leistungen und überreichte ihm die Dankurkunde als äußeres Zeichen der Anerkennung.

Hans-Dieter Awiszus begann seine Tätigkeit im Öffentlichen Dienst im Jahre 1961 als Geschäftsführer des Technischen Hilfswerks in Marburg. 1965 wurde er Sachbearbeiter im LSHD-Aufstellungstab bei der Bezirksregierung Arnberg. Zum BVS kam Awiszus 1966, als er die Leitung der BVS-Landesschule Nord-

rhein-Westfalen in Körtlinghausen übernahm. Im Jahre 1979 wurde er zum Leiter der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz in Mainz berufen.

Unser Foto von der Überreichung der Dankurkunde zeigt Landesstellenleiter Awiszus und BVS-Direktor Schuch sowie Abteilungsleiter Gessert und Abteilungspräsident Dr. Brunkow (von rechts).

(Foto: Sers)

## Besuch im Katastrophenschutzzentrum

Zu einem Informationsbesuch fanden sich Mitglieder der Jungen Union Neumünster im Katastrophenschutzzentrum der Stadt Neumünster ein. Im Mittelpunkt des Interesses der Besucher standen da-

bei die Ausrüstung und Ausstattung der Regieeinheiten.

Das Bild zeigt die Mitglieder der Jungen Union mit Helfern der Regieeinheiten.



## MHD ehrte Berliner Senatsrat

Nach zweijährigem Urlaub wurde am 20. Mai auf dem Gelände der ehemaligen Feuerwache in Berlin-Charlottenburg die neue Zentrale des Malteser-Hilfsdienstes in Berlin eingeweiht. Im Rahmen der Feierstunde wurde der Leiter der Abteilung

3 „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ in der Berliner Innenverwaltung, Leitender Senatsrat Friedrich Wilhelm Grunst, mit dem Offizierskreuz des Souveränen Malteser-Ritter-Ordens geehrt. Jakob Graf von und zu Eltz, ständiger Delegierter



des Ordens bei der Bundesregierung, der diese Auszeichnung überreichte, sagte, daß damit nicht allein Grunsts Hilfe für den MHD gewürdigt werde, sondern auch dessen Arbeit gegen die „Geisel des Terrorismus“.

Unser Bild zeigt von rechts: Jakob Graf von und zu Eltz, Ltd. Senatsrat Friedrich Wilhelm Grunst, Valentin Freiherr Heereman, Diözesanleiter des MHD Berlin.

(Foto: Hofmann)

## Fernmelde-Einsatzübung „Seefalke '86“

Eine Sturmflut an der deutschen Nordseeküste kannten die meisten der 170 Helferinnen und Helfer nur aus den Nachrichten, bevor sie an der Fernmelde-Einsatzübung „Seefalke '86“ in Cuxhaven teilnahmen. Dort aber wurden sie drei Tage lang mit einer realistischen Lage konfrontiert: Mehrere Deichbrüche, zunehmender Wind und eine erwartete schwere Sturmflut sowie Sturmschäden im gesamten Stadtgebiet waren das Szenario einer Fernmelde-Übung, die sich von Freitagabend bis Sonntagmittag erstreckte.

Beteiligt waren Helferinnen und Helfer aus Fernmeldezentralen sowie von DRK, THW und Feuerwehr. Vier Technische Einsatzleitungen wurden eingerichtet, fünf Funkverkehrskreise betrieben und 40 Kilometer Telefonkabel von Fernsprechtourtruppen verlegt. Beim Betrieb gab es nur eine nennenswerte Störung: Unbekannte schnitten an drei Stellen Fernsprechkabel durch.

Die von der Cuxhavener Fernmeldezentrale-HVB und den Führungseinheiten ausgearbeitete Übung stellte alle Teilnehmer zeitweise vor harte Anforderungen, doch ist das im Einsatzfall, wie man in Cuxhaven aus vielfacher Erfahrung weiß, auch nicht anders.

Die Verpflegung aller Übungsteilnehmer wurde in Zusammenarbeit mit dem THW sichergestellt. Unterkünfte standen in unmittelbarer Nähe des Zivilschutzhauses zur Verfügung.

Die Vertreter der Stadt Cuxhaven, die die Übung kritisch beobachteten, waren überrascht vom hohen Ausbildungsstand der Einheiten: Mit einer Sturmflut und den sich daraus ergebenden Anforderungen an die Fernmelder würden auch die „Binnenländer“ fertig, meinten sie.

Die Lage der Großübung war verschiedenen echten Einsätzen an den Deichen der Elb- und Wesermündungen nachempfunden: So lagen die angenommenen Deichbrüche dort, wo es bei den „Jahrhundert-Sturmfluten“ von 1962 und





1976 bereits schwere Schäden gegeben hatte.

Besondere Bedeutung kam im Verlauf der Übung dem Zusammenspiel der verschiedenen Hilfsorganisationen zu. Erfreulicherweise gibt es in Cuxhaven schon seit Jahren eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den Fernmeldern, THW, DRK, DLRG und Feuerwehr.

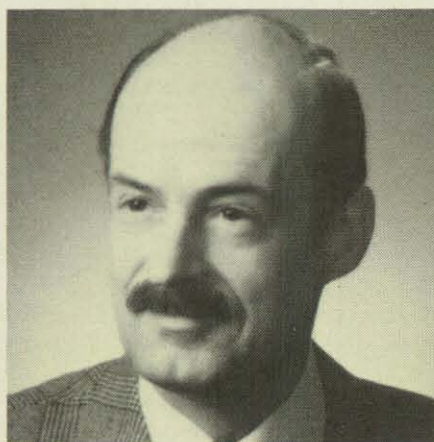
Diese „mustergültige und richtungweisende Zusammenarbeit“ würdigte der für den Katastrophenschutz zuständige Cuxhavener Stadtrechtsrat Hans-Peter Conrady zum Abschluß der Veranstaltung.

Unser Bild zeigt die Funküberwachung während der Übung.

(Foto: Heinsohn)

### Abteilungsleiter Marburger geehrt

Der beim Amt für Zivilschutz der Stadt Münster für den Katastrophenschutz verantwortliche Abteilungsleiter Hartmut Marburger wurde für seine Verdienste vom



Bundespräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde die Auszeichnung vom Oberbürgermeister der Stadt Münster in der Rüstkammer des Rathauses übergeben.

### Aktuelle Termine

Die „Security 86“, die 7. Internationale Sicherheits-Fachmesse zum Thema Innere Sicherheit, präsentiert vom 16. bis 19. September 1986 ein umfassendes Angebot modernster Sicherheitstechnik aus 20 Nationen: von der Autodiebstahlsicherung bis zum Zutrittskontrollsystem, von der gepanzerten Limousine bis zur Sicherheits-Software.

\*

Der Berufsverband der Rettungssanitäter e. V. veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität Frankfurt – Abtlg. für Traumatologie – vom 6. bis 9. November 1986 den Internationalen Notfall-Kongreß 86. Veranstaltungsort ist die Galeria der Messe Frankfurt/Main.

Hauptthema des Kongresses ist: Der traumatisierte Patient. Die Fortbildungsseminare für Ärzte und medizinisches Fachpersonal stehen unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. med. A. Pannike, Frankfurt.

Anmeldungen/Anfragen: Verband Deutscher Rettungssanitäter e. V., Postfach 10 22 11, 6072 Dreieich.

\*

Zwei Fachveranstaltungen zum Thema Brandschutz stehen auf dem Veranstaltungskalender des „Haus der Technik e. V.“, Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, 4300 Essen 1, Postfach 10 15 43, Telefon 02 01/18 03-1:

23.–24. 9. 1986: „Baulicher Brandschutz – Betrieblicher Brandschutz“, Leitung: Brand-Ing. F. Isterling.

15. 10. 1986: „Vorbeugender Brandschutz bei Planung, Genehmigung und Ausführung von Bauvorhaben“, Leitung: Reg.-Branddir. Dipl.-Ing. W. Heise.

Zu den Veranstaltungen können ausführliche Informationen angefordert werden.

\*

Die Reihe der jährlich in Großbritannien stattfindenden Messen zum Bereich Brandschutz setzt in diesem Jahr „Fire 86“ fort. Die Messe, in einen Ausstellungsteil und in eine Reihe von Konferenzen gegliedert, findet vom 9. bis 11. September 1986 im schottischen Glasgow statt. Informationen: FIRE 86, Room 302, Queensway House, 2 Queensway, Redhill, Surrey RH 1 1 QS, England, Tel. Redhill (0737) 686 11.

\*

Die Technische Akademie Esslingen, Institut für Kontaktstudium an der Universität Stuttgart, an der Universität Hohen-

heim und der Fachhochschule für Technik Esslingen führt folgende Lehrgänge durch:

15. 9. + 16. 9. 86: Das gesamte Recht des Arbeitsunfalls, der Unfallverhütung und der Haftung im Betrieb, Dr. Dr. W. Pfeiffer.

15. 9. + 16. 9. 86: Das Chemikaliengesetz (Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen), Prof. Dr. jur. Uppenbrink.

1. 10. 86: Explosionsgefahren, Dr. H. Schacke.

6. 10. + 7. 10. 86: Unfallverhütung und Arbeitssicherheit aktuell, Dipl.-Ing. D. Stolz.

15. 10. + 17. 10. 86: Die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße, L. Ulsamer.

22. 10. + 23. 10. 86: Lagerung und Abfüllung brennbarer Flüssigkeiten und wassergefährdender Stoffe, Dipl.-Ing. K. Vogeley.

23. 10. 86: Praktische Minderungsverfahren für toxische Emissionen, Dr.-Ing. K. Schwerin.

29. 10. 86: Kennzeichnung von gefährlichen Stoffen und Zubereitungen, RGD Dr. Dipl.-Chem. E. Quellmalz.

30. 10. + 31. 10. 86: Statische Elektrizität als Ursache von Schäden und Explosionen, Dipl.-Ing. G. Lüttgens.

3. 11. + 4. 11. 86: Brandgefahren und Umweltgefährdung durch Lösungsmittel und brennbare Flüssigkeiten, Brand-Ing. F. Isterling.

6. 11. + 7. 11. 86: Explosionsschutz elektrischer Anlagen, Dir. Prof.Dr.-Ing. H. Dreier.

10. 11. + 11. 11. 86: Nuklear-elektromagnetischer Puls (NEMP), Prof. Dipl.-Ing. J. Wilhelm.

11. 11. 86: Menschen in gefährlichen Situationen, Panik-Bombendrohung, Polizeidir. a. D. W. Schuster.

17. 11. + 18. 11. 86: Motivation der Mitarbeiter zur Arbeitssicherheit, El.-Ing. (grad.) G. Schuchardt.

20. 11. + 21. 11. 86: Strahlenschutz – Sonderkurs zum Fachkundenachweis für Strahlenschutzbeauftragte, Dr. rer. nat. G. Kübler.

1. 12.–3. 12. 86: Arbeitssicherheit El.-Ing. (grad.) G. Schuchardt.

4. 12. 86: Wassergefährdende Stoffe – Die neuen Anlageverordnungen, Dipl.-Ing. G. Krause.

Programmanforderungen und Anmeldungen an: Technische Akademie Esslingen, Weiterbildungszentrum, Postfach 12 69, 7302 Ostfildern 2, Telefon (0711) 3 40 08-23.



# Baden-Württemberg schuf Gesetz über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung

Das Gesetz über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung (ZVZuG) hat der Landtag von Baden-Württemberg am 27. Februar 1986 verabschiedet.

Wesentlicher Inhalt des Gesetzes ist die Regelung der Zuständigkeit der unteren

Verwaltungsbehörden, der Fachaufsicht über die Gemeinden sowie der Zuständigkeit nach der Ernährungswirtschaftsmeldevorordnung.

Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

## § 1 Zuständigkeit der unteren Verwaltungsbehörden

Aufgaben der zivilen Verteidigung, die durch Bundesrecht den Kreisen, Landkreisen und kreisfreien Städten, den Kreisverwaltungsbehörden oder den Behörden der allgemeinen Verwaltung auf der Kreisstufe übertragen sind, werden von den Landratsämtern und den Stadtkreisen als untere Verwaltungsbehörden wahrgenommen.

## § 2 Fachaufsicht über die Gemeinden

In Angelegenheiten der zivilen Verteidigung führen die Fachaufsicht

1. die Regierungspräsidien und die zuständigen Ministerien über die Stadtkreise und die Großen Kreisstädte,
2. die Landratsämter als untere Verwaltungsbehörden, die Regie-

rungspräsidien und die zuständigen Ministerien über die übrigen Gemeinden.

## § 3 Zuständigkeit nach der Ernährungswirtschaftsmeldevorordnung

Zuständige Behörde nach § 4 der Ernährungswirtschaftsmeldevorordnung vom 10. September 1975 (BGBl. I S. 2510) ist die Gemeinde.

## § 4 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt über die Zuständigkeit nach der Ernährungswirtschaftsmeldevorordnung vom 11. März 1976 (GBl. S. 332) außer Kraft.

## Begründung des Gesetzes

In der Einzelbegründung wird erläutert, daß in einer Reihe von Gesetzen und Verordnungen des Bundes auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung bestimmt ist, daß „für die Ausführung dieser Gesetze und Verordnungen die Kreise, Landkreise und kreisfreien Städte, die Kreisverwaltungsbehörden oder die Behörden der allgemeinen Verwaltung auf der Kreisstufe zuständig sind“. Somit hat der Bund mit diesen Zuständigkeitsregelungen nur die Verwaltungsebene festgelegt.

Um die Rechtsklarheit und Rechtssicherheit nicht zu beeinträchtigen und eine Rechtsgrundlage für die Fachaufsicht über die Landratsämter und Stadtkreise in Angelegenheiten der zivilen Verteidigung zu schaffen, muß durch Landesgesetz eine entsprechende Regelung getroffen werden. Dies hat das Land Baden-Württemberg mit Verabschiedung des Gesetzes getan.

Die Gemeinde ist nach § 3 des Gesetzes in Baden-Württemberg zuständige Behörde nach der Ernährungswirtschaftsmeldevorordnung. Mit dieser Meldevorordnung aufgrund des Ernährungssicherstellungsgesetzes wurden die Voraussetzungen geschaffen, an Daten zu gelangen, die wegen des Datenschutzes anderweitig nicht erhoben werden können. Diese Daten sind jedoch zur Vorbereitung der Ernährungssicherstellung unverzichtbar.

Nach der Ernährungswirtschaftsmeldevorordnung werden alle fünf Jahre Daten von den meldepflichtigen ernährungswirtschaftlichen Betrieben erhoben. Die Gemeinden sind nun mit der Zuständigkeit für die Ernährungswirtschaftsmeldevorordnung beauftragt. Dies wurde so geregelt, weil, wie es in der Einzelbegründung heißt, „allein die Gemeinden (...) aufgrund ihrer Kenntnisse der örtlichen Betriebe und der örtlichen Verhältnisse in der Lage (sind), die Erhebungen richtig durchzuführen“.

Die Belastung durch die Aufgabenübertragung ist für die Gemeinden gering, da die Erhebungen nur alle fünf Jahre durchzuführen sind. Die Vorbereitungen zu den Erhebungen werden zentral vom Ernährungsministerium durchgeführt. Unter Einsatz der Datenverarbeitung werden alle ernährungswirtschaftlichen Betriebe angeschrieben und unter Übersendung Meldeformulare zur Abgabe der Meldungen aufgefordert. Wörtlich heißt es weiter in der Begründung: „Die Gemeinden haben lediglich die Meldungen entgegenzunehmen, summarisch vor allem auf Vollständigkeit zu prüfen und dem Landratsamt vorzulegen. Die Großen Kreisstädte legen die Meldungen unmittelbar dem Regierungspräsidium vor.“

Das Gesetz über Zuständigkeiten auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung trat nach seiner Verkündung am 3. März 1986 in Kraft.



Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann:

# Feuerwehr und Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland

Festvortrag anlässlich des Kreisfeuerwehrtages in Waiblingen am 5. Juli 1986

Anlässlich des Kreisfeuerwehrtages in Waiblingen am 5. Juli 1986 hielt Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann einen Festvortrag, der wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung nachfolgend im Wortlaut abgedruckt wird. Das Thema des Festvortrages lautete „Feuerwehr und Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland“.

## Die Bedeutung der Feuerwehren für die Allgemeinheit

„Ich danke für die Gelegenheit, den Standpunkt der Bundesregierung zum Zivilschutz und die Stellung der deutschen Feuerwehren in diesem Aufgabenbereich darzulegen.“

Auf dem Gebiet der humanitären Hilfe sind die deutschen Feuerwehren die gesellschaftliche Gruppe, die in bezug auf Alter, Tradition, Umfang und Einsatzbereitschaft von keiner anderen Organisation übertroffen wird. Der Grundstein für diese Einrichtung wurde in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts durch den Zusammenschluß von örtlichen Löschgruppen gelegt, die zum Zweck des Selbstschutzes und der Nachbarschaftshilfe entstanden waren. Heute gehören mehr als eine Million freiwillige und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer den deutschen Feuerwehren an. Sie stellen zusammen mit den etwa 21 000 Berufsfeuerwehrleuten und den fast 40 000 Werkfeuerwehrmännern den Brandschutz in der Bundesrepublik Deutschland sicher.

Dieser flächendeckende Brandschutz durch Freiwillige Feuerwehren ist in Europa und der Welt einmalig. Der Deutsche Feuerwehrverband zieht zu Recht im Feuerwehrjahrbuch stolze Bilanz der Leistungen der Feuerwehrfrauen und -männer in der Bundesrepublik Deutschland. Danach haben die Freiwilligen Feuerwehren 1984 über 700 000 Löscheinsätze, technische Hilfeleistungen und Einsätze im Rettungsdienst durchgeführt.



Der Bundesminister des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, sprach in Waiblingen zum Thema „Feuerwehr und Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland“.

Das bedeutet, daß fast ein Drittel der Gesamteinsätze von Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren gefahren worden ist. Diese gewaltige Zahl muß man sich vor Augen halten, um ermessen zu können, in welchem Umfang Bürgerinnen und Bürger, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet haben, öffentliche Aufgaben von hohem Stellenwert freiwillig und ehrenamtlich wahrnehmen. Auch der wirtschaftliche Wert dieser Leistungen ist kaum abzuschätzen. Eine völlige Professionalisierung der Feuerwehren würde den Staat ein Vielfaches dessen kosten, was er für die Einrichtungen der Freiwilligen Feuerwehren aufzuwenden hat.

Von ganz besonderer Bedeutung scheint mir jedoch der gesellschaftliche Nutzen des freiwilligen und ehrenamtlichen Engagements der Helferinnen und Helfer der Feuerwehren zu sein. Hier haben sich Menschen zusammengefunden, die dem Staat nicht als Fordernde gegenüberreten, sondern ihm ihre Mitwirkung bei der Erfüllung seiner Aufgaben anbieten. Sie sind Aktiv-

bürger, die aus ihrem Demokratieverständnis der Allgemeinheit dienen wollen, ohne nach persönlichen Vorteilen zu streben. Ihr Vorbild hebt sich damit wohltuend von jenen Gruppen ab, die sich nur in Staatsverdrossenheit und Kritik oder wegen ihrer Sonderinteressen zusammenfinden. Daher hat der Staat auf seinen drei Ebenen Bund, Länder und Kommunen allen Anlaß, diese Einsatzbereitschaft und die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Feuerwehren zu fördern.

Sie werden verstehen, daß ich mich auf diese Skizzierung der gesellschaftlichen Bedeutung und der Leistungen der Feuerwehren im Brand- und Katastrophenschutz sowie im Rettungsdienst beschränke. Da ich auf der Bundesebene für den Zivilschutz zuständig bin, kommt es mir in erster Linie darauf an, deutlich zu machen, auf welches Potential der Bund bei der Erfüllung dieser Aufgabe zurückgreifen kann. Die Freiwilligen Feuerwehren nehmen in der Zivilschutzkonzeption einen hervorragenden Rang ein. Deshalb können sie zu Recht beanspruchen, über die Vorstellungen und Ziele des Staates im Zivilschutz unterrichtet zu werden.

## Standort und Stellenwert des Zivilschutzes im Gesamtspektrum staatlicher Aufgaben

Welche Stellung hat der Zivilschutz heute in Staat und Gesellschaft und welche Rahmenbedingungen gelten für ihn? Eine solche Standortbestimmung kann dazu beitragen, Unklarheiten, Vorbehalte und Unzufriedenheit abzubauen, und Ihnen, die Sie als Feuerwehrleute im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirken, eine Orientierungshilfe geben.

Der Zivilschutz ist als Teil der zivilen Verteidigung nach unserer Verfassung Angelegenheit des Bundes. Seine Kernbereiche



sind der Warndienst, der Selbstschutz, der Schutzraumbau und der erweiterte Katastrophenschutz. Alle diese Aufgabengebiete sind im Verteidigungsfall von lebenswichtiger Bedeutung für die Bevölkerung. Daraus abgeleitete Forderungen nach einer Verstärkung des Zivilschutzes, wie sie die Feuerwehren und die Hilfsorganisationen immer wieder erheben, sind grundsätzlich berechtigt; denn es läßt sich nicht bestreiten, daß noch Mängel und Lücken bestehen. Dabei darf man aber den Zivilschutz nicht losgelöst betrachten, sondern muß ihn in dem durch die Sicherheitspolitik der NATO, die militärischen Verteidigungsanstrengungen und durch andere wichtige staatliche Aufgaben gegebenen Bezugsrahmen sehen.

Der Zivilschutz ist ein Teil des Gesamtsystems unserer Verteidigungsvorkehrungen. Nur im Zusammenhang aller Maßnahmen, die wir zu unserer Verteidigung unternehmen, kann die Wirksamkeit des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland daher richtig beurteilt werden.

● Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der NATO. Die Zugehörigkeit zu diesem Verteidigungsbündnis gewährleistet allein schon einen hohen Schutz. Das Risiko erhöht sich für einen Angreifer durch die Schutzverpflichtung aller Bündnispartner zugunsten des Angegriffenen ganz erheblich.

Neben dem politischen Instrumentarium ist für die Sicherheit selbstverständlich auch die militärische Stärke entscheidend. Die Glaubwürdigkeit des politischen Willens zur Verteidigung der Demokratie kann nicht besser als durch überzeugende militärische Verteidigungsanstrengungen bewiesen werden. Gerade das militärische Abwehrpotential hat eine wesentliche Abschreckungswirkung.

Die politische und militärische Komponente des Verteidigungssystems ist deshalb für den Zivilschutz ganz entscheidend. Je höher der politische und der militärische Schutzwert ist, um so geringer ist die Gefährdung, auf die sich der Zivilschutz mit seinen Maßnahmen einzustellen hat.

● Der zweite Gesichtspunkt ist die Einbindung des Zivilschutzes in die gesamte staatliche Aufgabenvielfalt. Zivilschutz umfaßt alle Maßnahmen, die das Überleben der Menschen im Verteidigungsfall sichern. Ihm kommt nach der Zielsetzung und Aufgabenstellung ein hoher Stellenwert zu; denn es geht letztlich um Sein oder Nichtsein unseres Staates. Es wäre jedoch falsch, von der Unvermeidlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung auszugehen und dem Zivilschutz Vorrang vor allen anderen staatlichen Aufgaben einzuräumen.

Dadurch würde die Volkswirtschaft kaum tragbaren finanziellen Belastungen ausge-

setzt werden, die einen übermäßigen Verzicht auf solche Bedürfnisse bedeuten würden, deren Befriedigung der einzelne als Ausdruck seiner Persönlichkeitsentfaltung in einer Demokratie und damit als wesentliches Unterscheidungsmerkmal zum kommunistischen System empfindet. Realistisch erscheint der Standpunkt, daß für die Erhaltung des Friedens und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ein Zustand, der das Dasein für unsere Bürger lebenswert macht, ebenso wichtig wie Zivilschutzvorkehrungen ist. Politisches Ziel muß es daher nach meiner Meinung sein, zwischen den aktuellen Aufgaben des Staates einerseits und den Vorsorgemaßnahmen für den äußerst unwahrscheinlichen, aber nicht ganz auszuschließenden Verteidigungsfall andererseits ein ausgewogenes Verhältnis herzustellen.

● Der dritte Aspekt betrifft die Einstellung der Bürger zum Zivilschutz. Es wäre sicher falsch zu sagen, die Menschen stünden dem Bereich, der ausschließlich ihrem Schutz dient, völlig ablehnend gegenüber.

Gleichwohl bleibt festzustellen, daß, während der Staat für den Zivilschutz erhebliche Aufwendungen leistet, die Bürger zu ihrem eigenen Schutz vergleichsweise wenig tun.

Ich weiß wohl, daß viele als ehrenamtliche und freiwillige Helfer in den Feuerwehren, im Technischen Hilfswerk, in den Sanitätsorganisationen und in anderen humanitären Einrichtungen der Gemeinschaft aufopferungsvoll dienen. Diese Mitbürger verdienen hohes Lob und Anerkennung. Wenn ich die Beziehungen der Bevölkerung zum Zivilschutz betrachte, denke ich an die Millionen, die untätig bleiben, obwohl es um ihre eigene Daseinssicherung geht.

Leider mangelt es bisher an einer zufriedenstellenden Mitwirkungsbereitschaft bei der Eigenvorsorge. Ich meine, daß dies nicht allein in dem ungeliebten Gegenstand Zivilschutz begründet ist. Eine mögliche Erklärung scheint mir vielmehr auch darin zu liegen, daß der ständig wachsende Wohlstand dem Staat die Möglichkeit bot, die aktuellen Bedürfnisse der Bürger in großem Umfang und in der von ihnen gewünschten Rangordnung zu decken. Dies sind in erster Linie die Ansprüche, die auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse und der sozialen Sicherheit gerichtet sind.

Wir müssen unsere existentiellen Bedürfnisse von heute und morgen in ihrem ganzen Rahmen erkennen und in unsere finanzielle Planung einbeziehen. Und wir müssen bedenken, daß das Leistungsvermögen des Staates nicht unbegrenzt ist und deshalb eigene Aufwendungen zur Daseinssicherung notwendig sind, auch im Zivilschutz, in dem sie ihren Zweck hoffentlich nie erfüllen müssen.

Betrachten wir einmal den Zivilschutz aus

diesem Blickwinkel unter Einbeziehung seines gesamten Umfeldes, ist festzustellen, daß sich sein Rang gegenüber anderen staatlichen Aufgaben in den letzten Jahren deutlich verbessert hat und sein Stellenwert stetig gestiegen ist. Dies gilt vor allem für den Bereich, in dem Sie selbst mitwirken, den Brand- und Katastrophenschutz.

## Die öffentliche Auseinandersetzung um den Zivilschutz

Die öffentliche Auseinandersetzung um den Zivilschutz, die seit einigen Jahren in der Bundesrepublik stattfindet, ist in die sehr heftige und emotionale Diskussion über die Sicherheitspolitik eingebettet. Den Gegnern des Zivilschutzes geht es nicht um eine Sacherörterung; dazu fehlt ihnen die Fachkompetenz in Zivilschutzfragen. Soweit diese Gruppen kommunistisch gesteuert sind, zielt ihre Kampagne gegen den Zivilschutz auf eine Schwächung der Verteidigungsbereitschaft der Bevölkerung ab, indem diese durch bewußt falsche Information verunsichert werden soll.

Ich möchte Ihnen ein paar gängige Argumente gegen den Zivilschutz vortragen, denen Sie sicher schon begegnet sind. Es ist besonders wichtig, daß diejenigen, die sich, wie Sie in der Feuerwehr, für den Zivilschutz einsetzen, in der Lage sind, dessen Gegnern mit Sachargumenten entgegenzutreten. Am häufigsten hört man folgende Schlagworte:

● Zivilschutz sei Kriegsvorbereitung und erhöhe die Kriegsgefahr.

Das ist falsch:

Der Staat ist verpflichtet, seinen Bürger vor Gefahren aller Art zu schützen. Dem dient unser Hilfeleistungssystem des Zivil- und Katastrophenschutzes. Es ist eine böswillige Unterstellung, Zivilschutz sei Kriegsvorbereitung. Zivilschutz bedeutet keine Bedrohung, sondern ist als humanitäre Vorsorge für die Zivilbevölkerung die defensivste Form der Verteidigung.

Widersinnig ist auch die Vorstellung, ein Angriff würde unterbleiben, wenn auf Zivilschutz verzichtet wird. Im Gegenteil, ein Angreifer könnte aus fehlenden Zivilschutzvorkehrungen auf mangelnden Verteidigungswillen schließen.

Welcher Nutzen dem Zivilschutz im Frieden zukommt, hat der sowjetische Reaktorunfall gezeigt. Die Messungen der Radioaktivität der Luft durch das Meßstellennetz des Warndienstes haben wirksam dazu beigetragen, die Informationen für die Beurteilung der Lage und für Vorsorgemaßnahmen zugunsten der Bürger zu erlangen. Einheiten des Zivilschutzes überprüften an den östlichen Grenzübergängen der Bundesrepublik Deutschland Personen sowie Fahrzeuge auf radioaktive Verseuchung und nah-



men Entseuchungen vor. Der Zivilschutz hat sich bei der Bewältigung der uns bedrohenden grenzüberschreitenden Folgen von Tschernobyl erneut als entscheidender Eckpfeiler des Katastrophenschutzes im Frieden erwiesen.

Es wird die falsche Alternative aufgestellt:

#### ● Friedenssicherung statt Zivilschutz

Das ist kein Gegensatz, sondern beide Ziele ergänzen sich. Die Sicherung des Friedens in Freiheit ist die wichtigste Aufgabe überhaupt. Friedenspolitik ist der beste Schutz der Bevölkerung. Zivilschutzmaßnahmen können und dürfen eine zielstrebige Friedenspolitik nicht ersetzen.

Aber die Erhaltung des Friedens liegt nicht allein in unserer Hand. Gefährliche politische Spannungen und zahlreiche militärische Auseinandersetzungen machen dies deutlich. Wir sind verpflichtet, unsere Bevölkerung nicht schutzlos zu lassen, sondern soweit wie möglich zu schützen, falls wir trotz unserer Bemühungen um den Frieden in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen werden.

Das bewußt Angst erzeugende Argument:

● Jeder Krieg werde zu einem Atomkrieg eskalieren und alles Leben vernichten

ist sachlich unhaltbar.

Gibt es tatsächlich nur die Wahl zwischen Frieden und totaler atomarer Vernichtung?

Viele bewaffnete Auseinandersetzungen nach dem 2. Weltkrieg lehren, daß ein Atomkrieg der unwahrscheinlichste Fall eines – hoffentlich niemals eintretenden – militärischen Konflikts ist:

– Ausschließlicher Zweck atomarer Rüstung ist, durch sie und das Wissen um ihre furchtbare Wirkung jeglichen Krieg zu verhindern.

– Jede der beiden Supermächte ist sich bei atomarem Gleichgewicht der Zweitschlagfähigkeit der anderen Weltmacht bei einem Angriff bewußt.

– Kein Angreifer hat Interesse, das Land, das er für sich beanspruchen und nutzen will, auf ewig zu vernichten.

– Jeder Atomschlag würde wegen der Strahlungen und Auswirkungen auch auf den Angreifer selbst verheerend wirken.

– Wer den Atomkrieg für die einzige Form einer bewaffneten Auseinandersetzung hält, unterstellt einem Angreifer, daß er völkerrechtswidrig einen Vernichtungsfeldzug gegen die Zivilbevölkerung führen will.

Schließlich widerlegt die abwegige Behauptung

● Zivilschutz ist sinnlos und daher trügerisch

sich selbst.

Zivilschutz wäre nur sinnlos, wenn wir entweder die Gewißheit hätten, daß es niemals

mehr zu einer bewaffneten Auseinandersetzung kommt oder wenn man unterstellt, daß jede bewaffnete Auseinandersetzung ein atomares Inferno bedeutet. Aber die Weltlage gibt uns leider keine völlige Sicherheit, daß wir auf ewige Zeiten von Krieg verschont bleiben, wenn es auch sehr unwahrscheinlich ist, daß militärische Konflikte nur mit Atomwaffen ausgetragen werden. Niemand hat die Illusion, in einem Atomkrieg könnten Zivilschutzmaßnahmen das Überleben der Menschen sichern. Bei einem Einsatz konventioneller Waffen können solche Vorkehrungen sehr wohl von Nutzen sein. Wenn die Gegner des Zivilschutzes die Bevölkerung auch für diesen Fall gänzlich schutzlos lassen wollen, ist das zutiefst unmenschlich.

Trotz aller Anfeindungen gegen den Zivilschutz hält die Bundesregierung unerschütterlich an ihrem Auftrag fest, das Wohlergehen und damit auch den Schutz der Bevölkerung gegen Gefahren aller Art zu gewährleisten. Das wird nicht zuletzt auch durch die steigenden Haushaltsansätze belegt. Der Bund stellt in diesem Jahr 736 Mio DM zur Verfügung. Allerdings bewirkt Geld allein keinen leistungsfähigen Zivilschutz. Unerläßlich ist die vom Selbstbehauptungswillen getragene Bereitschaft der Bürger zu aufopferungsvollem Gemeinschaftsdienst, den die Feuerwehren, die älteste und größte Bürgerinitiative, schon seit 150 Jahren verwirklichen."

Wolfgang Hornung

## Mit vereinten Kräften den Ernstfall geprobt

Rettungs- und Räumungsübung am Krankenhaus Meppen

Kleine Ursache – große Wirkung: „Rauchentwicklung im Kellergeschoß des Krankenhauses Meppen" signalisierte die automatische Feuermeldeanlage am Mittwoch, 11. Juni 1986, um kurz vor 17 Uhr in der Feuerwache der Emsland-Kreisstadt Meppen. Was sich für die Einsatzkräfte der Feuerwehr und der Sanitätseinheiten des Deutschen Roten Kreuzes sowie Technischem Hilfswerk und Bundeswehr erst geraume Zeit später herausstellte, war eine großangelegte, alarmmäßige Rettungs- und Räumungsübung.

### Realistisches Übungsobjekt

Das Meppener Krankenhaus liegt unmittelbar am Rande des historischen Stadtkerns und grenzt an die jahrhundertealten Befestigungsanlagen mit Stadtwall und vorgelagertem Wassergraben. Der Haupteingang befindet sich innerhalb einer geschlossenen, ca. 250 Meter langen Gebäudefront des – im Laufe der letzten Jahre immer wieder umgebauten und renovierten – Alttrakts (zweigeschossig mit ausgebautem Dach) an einer schmalen Anliegerstraße.

Die Rettungswege einschließlich der Notaufnahme und der Anfahrt für Rettungs- und Einsatzfahrzeuge orientieren sich allesamt zum Innenbereich des mehrfach erweiterten Gebäudekomplexes. Bewegungsflächen sind hier ausreichend vorhanden, das Gelände ist für die Nutzung durch Privatfahrzeuge gesperrt. Die Zufahrt erfolgt von einer großzügig ausgebauten, gut einzusehenden Ampelkreuzung über eine zweispurige Einfahrt.

### Rauch bis in die zweite Etage

Der Angriffstrupp des Tanklöschfahrzeugs (TLF 16/Besatzung 1 : 4) stellt kurz nach Eintreffen am Krankenhaus (17.03 Uhr) eine Verqualmung in den Kabel-Kriechgängen unter dem Altbau fest, ohne zunächst die Ursache feststellen zu können. Rauch dringt durch Versorgungsschächte bis in die zweite Etage.

Aufgrund der Rückmeldung des ersten Fahrzeuges wird von der Einsatzzentrale Alarmstufe 2 ausgelöst. Um 17.05 Uhr treffen der Stadtbrandmeister mit dem Einsatzleitwagen und das Löschgruppenfahrzeug (LF 16/Besatzung 1 : 7) ein. Nach der Erhö-





Links: Gute Zusammenarbeit: Stadtbrandmeister Franz Hornung und THW-Einsatzleiter Bernd Meer.

Rechts: Zur Evakuierung der „Patienten“ werden insgesamt drei Drehleiter eingesetzt.



hung auf Alarmstufe 3 erfolgt die Anordnung zur Räumung des Dachgeschosses über Treppenhäuser und Drehleiter (DL 23/12). Die Drehleiter wird um 17.08 Uhr an der Vorderseite des Altbaus in Stellung gebracht.

### Schnelle Hilfe auch überörtlich

Von der Einsatzzentrale alarmiert, treffen in dichter Folge weitere Hilfskräfte ein: Deutsches Rotes Kreuz Meppen mit vier Rettungswagen und einem Notarzt-Einsatzfahrzeug, Bundeswehr mit einem Rettungswagen, Drehleitern der Feuerwehren Lingen (DL 23/12) und Haren (DL 22), das Technische Hilfswerk Meppen mit einem Gerätekraftwagen und zwei Mannschaftstransportwagen.

Einige „Patienten“ werden mit dem Rettungsschlitten der Drehleiter in Sicherheit gebracht.



Das Deutsche Rote Kreuz übernimmt den Transport der Evakuierten zum Notaufnahmelaager.



Die DRK-Einsatzzentrale ihrerseits alarmiert über Meldeempfänger (eigener Funkkreis) ihren Katastrophenschutzzug (Sanitätsdienst) mit sieben Krankentransport- und Gerätewagen. Von der Feuerwehr Meppen rücken Gerätewagen, Gerätewagen Atemschutz, Tragkraftspitzenfahrzeug und Rüstwagen (RW 2) nach.

### Reibungsloser Transport

Evakuiert werden 22 „Patienten“, davon neun liegend, wobei auch der Rettungsschlitten der Drehleiter zum Einsatz kommt. Der Transport mit den Rettungs- und Krankentransportwagen zum Notaufnahmelaager in der Fahrzeughalle der Feuerwache erfolgt alarmmäßig, die ständige Betreuung

durch Ärzte und Pflegepersonal ist dabei gewährleistet.

Die Polizei übernimmt die Verkehrslenkung, insbesondere im Kreuzungsbereich zur Rettungszufahrt. Der Abtransport funktioniert ohne nennenswerte Störungen, eine Behinderung der einzelnen Einheiten ist in keinem Abschnitt erkennbar.

### Notstromversorgung aufgebaut

Da durch das „Feuer“ die Beleuchtung im Kellergeschoß des Krankenhauses ausfiel, baut das Technische Hilfswerk eine Notstromversorgung auf und leuchtet die Kellerräume aus.

Zwei Angriffstrupps unter schwerem Atemschutz lokalisieren kurz nach Beginn der Evakuierung den Herd des „Schwelbrandes“ und können das „Feuer“ wenig später erfolgreich bekämpfen, woraufhin die Verqualmung spürbar nachläßt. Sicherheitshalber kontrollieren dann beide Trupps unter Atemschutz den gesamten Altbau. Um 18.50 Uhr ist der Einsatz beendet.

### „Vorbildliche Unterstützung“

Bei der abschließenden Manöverkritik im Beisein des Krankenhaus-Kuratoriums, der Meppener Verwaltungsspitze und der beteiligten Einheiten bedankte sich Stadtbrandmeister Franz Hornung bei den weit über hundert Einsatzkräften für ihre Arbeit. Er sprach auch der Verwaltungsleitung, den Ärzten und dem Pflegepersonal des Krankenhauses seinen Dank „für die vorbildliche Unterstützung“ aus.

Er erinnerte an verschiedene reale Einsätze vergleichbarer Art in der Bundesrepublik gerade in den letzten Monaten und Jahren. Die Einsatzübung sei bewußt „unterhalb der Stufe eines Katastrophenalarms“ gehalten worden, um das rasche Zusammenwirken zwischen Feuerwehr und Hilfsorganisationen in einer Kleinstadt (Meppen zählt 32 000 Einwohner) zu testen. Besonders erfreulich sei, daß die Einsatzübung bis zum Schluß geheimgehalten werden konnte.



Der Kreisverband Hannover-Land/Schaumburg des Arbeiter-Samariter-Bundes stellt sich vor

## Die ausgetretenen Pfade verlassen – neue Wege gehen

Viele Aufgabenbereiche – Schwerpunkt humanitäre Auslandshilfe – Mit neuen Ideen zum Erfolg.

Wie auf einer Perlschnur aufgereiht, präsentieren sich die elfenbeinfarbenen Einsatzfahrzeuge auf dem Vorplatz des Garagentraktes des ASB-Kreisverbandes Hannover-Land/Schaumburg in Barsinghausen. Es ist beeindruckend, was hier in der strahlenden Sonne steht. Knallig rot leuchten die ASB-Embleme auf den Fahrzeugtüren, weisen darauf hin, wem diese Wagen gehören. Und wer da glaubt, daß hier der modernste Fuhrpark aufgefahren ist, sieht sich beim näheren Hinsehen getäuscht. Während sich viele Helfer der Katastrophenschutz-Organisationen sicher berechtigt über veraltete Einsatzfahrzeuge beklagen, hat es sich der ASB-Kreisverband zum Steckenpferd gemacht, ausgemusterte Lastkraftwagen und kleinere Fahrzeuge des Bundesgrenzschutzes und der Polizei aufzukaufen und mit viel Mühe und Liebe wieder auf Vordermann zu bringen.

Aber darüber später mehr. Zunächst möchte das Zivilschutz-Magazin den rührigen Kreisverband vorstellen, Einblick geben in die vielen Aktivitäten der größten Gliederung der insgesamt 21 Orts- und Kreisverbände des ASB Niedersachsens.

### Ganz klein begonnen

1969 wurde der heutige Kreisverband Barsinghausen als Stützpunkt des ASB-Ortsverbandes Hannover-Stadt gegründet. Jahrelang diente ein Fertigteil-Pavillon als Unterkunft, bis 1980 ein neues Gebäude mit Garagentrakt auf einem rund 8000 Quadratmeter großen Grundstück das Provisorium ablöste.

Schwerpunkt der Arbeit 1969 war der Rettungsdienst und Krankentransport. Ein Fahrzeug und 15 ehrenamtliche Helfer standen am Wochenende zur Verfügung. Schon



Oben: Seit 1980 ist der ASB-Kreisverband in diesem modernen Gebäude untergebracht.  
Unten: Gut gefüllt sind die Garagen des ASB in Barsinghausen mit Alt- und Neufahrzeugen.





ein Jahr später gründete sich dann der damalige Ortsverband Barsinghausen.

Aufgrund der schlechten Versorgung des Landkreises mit Rettungswachen, wurde am Standort eine eigene ASB-Wache eingerichtet. Mit einem hauptamtlichen Mitarbeiter besetzt, verstärkte sie mit einer weiteren ASB-Rettungswache in Seelze den Rettungsdienst im Landkreis.

### Ein schneller Aufstieg

1972 verfügte der Ortsverband schon über sechs hauptamtliche Mitarbeiter sowie einige Zivildienstleistende. Mit einer neuen Rettungswache in Pattensen verdichtete sich das Netz der schnellen Hilfe. Heute betreibt der ASB vier von 14 Rettungswachen im Landkreis Hannover. Acht Wachen sind vom Deutschen Roten Kreuz besetzt, zwei Wachen betreibt die Johanniter-Unfall-Hilfe.

Organisiert hat der ASB in seinem Einsatzbereich im Landkreis Hannover mit rund 150 000 Einwohnern auch einen ärztlichen Notdienst. In den Rettungswachen steht werktags ab 20.00 Uhr bis zum Morgen sowie am Wochenende und Feiertagen ein Arzt für Notfälle bereit.

Für Einsätze bei Großschadensereignissen konnte der Kreisverband zusätzlich im Kreisgebiet niedergelassene Ärzte gewinnen, die bereit sind, am Tage und auch nachts schnelle Hilfe zu leisten.

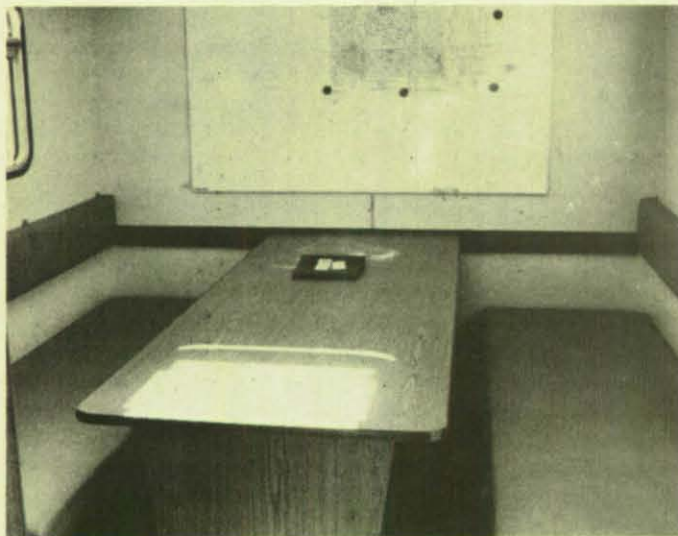
### Mannigfaltige Aufgaben

„Wir haben hier im Kreisverband 71 hauptamtliche Mitarbeiter, davon sind sechs Beschäftigte in der Verwaltung tätig, 65 Mitarbeiter sind überwiegend im Rettungsdienst, Krankentransport und Sozialen Dienst eingesetzt“, erläutert Jürgen Mackensen, Geschäftsführer des Kreisverbandes und



Oben: Ein Teil der wieder hergerichteten Lastkraftwagen.

Unten: Ein neues Fahrzeug, eingerichtet als Mobile Einsatzleitstelle.



Alles Eigenarbeit: Der Besprechungsraum in der Einsatzleitstelle.



Der Funkraum im hinteren Teil der fahrbaren Einsatzleitstelle.



Technischer Leiter des ASB-Landes- und Bundesverbandes, den personellen Stand des ASB Barsinghausen. Der Stab der hauptamtlichen Mitarbeiter wird von 49 Zivildienstleistenden unterstützt.

Einsatzmäßig zugeordnet sind der ASB-Rettungsleitstelle Barsinghausen noch drei Rettungswachen im Nachbarkreis Schaumburg sowie eine Rettungswache im Landkreis Hameln-Pyrmont. Insgesamt werden von Barsinghausen aus also acht Rettungswachen geleitet und gelenkt.

28 Fahrzeuge, zum Teil Sonderfahrzeuge, sind im Behindertenfahrdienst eingesetzt, 22 Wagen stehen dem Rettungsdienst sowie zehn Pkw für den Sozialen Dienst zur Verfügung.

Ein weiterer Schwerpunkt der ASB-Arbeit in Barsinghausen ist die Ausbildung. Neben den Lehrgängen „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ und „Erste Hilfe“ für die Bevölkerung, absolvieren hier auf Landesebene die ASB-Rettungssanitäter ihren theoretischen Teil der insgesamt 520-Stunden-Ausbildung. Auf Landesebene erfolgt in Barsinghausen auch die ganze Bandbreite der organisationseigenen Ausbildung für die Helfer und Mitarbeiter.

### Mitwirkung im Katastrophenschutz

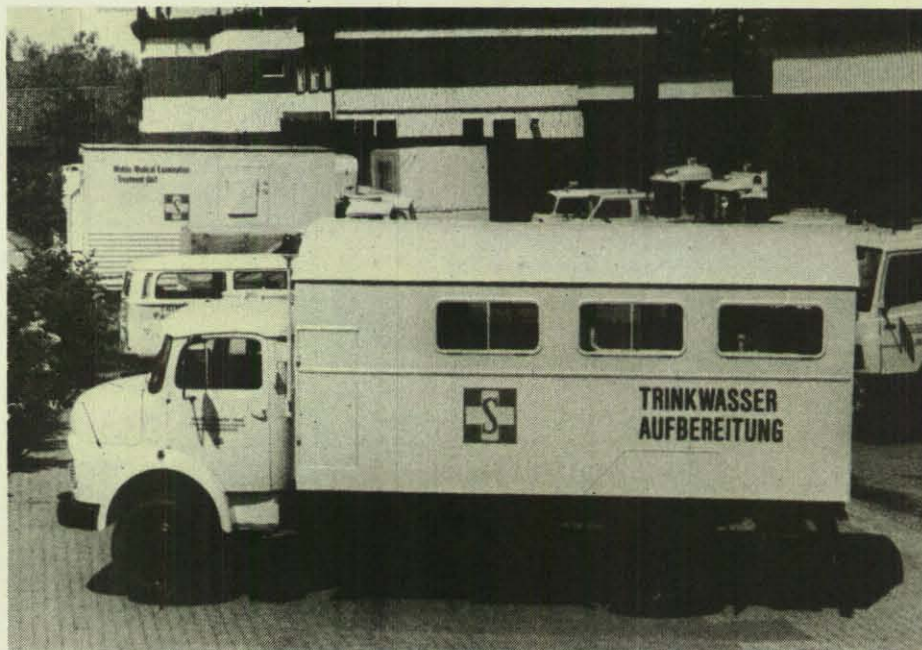
Schon seit Jahren hat sich der Kreisverband bereiterklärt, im Katastrophenschutz des Landkreises mitzuwirken. Zwei Sanitätszüge, ein Betreuungsleitzug, zwei Betreuungszüge und ein Materialerhaltungstrupp mit insgesamt rund 150 Helfern – davon ein Drittel Frauen – stehen dem Hauptverwaltungsbeamten zur Verfügung. Rund 60 Helfer sind vom Wehrdienst freigestellt. Zusammen mit den nicht in den Einheiten eingebundenen Kräften verfügt der Kreisverband über rund 350 ehrenamtliche Katastrophenschutz Helfer.

### Eine Idee wird geboren

„Die Waldbrandkatastrophe 1976 in Niedersachsen hat uns gezeigt, daß neben dem Sanitätsdienst auch viele Betreuungsaufgaben anfielen. Alle Hilfsorganisationen haben Spezialfahrzeuge, aber die Transportkapazitäten für weitere Aufgaben reichten nicht aus. Dies gab uns den Anstoß, mehr Fahrzeuge zu beschaffen.“ Geschäftsführer Mackensen kommt auf das eingangs erwähnte Steckenpferd des Kreisverbandes zu sprechen.

Der ASB überlegte, wie der Fahrzeugpark kostengünstig aufzustocken sei. Man kam auf die Idee, ausgemusterte Fahrzeuge des Bundesgrenzschutzes und der Polizei zu übernehmen. Während zunächst einige Wagen kostenlos zur Verfügung gestellt

Ein Blick in das Innere des Werkstattwagens.



Oben: Gerade erst fertiggestellt: Die Trinkwasser-Aufbereitungsanlage TWA 10.

Unten: Ein neues, modernes Fahrzeug des Kreisverbandes, mit dem schon viele Hilfsgüter nach Polen transportiert wurden.







Einer der zwei neuen Vier-Trage-Kranken-transporter des ASB-Barsinghausen.



Aus alt mach neu: ASB-Mechaniker bei der Arbeit.



Die ASB-Rettungsleitstelle Barsinghausen. Von hier aus werden acht Rettungswachen gelenkt.



Der Lehrsaal des Kreisverbandes. Hier erfolgt u. a. die organisations-eigene theoretische Ausbildung der Helfer.

worden waren, müssen heute die Fahrzeuge von der VEBEG gekauft werden. Bis zu 12 000 DM kostet zum Beispiel ein ausgemusterter Lkw mit einer Gesamtkilometerleistung von durchschnittlich 50 000 km.

### Aus alt mach neu

Stehen die rund 15 bis 20 Jahre alten Fahrzeuge auf dem Hof des Kreisverbandes, beginnt für die Mitarbeiter der Kfz-Werkstatt die harte Arbeit. Die Wagen mit einer Nutzlast von fünf Tonnen werden auseinandergenommen, die Teile auf Schäden hin überprüft, wenn nötig, werden neue Teile eingebaut. Ja, sogar das Umlackieren in die ASB-Farbe wird in der Werkstatt vorgenommen. Rollt das Fahrzeug dann fast wie neu aus der Halle, zeigt sich das große Improvisationsvermögen der Mechaniker.

### Eigene Sonderfahrzeuge

Heute stehen in den Garagen viele Sonderfahrzeuge und Lastkraftwagen für Transportaufgaben. So wurden zwei ausgesonderte Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen TWA 6 und eine Anlage TWA 10 aufgekauft und wieder betriebsbereit gemacht. Hinzu kommen Krankentransport-, Feldküchen- und Werkstattwagen sowie eine Mobile Erste-Hilfe-Station und ein Sattelschlepper mit Auflieger. Basismodell ist der Lkw LA 911 von Daimler-Benz. Dieser Fahrzeugtyp hat sich über viele Jahre hinweg als robust und unkompliziert bewährt.

Zum Teil erhielten die aufgearbeiteten Fahrgestelle neue Kofferaufbauten, die dann entsprechend eingerichtet wurden. Beim Ausbau dieser Wagen floß viel eigene Erfahrung ein, die Praktiker hatten das Wort.

Neben den großen Lastkraftwagen wurden auch kleinere Fahrzeuge, Anhänger, Container und Kräder beschafft und wieder hergerichtet. Sie verstärken jetzt den Fahrzeugpark des Kreisverbandes.

Nachdem der Eigenbedarf des ASB Barsinghausen gedeckt war, wurden auch weitere ASB-Gliederungen mit instandgesetzten Fahrzeugen versorgt. Insgesamt arbeiteten die Kfz.-Mechaniker bis heute rund 60 „Alt-Wagen“ auf.

Aber nicht nur ältere Wagen wurden mit eigenen Sonderaufbauten versehen. Im Hof des Kreisverbandes steht u. a. auch ein moderner Lkw, der als Mobile Einsatzleitstelle ausgebaut wurde. Ein großer Kofferaufbau beinhaltet einen Besprechungsraum sowie einen Funkraum mit einem Funktisch, bestückt mit Geräten im 4 m- und 2 m-Band und einer Kurzwellenfunkanlage. Die gesamte Einrichtung wurde in Eigenarbeit erstellt. Das Fahrzeug repräsentiert mit der Innenausstattung einen Wert von rund 200 000 DM.





Verbindung in alle Welt: Die Amateurfunk-Klubstation des ASB.



Was kann noch verbessert werden? Im Gespräch (von links): ASB-Geschäftsführer Jürgen Mackensen, ASB-Mitarbeiter Karl Wahl und Roland Conrad, Abteilungsleiter „Technisches Referat“ beim ASB-Bundesverband Köln.

## Schwerpunkt Auslandshilfe

Ein großer Teil der Sonderfahrzeuge des Kreisverbandes wurde in Hinblick auf die humanitäre Auslandshilfe des ASB erstellt. In Abstimmung mit dem ASB-Bundesverband in Köln liegt ein Schwerpunkt der Arbeit des Kreisverbandes in der schnellen

Hilfeleistung bei großen Katastrophen im Ausland.

Ausgangspunkt für die Erweiterung des Fahrzeugparks des ASB Barsinghausen mit Sonderfahrzeugen war ein Einsatz nach der Erdbebenkatastrophe in Süditalien 1980. Hier waren die Helfer des ASB die ersten im Katastrophengebiet Lioni, die



Die vor kurzem in Betrieb genommene Rettungswache Hemmingen-Arnun des ASB-Barsinghausen: (Fotos: Günter Sers)

Hilfe brachten. Dabei zeigte sich, daß ganz bestimmte Fahrzeuge wie zum Beispiel Feldküchenwagen, Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen etc. fehlten.

Jürgen Mackensen, damals Einsatzleiter in Italien, ging nach Rückkehr daran, den Fahrzeugpark des Kreisverbandes mit Sonderfahrzeugen auszubauen. Daß dies sich so positiv entwickeln würde, ahnte zu dieser Zeit niemand.

Inzwischen hat sich die Idee bewährt. Bei weiteren Einsätzen im In- und Ausland und in der Polenhilfe konnte auf den umfangreichen Fahrzeugpark des Kreisverbandes zurückgegriffen werden.

## Fahrzeuge für Afrika

Eine besondere Hilfe leistet der ASB in Afrika. In einer gezielten Aktion wurden bis heute 41 ausgesonderte BGS-Fahrzeuge in der Kfz-Werkstatt des ASB Barsinghausen instandgesetzt und tropentauglich gemacht. Sie gingen in die Hungergebiete Afrikas, um den Transport von Hilfsgütern sicherzustellen. Denn meist fehlt es nicht an gespendeten Nahrungsmitteln, sondern an den Möglichkeiten, diese auch in die Hungerlager zu bringen. Zwei der Lkw wurden zu Werkstattwagen umgebaut, mit denen ASB-Mechaniker in Afrika die Instandsetzung der Fahrzeuge sicherstellen.

## Sofort-Einsatzgruppe aufgestellt

Neben den vielen Aktivitäten des Kreisverbandes wurde aus den Erfahrungen der Auslandseinsätze heraus in Barsinghausen eine Sofort-Einsatzgruppe gebildet. 24 Helfer, unter ihnen auch Ärzte, stehen für eine schnelle Hilfeleistung bei Katastrophen zur Verfügung. Aus diesem Kreis wird bei Bedarf eine achtköpfige Einsatzgruppe gebildet, die das Katastrophengebiet erkunden soll und auch medizinische Hilfe leisten kann. In zwei VW-Allrad-Bussen sind Kisten mit umfangreichem technischen Gerät, Sanitätsmaterial und eine Arztausstattung untergebracht.

## Ein Beispiel

Nicht alle Aufgaben, die der ASB Hannover-Land/Schaumburg sich gestellt hat, nicht alle Leistungen des rührigen Kreisverbandes konnten in diesem Bericht vorgestellt werden. Aber eines zeigt sich ganz deutlich: Persönliches Engagement, der Mut neue Wege zu gehen, tatkräftig zuzupacken sind Eigenschaften, die den Kreisverband zu dem haben werden lassen, was er heute ist. Ein Erfolgsrezept, das als Beispiel dienen kann. güse



## „Panikvorsorge sollte zum Ausbildungsprogramm der Ersten Hilfe gehören“

„Besinnungstherapie“ und Handlungsschablonen können erarbeitet werden

Die Bilder vom 29. Mai 1985 gingen durch die Medien: Die „Panikkatastrophe“ im Brüsseler Heysel-Stadion forderte 38 Tote und 257 Verletzte. Gewalttätige, alkoholisierte Fans hatten vor Beginn des Europacup-Finalspiels zwischen dem FC Liverpool und Juventus Turin die Schreckensereignisse ausgelöst. Bilder von entsetzten Menschen bei oft aussichtslosen Fluchtversuchen, von niedergetrampelten Toten und Verletzten zeigten das schreckliche Ausmaß fanatischer Gewalt. Von „Panik“ der Zuschauer berichteten die Medien.

Auch als bei Hotelbränden in jüngster Zeit – z. B. in Singapur – Menschen in Todesangst aus den Fenstern sprangen, war von „panischen Reaktionen“ die Rede.

### Panik: kopflose Reaktion

„Panik“ – das Wort entstammt dem Namen des griechischen Hirtengottes Pan, der seine Umwelt durch seine Gestalt – halb Mensch, halb Tier – und durch unerwartete Laute in Schrecken versetzte. Unter Panik versteht man die kopflose, angsterfüllte, erregte, kollektive Reaktion einer Menschenmasse auf eine unmittelbar erlebte Bedrohung. Die Besonnenheit des einzelnen ist in der Panik-Situation ausgelöscht. Blinder Selbsterhaltungs- und Herdentrieb, Fluchtgedanken und Aggressionen steuern den Menschen.

### Panikvorsorge wird gefordert

Fachleute, die sich mit Panik als Folge oder Ursache einer Katastrophe befassen, fordern in jüngster Zeit die „Panikvorsorge“ als Bestandteil der Katastrophenmedizin. So schreiben z. B. Prof. Dr. med. Bochnik und Dr. phil. Richtberg, beide vom Zentrum der Psychiatrie der Universität Frankfurt/Main, in ihrem Beitrag zur „Katastrophenmedizin“: „Katastrophen sind höchst verschiedenartige, überraschende, daseinsbedrohende Ereignisse, die keine Voraussage erlauben, wer von den Betroffenen



Die Bilder gingen um die Welt: Entsetzte Menschen bei den Ausschreitungen im Brüsseler Heysel-Stadion.

verloren, rettbar oder zur Hilfeleistung fähig sein wird. Dennoch kann die Vorbereitung auf denkbare Katastrophen die Zahl der Opfer verringern“ und: „Panikvorsorge sollte daher zum Ausbildungsprogramm der Ersten Hilfe gehören, die bereits in der Schulzeit angeboten werden sollte.“ (1)

Andere Experten fordern z. B. von einem Arzt, daß er im Katastrophenfall einer Panikausbreitung entgegenwirken kann: „Man muß davon ausgehen, daß Verhaltensstörungen und abnorme psychische Reaktionen in jedem Katastrophenfall auftreten, daß dafür aber in aller Regel zunächst kein Psychiater zur Verfügung steht. Daher muß jeder Arzt die ... Reaktionen kennen und erste Maßnahmen am Katastrophenort ergreifen können. Im psychologisch-psychopathologischen Bereich kommt es für eine erfolgreiche Tätigkeit – mehr noch als in der übrigen Medizin – auf die Persönlichkeit des Arztes, auf sein Auftreten und Verhalten an. Der Arzt soll der sachkundige, ruhige Pol am Ort des Ereignisses sein. Er

wird von allen Seiten gefordert. Die Betroffenen beanspruchen von ihm nicht nur erste Hilfe, Wundversorgung und Schmerzbekämpfung, sondern auch Beruhigung, Zuspruch und Stärkung. Der Arzt sieht sich in eine Situation gestellt, in der er sich nicht nur um viele zu gleicher Zeit kümmern müßte, sondern wo von ihm auch Organisation der Hilfeleistung und Panik verhütende Maßnahmen erwartet werden ...“ (2)

Prof. Dr. med. Hippus, Direktor der Psychiatrischen Klinik und Poliklinik der Universität München, meint dazu: „Der Arzt sollte nun nicht nur die verschiedenen Grundformen abnormen psychischen Reagierens erkennen und differenzieren können, er muß dann vor allem auch in der Lage sein, schnell und sachgerecht, ruhig und gezielt mit guten Erfolgchancen zu handeln. Ist der Arzt in der Katastrophen-Situation dazu nicht in der Lage, so kann sich gestörtes Verhalten einzelner, die von einer Katastrophe betroffen sind, mit großer Geschwindigkeit epidemieartig aus-



breiten. Unzureichende Kompetenz des Arztes in der Katastrophen-Situation kann ausschlaggebend dafür werden, daß die in Katastrophen-Situation oft latent vorhandene Panik-Bereitschaft nicht unter Kontrolle gebracht wird, sondern in eine manifeste Panik führt." (3)

### Angst kennt jeder Mensch

Wie kommt es zu Angst, Schrecken, zur Panik? Dazu heißt es in der vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Broschüre „Katastrophenmedizin“: „Panik kann entstehen, wenn eine Person oder Personengruppe sich in einer Situation zu befinden glaubt, die eine unmittelbare Bedrohung für das eigene Leben bedeutet und die Person oder die Personengruppe im Augenblick glaubt, ein Überleben sei nur in einer unmittelbaren Flucht und nicht mehr zu einem späteren Zeitpunkt möglich.“ (2)

Kann man diesen Angstgefühlen vorbeugen, damit der von einer Katastrophe betroffene Mensch mit Besonnenheit reagiert und somit möglicherweise sich und anderen Betroffenen helfen kann?

„Ein Unfall stellt, psychologisch (und auch pathologisch) gesehen, ein Ereignis mit plötzlichen, überstarken und unerwarteten Sinnesreizungen (Krach, Schmerz, Feuer, schwankende Erde beim Erdbeben usw.) dar. Bei einem Unfall hat der beteiligte Mensch Angst. Art, Dauer und Ausprägung der Angst hängen aber weniger von der Unfallsituation ab als vielmehr von der Konstitution der betroffenen Menschen, also von einer Persönlichkeitsstruktur zum Zeitpunkt der drohenden Gefahr, ab.“ (4)

Angst kennt jeder Mensch; jeder hat sie schon in irgendeiner Form durchlebt. So betonen auch Bochnik und Richtberg: „Die gering oder stärker ausgeprägte Bereitschaft zu Angst und Panik ist in jedem Menschen angelegt“ und „Die Bereitschaften zu Angst, Schreck, Furcht und Erregung sind also normale menschliche Begabungen, wenn sie auch in individuell sehr unterschiedlichen Ausprägungen vorkommen.“ (1)

### Katastrophe: „Stunde der Wahrheit“ für das menschliche Verhalten

Wenn die Bereitschaft zu Angst, Schreck, Furcht und Erregung – sämtliche Gefühle können zur Panik führen – jedem Menschen innewohnt, so nennen Bochnik und Richtberg eine Katastrophe für das menschliche Verhalten die „Stunde der Wahrheit“: „Der Rückschluß vom alltäglichen Verhalten auf das Verhalten in panikgefährdeten Ausnahmesituationen ist unsicher, da Katastrophen sowohl bisher verborgene Kräfte aktivieren als auch Schwä-

chen entlarven können. Ein bisher als weich, schüchtern und furchtsam bekannter Mensch kann sich in der Katastrophe unvermutet besonnen, tapfer und führend bewähren. Umgekehrt können ‚Supermänner‘ sich in der Katastrophe als überkompensierte, geltungsbedürftige Schwächlinge erweisen, die ‚in der Stunde der Wahrheit‘ kopflos und ängstlich versagen.“ (1)

Und Dr. Rolf Lanz meint: „Die psychische Reaktion auf die Katastrophe ist erfahrungsgemäß oft nicht voraussehbar und kann zu Fehlentscheidungen und Fehlleistungen auf jeder Seite führen. Die psychologischen Probleme der Katastrophenmedizin werden meist unterschätzt. Panik macht blind gegenüber der Realität und kann jede noch mögliche Hilfe verunmöglichen und zum Chaos führen.“ (5)

### Panikbegünstigende Faktoren

Die von Bochnik/Richtberg angesprochenen „panikgefährdeten Ausnahmesituationen“ lassen sich in normalen Zeiten nicht realistisch darstellen, weil man zwar Schadensereignisse simulieren kann, aber nur bedingt die weiteren panikbegünstigenden Umstände. Zu diesen Faktoren zählen nach Bochnik/Richtberg einzeln oder in Kombination:

- begrenzte Bereiche, insbesondere wenn Mauern, Gräben, Wände, geschlossene Pforten und ähnliche Hindernisse einer schnellen Auflösung entgegenstehen
- Fehlen von gerichteten Pflichten, geordneten Strukturen, glaubwürdiger Führung oder erkennbaren Autoritäten, wie dies bei Paniken in Sportstadien oder bei Hotelbränden regelmäßig vorkommt

- Mangel an haltungsbezogener innerer oder äußerer organisatorischer Panikvorbereitung
- glaubwürdige Bedrohungsbedürftungen (auch unbestimmten Umfangs) in der Menschenansammlung
- Vorliegen einer panikgeneigten, emotionalen Massenorientierung, die sich in allgemeiner Aufregung, Erregung, innerer und äußerer Unruhe darstellt, die durch erkennbare Bedrohung oder durch Gerüchte verstärkt werden kann
- gegenseitige Ansteckung in der Menschenansammlung durch Demonstrationen von Angst, Ratlosigkeit, Pessimismus in der Beurteilung der Lage und irrationalen Aktivismus. Diese Ansteckung kann auch von einzelnen sogenannten „Panikpersonen“ ausgehen.
- Mangelndes Vertrauen in die Kompetenz der Ordnungskräfte bei eingetretener Katastrophe, wodurch die Herstellung einer antriebslenkenden und -absorbierenden Ordnung erschwert oder unmöglich gemacht wird. (1)

Die im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen nehmen immer wieder an Vollübungen teil, um auf einen möglichen Einsatz vorbereitet zu sein: Die Bergung von Personen aus eingestürzten oder brennenden Häusern wird geübt, Hilfskrankenhäuser werden eingerichtet, Versorgungs- und Betreuungsdienste simulieren einen Einsatz, Evakuierungen werden durchgeführt, Sanitäts- und Fernmeldedienste bereiten sich in Übungen auf einen hoffentlich nie eintretenden, aber auch nicht völlig auszuschließenden Katastrophenfall vor.

Und dennoch: Die genannten panikbegün-



Traurige Bilanz nach den Ausschreitungen. Fragen nach dem möglichen Vermeiden einer solchen Tragödie wurden laut.





Schon aus früheren Zeiten sind panische Reaktionen der Menschen bekannt: Eine Zeichnung vermittelt einen Eindruck von Menschen, die in ihrer Angst kopflös werden und sich aus dem Fenster stürzen (Theaterbrand in Paris, 1887).

(Fotos: dpa [2], BVS)

stigenden Umstände können in Übungen nicht nachempfunden werden.

### Handlungsschablonen entwickeln

Und da – nach Bochnik/Richtberg – „Panik zu Katastrophen führen kann und Katastrophen durch Panik verschlimmert werden können“, fordern die Autoren eine Panikprophylaxe, nämlich „Besinnung auf Vorrat“. Diese „Besinnung auf Vorrat“ bezieht sich auf persönliche, organisatorische und sachliche Vorbereitung. Denn, so die Meinung von Bochnik/Richtberg, die gedankliche Vorbereitung auf eine Panikverhütung baut innere Haltungen auf. „Es werden Handlungsschablonen vorbereitet, Verhaltensmuster und Entscheidungsalternativen durchdacht, die im Notfall unverzüglich die Handlungssteuerung aufgrund bestimmter situativer Merkmale übernehmen können.“ (1)

Wie aber sieht die Panikprophylaxe aus? Als erste, wenn auch nicht allumfassende Möglichkeit werden die bereits erwähnten Übungen in jeder Form vorgeschlagen. Hier werden bestimmte Situationen durchgespielt, auf die man mit einem erlernbaren Verhaltensmuster reagiert.

### Prinzipien der „Besinnungstherapie“

Zweite Möglichkeit im Rahmen der Panikverhütung ist die persönliche Panikprophylaxe. Hierzu schreiben Bochnik/Richtberg ausführlich:

„Die persönliche Vorbereitung auf Paniksituationen ist schwieriger, weil rationales Verständnis allein nicht genügt, sondern

vielmehr innere Haltungen aufgebaut werden müssen. Die notwendigen inneren Haltungen beziehen sich auf Entschlossenheit zur Tapferkeit, um das Äußerste zur Rettung anderer und zuletzt auch für sich selbst zu tun. Die Erzeugung dieser Haltungsbereitschaft muß unter der mutigen Einsicht stehen, daß niemand wissen kann, ob er in der Katastrophe zu den Verlorenen, zu den Rettbaren oder zu den Helfern gehören wird.“

Solche inneren Haltungen der Entschlossenheit und Tapferkeit können geübt werden. Es wird dabei geübt, sich von Angst, Unruhe und Herdentrieb unabhängig zu machen und trotz dieser Emotionen situations- und zielgerecht zu handeln. Die intensive gedankliche Vorbereitung auf denkbare Katastrophen muß die eigentlichen seelischen Reaktionsmöglichkeiten einbeziehen.

Damit werden Prinzipien angewandt, die in der Psychotherapie als Verhaltenstherapie, als meditative Technik und von uns als ‚Besinnungstherapie‘ empfohlen werden.“ (1)

### Besonnenheit statt Angst

In der Bekämpfung der Angst sehen Bochnik/Richtberg eine dritte Möglichkeit der Panikprophylaxe. Angst, die zur Panik führen kann, kann gemindert werden, wenn es gelingt, sie von den Handlungsnotwendigkeiten abzuspalten und durch Besonnenheit aufzuwiegen. Das bedeutet z. B., daß Angst ferngehalten wird vom Handeln durch Nichtbeachtung oder wenn trotz der Angst besonnenes Handeln durchgesetzt wird.

Auch die „Inseln der Besonnenheit“ sollen – als vierte Möglichkeit – vorsorglich bei

drohender Panik gebildet werden. Damit sind z. B. Ordner, aber auch Selbstberufene gemeint, die die Initiative übernehmen und laut, bestimmt und gelassen für die Beruhigung und für vernünftiges Reagieren auf die Lage eintreten. So wie auch panische Angst ansteckend wirken kann, so kann auch die Demonstration von Tapferkeit, Zuversicht und rationaler Haltung auf noch Wankelmütige übergreifen. Dieser „Stimme der Vernunft“ kann durch die „Autorität des Megaphons“ Unterstützung gewährt werden.

Diese vier Möglichkeiten, so fordern die Autoren Bochnik und Richtberg, müssen geübt werden, damit Panikverhütung wirksam wird.

Damit z. B. in Fußballstadien Panikprophylaxe betrieben wird, wäre es wichtig darauf zu achten, daß viele breite Räumungspforten vorhanden sind und im kritischen Fall zentral entriegelt werden können, daß vor Beginn der Veranstaltungen Hinweise zur Panikverhütung gegeben werden, daß die Ordnungskräfte in Panikbekämpfung geschult und somit durch sie „Inseln der Besonnenheit“ gebildet werden können.

Daß zur Verhinderung von Krawallen – und damit zur Vermeidung von Panik-Anlässen – Angetrunkenen der Zutritt verwehrt bleibt, daß es keinen Alkoholausschank im Stadionbereich gibt, daß durch elektronische Eingangsüberwachungen die Besitzer von Ketten, Messern, Schußwaffen etc. ausgesondert werden können, gehört zu den allgemeinen präventiven Maßnahmen.

### Panikvorsorge in der Helferausbildung

Jeder Mensch ist in der Lage, Panikprophylaxe zu betreiben, sich auf Situationen gedanklich vorzubereiten, in denen Menschen psychisch belastet sind und auffällig reagieren. Diese „Panikvorsorge“ sollte im breiteren Umfang Niederschlag finden in der Helferausbildung. Denn wenn man nicht gelernt hat, in Situationen besonderer Belastung richtig zu reagieren, dann wird sich auch im Katastrophenfall kein Mechanismus einstellen, sie zu verarbeiten. boe

### Literatur

- (1) H. J. Bochnik/W. Richtberg: „Panik – Verhütung und Bekämpfung“ in: „Katastrophenmedizin, Probleme des Massenankomms Kranker und Verletzter“, Hrsg. E. Ungeheuer, Deutscher Ärzte-Verlag, Köln, 1988
- (2) Bundesinnenministerium (Hrsg.): „Katastrophenmedizin, Leitfaden für die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall“, Bonn 1982
- (3) Hans Hippus: „Verhalten und psychische Reaktionen in der Katastrophe“ in: „Zivilschutz-Forschung, 30 Jahre Schutzkommission“, Hrsg. Bundesamt für Zivilschutz, Bonn-Bad Godesberg 1981
- (4) R. F. Lick/H. Schäfer: „Unfallrettung, Medizin und Technik“, Schattauer-Verlag, Stuttgart 1985
- (5) Rolf Lanz: „Blockkurs Katastrophenmedizin“, in: „Zivilverteidigung“, Nr. 1/1983, Osang-Verlag Bonn.



Regierungsdirektor Wolfgang Beßlich,  
Akademie für zivile Verteidigung, Bonn-Bad Godesberg

# Eine Akademie hat Geburtstag

Seit 20 Jahren besteht die Akademie für zivile Verteidigung –  
Mehr als 400 eigene Lehrgänge mit rund 18 000 Hörern

Das 20jährige Bestehen der Akademie für zivile Verteidigung (AkzV) in Bonn-Bad Godesberg in diesem Jahr war Anlaß für den Autor, Aufgabenbereiche und Ziele dieser Einrichtung vorzustellen und auch über die verschiedenen Lehrgänge zu berichten, die in den zwei Jahrzehnten in und von der Akademie durchgeführt wurden:

Die Ausbildungseinrichtungen des Bundes auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung und des Zivilschutzes kommen allmählich in die Jahre: Der Bundesverband für den Selbstschutz wurde 1951 als Bundesluftschutzverband e. V. gegründet und besteht – seit 1960 als Körperschaft des öffentlichen Rechts – heute 35 Jahre. Das Bundesamt für Zivilschutz wurde 1953 als Bundesanstalt für zivilen Luftschutz ins Leben gerufen und hat als Bundesoberbehörde seit 1958 ebenfalls vor einigen Jahren sein 25. Jubiläum gefeiert. Auch seine Ausbildungseinrichtung, die 1960 als Zentrale Ausbildungsstätte des Bundes für den Luftschutzhilfsdienst gegründete und 1970 umbenannte Katastrophenschutzschule des Bundes kann schon auf einige Jahre zurückblicken. Die jüngste Ausbildungseinrichtung auf diesem Gebiet ist die Akademie für zivile Verteidigung, die im Juli 1986 zwanzig Jahre alt wurde.

## Gesamtbereich: Zivile Verteidigung

Im Gegensatz zu diesen Zivilschutzschulen deckt die Akademie für zivile Verteidigung den sehr viel weitergehenden Lehrbereich der zivilen Verteidigung ab, zu dessen Teilbereich auch der Zivilschutz gehört. Ihr 1983 verstorbener Gründungspräsident, Dr. Dr. Ulrich Eichstädt, hat dies in einem illustrierten Interview mit dem „Zivilschutz-Magazin“ (4/1973, S. 4) geschildert.

Die Akademie besteht unter ihrem jetzigen Präsidenten, Dr. Werner Schmitt, aus dem Lehrstab mit elf Dozenten des höheren Dienstes verschiedener Provenienz sowohl ihrer akademischen Ausbildung als auch ihrer vorangegangenen beruflichen Verwendung nach. Eine kleine Verwaltungsgruppe ist als administrative Basis in den Bereichen Ausbildung, Studien und Übungen tätig.

Die Erarbeitung von Studien erfolgt im Bedarfsfall im Auftrag eines Bundesministers durch den federführenden Dozenten unter Mitwirkung etwa tangierter Kollegen auf allen Fachgebieten der Akademie. Studienaufträge können auch aus eigener Initiative von der Akademie erteilt werden.

## Aufgaben der Akademie

Die Teilnahme der Akademie an den großen wiederkehrenden NATO-Stabsrahmenübungen der WINTEX-CIMEX-Serie und sonstigen zivilen und zivilmilitärischen Übungen ist nach langjähriger Praxis im Jahre 1978 durch Ergänzung des Errichtungserlasses institutionalisiert worden. So lautet Punkt 3 im „Erlaß über die Errichtung einer Akademie für zivile Verteidigung“ wörtlich unter „Aufgaben der Akademie“:

„Vorbereitung, Leitung, Durchführung und Auswertung ziviler, zivil-militärischer und militärischer Übungen mit ziviler Beteiligung für den Bereich der zivilen Verteidigung, (...)“

Hauptaufgabe der Akademie ist jedoch die Lehrtätigkeit durch

- Unterweisung des auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung tätigen verantwortlichen Personals (einschließlich der Lehrkräfte von Schulungsstätten) des Bundes, der Länder, Kommunen und Kommunalverbände sowie anderer öffentlichrechtlicher Aufgabenträger über die Gesamtzusammenhänge der zivilen Verteidigung.
- Vorbereitung des für verantwortliche Stellen in der zivilen Verteidigung eingestellten oder vorgesehenen (Mob-) Personals auf seine Aufgaben im Alarm- und Verteidigungsfall und Mitwirkung an der Leitung und Durchführung gemeinsamer Einweisungen der zivilen und militärischen Verteidigung.

## Die Lehrgänge

Zur Erreichung dieser Ziele bietet die Akademie folgende Lehrgänge an:

- Kollegielehrgänge des Standardprogramms, d. h.
  1. Grundlagenlehrgänge für Dienstfänger und Seiteneinsteiger (1970 bis 1986: 80 Lehrgänge);



Links: Der 1983 verstorbene Gründungspräsident, Dr. Dr. Ulrich Eichstädt, vor Lehrgangsteilnehmern.

Rechts: Der jetzige Präsident der Akademie für zivile Verteidigung, Dr. Werner Schmitt.





2. Aufbaulehrgänge über aktuell ausgewählte Kernprobleme der zivilen Verteidigung für fortgeschrittene und zum Umgang mit Verschlusssachen ermächtigte Bedienstete (1972 bis 1986: 60 Lehrgänge);

● **Fachlehrgänge für**

1. Ernährungssicherstellung (1976 bis 1986: 30 Lehrgänge),
2. Wirtschaftssicherstellung (1978 bis 1986: 22 Lehrgänge),
3. Straßenverkehrssicherstellung (1982 bis 1986: 10 Lehrgänge),
4. Arbeitssicherstellung (1978 bis 1983: 10 Lehrgänge),
5. Gesundheitssicherstellung (1969 bis 1982: 8 Lehrgänge),
6. Alarmkalenderbearbeiter (1982 bis 1986: 30 Lehrgänge),
7. Leitungspersonal der WINTEX-CIMEX-Übungen (1982 bis 1986: 30 Lehrgänge);

● **Lehrpläne mit Spielszenen, Kurzvorträgen und Diskussionen über die Herstellung der zivilen Verteidigungsbereitschaft auf verschiedenen Verwaltungsebenen:**

1. Lehrplanspiel „Lüneburg“ (Bezirksebene, 1970 bis 1975: 30 Lehrgänge),
2. Lehrplanspiel „Gifhorn“ (Kreisebene, seit 1971: 60 Lehrgänge),
3. Lehrplanspiel „Köln“ (Großstadt, seit 1973: 35 Lehrgänge).

Während die Kollegialehrgänge in der Zeit von Dienstagmorgen bis Freitagmittag 14 Vorträge/Lehrgespräche mit Diskussion (die Alarm- und WINTEX-Lehrgänge zwei Tage) enthalten, bestehen die Lehrpläne zu je einem Drittel aus 14 Spielszenen nach festem Drehbuch, Kurzvorträgen und Diskussionen, simulieren also Ernstfallsituationen und -entwicklungen.

---

### **Lehrgänge finden auch außerhalb von Bonn statt**

Zunehmend werden Lehrgänge nicht mehr ausschließlich am Sitz der Akademie in Bonn, sondern daneben auch auf Einladung als „Gastspiele“ vor geschlossenen Auditorien einer Behörde oder eines Verwaltungsbereichs, dann zumeist vor Ort, also außerhalb von Bonn, durchgeführt. So fanden z. B. Grundlagenlehrgänge 1975 beim Bundesnachrichtendienst in Pullach und 1980 bei der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung in Kiel statt.

In erster Linie sind es aber die Lehrpläne, die außerhalb von Bonn stattfinden, z. B. das Lehrplanspiel „Lüneburg“ in Niedersachsen (Lüneburg) und für die Bezirksregierung Koblenz; das Lehrplanspiel „Gifhorn“ in Niedersachsen (Gifhorn), Bayern

(Regensburg und Aschaffenburg), Baden-Württemberg (Titisee), Rheinland-Pfalz (Trier und Neustadt/Weinstraße), Hessen und dem Saarland; das Lehrplanspiel „Köln“ in Nordrhein-Westfalen (Köln, Münster, Düsseldorf).

Daneben beteiligt sich die Akademie vielfach mit Gastvorträgen, vornehmlich solchen des Präsidenten, teils auch an der Leitung bei von anderen Stellen veranstalteten Fachlehrgängen, so z. B. an den Zivilverteidigungs-Jahrestagungen des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen, an Lehrgängen zur Ernährungssicherstellung der Landwirtschaftsverwaltung Baden-Württemberg seit 1975 und an Fachlehrgängen der Deutschen Bundesbank über die zivile Verteidigung auf dem Gebiet des Geld- und Kapitalverkehrs.

---

### **Einweisung der militärischen und zivilen Verteidigung**

Die Mitwirkung der Akademie an den im Errichtungserlaß besonders hervorgehobenen Einweisungen der militärischen und zivilen Verteidigung manifestiert sich neben zahlreichen auswärtigen Einzelvorträgen besonders in zwei langjährigen Veranstaltungsreihen. Dies sind zum einen die an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese alljährlich seit 1961 gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und der Führungsakademie durchgeführten zivil-militärischen Einweisungen von Beamten des höheren Dienstes und Stabsoffizieren (jetzt: Lehrgang Gesamtverteidigung mil/ziv). Seit ihrer Errichtung nimmt die Akademie hier in Leitung und Vorträgen aller Dozenten teil und hat diese jetzt mehr als 25 Jahre laufende Serie entscheidend mitgeprägt. Zum anderen nimmt die Akademie an der Kampftruppenschule 1 der Bundeswehr – Inspektion Territorialheer – in Hammelburg seit 1972 mit jetzt je vier Vorträgen an Lehrgängen für Offiziere im Territorialheer teil.

Dabei wird unterschieden zwischen

1. Lehrgängen (Wehrübungen) für Reserveoffiziere mit Mob-Verwendung im Territorialheer, insbesondere als Verbindungsoffiziere,
2. Verwendungslehrgängen (beim Wechsel aktiver Offiziere vom Feldheer zum Territorialheer) und
3. Kommandeurlehrgängen (für VBK- und VKK-Kommandeure und deren Stellvertreter).

Die Akademie war auch an der Erarbeitung eines Lehrplanspiels für diese TerrH-Lehrgänge beteiligt.

Ergänzend sei erwähnt, daß die Akademie kontinuierlich und in zunehmendem Maße an Lehrgängen der großen Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr beteiligt ist,

so an der Führungsakademie der Bundeswehr (bei deren rein militärischen Lehrgängen), der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik in Mannheim, an der Schule der Bundeswehr für Innere Führung in Koblenz und an den verschiedenen Fachtruppenschulen von der Logistik-Schule in Hamburg bis zur ABC-Schule in Sonthofen.

---

### **Mehr als 400 eigene Lehrgänge**

In den zwanzig Jahren ihres Bestehens hatte die Akademie in mehr als 400 eigenen Lehrgängen (ohne die zahlreichen Außenveranstaltungen) etwa 18 000 Hörer, zu denen die Hörer in Außen- und Fremdveranstaltungen noch hinzuzurechnen sind. Dazu gehören in zunehmendem Maße ausländische Hörer aus anderen NATO-Ländern, insbesondere Offiziere der Stationierungstreitkräfte. Die Verantwortungsebenen der Hörer reichen vom General und Regierungspräsidenten bis zum Sachbearbeiter und Fähnrich, eine Gesamtzielgruppe von etwa 40 000–50 000 Hörern.

Die Akademie bemüht sich, neben den Beamten und Offizieren als Vertretern der Exekutive auch Parlamentarier der Bundes-, Landes- und Kommunalebene anzusprechen. Diese sind jedoch sehr viel schwerer erreichbar. Um so erfreulicher ist die Tatsache, daß hier auf der Kommunalebene erste Anfänge erreicht werden konnten, insbesondere bei den Außenveranstaltungen in den Ländern. An den Lehrgängen für Leitungspersonal der WINTEX-CIMEX-Übungen haben vereinzelt auch schon Mitglieder des Deutschen Bundestages teilgenommen.

Ein fruchtbarer Erfahrungsaustausch findet außerdem mit Verteidigungsakademien befreundeter Länder und ausländischen Führungsrepräsentanten statt, so mit Schweden, Dänemark, Belgien, der Schweiz, Japan und Korea.

---

### **Neuer Lehrgang ist geplant**

Für die nächste Zeit ist zusätzlich ein Lehrgang für zivil-militärische Zusammenarbeit aus ziviler Sicht geplant, ein Thema, dem die Akademie unter dem Titel „Die Unterstützungsfunktion der zivilen Verteidigung gegenüber den Streitkräften“ bereits zehn Lehrgänge in den Jahren 1968 bis 1970 gewidmet hatte. Die wachsende Aktualität und allgemeine Anerkennung der Gesamtverteidigung und damit der prinzipiellen Gleichrangigkeit von militärischer und ziviler Verteidigung gegenüber der früheren – in dem vorstehenden Titel „Unterstützungsfunktion“ noch zum Ausdruck kommenden funktionell-dienenden Betrachtungsweise – werden auch diesem neuen Lehrgangprojekt zum Erfolg verhelfen.



# Ein klares Konzept kann ein zusätzliches Gefühl der Sicherheit darstellen

Gefahrenabwehrmaßnahmen bei der Freisetzung toxischer Gase – Grundlagen und Beschreibung eines Konzeptes

Beim Freiwerden toxischer Gase entstehen Probleme, die besonderer Beachtung bedürfen. Eine schnelle Verständigung zwischen den Gefahrenabwehreinheiten eines Werkes und den öffentlichen Einheiten der Gefahrenabwehr über das Ereignis, über die geeigneten Maßnahmen und darüber, wer diese Maßnahmen durchführt, entscheidet über den Grad des Einsatzserfolges.

Das Katastrophenschutzgesetz, die Störfallverordnung und das Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz (FSHG) bestimmen die Aufgaben der öffentlichen Dienste und der Werkfeuerwehr bei der Gefahrenabwehr. Insbesondere durch das FSHG sind die Aufgaben und die Verantwortung der Werkfeuerwehr und ihrer Führungskräfte festgelegt. Aufgrund eines Erlasses zum Katastrophenschutzgesetz ergeben sich besondere Verpflichtungen zur Information der Katastrophenschutzbehörde, wenn die Wirkung infolge einer Störung erkennbar über das Werksgelände hinausgeht oder hinauszugehen droht.

Die Störfall-VO fordert vom Betreiber u. a., daß die betrieblichen Alarm- und Gefahrenabwehrpläne mit der örtlichen Katastrophenschutz- und Gefahrenabwehrplanung im Einklang stehen und betrachtet dieses als eine wichtige organisatorische Voraussetzung, um die Auswirkungen bei Störfällen zu begrenzen.

Die Störfall-VO wurde am 27. 6. 1980 erlassen, aber schon 1978 wurde ein Konzept für „die Behandlung der Vorabmeldung außergewöhnlicher Störungen bzw. Störfälle durch die Firma Bayer AG“ entworfen und mit den städtischen Behörden in Leverkusen diskutiert, 1979 eingeführt und 1980 in Form einer offiziellen Vereinbarung zwischen Werk und Stadt festgeschrieben.

Diese Vereinbarung wird seitdem als Muster angesehen.

Die Vereinbarung beinhaltet

- die Festlegung über das richtige Verhalten bei der Einwirkung toxischer Gase- und
- die Maßnahmen, die das richtige Verhalten bewirken.

In Bhopal gab es offensichtlich kein Konzept der Gefahrenabwehr in der Nachbarschaft, so daß sich die Wolke toxischer Gase ungehindert auf die Betroffenen auswirken konnte. In Mississauga wurde eine großflächige Evakuierung durchgeführt, weil infolge intensiver Brandeinwirkung ein Chlorkesselwagen beschädigt worden war. Offensichtlich hat während der Evakuierung die austretende Chlorwolke jedoch nicht auf das Gebiet eingewirkt, denn dieses

hätte zu Personenschäden führen müssen.

Zündfähige Gaswolken treten – wegen der für eine Zündung erforderlichen relativ hohen Konzentration (Prozent-Bereich) – im allgemeinen nur in der näheren Umgebung einer Ausbruchstelle auf und lassen daher kaum einen zeitlichen Spielraum für Abwehrmaßnahmen. Eine toxische Wirkung von Gasen kann jedoch schon im ppm-Bereich eintreten, daher können sich hierbei erheblich größere Reichweiten ergeben, die bei der Planung von Abwehrmaßnahmen zu berücksichtigen sind.

## Aufgabenstellung

Bei der Freisetzung toxischer Gase stellen sich zwei grundsätzlich sehr unterschiedli-

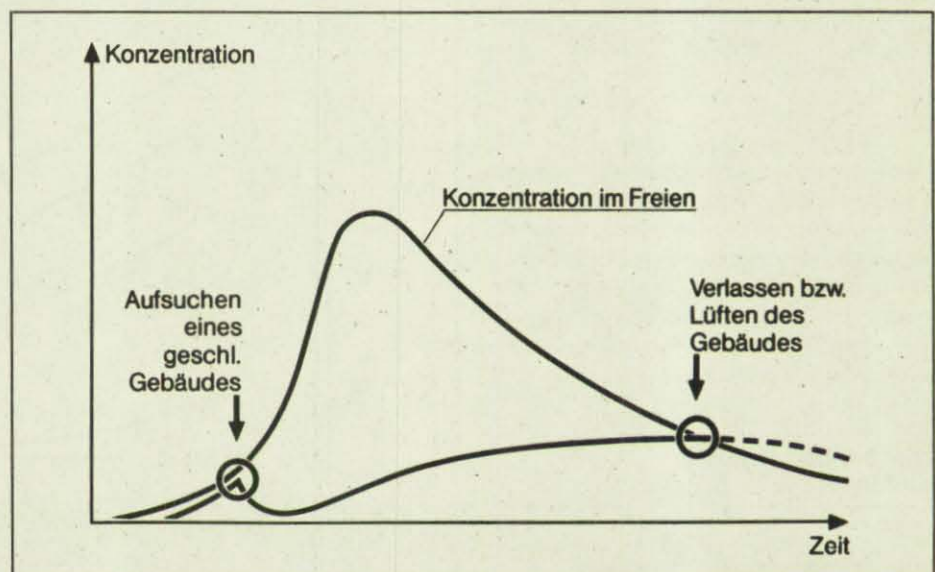


Abbildung 1: Prinzipieller Verlauf der Konzentrations-Kurve unter Berücksichtigung der Schutzwirkung in geschlossenen Gebäuden



che Aufgabenstellungen nebeneinander und fast zeitgleich:

- Die Maßnahmen an der Einsatzstelle zur Verhinderung einer weiteren Ausströmung – und
- die Maßnahmen zur Verhinderung der Wirkung auf die Umgebung.

Nachfolgend sollen insbesondere die Maßnahmen diskutiert werden, welche sich mit der Verhinderung der Wirkung toxischer Gase auf die Umgebung befassen und in der öffentlichen Diskussion erhöhte Aufmerksamkeit erlangt haben.

### Die Folgen richtigen und falschen Verhaltens

Anhand Abbildung 1 kann gezeigt werden, welche Folgen sich für eine Person bei richtigem oder falschem Verhalten ergeben würden, die sich im Bereich der Einwirkung einer Gaswolke aufhält. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um die Vermeidung gesundheitsgefährdender Konzentrationen oder nur um die Vermeidung von Belästigungen handelt. Auch ist es gleichgültig, um welchen Stoff es sich handelt, denn die Maßnahmen sind in jedem Falle dieselben:

- Personen sollten gehindert werden, in das betroffene Gebiet hineinzugehen oder zu fahren oder sie sollten, wie hier dargestellt, den Schutz in geschlossenen Gebäuden suchen.
- Möglichst früh sollten Personen beeinflusst werden, sich richtig zu verhalten.

Aus dieser Darstellung kann auch abgeleitet werden, welche Folgen eine etwaige Evakuierung haben würde, denn im Falle einer angeordneten Evakuierung würden die Personen genau in der Phase ansteigender Konzentration sich auf der Straße bzw. im Freien befinden. Wenn in der Vergangenheit trotz durchgeführter Evakuierung keine Personenschäden aufgetreten sind, müssen die Konzentrationen so gering gewesen sein, daß diese Schäden trotz falschen Verhaltens nicht auftreten konnten.

Deswegen sollte grundsätzlich beachtet werden: Je gefährlicher eine Wolke ist, desto wichtiger ist es, die hier diskutierten Verhaltensweisen zu befolgen. Eine Evakuierung sollte nur dann erwogen werden, wenn diese nach sorgfältiger Abwägung und unter besonderen Schutzmaßnahmen durchgeführt werden kann.

### Die Schutzwirkung geschlossener Gebäude

Anhand der Abbildung 2 kann die Schutzwirkung geschlossener Gebäude nachgewiesen werden. Mit der Annahme, daß außen eine Gaswolke in bestimmter Konzen-

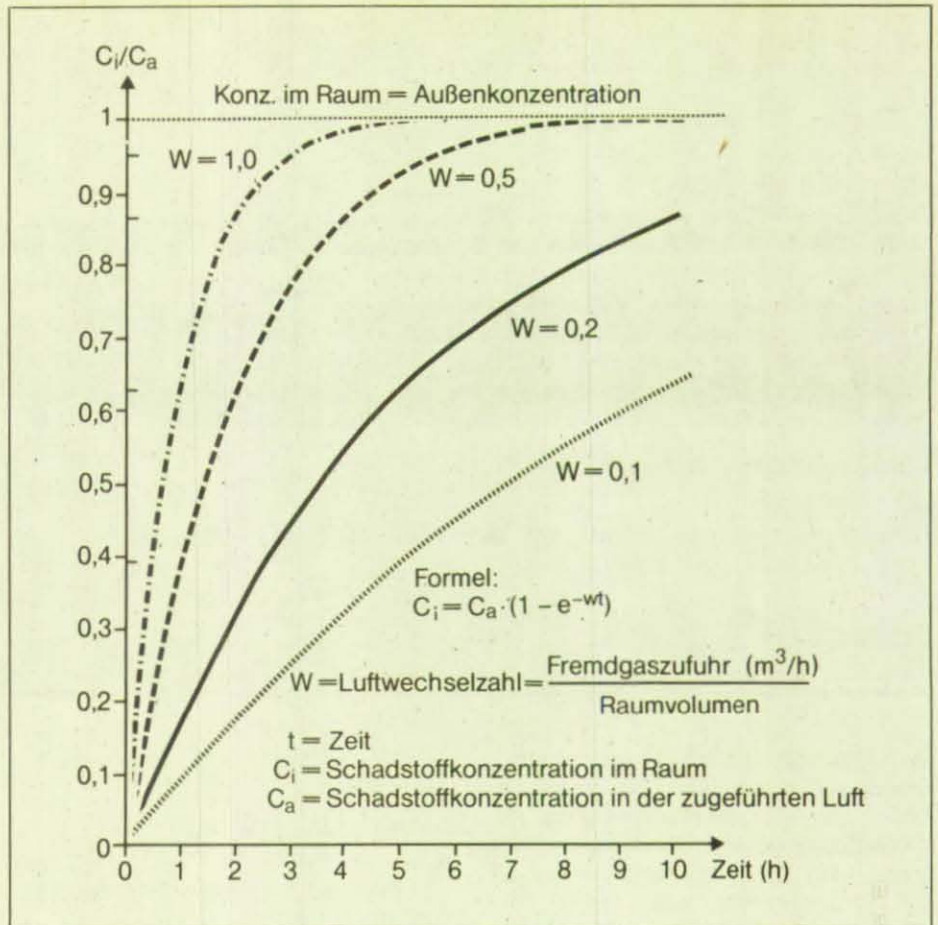


Abbildung 2: Schadstoff-Konzentrat der Raumluft in Abhängigkeit von der Zeit (Parameter: Luftwechselzahl)

tration ansteht, beträgt die Konzentration innerhalb des Gebäudes nur einen Teil davon. Dieser Anteil ist abhängig von der Zeit und der Dichtigkeit der Fenster, die durch

die Luftwechselzahl  $w$  ausgedrückt ist. Die Abbildung zeigt z. B., daß eine Gaswolke bei normaler Dichtigkeit der Fenster ( $w = 0,2$ ) innerhalb des Gebäudes nach einer

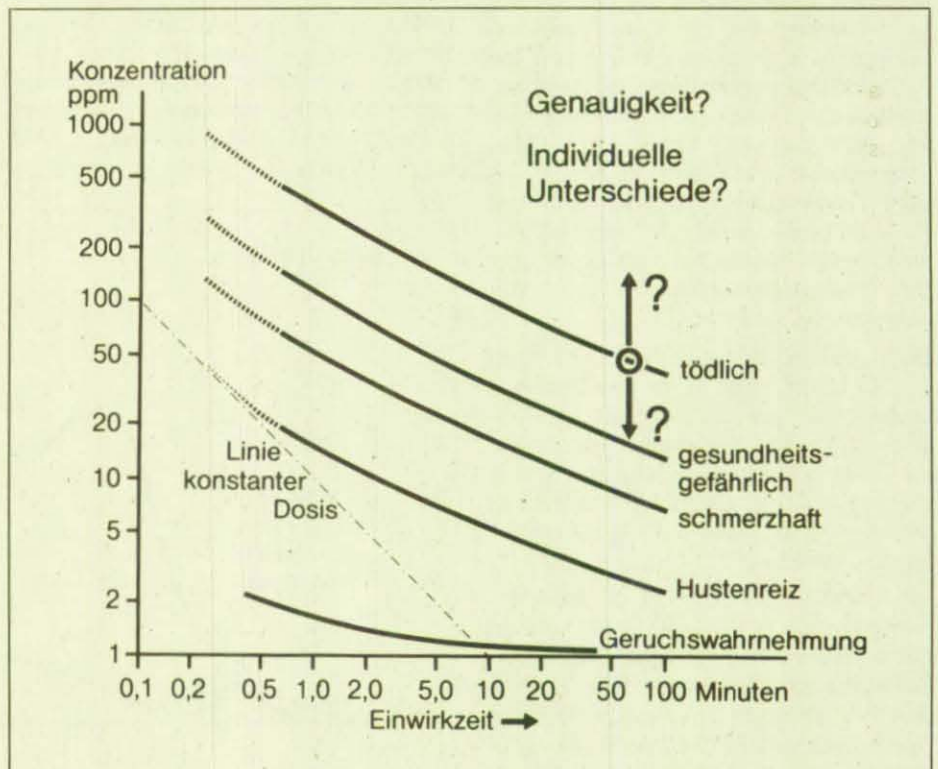


Abbildung 3: Linien gleicher Wirkung bei Inhalation eines toxisch wirkenden Gases (Chlor) (nach Unterlagen der ICI)



halben Stunde nur eine Konzentration von 10 % der außen anstehenden Wolke erreicht. Es kann hiermit zwar nicht ausgesagt werden, daß nicht dennoch eine Gefährdung eintreten kann, es kann jedoch grundsätzlich gezeigt werden, wie sich die Konzentration und damit die Gefährdung verringern wird. Die Wirkung einer verringerten Konzentration wird noch dadurch verstärkt, daß zwar die Gefährdung einer Person eine Funktion von Konzentration und Zeit ist, die Konzentration jedoch im allgemeinen überproportional zur Wirkung kommt.

### Welche Konzentrationen sind „gefährlich“?

Diese Frage soll anhand der nachfolgenden Abbildung 3 diskutiert werden. Den Kurven liegen Erkenntnisse zugrunde, daß – bei gleicher Wirkung – eine durch Maßnahmen halbierte Konzentration etwa vier mal so lange ertragen werden kann. Mit dem „Fragezeichen“ in der Abbildung soll jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Werte, wie sie hier für Chlor aufgezeichnet wurden, nicht als verbindlich gelten können, weil hierfür weder ausreichende Forschungsergebnisse vorliegen, noch die Werte für Kinder, Kranke oder ältere Personen gleich sein dürften. Es kann aber aus dieser Abbildung abgeleitet werden, daß es keinen festen Wert gibt, der als „gefährlich“ oder als „ungefährlich“ bezeichnet werden kann. Vielmehr sind es fließende Übergänge aus den Wirkungen von Konzentration der Gase und der Zeitdauer der Einwirkung.

Einer Gefährdung geht in der Regel eine deutliche Wahrnehmbarkeit oder Belästigung voraus. Andererseits bedeutet nicht jede Geruchsbelästigung eine Gefährdung. Das gilt ganz besonders für Zersetzungsgase bei Großbränden. Nur sehr wenige Gase sind dagegen geruchlos, wie z. B. CO. CO wirkt jedoch nicht weiträumig. In jedem Falle gilt aber – wie die Abbildung zeigt –, daß durch geeignete Maßnahmen eine sonst unvermeidbare Wirkung reduziert wird und man dadurch in einen günstigeren Bereich kommt.

Aus diesen Überlegungen kann ferner abgeleitet werden, daß Meßergebnisse allein noch keinen Sinn geben. Auch wenn man voraussetzt, daß der Stoff bekannt ist und an der „richtigen“ Stelle gemessen worden ist, ist die Dauer des Schadstoffaustrittes und die sich im Verlaufe der Zeit verändernde Austrittsmenge pro Zeiteinheit von besonderer Bedeutung für die tatsächliche Einwirkung auf Personen, die sich in diesem Bereich aufhalten. Ein Gefahrenabwehr-Konzept muß das berücksichtigen und schon vor Vorliegen entsprechender Erkenntnisse das Einleiten von Maßnahmen gewährleisten helfen.

## Elemente des Gefahrenabwehr-Konzeptes

### Die Checkliste

Wesentlicher Kernpunkt dieses Konzeptes ist eine Checkliste (Abbildung 4), mit deren Hilfe eine möglichst frühe Information der Katastrophenschutzbehörde und der Berufsfeuerwehr Leverkusen erfolgen soll. Hieraus ergeben sich die zu treffenden Maßnahmen. Der schnellen Übermittlung

vorgesehener Informationen wird höchste Priorität eingeräumt. Dabei werden nicht nur Ereignisse berücksichtigt, die – wie bei einem Störfall – mit einer „Gemeingefahr“ verbunden sind, sondern auch Ereignisse, bei denen z. B. wegen starker Gerüche die Vermutung einer Gefährdung vorliegt.

Aufgrund der Erkenntnis, wie schwierig es ist, in der ersten Phase eines solchen Ereignisses eine Entscheidung über weitgreifende Maßnahmen in der gebotenen

## Vorabmeldung der Bayer AG, Werk Leverkusen

### A Allgemeine Angaben

Geb. Anlage: _____	<b>Eintritt der Störung</b>	Lfd. Nr. _____
Freigesetzter Stoff: _____	Datum: _____	Einsatz-Nr. WF: _____
_____	Uhrzeit: _____	Einsatz-Nr. BF: _____

<b>Wind</b>	<b>Meldung an</b>
aus Richtung _____	BF Leverkusen um: _____
Windgeschwindigkeit _____	BF Köln um: _____

### B Art der Störung

- |                                            |                                       |
|--------------------------------------------|---------------------------------------|
| 1. <input type="checkbox"/> Leckage        | 3. <input type="checkbox"/> Brand     |
| 2. <input type="checkbox"/> Chem. Reaktion | 4. <input type="checkbox"/> Explosion |

### C Erwartete Wirkung außerhalb des Werkes

- |                                                   |                                                     |
|---------------------------------------------------|-----------------------------------------------------|
| 1. <input type="checkbox"/> Geruchsbelästigung    | 1.1 <input type="checkbox"/> nicht auszuschließen   |
|                                                   | 1.2 <input type="checkbox"/> zu erwarten            |
|                                                   | 1.3 <input type="checkbox"/> nicht mehr zu erwarten |
| 2. <input type="checkbox"/> Gesundheitsgefährdung | 2.1 <input type="checkbox"/> nicht zu erwarten      |
|                                                   | 2.2 <input type="checkbox"/> nicht auszuschließen   |
|                                                   | 2.3 <input type="checkbox"/> zu erwarten            |
|                                                   | 2.4 <input type="checkbox"/> nicht mehr zu erwarten |
| 3. <input type="checkbox"/> Explosionsgefahr      | 3.1 <input type="checkbox"/> nicht zu erwarten      |
|                                                   | 3.2 <input type="checkbox"/> nicht auszuschließen   |
|                                                   | 3.3 <input type="checkbox"/> zu erwarten            |
|                                                   | 3.4 <input type="checkbox"/> nicht mehr zu erwarten |

### D Art der Mitteilung – erwartete Maßnahmen

- |                                                     |                                                                                                                 |
|-----------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1. <input type="checkbox"/> Vorsorgliche Mitteilung | - voraussichtlich keine Maßnahmen erforderlich                                                                  |
| 2. <input type="checkbox"/> Vorabmeldung            | - voraussichtlich keine Maßnahmen erforderlich, ggf. begrenzte Maßnahmen nach Absprache                         |
| 3. <input type="checkbox"/> Vorabmeldung            | - Maßnahmen gemäß Vereinbarung werden eingeleitet                                                               |
| 4. <input type="checkbox"/> Vorabmeldung            | - Maßnahmen gemäß Vereinbarung werden eingeleitet (Voraussichtlich Feststellung einer Katastrophe erforderlich) |

Meldung abgegeben von (WF): \_\_\_\_\_ Meldung angenommen von (BF): \_\_\_\_\_

Abbildung 4: Die Checkliste



Schnelligkeit zu treffen und eine zuvor durchgeführte Erkundung zu viel Zeit in Anspruch nimmt, wurden folgende Regelungen getroffen:

1. Es erfolgen vorsorglich Informationen auch über Ereignisse, deren Folgen voraussichtlich weit unterhalb der Grenzen einer Gefährdung liegen. Dazu gehören auch Ereignisse, bei denen „Dritte“ den Eindruck haben, daß sie in Gefahr seien, die Gefahr also nur subjektiv festgestellt wurde.

2. Es werden die denkbaren Auswirkungen zunächst geschätzt. Dabei gilt der Grundsatz, daß Schnelligkeit vor Genauigkeit geht, d. h., daß im allgemeinen nicht erst Meßergebnisse abgewartet werden.

3. Bereits das Leitstellenpersonal der Werkfeuerwehr hat die Kompetenz, aufgrund einlaufender Meldungen ohne eigene Erkundung entsprechende Informationen an die städtische Feuerwehr abzusetzen.

Ist eine Werkfeuerwehr nicht vorhanden oder sind die fachlichen oder organisatorischen Voraussetzungen nicht gegeben, muß sich die öffentliche Feuerwehr, wie bei einem Transportunfall, diese Informationen selbst beschaffen bzw. die Erkundungen selbst durchführen.

4. Die einlaufenden Informationen, ob aus der Belegschaft, der Bevölkerung oder von dem verursachenden Betrieb, werden umgesetzt in eine Einschätzung der Lage, ob Geruchsbelästigungen oder eine Gesundheitsgefährdung zu erwarten, nicht zu erwarten oder nicht auszuschließen sind. Nicht alleine die Beurteilung an der Einsatzstelle ist also Grundlage für Entscheidungen.

Diese Einschätzung führt dann zu einer Vorsorglichen Mitteilung D 1 oder zu den Vorabmeldungen D 2, D 3 oder D 4.

- D 1 bedeutet, daß mit einer Beeinträchtigung der Nachbarschaft voraussichtlich nicht zu rechnen ist und daher voraussichtlich keine Maßnahmen erforderlich sind.
- D 2 bedeutet, daß Beeinträchtigungen der Nachbarschaft nicht auszuschließen sind, Maßnahmen aber voraussichtlich nicht erforderlich sind, ggf. eine Absprache über begrenzte Maßnahmen erfolgt.
- D 3 bedeutet, daß eine Beeinträchtigung der Nachbarschaft zu erwarten ist und daher die vereinbarten Maßnahmen, insbesondere Warnung und Absperrung, unverzüglich einzuleiten sind.
- D 4 würde zusätzlich bedeuten, daß voraussichtlich die Auslösung des Katastrophenschutzalarmes erforderlich ist.

Die Begriffe „Vorsorgliche Mitteilung“, „Vorabmeldung“ oder „voraussichtlich“ bedeuten, daß sich die Beurteilung der Lage noch ändern kann, fordern aber eine frühestmögliche Einschätzung der Lage. Die hieraus resultierenden Maßnahmen sind damit in besonderer Weise vorsorglicher Art und haben vorrangige Priorität vor der Beurteilung, ob tatsächlich eine entsprechende Gefährdung vorliegt. Die nach diesem System getroffenen Maßnahmen sind also kein gültiges Indiz für die tatsächlich vorhandene Gefährdung. Die Erfahrung zeigt, daß nach diesem System zahlreiche Mitteilungen über Ereignisse erfolgt sind, die sich, entgegen der ersten Einschätzung, nicht über die Werksgrenzen hinaus ausgewirkt haben. In diesen Fällen werden diese Mitteilungen ausschließlich behördenintern behandelt. Die Bereitschaft, Informationen in diesem Umfang auszutauschen, wird also honoriert durch ein gewisses, notwendiges Maß an Vertraulichkeit, mit der diese Informationen behandelt werden.

## Über die Ermittlung von Einwirkflächen

Es wurde gezeigt, welche große Bedeutung die möglichst schnelle Einleitung ggf. erforderlicher Maßnahmen hat. Neben der schnellstmöglichen Information über ein Ereignis ist es wichtig, sich über das Ausmaß der Auswirkung zu verständigen. Dabei ist es wichtig, die Einschätzung dieser Wirkung auf ein bestimmtes Gebiet zu beziehen. Die Gefährdung unmittelbar an der Einsatzstelle ist eine andere als in der nahen Nachbarschaft des Werkes oder in größeren Entfernungen. Es bereitet jedoch Schwierigkeiten, einen solchen Bereich im konkreten Einsatzfall festzulegen. Dieses soll anhand der Abbildung 5 diskutiert werden.

Sie zeigt zwei unterschiedliche „Einwirkflächen“, deren umfassende Linien sich durch die Verbindung von Punkten ergeben, an denen unter bestimmten Voraussetzungen gleiche Wirkungen auftreten. Der Unterschied der hier dargestellten Flächen ergibt sich bei gleicher Austrittsmenge alleine durch geringfügig veränderte Windgeschwindigkeit und Wetterlage (Turbulenzsituation in der Atmosphäre).

Würde man weitere Windgeschwindigkeiten und Wetterlagen berücksichtigen und dazu die Toleranzgrenze (Wahrnehmbarkeit, Reizung, Gefährdung) und dazu die Austrittsmenge variieren, ergäbe sich eine erhebliche Vielzahl unterschiedlicher Einwirkflächen. Es kann daher nicht erwartet werden, daß es möglich wäre, in einem konkreten Fall hieraus eine zutreffende Einwirkfläche auszuwählen zu können. Vor allem ist der wichtigste Parameter, die Austrittsmenge, nicht bekannt und kann auch nicht in der gebotenen Eile in Erfahrung gebracht werden.

Abbildung 5: Einwirkflächen unter bestimmten Voraussetzungen (Stoff und Menge) bei unterschiedlichen Wetterlagen

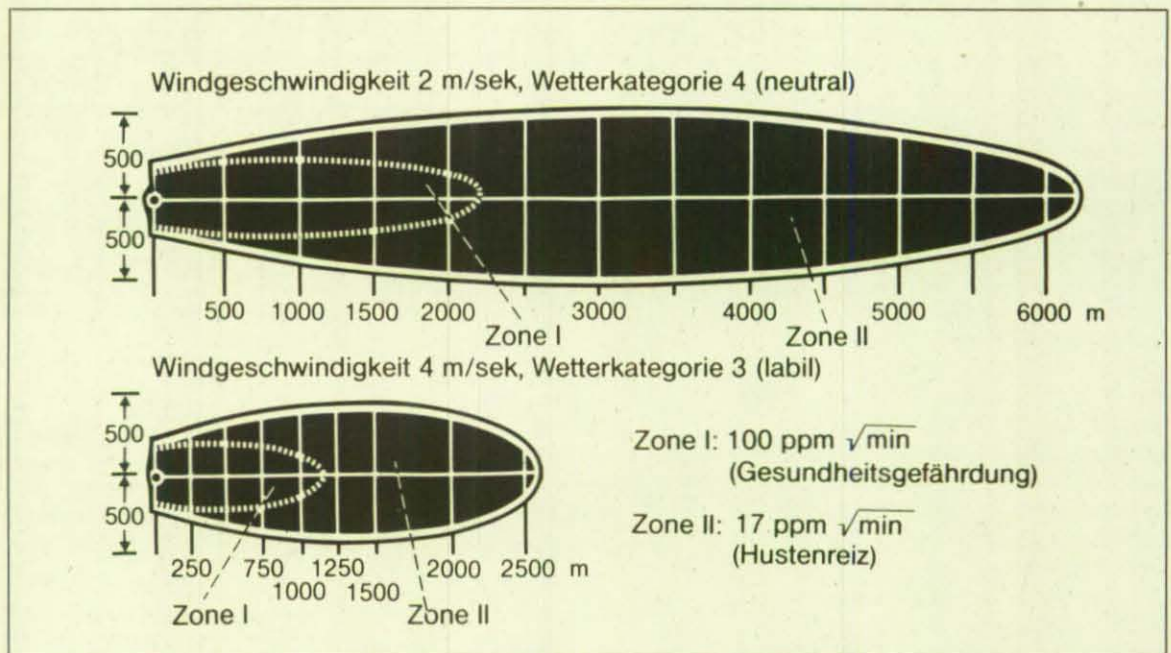
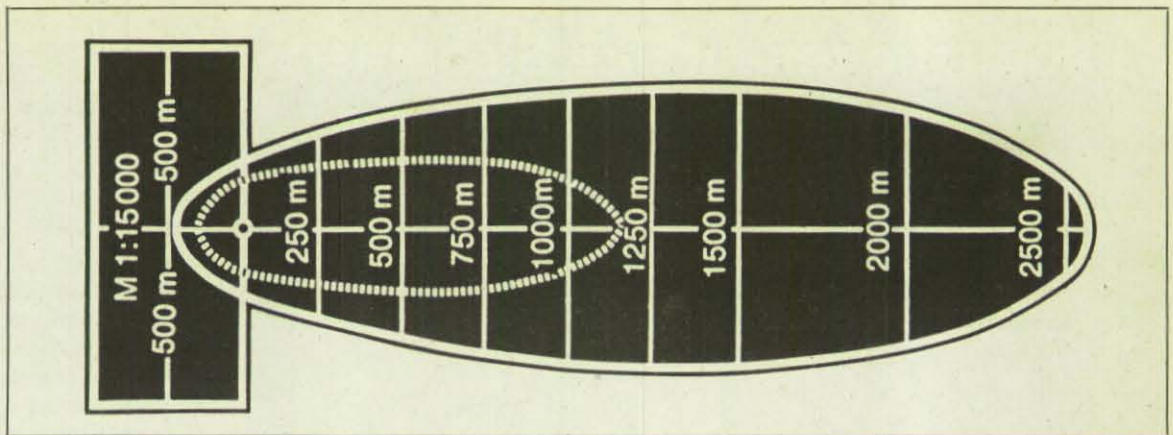




Abbildung 6: Vereinbarter Warnbereich



### Festlegung eines Warnbereiches

Aus diesem Grunde wurde von vornherein darauf verzichtet, solche Einwirkflächen, auf den konkreten Fall bezogen, bereitzuhalten oder ermitteln zu wollen. Vielmehr wurde eine Einwirkfläche (vgl. Abbildung 6) ausgewählt, die als „Warnbereich“ für „D 3“ festgelegt worden ist und folgenden Ansprüchen genügen soll:

Die sich aus dem verwendeten Ausbreitungsmodell ergebende zigarrenförmige Fläche wird in ihrer Grundform benutzt, weil sie eher als eine Sektorwarnung einen rationalen Einsatz der Einsatzkräfte ermöglicht. Die Fläche wurde so groß oder nur so groß gewählt, wie die zur Verfügung stehenden Einsatzkräfte, Polizeifahrzeuge und Lautsprecherwagen der Feuerwehr, dieses Gebiet in einer vernünftigen Zeit (z. B. in etwa 20 bis 30 Minuten) betreuen können.

Die Leitstellen von Polizei und Feuerwehr leiten ihre Fahrzeuge in das durch die Windrichtung und die Schablonen bestimmte Gebiet. Die Polizei wird die Kreuzungen außerhalb dieser Flächen besetzen und dort absperren. Die Feuerwehr fährt mit ihren Lautsprecherwagen in das Gebiet hinein und beginnt mit der Warnung. Dabei wird sie feststellen, ob sie sich – wie angenommen – innerhalb der Wolke oder noch außerhalb der Wolke befindet. Sie wird den „Wolkenrand“ suchen und Rückmeldung über die tatsächliche Lage und die Intensität der Wolke machen. Aus diesen Meldungen ergibt sich dann, ob dieser so gefundene Bereich größer oder kleiner als der vorgegebene Bereich ist und entsprechende Folgerungen zu ziehen sind.

Es wurde darüber diskutiert, diesen Bereich größer anzunehmen in der Erwartung, daß eine größere Fläche noch mehr Sicherheit bedeuten würde. Dieses wurde jedoch als falsch erkannt, weil eine beliebig größere Fläche nicht so wirkungsvoll wie eine kleinere Fläche betreut werden kann. Außerdem können in der ersten Phase ohnehin nicht beliebig viele Einsatzfahrzeuge von den Leitstellen gelenkt werden. Eine größere Fläche bedeutet also in dieser Phase nicht mehr Sicherheit.

### Information der Bevölkerung

Das bestehende Konzept wird abgerundet durch Informationsblätter, die allgemeine Verhaltensmaßregeln enthalten und

- von der Unternehmensleitung an die Belegschaft des Werkes (Abbildung 7) und
- vom Oberstadtdirektor an die Bevölkerung (Abbildung 8) verteilt wurden. Sie

## Informationen für Ihre Sicherheit

### Verhalten im Werk bei Gaswarnung oder Gas- bzw. ungewöhnlicher Geruchswahrnehmung

#### im Freien:

- ➔ quer zur Windrichtung fliehen oder
- ➔ geschlossene Gebäude aufsuchen.



#### in Gebäuden:

- ➔ Fenster und Türen schließen und
- ➔ Lüftungs- sowie Klimaanlage abstellen.



Viele Gase sind schwerer als Luft. Deshalb sind höher gelegene Räume im allgemeinen sicherer.

- ➔ Gebäude sollte nur verlassen werden, wenn
  - die Gaswahrnehmung im Gebäude deutlich stärker ist als draußen oder
  - Atemschutzmasken (Fluchtmasken) zur Verfügung stehen.



### Betriebsanweisungen beachten!

Diese regeln das besondere Verhalten in den einzelnen Betrieben und Gebäuden. Sie beziehen sich z. B. auf Sammelplätze, Notbelegschaften, Entscheidungen über das Abfahren von Anlagen.



### Lautsprecherdurchsagen beachten!

Lautsprecherdurchsagen, insbesondere von Feuerwehr und Werkschutz, beachten.

### Telefonleitungen nicht blockieren



Feuerwehr und Werkschutz benötigen jede Telefonleitung zum Einleiten von Hilfs- und Rettungsmaßnahmen; deshalb dort nur im Notfall anrufen.

LE Werksleitung

Abbildung 7: Informationsblatt für die Belegschaft des Werkes



# Informationen für Ihre Sicherheit

## Verhalten bei Gaswarnung oder Gaswahrnehmung

Den besten Schutz findet man in einem geschlossenen Gebäude.



## Kinder sofort ins Haus rufen



Dann sind sie unter Aufsicht und können nicht durch Unwissenheit falsch reagieren.

## Fenster und Türen schließen – Klimaanlage abschalten

Damit Gase ausgeschlossen bleiben und nicht ungehindert in die Wohnräume gelangen.



## Obere Stockwerke aufsuchen

Viele Gase sind schwerer als Luft. Deshalb sind höher gelegene Räume im allgemeinen sicherer.

## Nasse Tücher bereitlegen

Vor Mund und Nase gehalten können sie Beeinträchtigungen der Atmung vermindern.



## Lautsprecherdurchsagen beachten

Feuerwehr und Polizei informieren Sie über erforderliche Verhaltensregeln durch Lautsprecherwagen.

## Radio einschalten

Meldungen über den Störfall, Verhaltensregeln und Entwarnung werden, wenn notwendig auch über die regionalen Radiosender bekanntgegeben.



## Telefonleitungen nicht blockieren



Feuerwehr, Polizei und andere Stellen benötigen jede Telefonleitung zum Einleiten von Hilfs- und Rettungsmaßnahmen; deshalb dort nur im Notfall anrufen.



Helfen Sie älteren oder behinderten Nachbarn und nehmen Sie Straßenpassanten vorübergehend auf.

fen, für wichtig erkannt. So ist es denkbar, daß einem Warnbereich, welcher der Vorabmeldung D 3 zugeordnet ist, ein weiterer Bereich zugeordnet wird, in dem lediglich – im Sinne von D 1 oder D 2 – die Leitstellen der Feuerwehr und der Polizei zu informieren sind. In der ersten Phase wird hierbei an einen Bereich von 10 km Länge gedacht.

Es soll noch einmal betont werden, daß die beschriebenen Maßnahmen bei toxisch wirkenden Stoffen weitgehend unabhängig von den spezifischen Eigenschaften eines speziellen Stoffes sind. Dazu kommt, daß häufig der freigesetzte Stoff zunächst nicht bekannt ist. Deswegen haben Meldungen über festgestellte Wirkungen (Belästigungen, Hustenreiz o. dgl.) Vorrang vor Meßergebnissen. Meßverfahren, die in vergleichbarer Weise Angaben über die toxische Wirkung von Gaswolken, unbekannter Zusammensetzung machen, wie es bei der Feststellung der Zündfähigkeit von Gas-Luft-Gemischen möglich ist, sind noch nicht verfügbar.

Bei weiträumigen Warnungen genügen Filtermasken, also der Schutz durch Geräte des leichten Atemschutzes. Ausgenommen hiervon sollte nur der engere Bereich der Ausbruchsstelle sein. Eine unnötige Festlegung auf schwere Atemschutzgeräte würde bedeuten, daß weiträumige Maßnahmen praktisch nicht durchgeführt werden können. Absperrungen sollten grundsätzlich außerhalb der Wolke stattfinden, so daß hierfür eine Ausrüstung mit Filtermasken nur bedingt erforderlich ist.

## Die Bedeutung eines vereinbarten Gefahrenabwehr-Konzeptes

Abschließend soll hervorgehoben werden, mit welcher Aufgeschlossenheit dieses hier beschriebene Konzept zunächst mit den Behörden besprochen wurde und wie positiv dieses Konzept in der Öffentlichkeit Aufnahme fand. Ein solches Konzept berührt natürlich die Frage nach dem Auftreten und nach der Auswirkung möglicher Störfälle. Vor dem Hintergrund, daß in Leverkusen noch niemals ein Ereignis stattgefunden hat, das entsprechende Auswirkungen auf die Nachbarschaft zur Folge hatte, war klar zu machen, warum dennoch Maßnahmen vorbereitet und Verhaltensmaßregeln gegeben werden. Weil vielleicht doch etwas passieren kann? Es wurde akzeptiert, daß ein solcher Störfall vorsorglich als „nicht auszuschließen“ angenommen wurde, ohne daß dabei ein Gefühl der Angst aufgekommen wäre. In Anbetracht von Ereignissen, die an anderer Stelle passierten, kann sogar wegen des Vorhandenseins eines klaren Konzeptes von einem zusätzlichen Gefühl der Sicherheit gesprochen werden.

Abbildung 8: Informationen für die Bevölkerung

enthalten die Grundaussage, daß im Falle ungewöhnlicher Gaswahrnehmungen – also auch schon vor einer erfolgten Warnung – geschlossene Gebäude aufzusuchen bzw. Fenster zu schließen sind.

Parallel hierzu ist vorgesehen, daß die vorhandenen öffentlichen Sirenen-Anlagen genutzt werden und über entsprechende Signale die Bevölkerung veranlaßt wird, den Rundfunk einzuschalten, um hierüber genauere Warnmeldungen zu erhalten.

## Ergänzende Anmerkungen

Anschließend soll auf einige Details eingegangen werden, die bei der Durchführung oder bei der Weiterentwicklung dieses Konzeptes zu beachten sind:

Zur Durchführung der Warnung mit Lautsprecherwagen wurde das gesamte Stadtgebiet in Warnbezirke aufgeteilt, nummeriert und die Fahrtstrecken festgelegt. Die Texte wurden so kurz wie möglich gefaßt und die Geschwindigkeit der Fahrzeuge darauf abgestellt. Die Numerierung wurde neutral auf das Leverkusener Autobahnkreuz – also nicht auf das Werk – bezogen. Damit wird zugleich ausgesagt, daß die vorgesehenen Maßnahmen auch gelten, wenn die Freisetzung toxischer Stoffe bei einem Transportunfall oder bei einem Störfall in einem anderen Betrieb bzw. Werk erfolgt.

Es hat sich herausgestellt, daß das Informationssystem auch für die Information von öffentlichen Dienststellen untereinander interessant sein kann. Auch hier wird der Grundgedanke, eine Information mit den daraus folgenden Maßnahmen zu verknüp-



Auf 17 000 qm entstand ein THW-Zentrum in Mannheim

## „Die beste und schönste Unterkunft in Süddeutschland“

Das „bundesweite Musterbeispiel“ wurde eingeweiht / „Tag der offenen THW-Tür“ mit 5000 Besuchern

Ein „bundesweites Musterbeispiel“ auf 17 000 qm – die neue Unterkunft des Technischen Hilfswerks, Ortsverband Mannheim, wurde jüngst eingeweiht. Das vom Bund finanzierte Zwei-Millionen-Projekt wurde von zahlreichen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Handwerk während des Festtages gelobt. Mannheims Oberbürgermeister Gerhard Widder, seines Zeichens auch Präsident des Bundesverbandes für den Selbstschutz, hatte die Schirmherrschaft des THW-Festes übernommen. Er betonte in seiner Ansprache das Engagement der THW-Helfer und hob die gute Zusammenarbeit des Technischen Hilfswerks mit der Stadt und den Katastrophenschutzorganisationen hervor.



Blick auf die neue THW-Unterkunft in Mannheim.

### Den Helfern zu großem Dank verpflichtet

Die Mannheimer „Orbi-Singer“ boten während des Empfangs, in dessen Verlauf auch THW-Ortsbeauftragter Manfred Stiegel sprach, den musikalischen Rahmen. Wie der Oberbürgermeister weiter ausführte, habe sich das THW-Zentrum im Laufe meh-

rerer Jahre von einer ehemaligen Auto-bahnraststätte zu einer unverzichtbaren Einrichtung des Technischen Hilfswerks entwickelt. Und da – so Widder – Selbstschutz und Hilfeleistung unverzichtbar seien bei Katastrophen, seien die Stadt

Mannheim und der Gemeinderat den THW-Helfern zu großem Dank verpflichtet: „Die Hilfsbereitschaft der Helfer ist nicht hoch genug einzuschätzen.“ Als symbolischen Dank für die Arbeit überreichte Oberbürgermeister Widder dem THW-Kreisbeauftrag-



Oberbürgermeister Gerhard Widder bei seiner Ansprache im THW-Zentrum.



Eine Skulptur der Heiligen Barbara wurde von THW-Bundeshelfersprecher Konsul Merck übergeben.



THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel.



Lob für den THW-Ortsbeauftragten Manfred Stiegel (links) von THW-Direktor Helmut Meier.



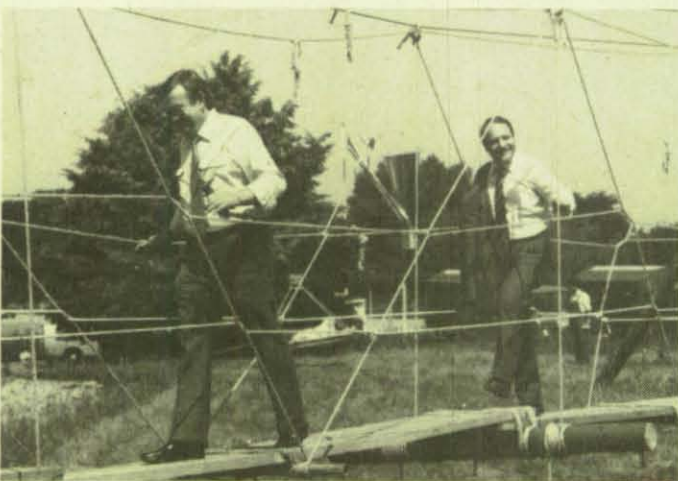
Die symbolische Schlüsselübergabe: Einen „süßen Schlüssel“ überreichte Staatssekretär Ruder (links) dem Ortsbeauftragten Manfred Stiegel.



Die Sauerstoffflanze im Einsatz.



BZS-Präsident Dusch und THW-Ortsbeauftragter Stiegel überqueren einen 100 m langen Hängesteg.



ten a. D. Schreckenberger die Medaille „100 Jahre Automobil“.

## Keine Nachwuchsprobleme

Auch vom Bundesamt für Zivilschutz kamen Grüße nach Mannheim, die BZS-Präsident Dusch selbst überbrachte. Der Direktor der Bundesanstalt THW, Helmut Meier, lobte die Aktivitäten und die Vielschichtigkeit der Ideen der Mannheimer THW-Helfer, die über Jahre hinweg den Ausbau des Zentrums vorantrieben und in vielen Freizeitstunden die Unterkunft hergerichtet hätten. Den Dank für die Leistungsfähigkeit und Stärke der Mannheimer Helferschaft erhielt Ortsbeauftragter Stiegel in Form einer Auszeichnung. Hervorgehoben wurde auch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie z. B. der Feuerwehr und der Polizei. Auch der Ausbildungsstand der Helfer sei sehr gut. Und drei Jugendgruppen seien der lebende Beweis dafür, daß das Mannheimer THW keine Nachwuchsprobleme kenne.

Eine Skulptur der heiligen Barbara wurde von Konsul Peter Merck, THW-Bundeshelfersprecher, übergeben. Er bezeichnete das Mannheimer Zentrum als „die beste und schönste Unterkunft in Süddeutschland“.

Nachdem auch THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel den Mannheimer Helfern sein Lob ausgesprochen hatte, war es soweit: Die symbolische Schlüsselübergabe wurde von Staatssekretär Ruder vom Innenministerium Baden-Württemberg durchgeführt.

## Fachtag und „Tag der offenen THW-Tür“

Die über 300 ehrenamtlichen Helfer hatten einen Fachtag für Feuerwehren, THW, Polizei und alle anderen Hilfsorganisationen vorbereitet. Viele Gäste folgten der Einladung, um sich im neuen THW-Zentrum umzusehen, Anregungen zu holen und Kontakte zu knüpfen.

5 000 Besucher zählte man dann am „Tag der offenen THW-Tür“: Sie alle waren begeistert von den Vorführungen der THW-Helfer, die einen Einblick in ihre Aktivitäten gaben. Mit der Sauerstoffflanze und am Bergeturm wurde gearbeitet, Instandsetzungs- und Bergungszug zeigten ihr Können. Neue Fahrzeuge wurden übergeben, die Suchhundegruppe stellte sich vor, Stege wurden gebaut usw. Auch Zauberer, Folklore-Gruppen aus Spanien und Jugoslawien, die „Swing Stars“ aus Einhausen und die Liedertafel Seckenheim sorgten für Kurzweil. Für das leibliche Wohl der Besucher hatten die THW-Aktiven ebenfalls gesorgt. Eine Tombola stand bereit und ein Teil des Reinerlöses galt einem wohltätigen Zweck.



1985 hat der Rettungsdienst sechs Millionen Einsätze geleistet

# Das Rettungswesen in der Bundesrepublik Deutschland

Notarztsysteme und Ausbildung der Rettungsanitäter und -helfer sind in Zukunft noch zu verbessern

Durchschnittlich jeder zehnte Bundesbürger nimmt die Leistungen des Rettungsdienstes in Anspruch. Diese Zahl wurde ermittelt aus den sechs Millionen Einsätzen, die der Rettungsdienst 1985 in der Bundesrepublik Deutschland geleistet hat. Davon betrafen 1,7 Millionen Einsätze (29%) Notfälle, bei denen mit akuter oder drohender Vitalgefährdung des Patienten zu rechnen war.

Diese Zahlen stammen aus dem Unfallverhütungsbericht 1985, den der Bundesminister für Verkehr jüngst vorgelegt hat. Das zufriedenstellende Fazit des Berichtes ist, daß es in der Bundesrepublik Deutschland ein Rettungswesen gibt, das sich mit drei Worten charakterisieren läßt: Es ist leistungsstark, schnell und flächendeckend. Der nachfolgende Überblick soll diese Aussage verdeutlichen.

## Rettungsdienst-Gesetze und Finanzierungen

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Rettungsdienst eine öffentliche Aufgabe im Bereich der Daseinsvor- und Daseinsfürsorge. Gemeinsam erarbeiteten die für den Rettungsdienst zuständigen Bundesländer mit dem Bund ein Muster für ein Landesgesetz über den Rettungsdienst. Auf dieser Grundlage haben die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein besondere Rettungsdienst-Gesetze verabschiedet. Niedersachsen wird ein Rettungsdienst-Gesetz einbringen, Hessen regelte den Ausbau und die Durchführung des Krankentransportes und Rettungsdienstes durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung. Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg haben entsprechende Regelungen in ihren Feuerwehrgesetzen verankert.

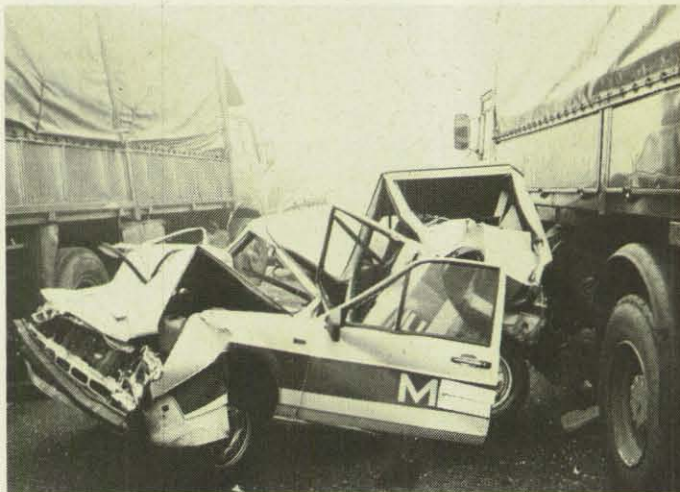
Gemeinsam von Ländern und Bund erarbeitete Grundlagen beinhalten die sachlichen Anforderungen an ein modernes Rettungssystem und zugleich die Zielvorstellungen für ein möglichst gleich hohes Leistungsniveau im gesamten Bundesgebiet.

In einem Bund/Länder-Ausschuß „Rettungswesen“ beraten die Referenten aus den für das Rettungswesen zuständigen

Ministerien des Bundes, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände sämtliche Fragen der Koordination und der Weiterentwicklung des Rettungswesens.

Die Finanzierung des Rettungsdienstes erfolgt über Benutzungsentgelte, Zuschüsse der meisten Länder oder Kostenerstattungen. Die Regelungen sind von Bundesland zu Bundesland verschieden.

Ein Verkehrsunfall, irgendwo in Deutschland: Sofortige Hilfe ist dringend erforderlich.



Hier laufen alle Fäden zusammen: Blick in eine Leitstelle.





## Rettungsleitstellen und Rettungswachen

Ein Verkehrsunfall: Verletzte Personen brauchen dringend Hilfe. Über den Notruf werden ein Arzt oder Rettungssanitäter angefordert. In der Rettungsleitstelle – in Nordrhein-Westfalen und Berlin „Leitstelle“ genannt – laufen alle Fäden des gesamten Rettungsdienstes in einem Rettungsdienstbereich zusammen. Die im Bundesgebiet flächendeckend eingerichteten insgesamt 234 Rettungsleitstellen sind ständig besetzt und erreichbar – rund um die Uhr.

Um weitere Koordinierungen nach Unfällen oder Notfällen vornehmen zu können, soll die Rettungsleitstelle einen zentralen Krankbettennachweis führen. Auch eine enge Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der ärztlichen Selbstverwaltungskörperschaften für den ärztlichen Bereitschaftsdienst ist sicherzustellen. Benachbarte Rettungsleitstellen haben sich zu unterstützen.

## Bearbeitungsdauer: Weniger als eine Minute

Durch die 234 Rettungsleitstellen wird in der Bundesrepublik räumlich und zeitlich eine lückenlose Bedienung der Bevölkerung bei Notfällen gewährleistet.

Wenn der Notruf in der Rettungsleitstelle eingegangen ist, bestimmt und koordiniert das diensttuende Personal das oder die Rettungsmittel. Und dies innerhalb kürzester Zeit: Vom Notruf bis zur Alarmierung eines Rettungsmittels dauert die Bearbeitung weniger als eine Minute. Eine Rolle dabei wird auch die Förderung kommunikationstechnischer Entwicklungen moderner Rettungsleitstellen durch den Bundesminister für Forschung und Technologie spielen.

Die mobilen Rettungsmittel – wie z. B. Rettungswagen, Notarztwagen oder Krankentransportwagen – werden neben dem notwendigen Personal in den Rettungswachen einsatz- und abrufbereit gehalten. Die Rettungswache untersteht der Rettungsleitstelle.

Einige Zahlen (Stand: 1985) mögen das dichte Netz der Rettungswachen in der Bundesrepublik verdeutlichen: In Baden-Württemberg gibt es 252 Rettungswachen (ohne Stationen des Luft-, Berg- und Wasserrettungsdienstes), in Bayern 283, in Berlin 34, in Bremen 20, in Hamburg 30 (dort sind ferner 13 Krankentransportstützpunkte der Sanitätsorganisationen vorhanden), in Hessen 155, in Niedersachsen 215, in Nordrhein-Westfalen 355, in Rheinland-Pfalz 113, im Saarland 25 und in Schleswig-Holstein 68 (hier sind nicht enthalten zehn Rettungsnebenstellen, die nicht ganzjährig besetzt sind).

Zu den mobilen Rettungsmitteln gehören der Rettungswagen und ...



... der Notarztwagen.



Für das Rendezvous-System: Ein Notarzt-einsatzfahrzeug mit Geräteausrüstung.



Der neuartige Rettungs- und Notarztwagen SAVE: Schnelle Ambulante Vorklinische Erstversorgung, hier in der Ausführung als 4-Tragen-Krankentransportwagen.





## Mobile Rettungsmittel

Rettungswagen, Notarztwagen, Krankentransportwagen – jedes Rettungsmittel erfüllt eine bestimmte Funktion. Die Rettungswagen (RTW) dienen dazu, die Transportfähigkeit von Notfallpatienten vor und während der Beförderung herzustellen und ausrechtzuerhalten. Rettungswagen, die mit einem Notarzt besetzt sind, werden Notarztwagen (NAW) genannt. Krankentransportwagen (KTW) sind grundsätzlich für die Beförderung von Nicht-Notfallpatienten bestimmt.

## Stations-System und Rendezvous-System

Für den bodengebundenen Rettungsdienst haben sich zwei Grundformen für die Organisation von Notarzt-Systemen herausgebildet:

1. Das Stations-System (auch Kompakt-System): Ein Notarztwagen ist an einer Klinik oder an einer besonderen Wache stationiert und rückt im Bedarfsfall von dort mit dem Arzt zum Notfallort aus.

2. Das Rendezvous-System: Der Notarzt wird von seinem Aufenthaltsort (Klinik/Praxis) mit einem Notarzteinsatzfahrzeug (NEF, ein Pkw mit Ausstattung) zum Notfallort gefahren. Parallel dazu rückt ein Rettungswagen von einer Rettungswache zum Notfallort aus.

Wie aus dem Bericht des Bundesministers für Verkehr hervorgeht, werden 59% aller Notarzteinsätze im Stations-System bedient, die restlichen 41% werden in Form des Rendezvous-Systems versorgt. Vorwiegend in ländlichen Gebieten findet das Rendezvous-System Bedeutung; in Ballungsgebieten und Großstädten sind überwiegend Stationssysteme eingerichtet.

## Tauglichkeit von SAVE wurde bewiesen

Von den zur Zeit in Betrieb befindlichen Fahrzeugen unterscheidet sich ein neuartiger Rettungs- und Notarztwagen: SAVE (Schnelle Ambulante Vorklinische Erstversorgung).

Das Fahrzeug, das sich u. a. durch eine Trennung von Trägerfahrzeug und Rettungseinheit auszeichnet, wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie entwickelt (das Zivilschutz-Magazin berichtete darüber). Nachdem eine Prototypenprobung die Tauglichkeit von SAVE unter Beweis gestellt hatte, wurde nun auch die Weiterentwicklung zum Gesamtsystem SAVE abgeschlossen. Zur Zeit prüft die Industrie, ob eine Serienproduktion aufgenommen werden kann.

Durch schnelle medizinische Hilfe werden für den Notfallpatienten oft lebensentscheidende Minuten gespart.



## 35 Hubschrauberstationen

Insgesamt 35 Hubschrauberstationen gibt es in der Bundesrepublik – ein flächendeckendes Netz mit einem jeweiligen Einsatzradius von etwa 50 km. Die Rettungshubschrauber werden gestellt vom Katastrophenschutz (18), der Bundeswehr (6), ADAC-Luftrettung (6) und der Deutschen Rettungsflugwacht (5).

Über das Luftrettungssystem in der Bundesrepublik Deutschland wurde im Zivilschutz-Magazin 4/86 ausführlich berichtet.

## Notruf und Autonotfunk

Bis auf wenige Ausnahmen abgeschlossen ist die Einführung des einheitlichen Notrufsystems (Polizeinotruf 110 und Feuerwehrnotruf 112). Das System hat sich technisch und organisatorisch voll bewährt. Zusätzlich sind (Stand: 1985) 33 000 Notrufmelder (für münzfreien Notruf) bei öffentlichen Münzfernsprechern eingerichtet.

Der im Raum Darmstadt erprobte Autonot-

funk (das ZS-Magazin berichtete) hat sich zwar technisch bewährt, jedoch haben die für eine Einführung zuständigen Länder nach einer ersten Prüfung wegen der zu erwartenden Kosten eine ablehnende Haltung gezeigt. So wird die vom Bundesminister für Forschung und Technologie geförderte Entwicklung des drahtlosen Notmeldesystems „Autonotfunk“ wohl vorerst in der Schublade ruhen.

## Auf 7 867 km stehen Notrufsäulen

Von den rund 8 200 km der unter Verkehr liegenden Bundesautobahnen waren bis zum 1. Januar 1985 genau 7 867 km mit Notrufsäulen etwa im Abstand von 2 km ausgestattet. Sobald die technischen Voraussetzungen dafür erfüllt sind, erfolgt auf den verbleibenden 333 km, die sich auf eine Mehrzahl kurzer Teilstrecken verteilen, die Einrichtung weiterer Notrufsäulen. Damit ist gewährleistet, daß auch bei Notfällen auf den bundesdeutschen Autobahnen schnelle Hilfe angefordert werden kann.

Ein flächendeckendes Netz von Hubschrauberstationen mit einem Einsatzradius von etwa 50 km besteht derzeit in der Bundesrepublik.







Links: Eine Notrufsäule an einer Bundesautobahn.

Rechts: Das drahtlose Notmeldesystem „Auto-notfunk“.



Schwieriger gestaltet sich die Einrichtung eines Notmeldesystems an anderen Straßen, wie z. B. Bundesstraßen, weil die dafür aufzuwendenden Kosten z. B. für Streckenfernsprechkabel nicht zur Straßenbaulast gehören. So wurden über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren rund 2 200 private Unfallmelder eingerichtet, wobei es sich um private Zusatzeinrichtungen an Hauptanschlüssen des öffentlichen Fernsprechnetzes handelt: Betätigt der Hilfesuchende den Notmelder, so wird in der Regel automatisch eine Fernsprechverbindung zur nächsten Rettungsleitstelle hergestellt. Vor allem folgende Organisationen tragen die Einrichtungskosten: „Rettungsdienst Stiftung Björn Steiger e. V.“, „Kuratorium Rettungsdienst Bayern“, „Rettungsstiftung Jürgen Pegler e. V.“, „Rettungsstiftung Saar“ und „Notruf Saar e. V.“ Die Betriebskosten tragen Bayern und Schleswig-Holstein ganz, andere Länder zum Teil.

Zum bundesdeutschen Rettungswesen gehört auch der bundeseinheitliche Notfallaufweis, vom dem seit 1974 über acht Millionen Exemplare an die Bevölkerung teils kostenlos verteilt wurden.

### Positive Erfahrungen mit Zivildienstleistenden

„Positiv“ bewertet der Bundesminister für Verkehr die Einsatzerfahrungen, die in den vergangenen Jahren mit Zivildienstleistenden im Rettungsdienst und Krankentransport gemacht wurden. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und das Bundesamt für den Zivildienst sind in Zusammenarbeit mit den Rettungsdienstorganisationen bemüht, die Ausbildungsmöglichkeiten für Zivildienstleistende, die im Rettungsdienst und Krankentransport eingesetzt werden sollen, weiter zu verbessern und auszubauen.

7 504 Zivildienstplätze standen im Novem-

ber 1985 im Rettungsdienst und Krankentransport zur Verfügung. Davon waren 6 256 mit Zivildienstleistenden besetzt.

### Rettungsanitäter: Unzureichende Ausbildung

Nur „unzureichend erfüllen“ kann der Rettungsanitäter alle an ihn gerichteten fachlichen Ansprüche bei der gegenwärtigen Ausbildung nach dem sogenannten „520-Stunden-Programm“. Zu dieser Meinung gelangte 1985 die „Arbeitsgruppe Rettungsanitäter“, deren Bildung der Bund/Länder-Ausschuß „Rettungswesen“ beschlossen hatte. Die Arbeitsgruppe war beauftragt, die Frage zu untersuchen, ob für die Schaffung eines gesetzlichen Berufsbildes „Rettungsanitäter“ eine Notwendigkeit besteht und welche Anforderungen gegebenenfalls an ein solches Berufsbild zu stellen sind. Die Arbeitsgruppe hält eine gesetzliche Regelung des Berufsbildes „Rettungsanitäter“ für notwendig und nach eingehender Bedarfs- und Kostenanalyse auch für durchführbar.

Der Bund/Länder-Ausschuß „Rettungswesen“ teilt diese Auffassung der Arbeitsgruppe und hat der Bundesregierung den Bericht mit der Bitte zugeleitet, möglichst

schnell den Entwurf eines Gesetzes über den Beruf des Rettungsanitäters erarbeiten zu lassen.

### Über 50% aller Bundesbürger ließen sich ausbilden

Seit 1969 sind alle Fahrerlaubnisbewerber verpflichtet, eine Ausbildung in „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ bzw. die Teilnahme an einem „Erste-Hilfe“-Kursus nachzuweisen. Bei den „Sofortmaßnahmen“ wird gezielt die Hilfe vermittelt, die sich auf Unfälle im Straßenverkehr bezieht. 1984 wurden folgende Ausbildungen in „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ durchgeführt: 71 300 vom Arbeiter-Samariter-Bund, 450 000 vom Deutschen Roten Kreuz, 70 337 von der Johanniter-Unfall-Hilfe, 125 160 vom Malteser-Hilfsdienst und rund 250 000 vom Bundesverband für den Selbstschutz (im Rahmen des „Selbstschutz-Grundlehrgangs“).

Über 50% aller Bundesbürger bzw. über 75% aller Führerscheinbesitzer haben sich ausbilden lassen – nur: Die Ausbildungen liegen teilweise sehr lange zurück. Zahlen sprechen für sich: Nur 14% der Bundesbürger und 21% aller Führerscheinbesitzer erklären, sie seien bereit und in der Lage, allein auf sich gestellt Hilfe zu leisten...

Die Ausbildung im Sanitätsbereich – wie hier bei einer Übung.





Fähigkeiten und Kenntnisse geraten schnell in Vergessenheit. Auf freiwilliger Basis sollte man in regelmäßigen Abständen die „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ oder den „Erste Hilfe“-Kurs wiederholen.

### Probleme mit privaten Unternehmen

In zunehmendem Maße betreiben auch private Unternehmen Verkehr mit Krankenkraftwagen: Im Gegensatz zum organisierten Rettungsdienst mit seinen hohen Anforderungen an die Organisation, die ständige Einsatzbereitschaft, an die Qualifikation des Personals und an die Sachausstattung fehlen bei den privaten Unternehmen qualifizierte Anforderungen.

Ohne eine Neuregelung des Krankentransports sehen die zuständigen Länderminister und die Durchführenden des Rettungsdienstes Gefahren für die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Rettungsdienstes als wichtigen Bestandteil der Daseinsvorsor-

ge. Deshalb hat der Bundesrat beim Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf eines „Sechsten Gesetzes zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes“ eingebracht.

### Forschungen werden betrieben

Auch im Bereich des Rettungswesens gibt es Forschungen, die zwei Ziele verfolgen: Zum einen sollen den für die Sicherstellung und Durchführung verantwortlichen Ministerien und Organisationen Entscheidungshilfen für eine wirksame und wirtschaftliche Organisation des Rettungswesens angeboten werden. Zum anderen sollen aber auch neue technische und organisatorische Entwicklungen gefördert und ihre Umsetzung in die Praxis unterstützt werden. Betrieben werden solche Vorhaben vornehmlich durch den Bundesminister für Verkehr bzw. die Bundesanstalt für Straßenwesen und durch den Bundesminister für Forschung und Technologie. Die Abstimmung der Vorhaben mit den Ländern erfolgt im Bund-

Länder-Ausschuß „Rettungswesen“ und seiner Arbeitsgruppe „Forschung“.

Einer der Forschungsschwerpunkte in den vergangenen Jahren war die Erarbeitung von Übersichten über den Leistungsumfang und das Leistungsniveau des Rettungsdienstes. Ein „Simulationsmodell Rettungswesen“ wurde zur Planung und Überprüfung von Rettungssystemen inzwischen in über 40 Rettungsdienstbereichen eingesetzt. Mit Hilfe des Rechenmodells lassen sich Auswirkungen von geplanten Maßnahmen oder erwarteten Entwicklungen auf die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des Rettungsdienstes bestimmen.

Die Verbesserung der Ausbildung von Laienhelfern und ein abgesicherter Überblick über Forschungsnotwendigkeiten und Forschungsperspektiven sind weitere Schwerpunkte derzeitiger Vorhaben.

### Verbesserung auch über die Grenzen hinweg

Um auch über die Grenzen hinweg eine Verbesserung des Rettungswesens zu erreichen, wurde diese Thematik in der Europäischen Verkehrsministerkonferenz (ECMT/CEMT) diskutiert. Einer Resolution wurde zugestimmt, in der den Regierungen der Mitgliedsländer u. a. empfohlen wird, die Ausbildung in Erster Hilfe zu fördern, spezielle Berufsgruppen gezielt in Erster Hilfe auszubilden, eine einheitliche Berufsausbildung für das nichtärztliche Personal im Rettungsdienst zu schaffen, den Rettungsdienst im ländlichen Bereich auszubauen und standardisierte Daten zum Rettungsdienst innerhalb eines Landes zu erstellen.

### Notarztsysteme und Ausbildung verbessern

Von den im vergangenen Jahr sechs Millionen geleisteten Einsätzen des Rettungsdienstes galt nahezu jeder zweite einem akut erkrankten Patienten. Etwa jeder sechste Notfalleinsatz wurde durch Folgen eines Verkehrsunfalles veranlaßt. Diese beiden sehr unterschiedlichen Einsatzanlässe bestimmen die Anforderungen an Organisation und Ausstattung des Rettungsdienstes. Und weil der Anteil der Notarzteinsätze im Rettungsdienst weiter angestiegen ist und erst ein Drittel aller Notfälle von Notärzten versorgt wird, muß besonders der Weiterentwicklung von Notarztsystemen in Zukunft Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Ein weiterer Schwerpunkt für die zukünftige Arbeit wird die Intensivierung der Aus- und Weiterbildung der Rettungssanitäter und Rettungshelfer sein, damit eine noch bessere Versorgung der Patienten erreicht wird. boe



Auch der Bundesverband für den Selbstschutz führt in seinen Selbstschutz-Grundlehrgängen lebensrettende Sofortmaßnahmen durch.



Kenntnisse und Fähigkeiten in „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ sollten auf freiwilliger Basis in regelmäßigen Abständen wiederholt werden, damit jeder Bürger bei einem Notfall helfen kann.

(Fotos: Schweglinger, Sers, Boeken, Telefonen, Karosseriewerke Weinsberg, IVB-Report)



## Quer durch Niedersachsen

**Wilhelmshaven.** Eine Ehrung besonderer Art fand kürzlich in der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven statt. Der aus gesundheitlichen Gründen ausscheidende Schutzbauberater Julius Rabe empfing aus der Hand von Dienststellenleiter Werner Pietz für 30jährige ehrenamtliche Mitarbeit im Verband einen Ehrenteller und eine Urkunde.



BVS-Dienststellenleiter Werner Pietz (rechts) überreicht Julius Rabe die Urkunde. Foto: WZ-Bilddienst

Bereits 1955 trat Rabe dem damaligen BLSV bei. Als Bauingenieur galt von Anfang an sein besonderes Interesse dem Schutzraumbau. „In all den Jahren hat es Rabe verstanden, über diese Thematik sachlich und emotionsfrei zu diskutieren. Viele Wilhelmshavener Bürger haben sich bei ihm Rat und Auskunft geholt“, so Pietz in seiner Abschiedsrede.

Helfervertreter Dietrich Lade hob in seiner Ansprache die ausgesprochen kollegiale Zusammenarbeit hervor und überreichte ein Geschenk der Helfer.

**Wiesmoor.** In ungewöhnlicher Umgebung fand eine Ausstellung des BVS in Wiesmoor statt. Die Bilderschau war in der Blumenhalle aufgestellt worden, wo auch Filmvorführungen stattfanden.

Gemeindedirektor Steguweit, der die Schirmherrschaft über die Veranstaltung übernommen hatte, erinnerte in seiner Eröffnungsansprache daran, daß jeder Mensch im Falle einer Katastrophe zunächst auf sich allein gestellt sei. Der Selbstschutz sei heute mehr denn je eine Aufgabe aller verantwortungsbewußten Bürger.

**Northeim.** Ilse Schütze ist von Stadtdirektor Werner Hesse zur ersten Selbst-

schutzberaterin Northeims ernannt worden. Zusammen mit Werner Frohme, der dieses Amt bereits seit einiger Zeit ausübt, verfügt die Stadt nunmehr über zwei ehrenamtliche Berater.

Ein Fortschritt, aber noch längst nicht der Idealzustand. Denn auf Grund der Größe des Stadtgebietes müßten 25 Bürger für dieses Amt gewonnen und ausgebildet werden.

Bis es soweit ist, wurde das Stadtgebiet zunächst einmal in zwei Bezirke eingeteilt. Frohme und Ilse Schütze wollen vor allem Kontakte zu Vereinen, Verbänden und karitativen Einrichtungen schaffen, um für den Selbstschutz zu werben.

**Emden.** Nach 23 Jahren ehrenamtlicher Mitarbeit für den BVS wurde Theodor van Loh, Emden, in einer Feierstunde verabschiedet. Stadtrat Werner Lieke überbrachte Grüße der Stadt Emden, seitens des BVS sprach Dienststellenleiter Werner Pietz Dank für die geleistete Arbeit aus.

Van Loh hat in der Zeit seiner Mitarbeit im BVS verschiedene Aufgaben wahrgenommen. So war er u. a. Ausbildungsleiter, Dienststellenleiter in Emden und Lehrkraft an der BVS-Schule in Voldagen.

Pietz hob auch die Verdienste van Lohs um den Aufbau des Behördenselbstschutzes hervor.

**Barbel.** Einen ungewöhnlichen Arbeitstag erlebten Mitarbeiter der Gemeinden Barbel und Saterland sowie der Stadt Friesoythe. Aus dem zweiten Stock des Barbeler Rathauses wurde eine Trage mit einem „Verletzten“ abgeseilt. Die Maßnahme galt allerdings nur der Vorsorge für den Ernstfall: Sie war Bestandteil einer vom BVS durchgeführten Ausbildung der Behördenmitarbeiter im Selbstschutz.

Der praktischen Übung war eine umfang-

reiche theoretische Ausbildung vorangegangen, in der die Mitarbeiter unter anderem die Bergung von Verletzten und lebensrettende Sofortmaßnahmen erlernt hatten.

**Wolfsburg.** Im Rahmen der Durchführung der Verwaltungsvorschrift Selbstschutz richtete die Stadt Wolfsburg im Stadtteil Detmerode eine Selbstschutz-Beratungsstelle ein. Die Erich-Kästner-Schule konnte drei Mobilklassen der Stadt zur Verfügung stellen. In einem Klassenraum wurde gemäß bestehender Richtlinien eine Se-Beratungsstelle eingerichtet. Um das Informationsbedürfnis der interessierten Bevölkerung zu befriedigen, wurde noch zusätzlich ein Behelfsschutzraum als Modell mitgebaut.

Ausrüstungsgegenstände, Geräte zur Brandbekämpfung, zur Bergung sowie Ersten Hilfe runden das Bild ab. Auch ein 14-Tage-Lebensmittelvorrat für eine Person ist vorhanden. Ein weiterer Klassenraum wurde der BVS-Dienststelle Braunschweig zur Verfügung gestellt. Hier können Grund- und Ergänzungslehrgänge für die Bevölkerung durchgeführt werden, außerdem ist in dem Klassenraum eine BVS-eigene Ausstellung untergebracht.

Im dritten Klassenraum wurde die ABC-Meß- und Auswertestelle untergebracht. Mit dieser Einrichtung konnten wesentliche Selbstschutzmaßnahmen in Wolfsburg verwirklicht werden.

## Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Bad Driburg.** „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“ war das Thema einer Ausstellung, die der BVS in Zusammenarbeit mit der Gräflichen Kurverwaltung in der Wandelhalle des Kurparks Bad Driburg zeigte.

Bürgermeister Nobert Schmidt, der auch die Schirmherrschaft über die Bilder-



Ausstellung in Bad Driburg (v. links): BVS-Fachbearbeiter Fritz Becker, Bundestagsabgeordneter Meinolf Michels, Bürgermeister Nobert Schmidt, Graf Caspar von Oeynhäusen-Sierstorff und Gattin. Foto: Peine



schau übernommen hatte, würdigte in seiner Eröffnungsansprache die Arbeit des BVS als wichtigen Beitrag für den Bürger, sich mit dem Gedanken des Selbstschutzes vertraut zu machen. Es genügte schon die vielen kleinen und größeren Unglücksfälle des täglichen Lebens, um jedem den Sinn dieser Aufgabe klarzumachen. Er forderte die politischen Verantwortlichen auf, das Bemühen um den Selbstschutz zu unterstützen. Dem Bürger müßten die aus Katastrophen drohenden Gefahren und die zur Bewältigung erforderlichen Aufgaben verdeutlicht werden.

Die Ausstellung, die von zahlreichen Interessierten, darunter auch vielen Kurgästen besucht wurde, fand Lob und Anerkennung.

**Dortmund.** Erich Runge, Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Dortmund, wurde für 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst geehrt. Dienststellenleiter Erhard Stammberger sprach dem Jubilar Dank und Anerkennung für treue und gute Mitarbeit aus und überreichte eine Urkunde.



BVS-Dienststellenleiter Erhard Stammberger (links) überreicht Erich Runge die Dankurkunde.  
Foto: Spilker

Runge ist seit 1965 bei der BVS-Dienststelle Dortmund als Leiter einer fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle tätig, wobei er zwischenzeitlich — von 1968 bis 1979 — bei der BVS-Dienststelle Unna beschäftigt war. Runge, der oft auch überregional eingesetzt worden sei, habe durch seine qualifizierte Mitarbeit zu einer guten Resonanz im Bereich der Ausbildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbrauchers beigetragen, hieß es in der Laudatio.

**Arnsberg.** Der Leistungsbericht 1985 der BVS-Dienststelle Arnsberg war für CDU-Bundestagsabgeordneten Ferdi Tillmann Anlaß, sich in der BVS-Dienststelle einmal näher über Fragen des Zivil- und Selbstschutzes zu informieren.

Dienststellenleiter Heinz Wortmann erläu-

terte dem Gast den Aufbau des Zivilschutzes in der Bundesrepublik, die Aufgaben und das Ausbildungs- und Informationsangebot des BVS im allgemeinen sowie das der Dienststelle im besonderen.

Der Unionspolitiker, der sich spontan bereit erklärte, an einem der nächsten Selbstschutz-Grundlehrgänge teilzunehmen, äußerte sich anerkennend über die Arbeit der Dienststelle.

**Ahrweiler.** Nach der Devise „Schulung statt Schule“ und „keine Patentrezepte, sondern Anregungen und Tips“ beteiligten sich sieben ehrenamtliche Fachbearbeiterinnen „Frauenarbeit“ an einem Grundlagenlehrgang an der BVS-Bundesschule Ahrweiler. Die BVS-Mitarbeiterinnen konnten hierbei ihre Kenntnisse über ihr Arbeitsgebiet erweitern und hatten Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen.

Im Lehrgang erläuterte Brigitte Weißenhagen, BVS-Landesstelle NW, den Tätigkeitsbereich der Fachbearbeiterinnen, während Gerwin Görnemann (Bundeshauptstelle) einen Einblick in die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes gab.

Rollenspiele und praktische Übungen unter der Leitung von Kurt Aschmann, Lehrer an der BVS-Bundesschule, gaben den Teilnehmerinnen Gelegenheit, das Erlernte zu vertiefen. Fazit am Ende des Lehrgangs: Eine rundum gelungene Veranstaltung.

**Höxter.** Eine Podiumsdiskussion zum Thema Zivilschutz veranstaltete die IPP-NW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) anläßlich eines medizinischen Fortbildungsseminars im St. Ansgar-Krankenhaus von Höxter.

Unter der Gesprächsleitung des WDR-Redakteurs Michael Thamm (WDR-Studio Bielefeld) tauschten Frau Dr. Barbara Höfener vom IPP NW-Bundesvorstand aus Berlin, der Physiker Dr. Wolfgang Send (Göttingen) und BVS-Dienststellenleiter Wolfgang Schröder (Paderborn) vor etwa 100 Zuhörern die Argumente für und gegen den Zivilschutz aus.

### Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Koblenz.** Die BVS-Dienststelle beteiligte sich mit einem Stand an der 8. Eifel-Schau in Mayen, einer überregionalen Leistungsschau der Industrie, des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft. Schirmherr war der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Vogel.

Beim Rundgang durch die Ausstellung besuchte der Ministerpräsident auch den

BVS-Stand. Der in einer Vitrine ausgestellte Lebensmittelvorrat fand das Interesse Dr. Vogels. Er betonte, daß zu seinem Haushalt selbstverständlich auch ein Lebensmittelvorrat gehöre.

Der Ministerpräsident würdigte den Einsatz der BVS-Mitarbeiter und wünschte einen guten Ausstellungserfolg. Denn gerade die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit des BVS sei eine schwere, aber sehr wichtige Aufgabe.

**Mainz.** Mit Selbst- und Katastrophenschutz kommt der Bürger normalerweise erst in Ausnahmesituationen in Berührung. Um diese beiden Begriffe etwas transparenter und für den Bürger verständlicher zu machen, wurde vom Dezernenten für den Katastrophen- und Zivilschutz der Stadt Mainz, Prof. Kurt Dörr, in Zusammenarbeit mit dem Schuldezernat, dem BVS und den Katastrophenschutz-Organisationen eine vierwöchige Wanderausstellung zusammengestellt.

Als Ausstellungsstätte wählte man jeweils die Eingangshalle der Berufsbildenden Schulen in Mainz.

Der BVS war mit einer Bilderschau präsent und ergänzte das Anschauungsmaterial durch Filmvorführungen sowie Informationen über den Selbstschutz.

**Idar-Oberstein.** Einen besonderen Anlaß hatte die BVS-Dienststelle Kaiserslautern ihre Arbeitsgemeinschaft nach Idar-Oberstein zu verlegen. Galt es doch, Werner Fuck, einen Bürger dieser Stadt, für 25jährige Mitarbeit im BVS zu ehren.



Ehrung in Idar-Oberstein (v. rechts): BVS-Dienststellenleiter Hilmar Matheis, BVS-Beauftragter Werner Fuck, Bürgermeister Machwirth.

Dienststellenleiter Matheis überreichte Fuck die Ehrenurkunde des Verbandes. Matheis würdigte Fucks besondere Verdienste um den Aufbau des Selbstschutzes im Kreis Birkenfeld und lobte seine stete Einsatzbereitschaft.

Glückwünsche übermittelten auch der Vertreter der BVS-Landesstelle Rhein-



land-Pfalz, Wölzlein; in Vertretung des Behördenleiters der Standortverwaltung Idar-Oberstein, Regierungsamtmann Schulz, der Leiter der BVS-Schule Birkenfeld, Effgen, und Bürgermeister Willi Becker, Hußweiler.

Bürgermeister Machwirth, Dezernent für den Katastrophenschutz der Stadt Idar-Oberstein, fand besonders herzliche Worte für den Geehrten, kennt er ihn doch aus jahrelanger Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

Fuck habe seine Aufgabe auch als Ortsvorsteher und als Verbindungsmann der Standortverwaltung auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes vorbildlich und zur vollsten Zufriedenheit erfüllt.

## Saarland-Rundschau

**Neunkirchen.** Die BVS-Dienststelle Neunkirchen beteiligte sich mit dem neuen Informationsstand an der Homburger Leistungsschau für Handel, Handwerk und Gewerbe.

Der Oberbürgermeister der Kreis- und Universitätsstadt, Rainer Ulmke, zeigte sich in seiner Eröffnungsrede erfreut darüber, daß der BVS sowie das DRK und der MHD sich zum ersten Male an dieser Leistungsschau beteiligten.

An den vier Ausstellungstagen nutzten über 3 000 Besucher das Informationsangebot des Verbandes. Zahlreiche Gespräche, insbesondere über die Folgen des Reaktorunfalles in Tschernobyl, zeigten, daß die Bevölkerung verstärktes Interesse an der Informations- und Ausbildungsarbeit des BVS hat.

## Nachruf

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Saarbrücken trauern um ihren Beaufragten

### Joachim Althoff

der am 5. Juni 1986 nach langer Krankheit im Alter von 74 Jahren verstarb.

Althoff war 1962 dem damaligen BLSV beigetreten. Ehrenamtlich besetzte er bis 1969 die Stelle eines Gemeindestellenleiters und danach eines Amtsbeauftragten. Im September 1969 wurde er ehrenamtlicher Dienststellenleiter der Dienststelle Merzig. Im Rahmen der Umstrukturierung wurde er im Juni 1980 zum BVS-Beauftragten für den Landkreis Merzig-Wadern ernannt. Diese Aufgabe versah er bis zu seinem Tode.

Althoff war maßgeblich am Aufbau des Selbstschutzes im Landkreis Merzig-Wadern beteiligt. Für sein großes Engagement wurde ihm 1978 die Ehrennadel des Verbandes verliehen. Aufgrund seiner vielfältigen ehrenamtlichen Tätigkeiten,

neben seiner hauptamtlichen Aufgabe als Schulleiter, wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Saarbrücken werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

## Bayern heute

**München.** In der letzten Ausgabe der „Hofnachrichten“, einem Mitteilungsblatt für die rund 800 Bediensteten des Zentralfinanzamtes (ZFA) im „Alten Hof“ in München, wurde über den Aufbau- und Ausbildungsstand des Behördenselbstschutzes im ZFA berichtet.

Dem Verständnis des Amtsleiters, LtD. Regierungsdirektor Müller für die Notwendigkeit des Selbstschutzes und dem unermüdligen Engagement des Behördenselbstschutzleiters, Steueramtsrat Ströbel, ist der im nachfolgenden Auszug des Berichts aufgeführte Erfolg zu verdanken.

„... Unser Behördenselbstschutz umfaßt zur Zeit rund 90 freiwillige Helfer. Das sind gut 11 % des gesamten Personals des ZFA. Von diesen Kolleginnen und Kollegen sind 30 als Sanitätskräfte ausgebildet, die in zwei Sanitätsgruppen mit jeweils vier Sanitätstrupps organisiert sind.

15 Helfer sind als Bergungsfachleute ausgebildet und den beiden Bergungsstaffeln zugeteilt.

Der Brandschutz verfügt momentan über 15 Helfer, die ebenfalls auf zwei Staffeln verteilt sind. Die restlichen Kolleginnen und Kollegen finden als Ersatzleute Verwendung oder sind erst relativ kurz beim Behördenselbstschutz und besitzen deshalb noch nicht die nötige Fachausbildung.

Gerade diese Aus- bzw. Fortbildung wird ein wesentlicher Punkt der Selbstschutzaktivitäten in diesem Jahr sein.

Um unseren Helfern Gelgenheit zu bieten, ihr erworbenes Fachwissen in der Praxis zu erproben, sind auch heuer wieder zwei

Großübungen geplant, von denen die erste — schönes Wetter vorausgesetzt — in nächster Zeit stattfinden soll.

Die zweite große Übung ist in der zweiten Septemberhälfte vorgesehen.

Im zeitlichen Zusammenhang mit dieser zweiten Übung plant der Bundesverband für den Selbstschutz, einen „Sicherheits-tag“ im „Alten Hof“ abzuhalten. Dabei erhalten Amtsangehörige, Besucher und Passanten Auskünfte über die Zielsetzung und das Wirken des Bundesverbandes für den Selbstschutz ...“

**Marktheidenfeld.** Die BVS-Dienststelle Aschaffenburg führte in Marktheidenfeld, Landkreis Main-Spessart, einen Sicherheitswettbewerb unter der Schirmherrschaft des 1. Bürgermeisters der Stadt, Dr. Scherg durch.

Landrat Armin Grein begrüßte neben dem Bürgermeister die Teilnehmer und regte an, „auch an anderen Orten diese Veranstaltung anzubieten.“

Neben der Feuerwehr, dem BRK, dem THW, der Wasserwacht und der Polizei beteiligte sich auch der ABC-Zug des Landkreises an der Veranstaltung, bei der 41 Teilnehmer ihr Können in der Selbst- und Nächstenhilfe zeigten.

**Ingolstadt.** Oberbürgermeister Peter Schnell, Ingolstadt, überreichte in einer kleinen Feierstunde an sieben Damen und Herren die Bestellsurkunde für Selbstschutzberater.

In Anwesenheit des Zivilschutz-Amtsleiters, Johannes Volkert, und des Regensburger BVS-Dienststellenleiters, Peter Blazejewski, betonte Schnell die Bedeutung dieses Ehrenamtes für die Bürger und bedankte sich für die Bereitschaft zur Gemeinschaftsarbeit. Zwar fehle noch eine große Zahl an Selbstschutzberatern, aber mit den neuen Mitarbeitern, die bei den „Selbstschutztagen Ingolstadt“ gewonnen wurden, sei ein aktiver Beginn in der Aufbauphase des Selbstschutzes gemacht worden.



Aus der Hand von Oberbürgermeister Peter Schnell nehmen die Selbstschutzberater die Bestellsurkunden entgegen.



THW-OV Gummersbach weihte neue Unterkunft ein

## „Es ist das erklärte Ziel der jetzigen Bundesregierung, das THW weiterhin zu einer effektiven Katastrophenschutz-Organisation auszubauen“

Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt hielt bemerkenswerte Rede – Stärkere friedensmäßige Nutzung des THW angestrebt

Im Spätherbst des Vorjahres wurde sie zwar bereits in Beschlag genommen, doch die Einweihungsfeier hatte man sich bis zum Mai aufgespart, um dann gleich einen doppelten Grund zur Freude haben zu können. Die Rede ist von der neuen, schmucken Unterkunft des THW-OV Gummersbach auf der Kotthäuser Höhe, deren Einweihung zeitgleich mit dem 25jährigen Jubiläum des THW im Oberbergischen Kreis gefeiert wurde.

Zahlreiche Ehrengäste konnte Ortsbeauftragter Horst Riese in der Fahrzeughalle der neuen Gebäudes begrüßen, unter ihnen der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, die beiden Landtagsabgeordneten Herbert Heidtmann und Hans Kern, Landrat Hans Wichelhaus, Bezirksbrandmeister Hans Schröder, THW-Direktor Meier, THW-Landesbeauftragter Drogies, Kreisdirektor Günter Hoffmann, die Bürgermeister Wilhelm Kemper (Marienheide), Siegfried Sax (Lindlar), Horst Fabritius (Engelskirchen) und Gummersbachs stellvertretende Bürgermeisterin Ina Albowitz. THW-Kreisbeauftragter Hans-Henning Holbeck ging in seiner Ansprache auf die Geschichte des THW-Kreisverbandes ein. Er schilderte aber auch den mehr als schwierigen Weg bis zur Übergabe der neuen Unterkunft.

### Das THW zu einer effektiven Hilfsorganisation ausbauen

Dr. Horst Waffenschmidt führte in seiner Rede unter anderem aus:

„Tschernobyl hat das allgemeine Bewußtsein für die Notwendigkeit sensibilisiert, ausreichende Vorsorge für alle denkbaren Schadensfälle zu treffen. Ungeachtet der manchmal nur für Experten verständlichen verfassungsmäßigen Zuständigkeit von Bund und Ländern müssen wir ebenso wie die anderen Staaten des Westens ein Hilfeleistungssystem schaffen, das Vorsorge primär gegen die Gefahren des Alltags und des hochtechnisierten Industriezeitalters bringt. Unsere Mitbürger erwarten, daß Bund und Länder gemeinsam ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet verstärken, und sie verlangen mit Recht, daß ihnen im Notfall schnell und effektiv geholfen und nicht erst ein juristisches Seminar abgehalten wird, wer für die Hilfeleistung zuständig ist. In diesem Zusammenhang wird Bundesminister Dr.

Zimmermann auch seine seit dem Jahre 1983 betriebene Politik der Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Technischen Hilfswerks verstärkt fortsetzen. Es ist das erklärte Ziel der jetzigen Bundesregierung, das Technische Hilfswerk weiterhin zu einer effektiven Katastrophenschutz-Organisation auszubauen, auf die Bund und Länder bei Katastrophen und Unglücksfällen zurückgreifen können. Lassen Sie mich dazu einige Fakten aufzählen:

1. Mit Erlaß vom 1. August 1984 hat Bundesminister Dr. Zimmermann die in das Bundesamt für Zivilschutz integrierte Leitung des Technischen Hilfswerks so gestärkt, daß der Direktor nunmehr in der Lage ist, das Technische Hilfswerk eigenverantwortlich zu führen. Damit ist der Bundesinnenminister einer einstimmigen



Zahlreiche Ehrengäste gratulieren dem THW-OV Gummersbach zur neuen Unterkunft.



Forderung der Landessprecher und des Bundessprechers nachgekommen, die auch seit dem Jahre 1960 von allen früheren Direktoren der Bundesanstalt erhoben worden ist.

### Mitspracherecht für die Helfervertreter erweitert

2. Im Juni 1985 hat der Bundesinnenminister einer vom Direktor THW in Abstimmung mit der Helferschaft erarbeiteten neuen Richtlinie über die Mitwirkung der Helfer im Technischen Hilfswerk zugestimmt.

Mit dieser Regelung wurde die Beteiligung der ehrenamtlichen Helfer an der Willensbildung im Technischen Hilfswerk grundlegend neu gestaltet und erheblich verbessert. Kernstück der neuen Regelung ist neben der Erweiterung des Mitspracherechts der Helfervertreter auf allen Ebenen vor allem die Bildung von Ausschüssen und Arbeitskreisen auf Landes- und Bundesebene, in denen von der Helferschaft gewählte ehrenamtliche Mitglieder mitwirken. Diese Ausschüsse und Arbeitskreise sollen den Direktor und die Landesbeauftragten beraten und so sicherstellen, daß der Sachverstand der Helferschaft in die Entscheidungsprozesse des Technischen Hilfswerks einfließt.

3. Der Nachwuchsgewinnung wird in den kommenden Jahren im Hinblick auf die prognostizierte demoskopische Entwicklung besondere Bedeutung zukommen. Der Bundesinnenminister hat deshalb im Herbst 1983 gemeinsam mit der THW-Leitung und der THW-Helfervereinigung eine Konzeption entwickelt, nach der die THW-Jugendgruppen in der Trägerschaft der Helfervereinigung in einen zentralen Jugendverband zusammengefaßt werden. Dieser Jugendverband kann ebenso wie andere Jugendorganisationen jugendpflegerische Aktivitäten entfalten, während die fachliche Ausbildung der Jungshelfer weiterhin vom Technischen Hilfswerk

durchgeführt wird. Die Gründung des Jugendverbandes hat bereits zu einer spürbaren Belebung der Jugendarbeit und zur Errichtung von rund 70 neuen Jugendgruppen geführt.

### Stärkere friedensmäßige Nutzung des THW

4. Ein weiteres Ziel des Bundesinnenministers ist die stärkere friedensmäßige Nutzung des Technischen Hilfswerks. Es erscheint volkswirtschaftlich unvertretbar, die auf Kosten der Allgemeinheit ausgebildeten Helfer und die vom Steuerzahler finanzierte Ausstattung im Werte von Hunderten von Millionen brachliegen zu lassen. Die Bundesregierung setzt deshalb das Technische Hilfswerk auch verstärkt im Rahmen ihrer humanitären Hilfe im Ausland ein. Im Jahre 1985 wurden beispielsweise 13 derartige Einsätze in Äthiopien, im Sudan und in Mexiko durchgeführt, die eine Verbesserung der Versorgung der von Hungerkatastrophen betroffenen Bevölkerung in Afrika und der Rettung von den bei dem Erdbeben in Mexiko-City verschütteten Menschen zum Ziele hatten.

Auch in den kommenden Jahren soll diese humanitäre Hilfe im Ausland fortgesetzt werden. Wichtiger aber ist, daß die Helfer des Technischen Hilfswerks auch im Rahmen der täglichen Gefahrenabwehr der Gemeinden die Möglichkeit erhalten, ihre erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. In der Vergangenheit sind derartige Einsätze oftmals an den für derartige Amtshilfe zu fordernden Kosten gescheitert. Erstmals im Haushaltsjahr 1985 wurden deshalb 300 000 DM für Einsatzkosten veranschlagt, auf deren Erhebung das Technische Hilfswerk verzichten kann, wenn die Einsätze einem Ausbildungsinteresse entsprechen. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es nicht Ziel des Bundesinnenministers ist, hierdurch die angestammten Tätigkeitsbereiche der an-

deren Hilfsorganisationen zu beeinträchtigen. Vielmehr soll das Technische Hilfswerk nur dort tätig werden, wo ein Bedarf für eine zusätzliche oder ergänzende Hilfeleistung besteht.

### Positive materielle Entwicklung

5. Die materielle Entwicklung der letzten Jahre im Technischen Hilfswerk möchte ich wie folgt stichwortartig erwähnen:

– Das Technische Hilfswerk hat im Rahmen des auf zehn Jahre angelegten Konsolidierungsprogrammes des Bundes, nach dem die Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes für insgesamt 1,2 Milliarden DM modernisiert und komplettiert wird, 849 Mannschaftskraftwagen, 287 Gerätekraftwagen und 247 Schlauchboote für den Bergungsdienst sowie 269 I-Truppkraftwagen für den Instandsetzungsdienst erhalten.

Die erwähnten Fahrzeuge entsprechen einem Beschaffungswert von rd. 238 000 000 DM. Darüber hinaus sind für den organisationseigenen Bereich des Technischen Hilfswerks noch weitere 282 Fahrzeuge mit einem Gesamtwert von rd. 18 000 000 DM beschafft worden. Damit sind Bergung- und Instandsetzungsdienst im Technischen Hilfswerk nahezu vollständig mit den vorgesehenen Fahrzeugen ausgestattet.

– Die Mittel für die großen Baumaßnahmen konnten von 14 Millionen DM im Jahre 1982 auf rd. 17 Millionen DM in diesem Jahr und 19 Millionen DM im Jahre 1987 aufgestockt werden.

Damit können in den kommenden Jahren jährlich etwa 15 neue Unterkünfte finanziert werden, so daß das noch vorhandene Defizit von rd. 120 fehlenden Unterkünften wahrscheinlich bis zum Jahre 1992 abgebaut werden kann.

– Die Selbstbewirtschaftungsmittel, also die Mittel für den laufenden Betrieb in den Ortsverbänden einschließlich der Bewirtschaftung der Unterkünfte, wurden in den vergangenen vier Jahren von 16,6 Millionen DM im Jahre 1983 auf 21,5 Millionen DM im Jahre 1986, also um rd. 5 Millionen DM erhöht. Damit sind die Zeiten endgültig vorbei, in denen das Technische Hilfswerk seinen Ausbildungsbetrieb wegen fehlender Mittel zeitweilig einstellen mußte.

### Freiraum für eigenverantwortliche Führung nutzen

Ich möchte die Entwicklung des Technischen Hilfswerks in den vergangenen vier Jahren so zusammenfassen:

Die Bundesregierung hat das in ihrer Kraft Stehende erbracht, um die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk zu einer



Interessierte Zuhörer (v. rechts): Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt, THW-Direktor Meier, THW-Landesbeauftragter Drogies.





Nach der Einweihungsfeier besichtigten die Gäste die neue Unterkunft. Fotos: Dittrich

anerkannten und leistungsfähigen Katastrophenschutz-Organisation auszubauen. Es liegt nun vor allem an der Leitung des Technischen Hilfswerkes, den ihr vom Bundesminister des Innern geschaffenen Freiraum für eine eigenverantwortliche Führung zu nutzen und an der Helferschaft und ihren ehrenamtlichen Führungskräften, Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Einheiten weiter zu verbessern.

Darüber hinaus müssen für die nächsten Jahre konzeptionelle Überlegungen angestellt werden, wie vor allem die Ausstattung verbessert und ergänzt werden kann, eine wirksamere Öffentlichkeitsarbeit und ein besserer Informationsfluß im THW unter anderem durch Herausgabe einer eigenen THW-Zeitschrift geschaffen werden können, die in den 90er Jahren zu erwarteten demoskopischen Schwierigkeiten durch Bildung einer Helferreserve aufgefangen werden und die Ortsverbände von unnötiger Verwaltungsarbeit entlastet werden können. Im Bundesinnenministerium ist mit Wirkung vom

1. Juli 1985 zu diesem Zweck ein eigenes Fachaufsichtsreferat für das Technische Hilfswerk eingerichtet worden, das sich gemeinsam mit der THW-Leitung und den im Technischen Hilfswerk gebildeten Arbeitskreisen der Helferschaft dieser Aufgaben annehmen soll."

### Ehrungen und Glückwünsche

Jedem Ortsverband wünsche er so einen Staatssekretär, lobte THW-Direktor Meier seinen Vorredner und spielte damit auf die Unterstützung bei der Schaffung „dieser hervorragenden Unterkunft“ an.

Landesbeauftragter Drogies überreichte dem Staatssekretär und auch Landrat Hans Wichelhaus jeweils die Ehrenplakette des THW. Wichelhaus gratulierte dem THW im Namen des Kreises und der Gemeinden zu der schönen Unterkunft.

Zuvor hatte Drogies jedoch noch Ortsbeauftragten Horst Riese für dessen Verdienste mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet.

Landtagsabgeordneter Hans Kern überbrachte Glückwünsche auch im Namen

seines Kollegen Herbert Heidtmann. Er würdigte besonders die „segensreiche Arbeit“ des THW, dessen Tätigkeit im Zivil- und Katastrophenschutz in keinem Falle als Kriegsvorbereitung gewertet werden dürfe. Verhütung von Katastrophen seien gerade in einer hochtechnisierten Welt unabdingbar. Dies unterstrich auch der Vertreter des Regierungspräsidenten, der darauf hinwies, daß auch im Oberbergischen zahlreiche Gefahrenkomponenten vorhanden seien.

Kreisdirektor Günter Hoffmann überbrachte in seiner Funktion als DRK-Vorsitzender die Grüße aller befreundeter Hilfsorganisationen und hob die gute Zusammenarbeit hervor. Kreisbrandmeister Bernhard Stommel wies auf die Freundschaft und Kameradschaft zwischen Feuerwehr und THW hin. Auch Bezirksbrandmeister Hans Schröder forderte dazu auf, in Nordrhein-Westfalen Vorbild für Kameradschaft zu sein.

Bevor der offizielle Teil abgeschlossen wurde, hatte Lindlars Bürgermeister, Siegfried Sax, das meiste Losglück: Er gewann für seine Gemeinde eine Schutzhütte, die das THW einmal im Rahmen einer Übung gebaut hatte. - F. D.

### Nachruf

Am 4. Juni 1986 verstarb

#### Klaus Hossenfelder

Hossenfelder trat seinen Dienst beim Bundesamt für Zivilschutz am 1. März 1965 an und war viele Jahre im Bereich des THW tätig.

Er setzte sich für die Belange des THW weit über das dienstliche Maß hinaus ein, hatte an der Ausarbeitung von Ausbildungs- und Dienstvorschriften des THW und Katastrophenschutzes großen Anteil

und erarbeitete als wichtigste Unterlage für alle Helfer die THW-Fibel.

Am 31. Dezember 1981 schied er aus Altersgründen aus dem Dienst aus, blieb aber dem THW weiterhin verbunden und war an der Überarbeitung der THW-Fibel maßgeblich beteiligt.

Hossenfelder beschränkte seinen unermüdlichen persönlichen Einsatz für das THW nicht nur auf die Erfüllung seiner beruflichen Aufgaben, sondern war dar-

über hinaus von 1977 bis zu seinem Tode im THW-OV Sinzig als Ehrenamtlicher aktiv. Hier hat er auf die Ausbildung großen Einfluß genommen.

Der Name Hossenfelder wird in der Erinnerung immer mit dem THW in enger Verbindung stehen.

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk  
Der Direktor  
Helmut Meier





## THW-Arbeitseinsatz in Algerien

In bewährter Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. (VDK) führte der THW-Landesverband Schleswig-Holstein in der Zeit vom 1. bis 18. Mai 1986 auf dem Deutschen Soldatenfriedhof in Dely-Ibrahim/Algerien — etwa 20 km von Algier entfernt — einen Arbeitseinsatz durch.

Die Einsatzgruppe bestand aus 25 THW-Helfern, die für den Ausbau dieser Kriegsgräberstätte ihren Jahresurlaub opferten. Folgende Arbeiten wurden von den Helfern u. a. geleistet:

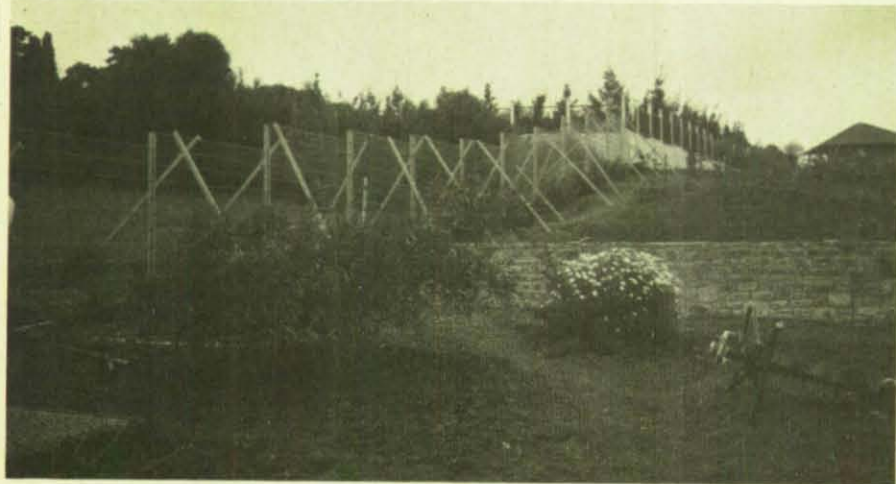
1. Erstellen eines zwei Meter hohen und 330 Meter langen stabilen Stahlgitterzaunes zur Einfriedung des Geländes.
2. Verlegen von 190 Grabsteinfundamentplatten einschließlich der dazugehörigen Grabsteine.
3. Einbau von diebstahlsicheren Türen und Fenstern in ein Gärtnerhaus.
4. Abdichten einer Zisterne, die sich unter dem Gärtnerhaus befindet, und Einbau einer Einstiegluke.



Oben: Die THW-Helfer beim Aufstellen und Ausrichten der Grabsteine.

Unten: Ein Teil des rund 330 Meter langen Stahlgitterzauns.

Fotos: Krause



## 5. Verlegen eines Erdkabels.

Wie vom VDK mitgeteilt wurde, sind damit alle für den Volksbund erreichbaren deutschen Kriegsgräber in der westlichen Hemisphäre erfaßt und gemäß den Bestimmungen des Völkerrechts dauerhaft gesichert.

Nach Abschluß aller übernommenen Aufgaben — der Deutsche Soldatenfriedhof in Algerien soll am 22. September 1986 eingeweiht werden — kehrte die THW-Einsatzgruppe am Pfingstsonntag aus Algerien zurück. W.V.

## 4 000 Liter Heizöl ausgeflossen

**Landkirchen/Fehmarn.** Für erhebliche Umweltschäden sorgte die Nachlässigkeit des Fahrers eines Tanklastzuges in Landkirchen auf Fehmarn: Über 4 000 Liter Heizöl ergossen sich — nach einem Betankungsfehler — in Gräben und Bäche und führten zu einer Ölpest. Zahlreiche Insel-Feuerwehren sowie der Ölwehrgeschwader des THW-OV Neustadt waren bis zum Einbruch der Dunkelheit damit beschäftigt, den Schaden zu begrenzen.

Ein Sprecher der THW: „Mit Spezialgeräten konnten über 2 900 Liter fast reines Öl und zusätzlich mehr als 20 000 Li-



Oben: Dick und zähflüssig steht das Heizöl auf den Gräben.

Unten: Fast 3 000 Liter Heizöl konnten mit dem „Skimmer“ abgefischt werden. Fotos: Behrens



ter stark verschmutztes Öl-Wasser-Gemisch abgepumpt werden.“

Gegen 8.00 Uhr war der Fahrer einer Hamburger Spedition mit seinem Tanklastzug auf das Gelände des Landwirtschaftlichen Ein- und Verkauf (LEV) in Landkirchen gerollt, um Heizöl zu liefern. Vermutlich versagte der Grenzwert-Anzeiger, der bei vollem Tank automatisch die weitere Ölzufuhr stoppt. Plötzlich sprudelte das Öl kräftig aus den Tanks und dem Tanklastzug und floß bereits wenige Meter neben der Schadensstelle in eine Oberflächenentwässerung.

Aus der Oberflächenentwässerung gelangten nach ersten Schätzungen über 4 000 Liter Heizöl mit dem Abwasser in das anliegende Graben- und Vorfluter-System des Wasser- und Bodenverbandes Petersdorf.

Obwohl das gesamte Grabensystem



nach den Ermittlungen wenigstens auf einer Länge von einem Kilometer sehr stark verschmutzt wurde, konnte eine Katastrophe durch den schnellen Einsatz zahlreicher Hilfskräfte verhindert werden. Nachdem bereits wenige Minuten nach dem Öl-Unfall die Feuerwehr aus Burg a. F. mit Bohlen provisorische Ölsperren in den Gräben errichten konnte und damit eine noch weitergehende Ausbreitung der Öl-Verschmutzung verhindert wurde, rückte aus Neustadt der alarmierte Ölwehruzug des THW zur Schadensbeseitigung an.

Wenngleich die schweren THW-Einsatzfahrzeuge noch vergleichsweise problemlos über Äcker und Weiden an die verschmutzten Gräben vordringen konnten, so mußten die aus Lübeck angeforderten Großraumtankwagen zur Aufnahme des Öl-Wasser-Gemisches mit Treckern einiger Landwirte an den Einsatzort geschleppt werden.

Mit den Spezialgerätschaften der Ölwehr gelang es den THW-Helfern während ihres mehr als zehnstündigen Einsatzes annähernd 3 000 Liter reines Heizöl von den Gräben abzufischen. Als große Hilfe erwies sich dabei wiederum der Skimmer, der mittels ölmagnetischer Kordeln das verunreinigte Öl-Wasser-Gemisch aus den Gräben auffischt und in Auffangbehälter leitet. Nur durch den Einsatz dieses Gerätes habe ein beachtlich großer Teil des ausgelaufenen Heizöls wieder „eingefangen“ werden können, erklärte der Sachverständige, Cabus, von der Wasserbehörde des Kreises.

Bis zum späten Abend wurden außerdem über 20 000 Liter Öl-Wasser-Gemisch von den verschmutzten Gräben und Bächen abgesogen und in Falttanks von THW und Feuerwehr auf den Weiden zwischengelagert.

C.B.

Hamburg



### Zur Schulung bei den Elektrizitätswerken

**Hamburg.** Nur unter Aufsicht und in Zusammenarbeit mit den Versorgungsunternehmen ist es den Instandsetzungszügen des THW möglich, die ihnen im Rahmen des Katastrophenschutzes übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Eine sinnvolle und erfolgversprechende Zusammenarbeit kommt jedoch nur dann zustande, wenn den Helfern des THW die notwendigen Kenntnisse über Arbeiten im Netz vermittelt werden. Daher ist der Instandsetzungszug des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Bergedorf schon seit einigen Jahren bemüht, durch regelmäßige Schulungen bei den öffentlichen Versorgungs-

Ein THW-Helfer stellt eine Abzweigverbindung mit einer Kompaktklemme auf einem 10 Kilovolt-Kabel her.



Ein Ausbilder der Elektrizitätswerke zeigt das Absetzen einer Papierisolierung von einem 10 Kilovolt-Bleimantelkabel. Fotos: Präfröck



unternehmen den Ausbildungsstand der Helfer zu verbessern. Nachdem bereits Lehrgänge bei den Hamburger Gas- und Wasserwerken durchgeführt wurden, nahm nunmehr insgesamt zum dritten Male die Elektro- und Notstrom-/Pumpengruppe an einem dreitägigen Lehrgang bei den Hamburger Elektrizitätswerken teil.

Thema des für die 20 THW-Helfer durchgeführten Lehrganges war die Theorie und Praxis der Kabeltechnik in den Spannungsbereichen von 1 bis 110 Kilovolt. Zu den Schwerpunkten der Schulung gehörten die Unterweisung der THW-Helfer in Arbeiten an Netzkabeln, Schweißen von Verzweigungen, Ansetzen von Schraubklemmen für Abgänge sowie Muffenarbeiten.

Wie notwendig eine ständige Schulung der THW-Helfer durch die öffentlichen Versorgungsunternehmen ist, zeigt ein Blick in den umfangreichen Aufgabenkatalog der beiden Gruppen: Kabelarbeiten im Niederspannungsnetz, Bau- und Instandsetzung von Ortsnetzfleitleitungen, Stromversorgung von Notunterkünften und Sammelpunkten sowie Leerpumpen überfluteter Verkehrs- und Versorgungsanlagen.

Da sich die bisherige Zusammenarbeit aufgrund des besonderen Engagements beider Seiten als äußerst positiv heraus-

gestellt hat, ist vorgesehen, auch für die Elektrogruppen der sechs weiteren Hamburger THW-Bezirksverbände entsprechende Lehrgänge durchzuführen

Besonders beeindruckend war für die jungen THW-Helfer die Demonstration eines Kurzschlusses in einem Haushaltsanschlußkasten. Dieser im Hochfrequenzlabor der Elektrizitätswerke vorgenommene Versuch, der zur Explosion des Kastens führte, machte noch einmal nachhaltig die gewaltige Kraft der Elektrizität deutlich.

S.P.

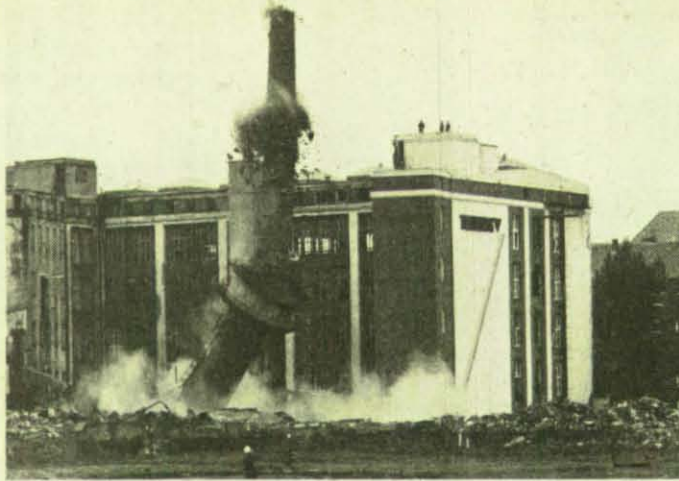
### Schornstein gesprengt

**Hamburg.** Seinen ersten Schornstein meisterte Sprengberechtigter Wolfgang Albers vom THW-Bezirksverband Hamburg-Nord mit Bravour.

Auf dem Gelände einer ehemaligen Gummifabrik war ein 48 m hoher Fabrik-schornstein zu beseitigen. Die Fallrichtung mußte exakt eingehalten werden, da ein unmittelbar nebenstehendes Gebäude nicht beschädigt werden durfte. Die vorbereitenden Arbeiten, wie das Stemmen der Fallschlitze und das Herstellen der Bohrlöcher, wurde an vorhergehenden Wochenenden von den Helfern eines Bergungszuges durchgeführt. An-



Der Schornstein fällt in das vorbereitete Sandbett. Foto: Radloff



schließlich wurden die Bohrlöcher besetzt.

Bedingt durch die dichte Bebauung, mußte vor der Sprengung durch die Polizei weiträumig abgesperrt werden. Die Anlieger waren bereits am Tag zuvor mit Handzetteln informiert worden. Am Eingang eines jeden Mehrfamilienhauses war außerdem noch ein Helfer als Absperreposten eingesetzt worden.

Pünktlich zum angemeldeten Zeitpunkt zündete der Sprengberechtigte. Unter dem Beifall von über 200 Zuschauern, die in sicherer Entfernung das Geschehen verfolgten, fiel der Schornstein genau in das vorbereitete Bett aus Sand. A.K.

### Landessprecherwahl in Hamburg

**Hamburg.** Am 20. März 1986 wählten die Vertreter der Bezirksverbände des THW-Landesverbandes Hamburg gemäß der neuen Richtlinie über die Mitwirkung der Helfer im Technischen Hilfswerk den Landessprecher.



Der alte und neue Landessprecher Winfried Plate. Foto: Krüger

Der Bezirksbeauftragte für den Bezirksverband Hamburg-Nord, Winfried Plate, wurde von den Delegierten erneut in das Ehrenamt des Landessprechers gewählt. Sein Vertreter wurde I-Zugführer Bernd Balzer aus dem Bezirksverband Hamburg-Altona. Beide Führungskräfte sind mehr als 20 Jahre ehrenamtlich an verantwortungsvoller Stelle tätig.

Die Delegierten haben beiden Kameraden für die nächste Amtsperiode von vier Jahren mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen.

Winfried Plate übt dieses Ehrenamt nunmehr in der dritten Wahlperiode aus. Das einstimmige Votum bis zum Jahr 1990 hat sich Plate durch seine fachlichen Kenntnisse, sein Engagement und nicht zuletzt durch seine gute Tätigkeit als Landessprecher in der vergangenen Amtsperiode erworben. Plate genießt Vertrauen, Anerkennung und Achtung bei seinen Kameraden.

Der Landesbeauftragte, die hauptamtlichen Mitarbeiter sowie die ehrenamtlichen Führungskräfte und Helfer danken dem alten und neuen Landessprecher und wünschen ihm eine erfolgreiche Amtszeit. G.T.

### THW und DRK übten gemeinsam

**Hamburg.** Zum zweiten Male führten der DRK-Kreisverband Hamburg-Nord und der THW-Bezirksverband Hamburg-Nord eine gemeinsame Übung durch.

Nach einer Gasexplosion waren aus mehreren Häusern „Verletzte“ zu bergen und zu versorgen. Das Bezirksamt Hamburg-Nord stellte ein Kleingartengelände zur Verfügung, so daß die Situation realistisch dargestellt werden konnte. Zur Realitätsnähe trugen auch die zehn Verletzendarsteller des DRK bei, die nicht nur hervorragend geschminkt waren, sondern sich voll mit ihrer Rolle identifizierten.

Die THW-Helfer waren über die Übung

vorab nicht informiert worden. Sie wurden um 6.00 Uhr alarmiert. Bei Übungsbeginn waren 25 Helfer einsatzbereit, ebenso viele kamen vom DRK hinzu.

Nach einer kurzen Lagebesprechung erfolgte der Abmarsch zur Einsatzstelle. Mit dem Bergungsgerät wurden Mauern und Dächer durchbrochen, um an die „Verletzten“ zu gelangen. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen lief Hand in Hand. pehö

Niedersachsen



### Staatssekretär Dr. Waffenschmidt zu Besuch in Osnabrück

**Osnabrück.** Neben Gesprächsterminen mit dem Oberkreisdirektor des Landkreises Osnabrück, Dr. Krefft, und dem Katastrophenschutz-Dezernenten der Stadt Osnabrück, Dr. Heumann, nahm der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Waffenschmidt, die Gelegenheit wahr, dem THW-OV Osnabrück in der neuen Unterkunft einen Besuch abzustatten. In seiner Begleitung befanden sich Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Hornhues und der Leiter des Feuerwehrausschusses der Stadt Osnabrück, Kahmann.

Nach einer kurzen Besichtigung der an einem Fluß gelegenen Liegenschaft nahm Kreis- und Ortsbeauftragter Friedrich Peterschmidt gern die Bemerkung zur Kenntnis, daß sich auch nach fast vierjähriger intensiver Nutzung alles in einem sehr guten Zustand befinde.

Die Führungskräfte und Helfer des Ortsverbandes hatten es sich nicht nehmen lassen, eine kleine Geräteschau vorzubereiten, um mehrere Einsatzmöglichkeiten des THW aufzuzeigen.

Der Instandsetzungszug unter Zugführer Franz Kraux hatte im Flußbett der Hase eine behelfsmäßige Ölsperre aufgebaut, um die Einsatzmöglichkeit seiner A/Ö-Gruppe zu demonstrieren.

Für die Bergungsbereitschaft hatte Bereitschaftsführer Klaus-Jürgen August auf dem nahegelegenen Fluß einen Tonnen-schwimmsteg errichten lassen.

Nach einem Essen aus der Feldküche wurden Probleme des THW vorgetragen. Dr. Waffenschmidt bestätigte, daß die Gespräche vor Ort den Punkt oft besser trafen, als wenn ein Thema über den langen Dienstweg sein Ministerium erreiche.

Die kontinuierlich durchgeführte Aufstockung der Mittelzuweisung mache jetzt einen uneingeschränkten Dienstbetrieb möglich. Die seit 1984 laufende Entbüro-



Viel Lob für die neue Unterkunft des Ortsverbandes Osnabrück. Dritter von rechts: Staatssekretär Dr. Waffenschmidt. Foto: Wrede



ktrisierung und die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements erleichterten die Arbeit im Ortsverband zusehends, führte der Staatssekretär aus.

Der Mangel an friedensmäßigen Aufgaben und somit auch Einsätzen sollte durch Einbindung des THW in die tägliche Gefahrenabwehr behoben und der Kontakt auf örtlicher Ebene mit den entsprechenden Dienststellen geknüpft werden. Möglichkeiten des Einsatzes des THW beim Schutzraumbetriebsdienst würden noch überprüft. Im Bereich der Umwelt sollten die gegebenen Möglichkeiten des I-Dienstes, insbesondere bei der Ölabwehr, stärker genutzt werden.

Das Mitspracherecht der Helfervertreter sei erheblich erweitert worden. Von der jetzt vorgenommenen Bildung von Ausschüssen auf allen Ebenen würde auch eine bessere Effektivität erwartet.

Dr. Waffenschmidt wies auch darauf hin, daß beim BMI der Notwendigkeit der Neubeschaffung von organisationseigenem Gerät Rechnung getragen werde.

Besonderer Dank wurde für die Neubeschaffung der Fahrzeuge der Bergungsbereitschaft ausgesprochen, die für den Ortsverband Osnabrück jetzt ansteht.

Der Staatssekretär sagte abschließend zu, jederzeit ein offenes Ohr für die Probleme des THW zu haben. F.P.

### BZS-Präsident Dusch bereiste THW-Landesverband Niedersachsen

**Hannover.** In Begleitung von THW-Direktor Helmut Meier und Landesbeauftragten Eckhard Leiser besuchte der Präsident des Bundesamtes für Zivildienst, Hans Georg Dusch, am 6. und 7. Mai 1986 THW-Ortsverbände im nördlichen Niedersachsen, um sich über Probleme an der Basis zu informieren.

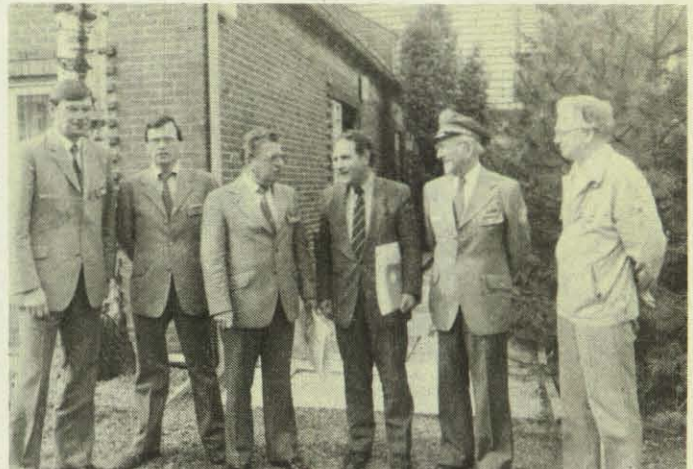
Am ersten Tag führte die Fahrt vom Flughafen Hannover-Langenhagen aus zunächst nach Delmenhorst und von dort

weiter zu den Ortsverbänden Oldenburg, Jever und Wilhelmshaven, wo auch das abendliche Gespräch mit Helfern und Führungskräften stattfand. Hierzu waren Helfer aus ostfriesischen Ortsverbänden angereist, denen der Präsident am nächsten Tag einen Besuch abstattete.

Aurich, Emden, Leer und Meppen hießen die Stationen des zweiten Tages. Bei seinem Besuch in der Auricher THW-Unterkunft bezeichnete Präsident Dusch den Zivildienst als „Ausdruck des Selbsterhaltungswillens eines Volkes“. Das aktuelle Tagesgeschehen, der schwere Reaktorunfall in Tschernobyl, stand immer wieder im Mittelpunkt der Gespräche mit Journalisten und Repräsentanten der Kommunen an diesem Tag.

Auch der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und frühere Vorsitzende der THW-Helfervereinigung Niedersachsen e.V., Rudolf Seiters, der den Präsident und seine Begleitung in Meppen erwartete, mußte zunächst Stellung zu diesem Thema beziehen. Auch beim Empfang im Meppener Kreishaus sprachen die Gäste mit Kreisdirektor Kolck insbesondere über die Reaktionen auf das Reaktorunglück in der Ukraine. Auf die Frage von Präsident Dusch nach Katastrophenschutzplänen für das Kernkraftwerk Lingen wies Kolck darauf hin, daß der Landkreis nicht auf

Hoher Besuch in Aurich (v. l.): Landesbeauftragter Leiser, Geschäftsführer van Nes, THW-Direktor Meier, Präsident Dusch, Ortsbeauftragter Schallmaier, Kreisbeauftragter Füst. Foto: Wrede



den Schutzraumbau baue, sondern der Evakuierung den Vorzug gebe.

Rund ums THW ging es dann wieder beim abendlichen Gespräch mit Führungskräften und Helfern in der THW-Unterkunft in Meppen, bei dem erneut deutlich wurde, daß die früheren Probleme bei SB-Mitteln, Unterkunft, Ausstattung und Gerät doch nicht mehr absolute Priorität genießen. Eine verstärkte Einbindung des THW in die alltägliche Gefahrenabwehr und eine Forcierung der Jugendarbeit im Hinblick auf geburtschwache Jahrgänge und reduzierte Freistellungsquoten sind zwei der neuen Akzente, die bei den Überlegungen für die Zukunft gesetzt werden.

Beim Präsidenten des Bundesamtes für Zivildienst, das haben die zwei Besuchstage gezeigt, wird man in allen wichtigen THW-Angelegenheiten auf dessen aktive Unterstützung bauen können. R.B.

### THW im Naturschutz-Einsatz

**Göttingen.** Um der vom Aussterben bedrohten Gelbbauchunke sowie zahlreichen weiteren seltenen Amphibien und Reptilien, deren Existenz im Naturschutzgebiet „Ballertasche“ nachgewiesen ist, einen vertrauten Lebensraum zu bieten, wurde die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Göttingen Anfang Mai mit einer ungewohnten Maßnahme konfrontiert. Sie mußte wegen der schon begonnenen Laichzeit einen der Teiche möglichst schnell auspumpen lassen, weil die erwählten Krötenarten nur Gewässer geringer Tiefe bevorzugen: Der THW-OV Göttingen löste unter schwierigen Arbeitsbedingungen diese Aufgabe.

Nicht die rund 16 000 Kubikmeter Wasser waren es, die die Helfer unter der Leitung des Ortsbeauftragten Dr. Wolfgang Send im Laufe der Woche fast zum Verzweifeln brachten. Es waren vielmehr die Umstände, die bei dieser bisher einzigartigen Aktion mitspielten.

Da galt es zunächst, den Höhenunterschied zwischen dem Wasserspiegel und



der Dammkrone von bis zu zwölf Metern zu überwinden. Hinzu kam die mangelnde Stabilität des Dammes und die Unwegsamkeit des Geländes, was sich nach der langen Regenperiode besonders nachteilig bemerkbar machte. Diese Situation hätte den Einsatz von Pumpen mit angemessener Leistung nicht zugelassen.

Bei der ersten Lagebesprechung kam das THW zu der Erkenntnis, daß bei einem Einsatz der Niederdruckpumpen, diese wegen des zu überwindenden Höhenunterschieds nur noch die Hälfte ihrer Nennleistung aufgebracht hätten. Um das Wasser aber in der Zeit von 24 Stunden abpumpen zu können, wäre das Doppelte an Einsatzgerät zu installieren gewesen, um auf eine Leistung von 20 m<sup>3</sup>/min zu kommen. Die Stromversorgung war nach Darstellung von Dr. Send das geringste Problem; die EAM hatte sich schon bereiterklärt, einen Generator zur Verfügung zu stellen.

Da sich das THW außerstande sah, diese Anforderungen zu erfüllen, lehnte es zunächst ab. Auch das benachbarte Kieswerk erteilte Volkmars Kießling, dem Leiter der Naturschutzbehörde im Landkreis, wegen der starken Auslastung aller Geräte eine Absage.

Dem Drängen des Kreises gab das Göttinger THW, das sich mit dem Mündener Ortsverband vorher abgestimmt hatte, schließlich doch nach. Es beschloß, kleinere Pumpen einzusetzen und sie dafür über einen längeren Zeitraum arbeiten zu lassen. Ein Vorversuch brachte einen ersten kleinen Erfolg: Aus der installierten Nennförderleistung von 4,2 m<sup>3</sup>/min wurde immerhin eine effektive Leistung von 0,96 m<sup>3</sup>/min erzielt. Die neun Pumpen wurden vom THW zum Teil aus Braunschweig und Salzgitter beschafft.

Fünf THW-Helfer betreuten den Einsatz rund um die Uhr. Bis zum Abend des 1. Mai wurden insgesamt 8 500 m<sup>3</sup> Wasser in das benachbarte Spülbecken gepumpt. Bis Sonntagmorgen war der Rest bis auf einige kleinere Tümpel geschafft.

Solange die Dämme durch Schlammablagerung noch nicht verdichtet sind, so-

lange rechnet Kießling auch in Zukunft mit Wasserzufluß. Dies wird dann weitere Einsätze bedeuten.

Sichergestellt wird allerdings, daß dieser Teich und das umliegende Gebiet in einer Größe von 19 Hektar auch in Zukunft dem Naturschutz erhalten bleibt. Der Landkreis wird noch in diesem Jahr mit der Klosterkammer einen Pachtvertrag über 30 Jahre abschließen. H.T.

### THW-Landesausschuß Niedersachsen hat sich konstituiert

**Hannover.** Nach der vorausgegangenen Landessprecherwahl ist in der LB-Dienststelle Hannover auch der THW-Landesausschuß Niedersachsen erstmals zusammengesetzt. Ausgeschieden ist der frühere stellvertretende Landessprecher Klaus Köhler aus Cloppenburg. Neu hinzugekommen sind die Ortsbeauftragten Friedel Beckmann, Springe, und Wilhelm Willenbockel, Soltau.

Der neue Landesausschuß stellt sich personell somit wie folgt dar: Vorsitzender: Landesbeauftragter Eckhard Leiser; Mitglieder: Landessprecher Willi Kunze, Stellvertreter Jürgen Bötzel sowie die Ortsbeauftragten aus vier Regierungsbezirken, Tjark Backhaus, Jever; Friedel Beckmann, Springe; Karl-Heinz Markmann, Wolfenbüttel; Wilhelm Willenbockel, Soltau. R.B.

Hessen



### Bundesverdienstkreuz für Hans-Peter Walter

**Darmstadt.** Für seine herausragende Tätigkeit, sein unermüdliches Wirken um das THW sowie sein in jeder Hinsicht vorbildliches Wirken im Katastrophenschutz der Stadt Darmstadt erhielt Hans-Peter Walter, stv. Ortsbeauftragter des Ortsverbandes Darmstadt, am 7. Mai

1986 das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland.

Oberbürgermeister Günther Metzger würdigte die Tätigkeit, die Walter als Ehrenamtlicher im THW seit 1953, aber auch als Bediensteter der Stadt erbracht habe.

„Wir wissen“, führte Metzger weiter aus, „daß heute viele Probleme ohne das THW insbesondere auf Kommunalebene nicht zu lösen wären, denn in dieser Organisation gibt es Menschen, die jederzeit bereit sind, zu helfen. Hierfür ist Walter der beste Beweis.“

Als stv. Ortsbeauftragter führt Walter den Ortsverband und unterstützt damit den Kreis- und Ortsbeauftragten Peter Merck, der sich als Bundes- und Landessprecher des THW für die Belange der Organisation und seiner Helferschaft einsetzt. Hierfür bedankte sich Merck und gratulierte Walter zu seiner hohen Auszeichnung.

Diesem Glückwunsch schlossen sich Vertreter des Hessischen Innenministeriums, des Regierungspräsidiums von Darmstadt und der THW-Leitung an.

J.Sch.

### Hohe Auszeichnung für Jürgen Maier

**Frankfurt.** „Wir sind stolz auf solche Bürger mit vorzüglicher Frankfurter Gesinnung“, würdigte Stadtrat Professor Dr. Peter Rhein in seiner Laudatio zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Jürgen Maier das Engagement des THW-Einsatzleiters und stellvertretenden Ortsbeauftragten. Maier reihte sich in die Schar jener Bürger ein, die gute Frankfurter Tradition verkörpern: Für andere dazusein.

Mit der Auszeichnung, so der Dezernent für Brand- und Katastrophenschutz weiter, werde Maiers vorbildliche Aufbauleistung im THW-Ortsverband ebenso anerkannt wie seine Bemühungen um Partnerschaft mit der Feuerwehr. Obwohl er lange ohne Unterstützung geblieben sei, habe Maier nie das Handtuch geworfen oder einer Art „Null-Bock-Haltung“ gezeigt, sondern Kameraden motiviert und zu Einheiten zusammengeschmiedet, die kompetent helfen könnten.

Wer sich der humanitären Hilfe widme, bekomme allerdings nicht tagtäglich einen Blumenstrauß überreicht, meinte Rhein. Oft müsse er sich statt dessen herbe Kritik gefallen lassen. Der Dezernent: „Nach Tschernobyl ist jedoch Zivil- und Katastrophenschutz notwendiger denn je.“ Die Katastrophe habe gezeigt, daß entsprechende Vorbereitung unerlässlich sei. Wenn ein Unglück dieses Ausmaßes passiert, solle aber niemand dann

Hans-Peter Walter (rechts) mit THW-Bundes- und Landessprecher Peter Merck.  
Foto: Schwepfänger







Stadtrat Professor Dr. Peter Rhein zeichnet Jürgen Maier mit dem Bundesverdienstkreuz aus.  
Foto: Schwepfinger

nach jenen um Hilfe rufen, die er vorher verteuftelt habe.

Mit dem Frankfurter Einsatzleiter seien zugleich alle ausgezeichnet, die sich im Ortsverband aktiv vorbereiten, im Notfall helfen zu können, sagte THW-Direktor Helmut Maier. Diese Verleihung des Bundesverdienstkreuzes spiegele das hohe Ansehen wieder, das das THW in der Mainmetropole genieße.

Ortsbeauftragter Hellmuth Daniel erinnerte in seiner Ansprache an so manchen Meilenstein, den Einsatzleiter Maier mit seinem Ideenreichtum und unermüdlichem Wirken im Ortsverband gesetzt habe. Namens der Zugführer gratulierte Ausbildungsleiter Manfred Stelzer zu der hohen Ehrung.

„Auch wenn ich manchmal geknurrte habe, was wäre aber mein Engagement ohne die zahlreichen Mitstreiter im Ortsverband“, bedankte sich Einsatzleiter Maier bei der Schar der Aktiven, die im Laufe der Jahre mitgewirkt hatten, das hohe Niveau des Frankfurter THW zu erreichen und zu halten. H.E.

### THW-OV Friedberg nach Großbrand im Einsatz

**Friedberg.** In der Nacht zum 24. Mai 1986 wurden die Feuerwehren von Bad Nauheim, Friedberg und Nieder-Mörlen zu einem Großbrand in Bad Nauheim alarmiert. Im zweiten Stock einer Villa feierte ein Italiener seinen Geburtstag und gleichzeitig den Einzug in die neue Wohnung mit einer Party. 25 Gäste verschiedener Nationalität, meist Schüler und Studenten, hatte er zu dieser Feier eingeladen, die so tragisch endete.

Ein Brandstifter legte gegen 0.20 Uhr im Treppenhaus ein Feuer, das sich innerhalb weniger Minuten zu einem Groß-

brand entwickelte, aus dem es kein Entkommen gab. 15 Personen, die bei ihrer Flucht vor dem Feuer aus dem obersten Stockwerk sprangen, erlitten schwere Knochenbrüche und Verbrennungen. Sie wurden in die umliegenden Krankenhäuser gebracht.

Am Unglücksort bemühten sich elf Notärzte sowie die Sanitäter von JUH und DRK um die Schwerstverletzten. Drei junge Leute mußten am nächsten Tag mit dem Rettungshubschrauber in Spezialkliniken nach Ludwigshafen, Offenbach und Aachen gebracht werden. Eine 20jährige Frau starb noch in der Nacht im Krankenhaus, sieben junge Leute — sechs Frauen und ein Mann — verbrannten in der Wohnung und wurden am frühen Morgen tot aufgefunden.

Am Samstagmorgen bat die Kriminalpolizei den THW-OV Friedberg um Unterstützung. Die Helfer mußten die oberen Stockwerke des Hauses abstützen, da die Räume durch das Feuer und Löschwasser einsturzgefährdet waren. Dann erst konnten Brandermittlungsfachleute der Kriminalpolizei Friedberg, des LKA und BKA und der Staatsanwaltschaft die Räume, wo die Opfer lagen, betreten und mit ihren Ermittlungen beginnen.

Da das Treppenhaus vollständig ausgebrannt war, mußte das Abstützmaterial über Leitern an der Außenseite des Hauses hochgebracht werden. Nachdem am Nachmittag die Spurensicherung abgeschlossen war, übernahmen die THW-Helfer die traurige Pflicht, die Leichen der jungen Leute im Schleifkorb mit Hilfe der Leiterbühne der Feuerwehr zu Boden zu bringen und dem Bestattungsunternehmen zu übergeben.

Diese Arbeiten wurden durch neugierige Zuschauer, die schon in der Nacht kamen, stark behindert. K.H.

### Homberger THW-Jugend in Nürnberg

**Homberg.** Sechs THW-Jugendgruppen aus den Bundesländern Hessen, Niedersachsen und Bayern treffen sich seit drei Jahren regelmäßig zum Erfahrungsaustausch und zu gemeinsamen Ausbildungsvorhaben in einem Zeltlager, das im Wechsel von den teilnehmenden Jugendgruppen ausgerichtet wird.

Die Betreuer der THW-Jugend Homberg, Manfred Ripke und Markus Berneburg, konnten die Homberger in diesem Jahr nach Wendelstein, einer kleinen Ortschaft bei Nürnberg, führen. Die Gruppen aus Homberg, Lehrte, Meppen, Ronneberg und Korbach trafen sich am Freitag vor Pfingsten — bei Regenwetter — auf feuchtem bayrischen Boden.

Die gute Organisation, die reichliche Verpflegung aus der Feldküche und die zahl-

reichen Ausbildungsabschnitte ließen die THW-Jungshelfer das teilweise schlechte Wetter vergessen.

Höhepunkt war wohl der ökumenische Feldgottesdienst am Pfingstsonntag. Bei Fackelschein und Vogelgezwitscher wurde dieser in jugendgerechter Weise durchgeführt. Für die Nürnberger Jugendlichen wird dieser Gottesdienst noch ein kleines Nachspiel haben: Die Geistlichen beider Konfessionen waren so beeindruckt von dem Jugendlager, daß sie darum baten, anstelle des einfachen, aus frisch geschlagenen Rundhölzern gebundenen Holzkreuzes ein stabiles und wetterbeständiges Kreuz aufzustellen, als Anlaufpunkt für andere Jugendgruppen.

Neben der beliebten Nachtwache gehörte auch die Fahrt um's „Blaue Band“ zu den Rennern des Lagers. Bei einem Einsatzwettbewerb „Bergen von Verletzten“ konnten die Homberger den dritten Platz belegen. Ansonsten waren die jüngsten Helfer der Gruppe aus Meppen die erfolgreichsten, sie konnten alle Wettbewerbe gewinnen.

Das Treffen der Jugendgruppen war wieder einmal erfolgreich; viele freundschaftliche Kontakte wurden gefestigt.

So kann die THW-Jugendgruppe Homberg unter der Leitung von Ulrich Klinge schon auf Pfingsten 1987 schauen, denn dann trifft sich die THW-Jugend aus dem gesamten Bundesgebiet im Springe. M.R.

Baden-Württemberg



### Orientierungsmarsch im Rems-Murr-Kreis

**Rudersberg.** Nasse, quietschende Stiefel, eine Kleidung zum auswinden und etliche aufgeschuerte Füße kennzeichneten den diesjährigen Orientierungsmarsch des THW im Rems-Murr-Kreis. Wie in den vergangenen Jahren beteiligten sich auch diesmal das DRK und die Reservisten mit je zwei Gruppen. Zum wiederholten Male wurde die Gerätegruppe des THW-OV Murrhardt Sieger. Die Helfer unter Gruppenführer Uwe Weber erreichten die höchste Punktzahl.

Erstmals wurde eine neue Marschform erprobt. Doch das Wetter machte THW-Kreisbeauftragtem Werner Wildermuth und seinen Helfern einen dicken Strich durch die Rechnung. Durch einen gleichzeitigen Start an verschiedenen Punkten sollten sich die Helfer in Form einer „Acht“ aufeinander zubewegen, um somit eine „kameradschaftliche Begegnung“ innerhalb der 15 teilnehmenden Gruppen zu ermöglichen.



Die siegreiche Gruppe  
des THW-OV Murrhardt.  
Foto: Larsen



An acht Kontrollpunkten mußten die Helfer jeweils meist theoretische Aufgaben lösen. Sie reichten von Fragen über die Genfer Konvention bis zu allgemeinbildenden Fragen aus dem Bereich des Rems-Murr-Kreises. Eine sportliche Aufgabe gehörte ebenso dazu wie die Grundlagen der Ersten Hilfe.

Tapfer stampfte ein Großteil der Marschierer trotz des strömenden Regens die etwa fünfstündige Wanderung ab. Aus gesundheitlichen Gründen wurde in den frühen Nachmittagsstunden der Abbruch des Marsches angeboten, doch nur wenige Gruppen folgten diesem Angebot. „Wir marschieren weiter, und wenn das Wasser in den Stiefeln quietscht“, lautete die Devise.

Am späten Nachmittag war es dann soweit: Bei der Rudersberger Feuerwehr trafen sich die etwa 150 Marschierer und 50 Helfer zur Siegerehrung. In Anwesenheit zahlreicher Gäste erhielten die ersten sieben Gruppen je einen Zinnteller.

Den „Teller der Hilfsorganisationen“ als Wanderpreis und einen Zinnteller erhielt als Sieger mit 66 Punkten der THW-OV Murrhardt. U.L.

### „Tage der offenen Tür“ in Eberbach

**Eberbach.** Schon fast zur Tradition geworden sind die jährlichen „Tage der offenen Tür“ beim THW-OV Eberbach. So wurde der Bevölkerung auch jetzt wieder von den beiden Bergungszügen ein Programm geboten, das sich sehen lassen konnte.

Geräte-Demonstrationen, Fahrzeugschauen, Video-Filme und Dia-Vorführungen sowie Rundfahrten für die Kleinen mit Mannschaftskraftwagen stießen bei mehreren hundert Besuchern auf großes Interesse. Natürlich hatten die zahlreichen Helfer des Ortsverbandes mit ihrem Ortsbeauftragten Fritz Müller ganze Arbeit geleistet, um der Eberbacher Bevölkerung einen breiten Einblick in ihr vielfältiges Aufgabengebiet zu geben. M.D.

### Nachruf

Am 16. Mai 1986 verstarb

#### Dipl.-Ing. Walter Lenz

in Neu-Ulm.

Lenz trat seinen Dienst beim THW-Landesverband Baden-Württemberg in Stuttgart am 1. September 1952 an. Er war zunächst als 1. Technischer Mitarbeiter tätig.

Nachdem er mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Landesbeauftragten von Baden-Württemberg beauftragt worden war, wurde er am 1. Oktober 1962 zum Landesbeauftragten bestellt und hatte dieses Amt bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 30. April 1973 inne.

Lenz hat über das Pflichtgemäße hinaus in unermüdlichem persönlichen Einsatz Vorbildliches geleistet. Er war ein engagierter Mitarbeiter, ein beliebter Kollege und ein verständnisvoller Vorgesetzter.

Seine Stärke lag in der Förderung der ihm unterstellten THW-Ortsverbände, deren Einsatzfähigkeit und Leistung ihm besonders am Herzen lagen.

Er wird immer in unserem Gedächtnis weiterleben.

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk  
Der Direktor  
Helmut Meier



Eberbach: Immer wieder im Mittelpunkt des Interesses standen die Einsatzfahrzeuge des THW.  
Foto: Deschner

Bayern



### Ernstfallmäßige Übung in Nickersfelden

**Bad Bocklet-Nickersfelden.** Der kleinste Bad Bockleter Gemeindeteil, Nickersfelden, war Schauplatz einer Übung, bei der die Freiwilligen Feuerwehren aus verschiedenen Orten sowie der DRK-Sanitätszug Steinach und der THW-OV Bad Kissingen eingesetzt wurden. 170 Männer waren es, die zu Hilfe eilten – nahezu die dreifache Zahl der 62 Einwohner zählenden Ortschaft Nickersfelden.

„Brandobjekt“ war ein landwirtschaftliches Anwesen mit einem Feuer in der Gerätehalle. „Gefährdet“ waren dabei auch der umfangreiche Großviehbestand und eine große Menge Düngemittel. Ziel der Übung sollten schließlich die geordnete Hilfeleistung durch die einzelnen Organisationen sowie die Verwendung der richtigen Funk- und Befehlssprache sein.

Innerhalb kürzester Zeit rückten die beteiligten Feuerwehren am Einsatzort an, die örtliche Wehr hatte hier die Brandbekämpfung bereits aufgenommen. Verstärkt wurde sie in der Lindenstraße durch die Feuerwehren aus Unter- und Oberebersbach, die die erste Förderleitung von der Saugstelle an der Saale legten. Vom Rundweg aus wurde dann schließlich die Brandbekämpfung von der südlichen Seite her aufgenommen, zu der inzwischen die übrigen Feuerwehren angerückt waren. Hier zeigte es sich, wie wertvoll dieser von der Flurbereinigung errichtete Rundweg um die Ortschaft auch für Ernstfälle werden kann.

In einem weiteren Abschnitt galt es, Menschenleben zu retten, denn im Silo arbeiteten zwei Familienangehörige, die von der Feuerwehr „bewußtlos“ geborgen wurden. Ferner hieß es, 70 Bullen aus den Stallungen zu holen und in eine schnell errichtete Koppel zu bringen.

Die Helfer des THW hatten die Aufgabe, vom Balkon des Nachbarhauses einen „Schwerverletzten“ über eine Leiter zu bergen. Außerdem mußten sie eine Ölsperre über die Saale legen, weil ein Löschfahrzeug wegen der engen Straße „verunglückt“ und dadurch Öl in die Saale geflossen war. Das Öl wurde mit einer Indexpumpe abgesaugt und in große Behelfsbehälter gepumpt.

Kreisbrandmeister Helmut Rittelmeier, der den gesamten Einsatz geleitet hatte, bedankte sich anschließend bei den Mitwirkenden für den vorbildlichen Einsatz. Die Übung, so sagte er, sei zur Koordinierung der einzelnen Organisationen notwendig gewesen, damit im Ernstfall nicht alles völlig planlos durcheinander laufe.



## Tschernobyl: Fernmeßsystem des Warndienstes im Einsatz

Der Warndienst hat, beginnend 1974, ein Fernmeßsystem zur Messung der bodennahen Radioaktivität auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aufgebaut. Bis 1984 war der Ausbau soweit gediehen, daß ein taktischer Einsatz jederzeit möglich war. Es waren 1 180 Meßstellen und 40 Zentralstationen zur Abfrage eingerichtet und betriebsmäßig angeschaltet. Die Konzeption dieses Meßstellennetzes war vor ca. 15 bis 20 Jahren entwickelt worden und sah nur einen Einsatz im Verteidigungsfall vor, d. h. das System konnte nur hohe Verstrahlungswerte wie sie nach A-Waffeneinsätzen auftreten erfassen.

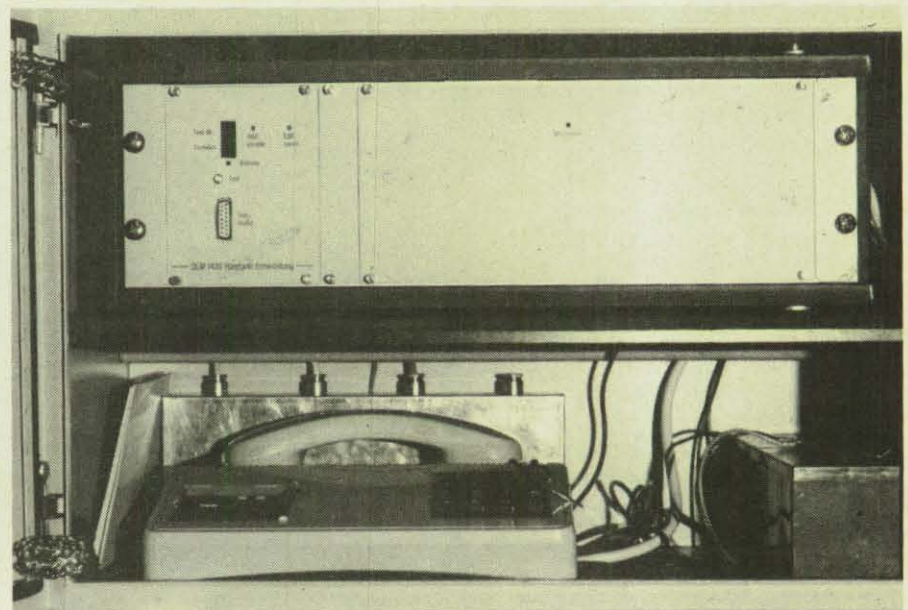


Das Standrohr mit Sondenkopf.



Oben: Der Meßwertsender MWS II.

Unten: Der Meßwertempfänger MWE II mit den Datengeräten.





Das Daten-Sicht-Gerät.  
Fotos: Hilberath



Im Laufe der Zeit änderte sich die Situation grundlegend, so daß man daran ging, das System mit einem zweiten Meßbereich, der in der Lage ist, die vorhandene Umgebungsstrahlung zu erfassen, zu erweitern.

Entwickelt wurde ein neuer Meßwertsender mit einem Meßbereich zwischen 50 nGy/h bis 50 Gy/h und eine Zentralstation für die automatische Abfrage von Meßstellen und Empfang von Meßdaten.

Die erfaßten Daten werden im Meßwertsender gespeichert und in der Regel auf Abruf über das öffentliche Fernsprechnetz der DBP mittels Parallel-Modem an die Zentralstation übertragen.

Stellt der Meßwertsender jedoch die Überschreitung eines eingegebenen Schwellwertes oder eine ansteigende Tendenz der gespeicherten Meßwerte fest, erfolgt eine spontane Meldung an die Zentralstation.

Der Meßwertsender führt Messungen über den Zeitraum von einer Minute durch und bildet aus zehn Meßwerten einen Zehnminutenmittelwert, wobei immer die letzten zehn Minutenmeßwerte und die letzten zwölf Zehnminutenmittelwerte gespeichert werden.

An der Zentralstation werden die eingehenden Meßwerte mittels Protokoll-Druker ausgedruckt.

Zum Zeitpunkt des Tschernobyl-Unglücks war ein Feldversuch mit einer Zentralstation und ca. 50 Meßwertsendern neuer Art gerade beendet. Die neuen Meßwertsender waren so verteilt, daß die Bundesrepublik, wenn auch verdünnt, abgedeckt war. Nach dem Bekanntwerden des Störfalles nahm das Warnamt V sofort die Messungen auf.

Der Abfragerhythmus wurde auf vier Stunden festgelegt. Da auf den eingehenden Meldungen die Durchschnittswerte

der vergangenen 120 Minuten zusätzlich ausgedruckt werden, lag zwischen zwei Messungen maximal ein Zeitraum von zwei Stunden. Hinzu kamen noch die Spontanmeldungen aufgrund ansteigender Tendenzen.

Trotz der noch geringen Zahl von Meß-

stellen konnte das Fortschreiten der Verstrahlung von Ost nach West zeitgerecht ermittelt werden. Deutlich zeigte sich auch die Winddrehung nach Südwest mit einer Drift des radioaktiven Niederschlags nach Norden, also von Baden-Württemberg nach Rheinland-Pfalz. Ebenso wurde im weiteren Verlauf die Wirkung des einsetzenden Regens verfolgt. Nachdem strahlende Partikel aus der Luft ausgewaschen waren, erhöhten sich auch in anderen Gebieten, z. B. in Nordrhein-Westfalen, die Strahlungswerte auf dem Erdboden.

Die Ergebnisse der Messungen wurden unverzüglich an das Lagezentrum des BMI weitergegeben, wo dann eine weitere Auswertung und Informationsweitergabe erfolgt.

Das Meßsystem, so großmaschig es auch noch ist, hat beste Ergebnisse erbracht. Wenn man die jetzt erzielten Messungen auf ein voll ausgebautes Meßsystem mit 1 500 Meßstellen hochrechnet, erhält man eine dauernde, lückenlose Überwachung der Bundesrepublik, die ansteigende Verstrahlungswerte automatisch meldet und eine rasche Warnung der Bevölkerung sicherstellt.

H. B.

### Edeltraut Wax für 25 Jahre Mitarbeit geehrt

Seit nunmehr 25 Jahren ist Edeltraut Wax als freiwillige Helferin im Warndienst tätig. Sie wurde jetzt in einer kleinen Feierstunde in Anwesenheit der hauptamtlichen Einsatzleiter, die sie in ihrer langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit unterstützt hat, vom Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivildienst, Dr. August-Jürgen Maske, mit Urkunde und Ehrenzeichen ausgezeichnet.

Warnamtsleiter Wolfgang Biskupek: „Frau Wax hat 25 Jahre lang ‚ihren Mann gestanden‘. Sie hat der Männergesellschaft im Warnamt eine wohlthuende weibliche Note hinzugefügt.“

Dr. Maske, der die Grüße von BZS-Präsi-

dent Hans Georg Dusch überbrachte, betonte, Frau Wax habe durch ihre Bescheidenheit und Freundlichkeit die Atmosphäre im Warnamt wesentlich mitgeprägt. Sie habe einer Einrichtung gedient, die nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehe. Denn der Warndienst sei immer nur dann gefragt, wenn Gefahr drohe.

Frau Wax begann ihre ehrenamtliche Tätigkeit 1961 als Luftlagezeichnerin. 1963 wurde sie als nebenberufliche Mitarbeiterin zur Warngruppenführerin ausgebildet und übte im Laufe der Jahre verschiedene Funktionen aus, zuletzt als Gehilfin der hauptamtlichen Einsatzleiter.

H.-W. H.

Nach der Übergabe der Ehrenurkunde (v. rechts): Dr. August-Jürgen Maske, Edeltraut Wax, Warnamtsleiter Wolfgang Biskupek.  
Foto: Ritter







Bernd Hoffmann

Anforderungen an ein künftiges Luftrettungssystem in der Bundesrepublik Deutschland

## Luftrettung – ein unverzichtbarer Teil des Gesamtsystems Rettungswesen

Beispielhaft in der Welt – Sinnvolles Planen und abgestimmtes Verhalten aller Luftrettungsorganisationen nötig

### I. Problemstellung

Das Luftrettungssystem in der Bundesrepublik Deutschland hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung, Wirksamkeit und öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen. Statistiken, Leistungsbilanzen und Effizienzuntersuchungen belegen dies eindrucksvoll. Die Luftrettung ist zu einem unverzichtbaren Teil des Gesamtsystems Rettungswesen geworden. Ihr Anteil wächst noch.

In Veröffentlichungen wird die Luftrettung als „ein entscheidendes Instrument im Rettungswesen“ und als „beispielhaft in der Welt“ gekennzeichnet.

Der Blick muß sich jedoch auf eine Reihe von Problemstellungen richten, die sich gegenwärtig in gravierender und teilweise beunruhigender Weise zeigen. Diese werden unter Überschriften wie „Sinn und Unsinn im Luftrettungswesen“, „Von Werbekolonnen verunsichert“, in symptomatischer Weise charakterisiert.

### II. Abgrenzung

Die Situationsdarstellung muß zwischen den unterschiedlich organisierten Tätigkeitsfeldern abgrenzen. Von einem einheitlich strukturierten und umfassenden Luftrettungssystem in der Bundesrepublik Deutschland kann nicht gesprochen werden.

Erschwert wird die Betrachtung dadurch, daß in der gesamten Luftrettung eine Vielzahl von Begriffen verwendet werden. Diese haben nicht nur für den Anwender, sondern auch für den Verbraucher teilweise unterschiedliche Bedeutung er-

langt. So wird z. B. der Begriff „Ambulanzhubschrauber“ nicht definiert, wird aber ebenso wie der Begriff „Ambulanzflugzeug“, der nicht eindeutig einzuordnen ist, häufig verwendet.

Die nachfolgenden Ausführungen befassen sich mit folgenden kurz zu definierenden Bereichen:

1. Luftrettung als Einsatz von Hubschraubern im Rettungsdienst als öffentlich-rechtliche Aufgabe in der Form des Primär- und Sekundärtransportes.
2. Verlegungsflüge, d. h. Verlegung eines Patienten unter medizinischer Betreuung von einem Ort zu einem anderen Ort innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.
3. Flugrückholddienst oder „Ambulanzflug“, d. h. Lufttransporte von im Ausland erkrankten oder verletzten Personen, die zur Weiterbehandlung in die Bundesrepublik Deutschland gebracht werden.
4. Luftrettungseinsätze bei Katastrophen im Ausland, d. h. Verbringung von Hilfs- und Rettungspersonal und Material mittels Lufttransport zum Zwecke der Soforthilfe.

Diese Einsatzart stellt einen Sonderbereich dar.

### III. Private Organisationen und Öffentlichkeitsarbeit

Wesentliche Teile der Aufgaben werden

von privatrechtlich gestalteten und als gemeinnützig anerkannten Organisationen durchgeführt. Viele von ihnen sind zugleich Mitgliederorganisationen. Als solche sind sie auf eine kontinuierliche und möglichst erfolgreiche Mitgliederwerbung angewiesen.

Zunehmend werden jedoch Werbemethoden einiger, nicht aller, Organisationen kritisiert; in einigen Fällen haben sie gerichtliche Verfahren und Entscheidungen nach sich gezogen.

Unabhängig von nicht seriösen Verhaltensweisen müssen sich jedoch alle Organisationen grundsätzlich folgende Fragen stellen:

- Stehen werbemäßiger und publizistisch erzeugter Aufwand immer in einem angemessenen Verhältnis zur Qualität und Effektivität der Hilfeleistung?
- Werden Werbe- und Leistungsangebote für den Anwender und Verbraucher stets transparent genug gestaltet?
- Wird nicht die Glaubwürdigkeit aller seriösen Organisationen gleichermaßen in Mitleidenschaft gezogen, wenn nur eine Organisation an sachlich begründeten Notwendigkeiten vorbei agiert und aus übersteigertem Publizitätsdenken handelt?

Nachfolgende Beispiele sollen das weite Spektrum der Problematik verdeutlichen. Sie dienen nicht der Anklage, sondern der allgemein notwendigen Bewußtseinsbildung.

1. In einer Veröffentlichung wird berichtet, daß 1984 in Niedersachsen eine Organisation ein eigenes Luftrettungszentrum gründete, obwohl das zuständige Niedersächsische Sozialministerium



dieses scharf kritisierte und darauf verwies, daß für zusätzliche Luftrettungsstützpunkte kein Bedarf bestehe. Die Begründung, die in der Öffentlichkeit für die Standortwahl gegeben worden ist, soll gelautet haben: „Die Gegend ist sehr unfallträchtig, schon aufgrund dieser geraden Straßen.“

2. In Bayern soll kürzlich ein Luftrettungsverein damit geworben haben, daß mit einer Mitgliedschaft in ihrem Verein dem bedrohten Rettungshubschrauber Christoph in Ochsenfort geholfen werden müsse. Dieser sei nicht mehr zu finanzieren und müsse ansonsten abgegeben werden. Bei einem Jahresbeitrag von 90,- DM für eine Einzelperson und 120,- DM für Familien könne geholfen werden. Zudem würden Vereinsmitglieder bei Krankheit oder Notfall im Ausland kostenlos heimgefliegen.

Rückfragen bei dem Verein wurden dahin gehend beantwortet, daß spezielle Firmen mit der Werbung beauftragt seien; die hätten allerdings klare Anweisungen. Zudem stünde auf den Beitrittserklärungen, daß der Verein mit anderen Organisationen nichts zu tun habe.

3. Katastrophen, insbesondere Naturkatastrophen im Ausland, ziehen regelmäßig eine intensive Berichterstattung sowie Spendenaufrufe von Hilfsorganisationen an die Bevölkerung nach sich. Die Spendenbereitschaft kann zweifellos beeinflusst werden, wenn dem Spender das Bild raschen und möglichst sichtbaren Helfens vermittelt wird.

Ob jedoch bei derartigen Hilfs- und Rettungsflügen die notwendigen Einsatzkriterien immer genügend geprüft und beachtet werden, mag bezweifelt werden.

Die Entsendung von Rettungsmannschaften über viele tausend Kilometer hinweg, z. B. in ein Erdbebengebiet, bedingt – selbst unter Zeitdruck – notwendige Planungs- und Entscheidungsmechanismen.

- Es muß eine zumindest vorläufige Beurteilung der Schadenslage möglich sein. Erkenntnisse über bisher eingeleitete Hilfeleistungen sowie über örtlich personelle und materielle Hilfsressourcen sollten vorhanden sein.
- Mit der notwendigen Überbrückung von Zeit und Raum muß die Wirksamkeit eines Rettungs- und Sanitätseinsatzes im Verhältnis zu dem Zeitpunkt des Ausbruchs der Katastrophe ernsthaft geprüft werden.
- Die Kosten für die Charterung eines Flugzeuges müssen in einem angemessenen Verhältnis zu dem Wert der Hilfsgüter und der Wirksamkeit der angestrebten Hilfe stehen.
- Ein unerlässliches Maß an Abstimmung mit anderen nationalen und internatio-

Der Einsatz des Hubschraubers zur schnellen Erstversorgung von Verletzten ist im Rettungsdienst nicht mehr wegzudenken.



nen Organisationen sowie staatlichen Stellen hat stattzufinden.

Fehleinsätze, wie sie aus der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Monaten und Jahren bei Rettungseinsätzen mit Flugzeugen in Jemen, Mexiko und Kolumbien festzustellen waren, führen bei kritischen Betrachtern, aber auch bei dem nicht zum Einsatz gekommenen mitgereisten Rettungspersonal, zu Vertrauensverlusten und Verunsicherungen.

Maßstab für das Handeln aller Luftrettungsorganisationen sollten daher nachfolgende Forderungen sein:

1. Der Sicherung der Qualität des Luftrettungssystems ist der absolute Vorrang vor notwendiger publizistischer Arbeit zu gewähren.
2. Jegliches Handeln hat sich ausschließlich an einem festgestellten Bedarf zu orientieren. Es setzt sinnvolle Planung und abgestimmtes Verhalten voraus.
3. „Die Grundsätze zur Förderungswürdigkeit von spendensammelnden gemeinnützigen Organisationen“, wie sie als Kriterien vom Deutschen Zentralinstitut für Soziale Fragen in Berlin (DZI) entwickelt worden sind, sollten von allen Organisationen anerkannt und freiwillig übernommen werden.
4. Alle Leistungsangebote sind jederzeit jedem offenzulegen und die Leistungen nachzuweisen.

Diese Forderungen sollten durch Selbsteinsicht und -beschränkung und durch die Einschätzung der eigenen und der gemeinsamen Interessenlage erreicht werden.

#### IV. Luftrettungseinsatz bei Katastrophen im Ausland

Ich möchte eine Anmerkung zu dem Bereich der Flugrettungseinsätze bei Katastrophen im Ausland hinzufügen. Hier sollten über die werbemäßigen Aspekte hinaus möglichst bald fachlich fundierte Einsatzkriterien erarbeitet werden.

Die Luftrettungs- und Katastrophenhilfsorganisationen sollten sich mit den zuständigen staatlichen Stellen, dem Auswärtigen Amt und der Bundeswehr sowie Flugunternehmen zusammenfinden, um dafür Sorge zu tragen.

Über die Praxis hinausgehende Grundlagen existieren bisher in der Bundesrepublik Deutschland nur in Ansätzen. Ein gut vorbereitetes Fachsymposium zu dieser Thematik wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Verständnis für bedarfsorientiertes Handeln bei diesen Einsätzen, die ebenso spektakulär wie kostenintensiv sind.

#### V. Auslandsrückholung

Die Auslandsrückholdienste haben in den letzten Jahren ebenfalls eine große Bedeutung erfahren. Dies ist mit der Zunahme von Auslandsreisen und dadurch verursachter Repatriierungsflüge erkrankter Deutscher zu erklären. Das Statistische Bundesamt rechnet jährlich mit ca. 32 bis 38 Millionen deutschen Urlaubern im grenzüberschreitenden Reiseverkehr. Hinzu kommen noch rund fünf Millionen Geschäftsreisende. Abgesichert über Versicherungen sind ca. 15 Millionen Bundesbürger mit einer durchschnittlichen Jahresprämie von ca. 50,- DM.

Nur 4,2 Millionen Bundesbürger sind mit einem wesentlich günstigeren Jahresbeitrag bei Luftrettungsorganisationen für die Rückführung aus dem Ausland abgesichert.

Der von den Versicherungen erfaßte Personenkreis erreicht nach Schätzungen einen Jahresbeitragsumsatz von ca. 1 Milliarde DM. Dem stehen jährliche Versicherungsleistungen in Höhe von ca. 24–30 Millionen DM gegenüber.

Diese Entwicklung wurde durch das Urteil des Bundessozialgerichtes vom 10. 10. 1978 hervorgerufen. In diesem wurde entschieden, daß die Kostenerstattung für Repatriierungen nicht von den Sozialver-



sicherungsträgern übernommen werden muß. Somit wurde die Kostenregelung in diesem Bereich auf eine rein kommerzielle Ebene durch Versicherungen verlagert.

Angesichts des Verhältnisses zwischen Versicherungsbeiträgen und Versicherungsleistungen dürfte, auch im Lichte des Urteils des Bundessozialgerichtes, die Frage nach volkswirtschaftlich sinnvoller erscheinenden Überlegungen und Regelungen erlaubt sein.

## **VI. Probleme im Sekundärtransport**

Die größten Probleme betreffen gegenwärtig den Bereich der sogenannten Sekundärtransporte. Bei diesen handelt es sich um Hubschraubertransporte von medizinisch erstversorgten Notfallpatienten in ein für die Weiterbehandlung besser geeignetes Spezialkrankenhaus. Diese Aufgabe wird von dem öffentlich rechtlich vorgehaltenen System der bestehenden 35 Hubschrauberstationen der Bundesrepublik Deutschland praktisch abgedeckt. Zunehmend gibt es jedoch Aktivitäten von privaten Luftrettungsorganisationen und Lufttransportunternehmen mit der Zielvorstellung, Teilbereiche der Sekundäreinsätze von den öffentlich rechtlich organisierten Rettungshubschraubern zu übernehmen und diese weitgehend auf die Primärtransporte zu beschränken.

Mit bundesweiten Anschreiben an alle Krankenhäuser und Einrichtungen, in denen Angebote zu Niedrigpreisen unterbreitet werden, begleitet von intensiver Pressearbeit, wird versucht, die Notwendigkeit einer zusätzlichen Bedarfsdeckung durch Inanspruchnahme dieser Organisationen darzulegen.

Hierzu hat kürzlich das Bayerische Staatsministerium des Innern öffentlich eindeutig Stellung bezogen. Es weist darauf hin, daß keine sachliche Notwendigkeit für diese Bestrebung zu erkennen und stets gewährleistet ist, daß bei jedem Notfall die erforderliche medizinische Hilfe in angemessener Weise und Zeit geleistet wird.

Wegen der hohen Vorhaltekosten, die der öffentlich rechtlich organisierte Luftrettungsbereich aufbringen muß, würde eine beträchtliche Verteuerung zu Lasten der Versichertengemeinschaft entstehen, wenn den bestehenden Hubschrauberstationen lediglich der Bereich der Primärversorgung überlassen bliebe.

Ebenso würde die Zuständigkeit der Rettungsleitstellen durch unmittelbare Absprache mit den Krankenhäusern berührt und die Koordination von Einsätzen erschwert. Diese Entwicklung, so wird weiter ausgeführt, ist im Grunde genommen vergleichbar mit den Bemühungen priva-

ter Krankentransportunternehmen, in großstädtischen Bereichen Krankentransporte durchzuführen.

Sie könne aber ebensowenig hingenommen werden, wie die Hinauslösung der Krankentransporte aus dem Rettungsdienst und ihre Durchführung durch private Krankentransportunternehmen.

Hierzu müssen auch die Rettungsdienstorganisationen Stellung beziehen. Sie sollten sich von den Zielsetzungen, wie von der Art und Weise des Tätigwerdens, dieser Organisationen eindeutig distanzieren.

Es würde den Verlust jeder Glaubwürdigkeit bedeuten, wenn das Eindringen derartiger Unternehmen und der auf reinen Gewinn ausgerichteten Organisationen in diesem Bereich nur zur Kenntnis genommen oder gar selbst eine eigene Beteiligung erwogen würde.

Dies würde im krassen Widerspruch zu der von den Organisationen mit Nachdruck vorgetragenen Forderung zur Novellierung des § 49 a Personenbeförderungsgesetzes stehen. In dieser Vorschrift sollen die Zulassungsbedingungen für den Zugang zum Rettungsdienst unter für alle gleich geltenden subjektiven und objektiven Zulassungsbedingungen normiert werden.

Was für das System des öffentlich rechtlich vorgehaltenen bodengebundenen Rettungsdienstes hinsichtlich Qualität, Wirtschaftlichkeit und der Einheit von Notfallrettung und Krankentransport unverzichtbar ist, muß in gleicher Weise für den Luftrettungsdienst als integrierter Bestandteil des Gesamttrettungssystems Gültigkeit besitzen.

## **VII. Verlegungsflüge oder „Tertiäreinsätze“**

In diesem Zusammenhang ist auf die Entwicklung der sogenannten Verlegungsflüge oder „Tertiäreinsätze“ hinzuweisen. Öffentliche Statistiken oder Zahlen liegen hierüber nicht vor. Zweifellos ist jedoch auch für diesen Bereich in den letzten Jahren ein starker Zuwachs von Flügen bei beteiligten Organisationen und Unternehmen zu verzeichnen.

Nach Auskunft des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen in Berlin haben sich mindestens 84 als gemeinnützig anerkannte Vereine dieser Aufgabe zugewandt. Ob und inwieweit sie diese Tätigkeit tatsächlich ausführen und es sich um seriöse Unternehmen handelt, mag hier dahingestellt bleiben.

Zur Zeit werden nach überschlägigen Schätzungen bundesweit ca. 7 500 bodengebundene Krankentransporte mit einer Transportleistung oberhalb 300 km durchgeführt. Es stellt sich damit die Fra-

ge, ob und inwieweit die bisherige bodengebundene Verlegung nicht mit Luftfahrzeugen schneller, für den Patienten schonender und sogar kostengünstiger durchgeführt werden könnte.

Damit ist aber die Frage der Auswirkungen einer Verlagerung dieser Transporte auf Luftfahrzeuge für einzelne Rettungsdienstbereiche und für die Stützpunkte der Rettungshubschrauber hinsichtlich ihrer Auslastung eingehend zu untersuchen.

Hier sollte überlegt werden, Richtlinien für Mindestanforderungen hinsichtlich der Qualität und des Standards für Personal und Material für derartige Flüge, die eine medizinische Betreuung erfordern, zu erarbeiten. Die in diesem Bereich bisher tätigen Organisationen sollten ihre Mitwirkung hierzu anbieten.

## **VIII. Forderungen zu dem Bereich der Sekundärtransporte**

Für den Bereich der Sekundärtransporte wird ein dringender Handlungs- und Regelungsbedarf gesehen.

Nur wenige Bundesländer haben bisher von der ihnen nach dem Grundgesetz zustehenden Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht. Regelungen bzw. Teilregelungen zu dieser Materie bestehen in den Rettungsdienstgesetzen der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bayern.

Der Sozialminister des Landes Niedersachsen hat zuletzt mit Runderlaß vom 7. 2. 1986 neue Richtlinien für den Einsatz von Hubschraubern im Rettungsdienst in Kraft gesetzt.

Wenn aus finanziellen Erwägungen und gegebenenfalls aus bisher nicht vorhandenem Handlungsbedarf andere Bundesländer diesem Beispiel nicht gefolgt sind, so besteht heute die Notwendigkeit dazu.

Bei der künftigen Gestaltung dieses Bereiches sollten daher die Bundesländer folgende Überlegungen bzw. Forderungen berücksichtigen:

### **1. Bedarfsplanung und Trägerschaft**

Das unkoordinierte Eindringen von Organisationen in den Sekundärbereich mit der Gefährdung der öffentlich-rechtlichen Luftrettung erfordert eine sinnvolle Bedarfsplanung. Sie setzt eine wissenschaftlich fundierte Untersuchung voraus. Diese muß die Auswirkungen der Stationierung von Rettungshubschraubern auf das Gesamtsystem Rettungsdienst in der jeweiligen Region prüfen, um damit die Grundlage der Entscheidung für die Wahl eines neuen Standortes zu bilden.

Das Simulationsmodell „Rettungswesen“ bietet hierfür einen geeigneten Ansatz



wie der Modellversuch „Unterfranken“ bewiesen hat. Die Zuständigkeit für die Bedarfsplanung muß bei der obersten Landesbehörde liegen. Festlegungen müßten auch für die Trägerschaft der Mitwirkenden getroffen werden. Damit würden eindeutige Zuständigkeitsbereiche sowie Rechtssicherheit und -klarheit für alle Beteiligten geschaffen.

## 2. Bestimmung der Standorte und Festlegung der Einsatzbereiche

Bei der Bestimmung von Standorten und der Festlegung der Einsatzbereiche sollten Erkenntnisse über die Einsatzhäufigkeit und den Einsatzradius einbezogen werden. So wurde nachgewiesen, daß bei einer Reihe von Rettungshubschrauberstützpunkten ein Rückgang der Primäreinsätze zugunsten von Sekundärtransporten festzustellen ist. Daran wird die Frage angeknüpft, „ob als Konsequenz des Rückgangs der Primäreinsätze und damit der Abnahme der Bedeutung des Faktors ‚Zeit‘ die Einsatzradien der Stützpunkte nicht erweitert werden sollen und so einzelne Stützpunkte entfallen können“.

Mit dieser Frage ist auch das Problem der Abgrenzungskriterien und begrifflichen Definitionen von Primärtransporten zu zeitlich dringlichen bzw. zeitlich nicht dringlichen Sekundärtransporten zu verbinden und zu klären.

## 3. Anforderungen an die im Luftrettungsdienst mitwirkenden Ärzte und Rettungssanitäter und an das sonstige Personal

Neben der notwendigen notfall-medizinischen Ausbildung für Ärzte (Fachkundenachweis) und für Rettungssanitäter – hoffentlich bald eine zweijährige Berufsausbildung – ist eine spezielle Luftrettungsausbildung erforderlich. Sie soll das medizinische Personal befähigen, den speziellen Anforderungen während des Lufttransportes gerecht zu werden.

Ein Teil dieser Luftrettungsausbildung kann im Rahmen der jährlich vorgeschriebenen Fortbildung für Rettungssanitäter erfolgen. Auch das Leitstellenpersonal sollte durch Fortbildungsmaßnahmen in die Arbeitsweise der Luftrettung detailliert eingewiesen werden. Rettungsdienstorganisationen, Notfallmediziner und der Bund/Länderausschuß „Rettungswesen“ sind aufgefordert, hierfür entsprechende Richtlinien zu erarbeiten.

## 4. Festlegung von technischen Anforderungen an die Luftrettungsmittel

Beim bodengebundenen Rettungsdienst hat es sich als sinnvoll erwiesen, daß die Rettungswagen bestimmten, in der DIN festgelegten Anforderungen genügen müssen. Aufgrund der technischen Sensibilität der Luftrettungsmittel muß diese

Anforderung um so eher in der Luftrettung gefordert werden. Hierbei geht es weniger um eine Standardisierung als vielmehr um eine Hebung der Sicherheit für Patienten und das Rettungsteam.

## 5. Gewährleistung der Zusammenarbeit zwischen Hubschrauberleitstelle und den im Einsatzbereich des Rettungshubschraubers liegenden Rettungsleitstellen

Eine Konkurrenz zwischen bodengebun-

denem Rettungsdienst und der Luftrettung – soweit sie noch vorhanden ist – behindert den zielgerichteten Einsatz des medizinisch notwendigen Rettungsmittels. Aus diesem Grund ist eine sachgerechte, nach klaren Mechanismen verlaufende Zusammenarbeit zwischen der Hubschrauber-Leitstelle und der den Rettungshubschrauber anfordernden Rettungsleitstelle unerlässlich.

Sie hat auf der Grundlage partnerschaftlichen Verständnisses und Handelns zwischen allen Mitwirkenden stattzufinden.

# Patschnaß schon vor dem Absprung

Vom 20. bis 22. Juni 1986 richtete der Landesverband Rheinland-Pfalz den diesjährigen Bundesentscheid der Wasserwacht aus. Acht Landesverbände des DRK hatten sechs Damen- und neun Herrenmannschaften nach Idar-Oberstein entsandt. Die Rettungsschwimmer im Alter von 17 bis 28 Jahren kamen aus Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Westfalen-Lippe.

Kleiderschwimmen war eine der Disziplinen im feuchten Teil des Bundesentscheides der Wasserwacht. Auf der Tribüne saßen eine Reihe von Zuschauern, deren Kleidung zum Auswringen naß war. Sie hatten jedoch gar nicht an einem der Wettbewerbe teilgenommen. In der Halle herrschte ein tropisches Klima, so daß sich auf den ersten Blick kaum zwischen Zuschauern und Aktiven unterscheiden ließ.

„Ein Königreich für ein Freibad“, stöhnte eine Teilnehmerin aus Bayern. Doch auch sie wußte, daß niemand mit einer solchen Schwüle vorher hat rechnen können. Was aber noch wichtiger ist: Eine Reihe von Disziplinen des Wettbewerbs sind auf 25-Meter-Bahnen ausgerichtet, Freibäder besitzen normalerweise 50-Meter-Bahnen. Dafür ein Beispiel: Die Taucherstaffel. Fünfundzwanzig Meter wird getaucht, nach der Wende gekrault: Bei 50-Meter-Tauchen ginge verständlicherweise nicht wenigen die Luft aus.

Luftprobleme hatten im Idar-Obersteiner Hallenbad da schon eher die Zuschauer. Das hielt sie aber nicht davon ab, die Schwimmer im kühlen Naß frenetisch anzufeuern. Die Stimmung war ebenso heiß wie das Wetter, nicht zuletzt durch die Dramatik, die Staffel-Wettbewerbe eigen ist. Oft genug zog ein starker Schlußschwimmer noch an einem schier unein-

Trotz der Schwüle im Bad verfolgt eine große Anzahl von Zuschauern aufmerksam das Geschehen.





Die Flossenstaffel während des Wettbewerbs.



holbar erscheinenden Konkurrenten vorbei. Die Mitglieder des betreffenden Landesverbandes jubelten dann natürlich verzückt mit Rasseln und Kuhglocken.

Echt profihhaft ging es schon vor dem Schwimmwettbewerb zu. Das olympische Startritual wurde eingeführt: Beim ersten langanhaltenden Pfiff mußten die Schwimmer ihren Startblock erklimmen. Der folgende kurze Pfiff ersetzte den Startschuß. Scheinbar kinderleicht diese Neuregelung, Fehlstarts waren jedenfalls Mangelware.

Von der Flossenstaffel über Kleiderschwimmstaffeln bis zu Rettungsleinenstaffeln standen insgesamt elf Disziplinen auf dem Programm. Die sieben Herren und fünf Damen pro Mannschaft durchpflügte jeweils bis zu siebenmal das Wasser des Idar-Obersteiner Hallenbades. Auch international konnten sich die Schwimmer messen, da eine Gastgruppe aus Luxemburg am Wettbewerb teilnahm.

Wie auch in den Vorjahren sollten die jungen Mitglieder der Wasserwacht nicht nur ihr schwimmerisches Können unter Beweis stellen, sondern auch auf dem Gebiet der Ersten Hilfe zeigen, daß sie für den Ernstfall bestens gerüstet sind. Denn häufig müssen die Rettungsschwimmer „unter Einsatz ihres Lebens“ leichtsinnigen und unbedachten Menschen Hilfe und Rettung zuteil werden lassen. So Heinz Zimei, Abteilungsleiter im DRK-Generalsekretariat bei der Begrüßung der Teilnehmer. In der Tat gab es dann keine Schwierigkeiten bei der Vorführung der Seitenlage, des Kopfverbandes und der Herz-Lungen-Wiederbelebung in der EH-Einzelpraxis. Wasserwachtler können eben nicht nur schwimmen.

Für die Austragung des Bundesentscheidendes der Wasserwacht in Rheinland-Pfalz ließ sich kein besserer Ort als Idar-Oberstein denken: In der Edelsteinstadt steht praktisch die Wiege der Wasserwacht in Rheinland-Pfalz. Stolz kann der Vorsitzende des Kreisverbandes Birkenfeld, Dr. Wolfgang Schneider, darauf verweisen,

daß hier schon seit 1956 Wasserwacht-Gruppen existieren.

Trotz dieser idealen Voraussetzungen floß bei den Organisatoren viel Schweiß – nicht nur wegen der Temperaturen. Die rund 50köpfige Truppe um Andreas Wahn, den Landesfachdienstleiter Wasserwacht, hatte alle Hände voll zu tun, um die große Aufgabe zu bewältigen, Wettkämpfe für mehr als 200 Athleten aus der gesamten Bundesrepublik aufzuziehen. Das bedeutet viel Arbeit hinter den Kulissen, denn Unterbringung und Verpflegung verlangen eine Top-Organisation. Die unvermeidlichen kleinen Pannen – mal hatte eine Gruppe ihre Sport-Ausrüstungen im Bus vergessen, mal tagten die „Funktionäre“ zu lange, daß sie fast das für sie ausgetüftelte Tourismus-Programm verpaßten – wurden locker und schnell behoben.

Jubelstürme aus Bayern und Nordrhein beherrschten am Abend die Siegerehrung. In der Damenwertung lagen die Rettungsschwimmerinnen aus dem Süden der Republik (Nabburg) am Ende vorn, ihre Herren (Starnberg) belegten Platz 2. Genauso erfolgreich war der Landesverband Nordrhein, der bei den Männern Erster (Soest) und bei den Damen Zweiter (Soest) wurde. Zweimal Bronze eroberten sich die Wasserwachtler aus Baden-Württemberg (Göppingen).

Nicht zuletzt dieser „Abend der Sieger“ in der Nahetalhalle wurde zu einem bleibenden Erlebnis. Nach der Siegerehrung konnten die Rettungsschwimmer hier sportliche Leistungen anderer Athleten bewundern. Zur Entspannung nach einem anstrengenden und spannenden Schwimmnachmittag traten die Niederwörresbacher Turnerinnen und Nahboltenbacher Radsportler auf. Für Unterhaltung sorgte außerdem Heini Wahl mit seinen Heimatliedern. Der stellvertretende Bundesarzt, Dr. Heinz Barths, hatte mit seinen Begrüßungsworten recht behalten: „Die Zahl 13 muß kein schlechtes Zeichen sein.“

Lübbo Roewer

## Umfangreiche Hilfen für Mexiko

Maßnahmen von Rotkreuzgesellschaften zugunsten der vom Erdbeben betroffenen Bevölkerung Mexikos unter besonderer Berücksichtigung der Hilfen des Deutschen Roten Kreuzes

Nach dem schweren Erdbeben in Mexiko im September 1985 spendete die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland dem Deutschen Roten Kreuz zugunsten der Opfer bis zum 30. Juni 1986 DM 8 851 000,—.

Folgende Maßnahmen und Projekte werden damit finanziert:

### Orthopädisches Programm

Anteil des DRK DM 70 000,—

Dieses Programm befindet sich in der Abwicklung und wird überwiegend aus Mitteln unserer Schwestergesellschaft in den USA bezahlt.

### Wiederaufbaumaßnahmen in der Provinz Guerrero

Anteil des DRK DM 700 000,—

Das Großprojekt in Guerrero befindet sich in der zweiten Bauphase. Nach Abschluß dieser Phase in wenigen Wochen werden 2 000 Familien nach dem Erdbeben neue Häuser oder aber weitgehende Reparaturarbeiten vom Roten Kreuz erhalten haben. Die Liga-Delegation hat die Ausweitung des Projektes auf eine dritte Phase vorgeschlagen und auch die Planung einer Trinkwasserversorgung vorgelegt.

Diese Wasserversorgung könnte Teil eines Basisgesundheitsdienstes werden, den das örtliche Rote Kreuz als Träger übernehmen müßte.





Eine Plakette zum Dank für die Erdbebenhilfe überreichte Mexiko-Botschafter Sepulveda dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein (rechts). Foto: Zimmermann

### Aufbau Tepito

Anteil des DRK DM 2 000 000,—

Der Wiederaufbau in Tepito verzögert sich. Das Mexikanische Rote Kreuz hat aus Mitteln unserer Schwestergesellschaft in den USA eine Reihe von Häusern in diesem zentralen Stadtteil von Mexiko-City fertiggestellt und übergeben. Der Partner des Mexikanischen Roten Kreuzes, die Selbsthilfegruppe Videco, hat zahlreiche Erdbebenopfer auf ihre Bedürftigkeit und auf anteilige finanzielle Belastbarkeit überprüft, um Zielgruppen für Rotkreuz-Hilfen zu bestimmen.

Die Opfer leben zur Zeit in ihren beschädigten Unterkünften. Da neben den Grundstückskosten auch die Baumaßnahmen über Kredite finanziert werden sollen und mexikanische Bauunternehmen die Bauausführung übernehmen, kann der Eigenanteil durch eine Selbstbeteiligung der Betroffenen kaum reduziert werden. Auch wenn das Rote Kreuz Baumaterialien kostenlos zur Verfügung stellt, verbleiben Kosten, die durch Kredite gedeckt werden müssen.

Es sind noch eine Reihe von Vereinbarungen mit verschiedenen Partnern (staatliche Stellen, Bauunternehmen, Videco) zu treffen, bevor abschließend das Verfahren im Häuserbau Tepito geregelt wird.

Die Liga der Gesellschaften vom Roten Kreuz und Roten Halbmond hat eine Vereinbarung als Entwurf an unsere Schwestergesellschaft in Mexiko-City gegeben, welche die Zusammenarbeit und Aufgabenstellung einschließlich des Abrechnungswesen regeln soll.

Der Generalsekretär der Liga wird in Kürze diese Vereinbarung in Mexiko-City verhandeln und nach Übereinstimmung mit dem Präsidenten des Mexikanischen Roten Kreuzes unterzeichnen. Nach Vorlage dieser Vereinbarung und Zustimmung

durch das DRK wird über die Freigabe der vom Deutschen Roten Kreuz bereitgestellten Summe in Höhe von 2 Mio. DM entschieden.

### Projekt mit UNICEF

Abwicklung: Self-Help-Network (Red Intercomunativo de Accion Autonoma, RIAA)

Anteil des DRK DM 400 000,—

Mit dieser Summe werden zwei Häusergruppen zu 15 und 26 Häusern neu aufgebaut bzw. repariert. Die betroffenen Familien beteiligen sich an den Bau- und Grundstückskosten und unterstützen sich gegenseitig durch Eigenbeteiligung bei den Baumaßnahmen. Es fallen keine Kreditkosten an, RIAA finanziert Grundstücke und Kosten für Baumaterialien. Die Empfänger der Häuser zahlen jedoch an einen Fond je nach individuellen Möglichkeiten (ohne Anpassung an die Inflation) monatliche Beiträge und schaffen damit finanzielle Grundlagen für Reparaturen, Verbesserung der Infrastruktur (Strom- und Wasserversorgung etc.).

### Basisgesundheitsprojekte

Anteil des DRK DM 400 000,—

UNICEF bemüht sich, neben Wiederaufbau- und Reparaturarbeiten auch die Gesundheitsbedingungen der Erdbebenopfer zu verbessern.

Die systematische Erfassung des Gesundheitszustandes und die Versorgung der Bevölkerung von Stadtteilen Mexico-Citys durch Ärzte und Krankenschwestern werden über einen Zeitraum von mehreren Monaten von UNICEF durchgeführt. Das DRK stellt hierfür die Mittel bereit. Das Projekt befindet sich in der Abwicklungsphase.

### Wohnungsbau für Obdachlose

Anteil des DRK DM 1 200 000,—

UNICEF fördert umfangreiche Projekte und bemüht sich gemeinsam mit staatlichen Stellen, Tausenden von im Moment auf der Straße lebenden Menschen neue Wohnungen zu beschaffen. Das DRK hat sich bereiterklärt, für ca. 4 000 Personen Grundstücke und Häuser zu beschaffen. UNICEF arbeitet ebenso wie das Mexikanische Rote Kreuz mit Selbsthilfegruppen zusammen und überwacht den Baufortschritt, die finanziellen Regelungen und die Zuteilung an die Bedürftigen.

### Textilgenossenschaft

Anteil des DRK DM 100 000,—

Mit dem Erdbeben verloren auch rund 170 Näherinnen und Näher, die in drei verschiedenen Textilfertigungsbetrieben gearbeitet hatten, durch die völlige Zerstörung ihrer Arbeitsplätze ihre Lebensgrundlagen. Die Betroffenen schlossen sich zur „Kooperative 19. September“ zusammen, um kurzfristig neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Deutsche Botschaft hatte das DRK auf diese Kooperative aufmerksam gemacht, um Unterstützung gebeten und selbst bei der Erstellung eines Finanzierungsplans mitgewirkt. Das DRK hat DM 100 000,— für Ausstattungshilfen (Stoff, Geräte) zur Verfügung gestellt.

### Planungen

Dem Deutschen Roten Kreuz liegen Vorschläge einer Schwestergesellschaft vor, weitere Maßnahmen zu fördern:

Waisenhaus	DM 750 000,—
2 Rotkreuz-Zentren in Mexiko-City	DM 800 000,—
mit Katastrophenlagern und Unfallhilfsstellen	
Funksystem	DM 250 000,—
Basisgesundheitsdienst/Wasserversorgung in Guerrero	DM 150 000,—

### Zusammenfassung

Das DRK hat in Mexiko eigene Delegierte, die an verantwortlicher Stelle für die Liga die Gesamtmaßnahmen betreuen.

Das DRK wird sich auch in den nächsten Monaten neben einer Delegiertentätigkeit durch enge Arbeitskontakte darum bemühen, den Fortgang der Arbeiten und den sachgerechten Mittelabfluß für die Opfer der Katastrophe projektnah zu betreuen, so daß es durch das Zusammenwirken aller Partner zur schnellstmöglichen Verwirklichung der verschiedenen Einzelmaßnahmen kommt. Horst F. Hamborg



ASB-Jahrbuch 1986 vorgelegt

## Leistungsbericht weist Aufwärtstrend aus

Ergänzende Berichte aus den Landesverbänden

Pünktlich zur 12. ordentlichen Bundeskonferenz vom 3. bis 5. Oktober in Hannover ist das „ASB-Jahrbuch 1986“, herausgegeben vom Bundesvorstand, fertiggestellt worden. Der alljährliche Leistungsbericht der Hilfsorganisation weist in fast allen Aufgabenbereichen und bei der Organisationsstruktur einen leichten Aufwärtstrend gegenüber den Vorjahren aus. Schwerpunkte der jüngsten „Geschäftsbericht“-Ausgabe sind die Entwicklung des über 620 000 Mitglieder starken Verbandes im Rettungswesen, Mobile Soziale Dienste, Ausbildung, Katastrophenschutz und humanitäre Auslandshilfe. Ergänzt durch Berichte aus den Landesverbänden gibt das neue „ASB-Jahrbuch“ detailliert Auskunft über die Tätigkeit des Arbeiter-Samariter-Bundes Deutschland e.V.

Der Leistungsbericht kann angefordert werden bei: Arbeiter-Samariter-Bund, Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Sülzburgstraße 140, 5000 Köln 41.

### Organisation

Landesverbände	11
Ortsverbände	195
Stützpunkte	31

### Mitglieder und Mitarbeiter

Mitglieder	625 056
Hauptamtliche Mitarbeiter	2 596
davon Frauen	1 226

Zivildienstleistende	1 836
Ausbilder	1 053
Ärzte	362
Hauptamtliche Rettungssanitäter	489

### Rettungswesen

Krankentransporte	448 798
Notfalltransporte	79 656
Einsatzstunden	2 681 485
gefährdete Kilometer	11 017 832
Hubschraubereinsätze	
Transportierte Patienten	788
Ärztlicher Notdienst	
Zahl der Einsätze	88 456
Medikamenten- und Blutkonservennotdienst	
Zahl der Einsätze	16 519
Rettungsstellen	
Rettungswachen, ständig besetzt	89
Rettungswachen, teilweise besetzt	51
Wasserrettungsdienst	
Zahl der Landstationen	7
Einsatzgerät	
Krankentransportwagen	302
Rettungswagen	107
Notarztwagen	28
Wasserrettungsboote	7

### Soziale Dienste

Beratungsdienste	2 977
Besucherdienste	1 452
Einkaufs-, Putz-, sonstige Haushaltsdienste	101 302
Essen auf Rädern/Anzahl der täglichen Essenportionen	3 144

Gymnastikprogramme	2 795
Hauskrankenpflege	78 033
Lernstuben	2 820
Medikamentennotdienste	134
Nachbarschaftshilfe	5
Schwimm-/Sportangebote	728
Technische Hilfsdienste	7 138
Telefonketten	737
Vermittlungsdienste	16
Freizeiten	19 054
Hausnotruf	318
Sonstige Dienste	6 717
Helferstunden	945 374

### Soziale Einrichtungen

Alten- und Pflegeheime	13
Krankenhäuser und Hospitäler	4
Behindertenheime	2
Übergangsheime für psychisch Kranke	1
Kurheime	1
Frauenzufluchtsstätten, Obdachlosenheime, Wohnheime	3
Sozialstationen	14
Altentagesstätten	20
Seniorentreffs	3
Gesamtbettenzahl	2 189
Verpflegungstage	795 491

### Ausbildung

Sofortmaßnahmen am Unfallort	69 488
Erste-Hilfe-Grundausbildung	55 401
Ausbildung in Betrieben	12 358
Helfer-(Sanitäts-)Ausbildung	2 385
Ausbildung zu Ausbildern	481
Ausbildung von Rettungssanitätern	295
Ausbildung von Zivildienstleistenden	455
Sonstige Ausbildungen und allgemeine Fortbildungen	40 888

### Sanitätsdienst

Zahl der Einsätze	26 639
Hilfeleistungen	68 234
Einsatzstunden	480 130
Betriebssanitäterdienst	
Hilfeleistungen	80 098

### Katastrophenschutz

Zahl der Einheiten	265
Feldbetten	1 114
Wolldecken	7 307
Zelte	273
Notstromaggregate	112
Feldküchen	81



Trinkwasseraufbereitungsanlagen	20
Sanitätskästen	363
San-Taschen	2 080
Arztkoffer	75

### Kraftfahrzeugwesen

Zahl der Kraftfahrzeuge insgesamt	2 151
Krankenkraftwagen	302
Rettungswagen	107
Notarztwagen	28
Baby-Notarztwagen	2
Notarzteinsatzwagen	22
Behindertentransportwagen	413
Fahrzeuge für ambulante soziale Dienste	298
Großraumkrankwagen mit 8 Tragen	28
mit 4 Tragen	193
Behelfskrankwagen mit 2 Tragen	87
Arzttruppkraftwagen	28
Lastkraftwagen	122
Funkkommandowagen	24
Anhänger, Wohnwagen, FKH	170
diverse andere Fahrzeuge	299
Krafträder	28
Gesamtfahrleistung	25 396 452

### Fernmeldewesen

Relaisstationen	6
Funkleitstellen im 4-m-Band	149
bewegliche Funkgeräte im 4-m-Band	1 423
Funkgeräte insgesamt	1 572

## ASB Bremen: Kraftfahrer und Unterführer üben in Bad Nenndorf

Zum „Ernstfall“ in der Übung kam es jüngst bei einer Fortbildung für Kraftfahrer und Führungskräfte des Katastrophenschutzzuges der 2. Sanitätsbereitschaft im ASB Bremen: Auf der Fahrt von Bremen-Nord und Gröpelingen zur Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen in Bad Nenndorf platzte ein Vorderreifen der Feldküche. „Es ist nur der schnellen und richtigen Reaktion unseres Fahrers zu verdanken, daß nicht mehr passiert ist“, atmete Bereitschaftsführer Georg Bohlmann erleichtert auf.

Eigentliches Ziel der Übung in Bad Nenndorf war das Training in zwei Ausbildungsgruppen. Im theoretischen Unterricht paukten die Kraftfahrer taktische Zeichen der Kolonnenfahrt und übten sich im Straßenverkehrsrecht. Im praktischen Teil mußten sie unter anderem ihr Schätzvermögen unter Beweis stellen. Bohlmann: „Nach Anordnung des Fahrers haben wir ein Tau gespannt, unter dem das Fahrzeug wenig später hindurch mußte.“ Ein nach seiner Meinung wichtiger Test, denn in der Praxis des Katastrophenschutzes seien umgestürzte Bäume keine Seltenheit: „Dann ist eine

realistische Schätzung des Verantwortlichen wichtig – kann er mit seinem Fahrzeug durchfahren oder nicht.“

Besonders „kitzlig“ wurde es bei der Rückwärtsfahrt. Einen Parcours mußten die Prüflinge mit verhangenem Rückspiegel nur mit Hilfe des Einweisers bewältigen.

In der zweiten Arbeitsgruppe beschäftigten sich die Unterführer der 149 Mann starken Sanitätsbereitschaft mit Rechten und Pflichten der Helfer und ihren Einsatzmöglichkeiten im Katastrophenfall. Videoaufnahmen über die Verlegung der ehemaligen Frauenklinik in Bremen halfen, Ansätze zur Problemlösung zu diskutieren.

Insgesamt 74 Teilnehmer starteten auf 23 Fahrzeugen – ausgerüstet mit Feldküche und Notstromaggregat – zur Bad Nenndorfer Schule. Das dort erworbene Wissen wird hin und wieder bei überraschenden Alarmübungen unter Beweis gestellt. Die Lehrkräfte rekrutierten sich ausschließlich aus dem Kreis der Bremer Zug- und Bereitschaftsführer.

ds

## Neuer Gabelstapler beim ASB Köln

Mit einigem Aufwand haben ehrenamtliche Helfer des Ortsverbandes einen gebrauchten Gabelstapler, der zwei Tonnen Nutzlast tragen kann, technisch von Grund auf überholt und auf die ASB-Farben umlackiert.

Der Einsatz lohnte sich, sagt Dienststellenleiter Friedrich Kernchen. Zum Be- und Entladen der Lastwagen oder beim Umsetzen von Containern in den Lagerhallen mußten bislang zehn bis 20 Helfer zupacken. Jetzt, mit dem neuen Stapler, leisten zwei Arbeiter-Samariter dieselbe Arbeit – schneller und kraftsparender. Über den ASB Köln wird ein Teil der humanitären Auslandshilfe der Hilfsorganisation abgewickelt.

Foto: ov





## Schwesternhelferinnen zwischen Theorie und Praxis

Fortbildungsveranstaltung der JUH in Koblenz

Wer kennt diese Situation nicht? Ein naher Angehöriger wird krank und muß gepflegt werden. Pflegepersonal ist knapp. Außerdem wünscht der Kranke familiäre Betreuung. In diesem Moment sind es meist die Frauen, deren Einsatz gefordert wird.

Um auf diesen möglichen Fall vorbereitet zu sein, lassen sich viele Frauen zur Schwesternhelferin ausbilden. Die Johanniter-Unfall-Hilfe bietet für diesen Kreis Kurse an, die im allgemeinen 14 Tage theoretische und daran anschließend gut zweiwöchige Ausbildung in einem Krankenhaus oder Altenpflegeheim beinhalten.

Diese Ausbildung führt oft zum Einstieg der in der Regel 25-45jährigen Frauen in den Bereich der Krankenpflege. Praktisch anwenden können die Schwesternhelferinnen ihr Wissen dann nicht nur im häuslichen Rahmen, sondern auch im diakonischen oder mobilen sozialen Dienst der Johanniter-Unfall-Hilfe. Die Mehrzahl der Frauen wird allerdings nur sporadisch tätig. Nicht zuletzt deshalb, weil ihre Motivation zur Ausbildung dem Wunsche entsprang, im Katastrophen- oder Spannungsfall Hilfe leisten zu können. Gott sei Dank wurden sie in dieser Hinsicht bislang nicht gefordert. Dennoch bedarf es einer konstanten Fortbildung, um bereits bestehende Fähigkeiten und Fertigkeiten im medizinischen und pflegerischen Bereich aufzufrischen, aber auch um ihr Wissen zu vertiefen und zu erweitern.

Eine solche Fortbildung der Johanniter-Unfall-Hilfe fand an einem Samstag Ende Mai im Evangelischen Stift St. Martin in Koblenz statt. Dreißig Schwesternhelferinnen waren der Einladung gefolgt. Als Gäste nahmen Vertreter der Bundeswehr

teil, Soldaten des Reservelazarets in Koblenz und Angehörige des SanRegiments 74 aus Mainz. Hintergrund für die Anwesenheit von Bundeswehrangehörigen war der Wunsch, möglicherweise bestehende Hemmschwellen zu überwinden. Auf der einen Seite konnten die Schwesternhelferinnen ihren Ausbildungsstand demonstrieren, auf der anderen Seite galt die Fortbildung in gleichem Maße dem Sanitätspersonal.

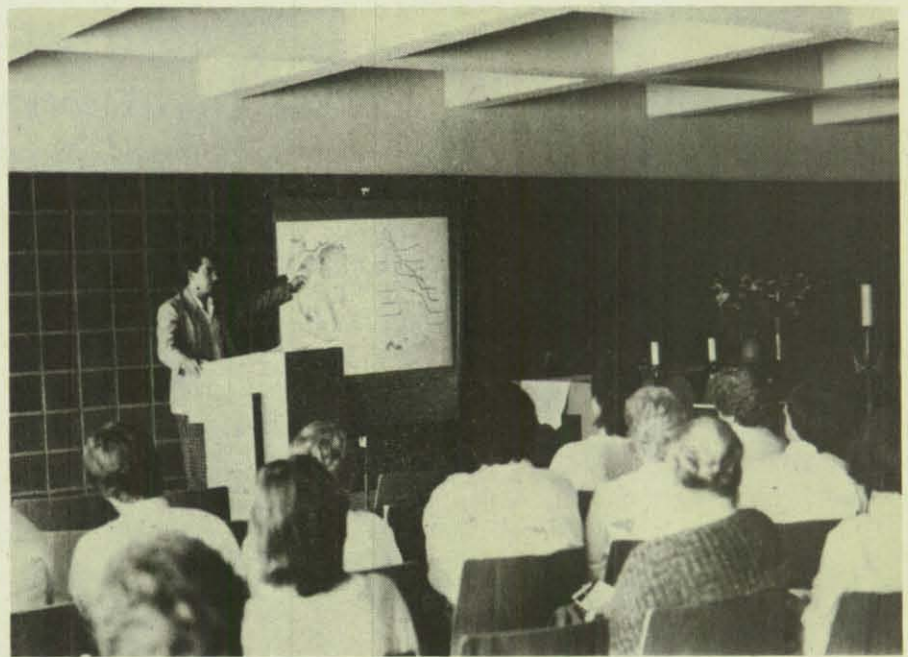
Die Fortbildungsveranstaltung wurde um 9.00 Uhr vom Dezernenten Ausbildung, Hahne, eröffnet. Er begrüßte die Teilnehmer, skizzierte kurz den Programmablauf und stellte das Thema „Störungen der Herzfunktion“ vor.

Bei einer Schwesternhelferinnen-Fortbil-

dung wird der Themenkomplex immer in einen theoretischen und einen praktischen Bereich aufgeteilt, um so möglichst viel Wissen vermitteln zu können.

Der theoretische, anatomisch physiologische Aspekt wurde von Stabsarzt Dr. Bickel den Teilnehmern näher gebracht. Mit Hilfe anschaulicher Darstellungen durch Overhead-Projektor, Dias und Wandkarte wurden der genaue Aufbau und die besonderen Verhältnisse des Herzens wiederholt.

Interessierte Zwischenfragen zeigten, daß in den meisten Fällen der Wissensstand noch sehr gut war, dennoch wurde eine so detaillierte Darstellung von allen begrüßt. Außerdem konnten Fragen, die sich durch die praktische Tätigkeit erge-



Stabsarzt Bickel mit Schaubildern vom Aufbau des Herzens und EKG-Zacken.



Krankenpfleger Goebels und zwei Schwesternhelferinnen bei der Suche nach der richtigen Stelle zum Pulstasten.



ben hatten, eingehend besprochen und geklärt werden.

Nach einer gemeinsamen Mittagspause diente der Nachmittag gänzlich der Pflege und praktischen Übungen. Eingeleitet wurde er durch einen kurzen Vortrag von Herrn Goebels, der als Krankenpfleger seine Erfahrung aus der täglichen Praxis weitergeben konnte. Wichtig war ihm vor allen Dingen der psychische Aspekt beim Patienten, da eine Herzkrankung oft ohne Vorankündigung eintritt und die Angst über den Schweregrad ein gravierendes Problem darstellt. In diesem Zusammenhang wurde eingehend über die Behandlung von „Komplikationspatienten“ gesprochen, zum einen aus medizinischer zum anderen aus pflegerisch-psychischer Sicht.

Es bedarf oft großer Geduld und viel Einfühlungsvermögens beim Pflegepersonal, um diese Personen angemessen zu behandeln. Häufig sind gerade diese Patienten, die sich nach außen schroff und abweisend verhalten, in ihrem Inneren empfindlich, und sie warten nur darauf, daß sich jemand eingehender mit ihnen beschäftigt. Ein freundliches und aufmunterndes Gespräch wirkt hier gelegentlich Wunder. So mancher Problemfall wurde durch solche Aufmerksamkeit schon zum Musterpatienten.

Die Schwesternhelferinnen konnten zu diesem Thema eine Reihe von Beispielen aus der Praxis beitragen.

Einfühlungsvermögen kann leider nicht eingeübt werden. Das ist nur in der Realität zu erproben. Geübt werden konnten allerdings ganz praktische Dinge wie die Überwachung des Patienten und speziell die Kontrolle von Puls und Blutdruck. Gerade diese Tätigkeiten, die zum täglichen Routineablauf im Krankenhaus und Pfe-

gebereich gehören, müssen bei Fortbildungen immer wieder eingeübt, ja eintrainiert werden, damit die Schwesternhelferinnen die notwendige Sicherheit erhält. Schwesternhelferinnen, die regelmäßig in der Pflege beschäftigt sind, beherrschen diese Handgriffe perfekt. Doch die Mehrzahl der Teilnehmerinnen hat nicht die Möglichkeit zu regelmäßiger Praxis, so daß bei diesen Schwesternhelferinnen Fortbildungen die elementaren Fertigkeiten immer mit auf dem Übungsprogramm stehen.

## Katastrophenschutzübung: Brand auf einem Fahrgastschiff

Die Johanniter-Unfall-Hilfe veranstaltete mit der Freiwilligen Feuerwehr Mölln, die auch die Einsatzleitung übernahm, dem THW, der DLRG, dem DRK, der Wasserwacht sowie der Polizei eine gemeinsame Katastrophenschutzübung, um erneut die Zusammenarbeit zu proben.

Ausgangspunkt war ein angenommener Unfall des Fahrgastschiffes „Pinnau“, das in Brand geraten war. Etwa 50 Personen mußten – als „Verletzte“ geschminkt – mit Booten der DLRG und der Wasserwacht unter Aufsicht eines Arztes und Sanitäters der JUH an Land gebracht werden.

Atmosphe und der Herz-Lungen-Wiederbelebung. Mit Hilfe einer Übungspuppe können die Teilnehmer die richtigen Handgriffe und die Beatmungstechnik üben, wobei eine elektronische Kontrollanzeige das ausreichende Atemvolumen und den richtigen Druckpunkt der Herzmassage angibt. Darüber hinaus kann an einem Kontrollstreifen genau überprüft werden, wie groß die eingeblasene Luftmenge war, wie regelmäßig und gleichmäßig stark der Druck auf das Brustbein des Patienten ausgeübt wurde.

Die Ausbilder der Johanniter-Unfall-Hilfe gaben den Teilnehmerinnen Tips, korrigierten den falschen Druckpunkt und achteten besonders auf eine starke Überstreckung des Kopfes. Gerade dieser letzte Handgriff muß sitzen, da sonst die Luft in den Magen anstatt in die Lunge gelangt.

In einer Abschlußbesprechung wurden die wichtigsten Punkte zusammengefaßt und noch bestehende Fragen beantwortet.

Die Reservisten und Vertreter der Bundeswehr zeigten sich angetan vom Ausbildungsstand der Schwesternhelferinnen und begrüßten die Möglichkeit der Teilnahme an einer solchen Veranstaltung. Gegen 16.00 Uhr wurden alle Teilnehmer von der Kreisbeauftragten der Johanniter-Unfall-Hilfe Koblenz, Frau Künster, verabschiedet und für die nächste Fortbildung im Oktober eingeladen.

W. Hahne / P. Adrian-Kunze



## Bilanz '85:

# Mit der Jugend in die Zukunft

### Ausbildungen

175 498 Personen wurden im vergangenen Jahr in Erster Hilfe ausgebildet. Damit konnte zwar das gute Vorjahresultat nicht ganz erreicht werden, dennoch bildete der Malteser-Hilfsdienst rund ein Fünftel aller Teilnehmer an Erste-Hilfe-Kursen in der Bundesrepublik aus.

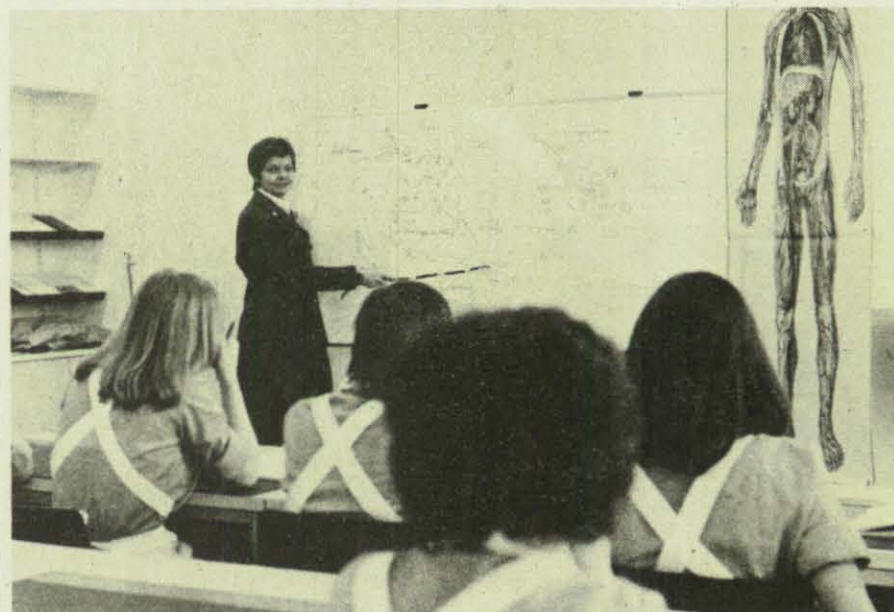
Seit seiner Gründung im Jahre 1953 registrierte der MHD somit insgesamt 3 118 957 Lehrgangsteilnehmer.

Ein deutlicher Zuwachs war im Bereich der Fortbildungen von ehrenamtlichen Ausbildern zu verzeichnen. Diese Fortbildungen dienen insbesondere der Qualifikation der Lehrkräfte in den Erste-Hilfe-Ausbildungen. In der Ausbildungssparte „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ wurden im Jahre 1985 118 625 Teilnehmer gezählt.

Von der Möglichkeit, sich kostenlos zur Malteser-Schwesternhelferin ausbilden zu lassen, machten 6 262 Frauen im Alter von 17 bis 50 Jahren Gebrauch. Erfreulich entwickelte sich die Zahl der Fortbildungsmaßnahmen von Schwesternhelferinnen: 9 879 Teilnehmerinnen bildeten sich weiter. Im Rahmen der SH-Kurse können auch männliche Teilnehmer zu Pflegediensthelfern ausgebildet werden. Dieses Angebot nutzten 1 135 junge Männer.

Zu den weiteren Ausbildungszweigen des Malteser-Hilfsdienstes zählen:

- Ausbildung von Althelfern/innen,
- Ausbildung von Laienhelfern/innen in der Altenpflege,



Oben: Die praktische Ausbildung beginnt bereits bei der MHD-Jugend.

Rechts: Über 6 000 Frauen machten von der Möglichkeit, sich zur Schwesternhelferin ausbilden zu lassen, Gebrauch.



- Ausbildung von Helfern/innen im Behindertenfahrdienst bzw. in der Behindertenarbeit,
- Durchführung von Kursen in Säuglingspflege sowie
- Einführungslehrgänge für Zivildienstleistende in den Bereichen Pflegehilfsdienst, Altenpflege, und Behindertendienst.

## Rettungswesen

314 159 mal, das entspricht einer Steigerung von 16,5% gegenüber dem Vorjahr, waren die Malteser im Rettungsdienst und Krankentransport tätig. Dabei legten sie 9 388 655 km zurück, das entspricht einer 235fachen Erdumrundung. Geleitet wurden diese Einsätze von 406 hauptamtlichen und ca. 2 100 ehrenamtlichen Rettungssanitätern.

Im Rahmen des Rückholdienstes, der jedem Mitglied des MHD offensteht, führte der Malteser-Hilfsdienst 2 646 Transporte im In- und Ausland durch. Die weiteste Entfernung wurde für die Rückholung von zwei Schwerverletzten aus Mauretanien mit einem Ambulanzjet zurückgelegt. Entgegen der landläufigen Meinung, daß die Mehrzahl der Rückholdiensttransporte per Flugzeug zurückgelegt werden, waren 93% der Transporte bodengebunden und lediglich 183 Einsätze entfielen auf die Luftrettung.

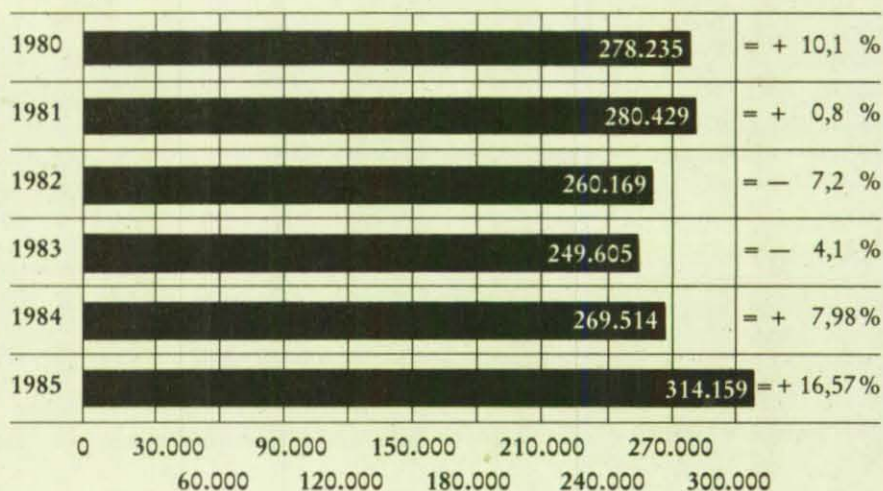
## Sanitätsdienst

1 246 778 Dienststunden, das entspricht der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit von 1 032 Arbeitnehmern, leisteten Malteser-Helferinnen und -Helfer bei 35 800

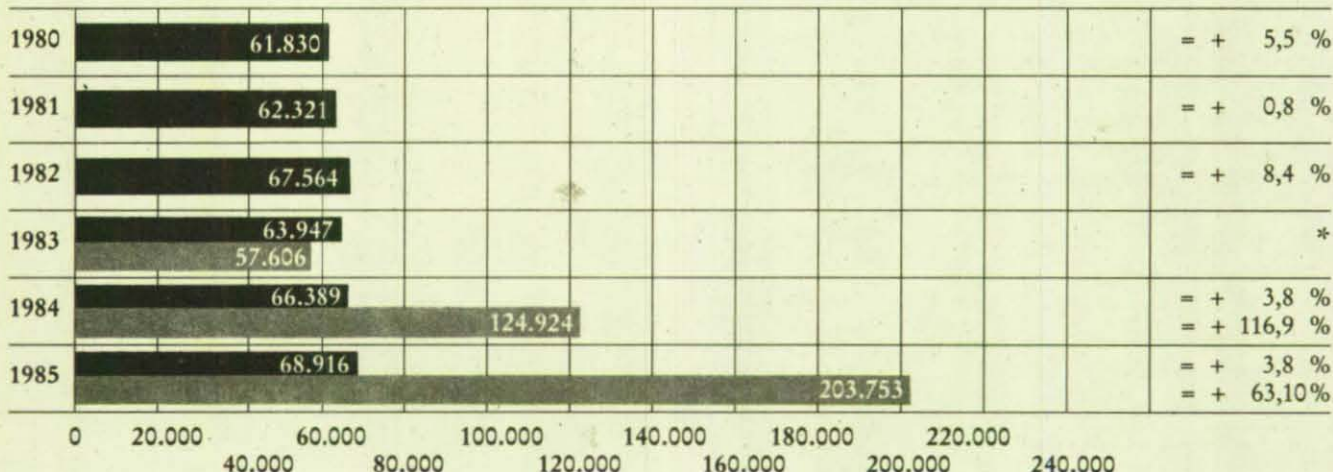


Um über 16 Prozent steigerten sich die Einsätze des MHD im Rettungsdienst und Krankentransport.

### Krankentransport und Rettungsdienst in den Jahren 1980 - 1985 (Einsätze)



### Mitgliederentwicklung in den Jahren 1980 - 1985

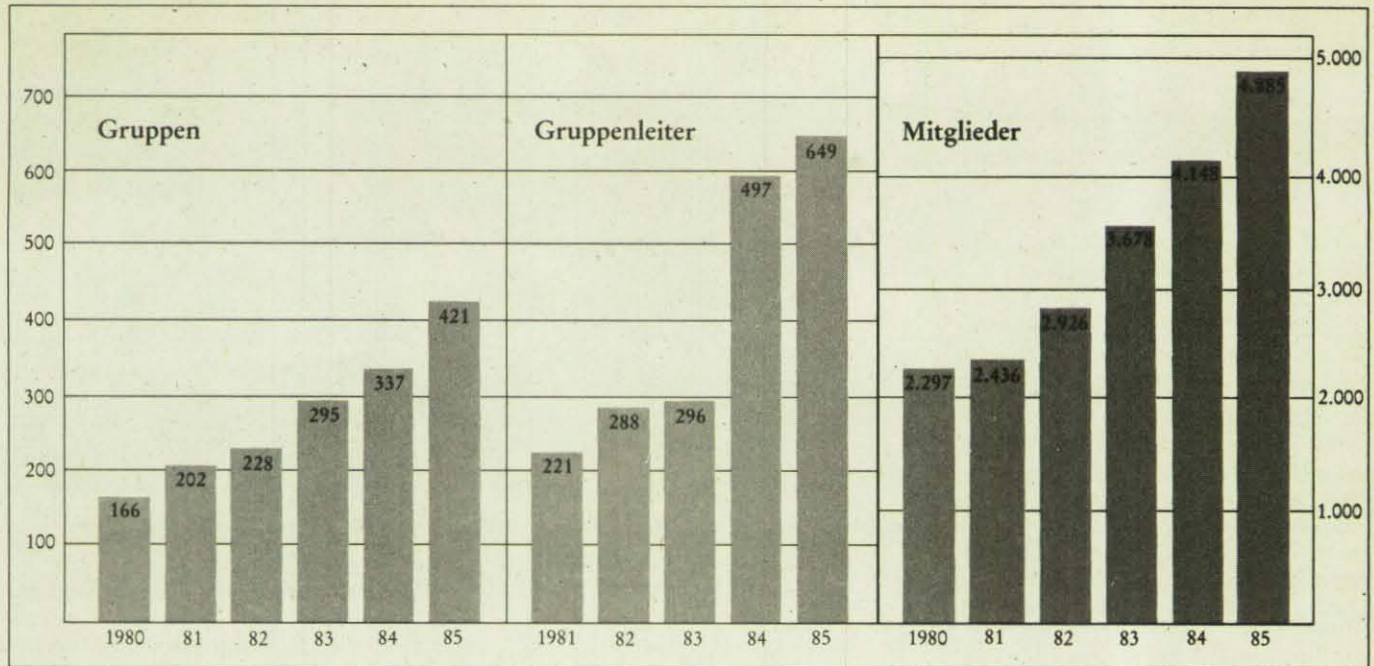


\* Im Jahresbericht 1983 wurde erstmals zwischen ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern unterschieden.

■ außerordentliche Mitglieder    ■ ordentliche Mitglieder



# Malteser-Jugend 1980 - 1985



Sanitätsdienst-Einsätzen. Dabei wurden 112 654 Hilfeleistungen erbracht.

## Soziale Dienste

Mittlerweile sind die Sozialen Dienste aus dem Aufgabenspektrum des Malteser-Hilfsdienstes nicht mehr wegzudenken. Allerdings würde man den Charakter der Sozialen Dienste mißverstehen, wollte man ihren Nutzen ausschließlich an Zahlenkolonnen, Dienststunden und Beförderungsleistungen messen. Viel wichtiger – und dies läßt sich nicht in Grafiken darstellen – ist das persönliche Bemühen um hilfebedürftige Menschen.

Die vielfältigen Aufgaben, die im Rahmen der Sozialen Dienste übernommen wurden, gliedern sich wie folgt:

1. Behindertenfahrdienst (Linienfahrdienst und Individualverkehr),
2. Mobile Hilfsdienste,
3. Mahlzeitendienste (Essen auf Rädern),
4. Betrieb von Hausnotrufzentralen,
5. Unfallfolgedienst,
6. Medikamentennotdienst,
7. Unterhaltung von Kleiderkammern und Möbellagern,
8. Sonstige Betreuungsmaßnahmen (z. B. Patientenbegleitedienst).

Gegenüber dem Vorjahr verdoppelte sich die Zahl der an MHD-Hausnotrufzentralen angeschlossenen Teilnehmer auf 229. Zehn Dienststellen betreiben Hausnotrufzentralen: Aachen, Jülich, Essen, Konstanz, Bonn, Rheinbach, Oestrich-Winkel, Ludwigshafen, Trier und Lübeck.

Von den 1 456 registrierten Anrufen, die bei den Hausnotrufzentralen eingingen, handelte es sich um 37 medizinische Notfälle:

## Mitgliederentwicklung

Die Zahl der außerordentlichen Mitglieder stieg von 124 924 im Jahre 1984 auf 203 753. Das ist eine Steigerung von 63,1%. Das Vertrauen, das die außerordentlichen Mitglieder in die Arbeit des Malteser-Hilfsdienstes setzen, verpflichtet zum verantwortungsvollen Umgang mit den Mitgliedsbeiträgen und ermutigt zugleich die 28 635 in Gruppen aktiven Helferinnen und Helfer ihren freiwilligen und ehrenamtlichen Einsatz im Dienst am Nächsten fortzusetzen.

Die Zahl der ordentlichen Mitglieder beträgt 68 916, davon sind 44 805 aktive Malteser.

## Malteser-Jugend

Das Wachstum der nun „sechsjährigen“ Malteser-Jugend setzte sich auch 1985

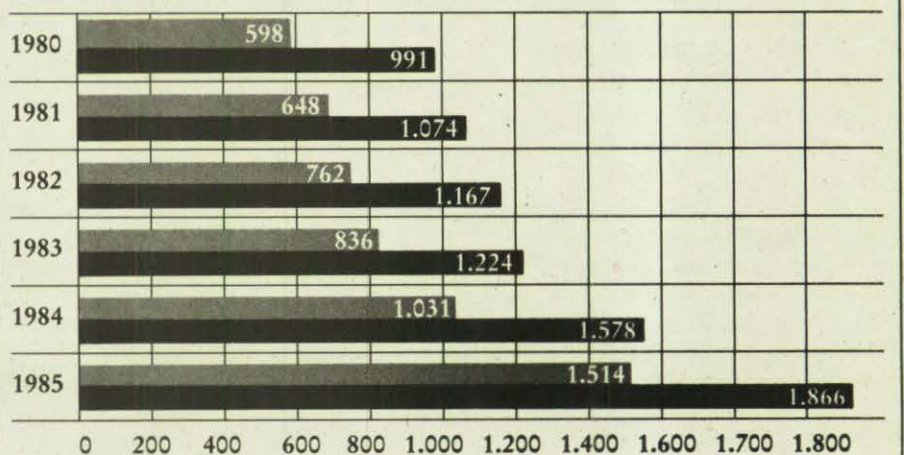
unbeirrt fort. So wurden Ende des Jahres 4 885 jugendliche Mitglieder in den Gruppen gezählt, die von 649 qualifiziert ausgebildeten Gruppenleitern betreut werden. Bezogen auf diese überdurchschnittlichen Zuwachsraten liegt die Malteser-Jugend an der Spitze der Jugendorganisationen in der Bundesrepublik.

Als Ansporn diente die Jahresaktion „Aufbruch '85“. Bei dieser bundesweiten Aktion spürten die Jugendlichen in Eigeninitiative Notlagen in ihrer Gemeinde auf und führten entsprechende Hilfs- und Betreuungsmaßnahmen durch.

Neben der Jahresaktion zählten zu den Gruppenaktivitäten: Gesprächs- und Bildungsarbeit, Erste-Hilfe- und Sanitätsausbildung, Spiele, Sport, Bastelarbeiten, Besinnung, Fahrten und Lager sowie Begleitung von Sanitätseinsätzen.

Alljährlicher Höhepunkt der Mitgliederaktivitäten ist das Bundeslager, das 1985

## Anzahl der Zivildienstleistenden und der anerkannten Zivildienstplätze 1980 - 1985



■ = Zivildienstleistende ■ = anerkannte Zivildienstplätze



mit 250 Jugendlichen aus 26 Gruppen im Sauerland stattfand.

## Zivildienst

1 514 (Vorjahr: 1 030) Zivildienstleistende waren in den Tätigkeitsbereichen: Krankentransport und Rettungsdienst, Pflegehilfs- und Betreuungsdienste, Mobile Soziale Hilfsdienste und individuelle Schwerstbehindertenbetreuung im Einsatz (Stichtag: 31. 12. 1985). Dank der guten Arbeit in den Zivildienststellen konnten rund 80% der zur Verfügung stehenden Zivildienstplätze mit Zivildienstleistenden besetzt werden. Insgesamt verfügen die Malteser über 1 866 Zivildienstplätze in 173 Zivildienststellen.

## Zivil- und Katastrophenschutz

8 523 vom Wehrdienst freigestellte Helfer nach § 8 (2) des Katastrophenschutzgesetzes waren im Berichtsjahr in 471 Katastrophenschutz-Einheiten verpflichtet und tätig. Die erneuten Diskussionen um die Novellierung des Zivilschutzgesetzes konnten nicht abgeschlossen werden, da seitens der beteiligten Hilfsorganisationen noch Bedenken gegen das neue Zivilschutzgesetz geltend gemacht wurden.

## Auslandsdienst

Initiiert durch eine Südamerikareise des MHD-Generalsekretärs wurden im Laufe vergangener Jahre mehrere Hilfsprojekte entwickelt. Durch diese direkte und projektbezogene Unterstützung von Aktivitäten des Malteser-Ritter-Ordens in Südamerika wurde Verantwortung für die Dritte Welt und insbesondere ihre Kinder übernommen.

Zu den Projekten zählten:

1. „Aktion: 50 Kühe für do Prata“ (Unterstützung einer Leprastation)
2. Übernahme von Schüler- und Lehrpatenschaften, Beschaffung des notwendigen Schulmaterials für eine Schule in Salvador de Bahia sowie
3. Unterstützung eines Krankenhauses im brasilianischen Macapa.

Zum Jahresende wurde der Auslandseinsatz des Malteser-Hilfsdienstes im Hungergebiet von Äthiopien beendet. Insgesamt wurden im Verlauf des Jahres 37 Helfer und Helferinnen in Makale eingesetzt: sechs Ärzte/Ärztinnen, zwölf Krankenschwestern, zehn Krankenpfleger, sechs Techniker, eine Unterrichtsschwester und zwei medizinisch-technische Assistentinnen. Ihre Aufgabe war die Durchführung eines Intensiv-feeding-Programms mit medizinischer und techni-



Im Rahmen des Auslandseinsatzes des MHD wurden auch Fahrzeuge und Geräte zur Verfügung gestellt.

scher Betreuung der notdürftig untergebrachten Flüchtlinge.

Das Hilfsprojekt wurde Ende des Jahres in äthiopische Hände und Verantwortung übergeben.

Die intensive medizinische Betreuung der Leprapatienten im thailändischen Grenzgebiet wurde auch 1985 fortgesetzt. Neben der medizinischen Betreuung wurde vor allem die Produktion in der Näherei, Stoff- und Mattenweberei, Schreinerei,

Schuhmacherei und Stickerei vorangetrieben. Es ist zu hoffen, daß in zwei bis drei Jahren fast alle Patienten von der Leprakrankheit geheilt sein werden.

Monika Windbergs

Bei Voreinsendung von DM 6,- (in Form von Briefmarken) stellt Ihnen der Malteser-Hilfsdienst den gesamten Jahresbericht 1985 einschließlich eines umfangreichen Tabellenteils zur Verfügung.

# Malteser wollen zur Organspende motivieren

Auf das Schicksal chronisch nieren-, herz- und leberkranker Patienten, die auf die Übertragung eines Spenderorgans warten, wies der Malteser-Hilfsdienst hin. Anlaß hierfür war der „Tag der Organspende“, zu dem die Interessenverbände der Dialysepatienten und Nierentransplantierten sowie der „Arbeitskreis Organspende“ den 7. und 8. Juni 1986 ausgerufen hatten.

Der MHD, Mitglied des Arbeitskreises, macht vor allem in seiner Aus- und Fortbildungsarbeit auf das Thema aufmerksam. Für seine Lehrkräfte entwickelte er ein eigenes Unterrichtsprogramm zur Organspendeproblematik, das in den Lehrstoff der verschiedenen Kurse integriert werden kann. Angesichts von über 120 000 Ausbildungen pro Jahr sieht die Hilfsorganisation darin den sinnvollsten Weg, um möglichst viele Bundesbürger zu diesem „Akt der Nächstenliebe“ (so

die Haltung der großen christlichen Kirchen zur Organspende) zu motivieren.

Organtransplantationen gewinnen in der heutigen Medizin zunehmend an Bedeutung, was nicht zuletzt durch die Existenz von 24 Transplantationszentren allein in der Bundesrepublik dokumentiert wird. Allerdings stehen diese vor dem großen Problem, daß sie weitaus mehr Spenderorgane benötigen, als sie für Ernstfälle gegenwärtig zur Verfügung haben. So wurden beispielsweise 1984 1274 Nierenübertragungen vorgenommen, aber rund 2 000 wären notwendig gewesen, hätte man in allen erforderlichen Fällen helfen wollen. Zu wichtigen Eingriffen zählen darüber hinaus Leber- und Herzverpflanzungen sowie zur Abwendung von Blindheit und Taubheit die Übertragung von Augenhornhaut und Gehörknöchelchen.



## 5. Bundeswertungsspielen der musiktreibenden Züge der Feuerwehr



Die rheinland-pfälzische Stadt Wissen/Sieg war am Samstag, dem 7. und Sonntag, dem 8. Juni 1986, Austragungsort des 5. Bundeswertungsspiels der musiktreibenden Züge der Feuerwehr, an dem 44 musiktreibende Züge mit rd. 1 800 Musikern teilnahmen. Diese vom Deutschen Feuerwehrverband erstmals von nunmehr 25 Jahren ausgerichtete Bundesveranstaltung hat in den letzten sechs Jahren zunehmendes Interesse gefunden und wird künftig in einem vierjährigen Abstand durchgeführt. Die bisherigen Bundeswertungsspiele waren

1. 1961 Bad Godesberg (im Rahmen des 23. Deutschen Feuerwehrtages)
2. 1970 Münster (im Rahmen des 24. Deutschen Feuerwehrtages)
3. 1980 Hannover (im Rahmen des 25. Deutschen Feuerwehrtages)
4. 1983 Grünberg/Hessen
5. 1986 Wissen/Rheinland-Pfalz
6. Das 6. Bundeswertungsspiel findet im Juni 1990 in Friedrichshafen/Bodensee im Rahmen des 26. Deutschen Feuerwehrtages statt.

Das Wertungsspielen soll den in der Bundesrepublik bestehenden insgesamt rd. 1 100 musiktreibenden Zügen der Feuerwehr (mit ca. 30 000 Musikern) Gelegenheit geben, ihre Leistungen von einem berufenen Gremium prüfen zu lassen, um u. a. dadurch Hinweise und Rat-

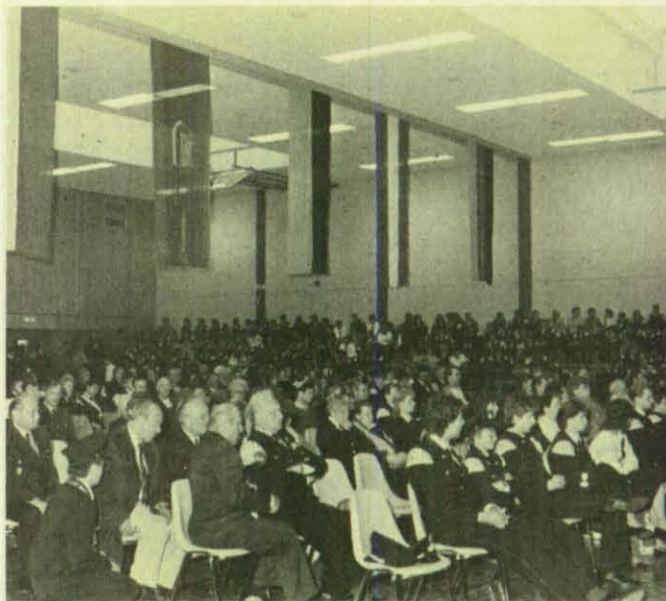
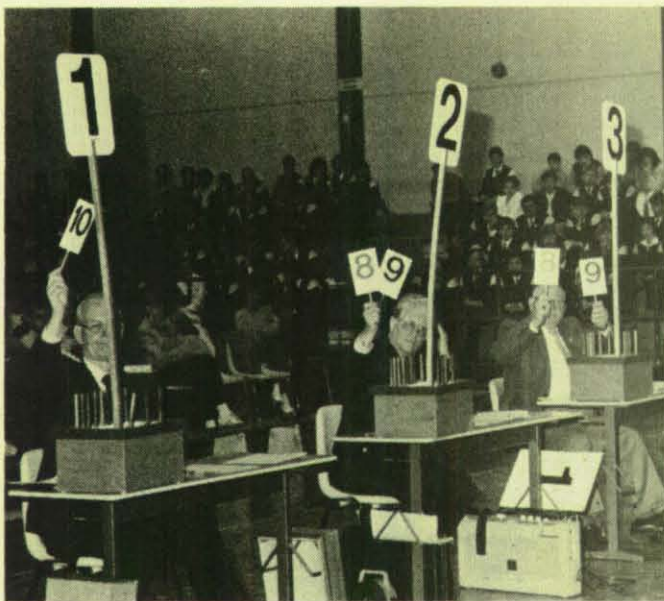
schläge zu erhalten, die für ihre Aufwärtsentwicklung von Nutzen sind. Dieses Wertungsspielen dient aber andererseits auch der Förderung der Kameradschaft untereinander und der Förderung des Interesses am Musizieren in den Feuerwehren.



Das Wertungsspielen der musiktreibenden Züge der Feuerwehr besteht aus dem Bühnenspiel mit zwei Musikvorträgen und dem Straßenspiel mit einem Musikvortrag. Neben der Bewertung von Reinheit, Rhythmus/Dynamik und musikalischer Ausführung wurden auch Haltung und Auftreten des Zuges bewertet. Das Straßenspiel litt dieses Jahr unter ständigem Regen, so daß nur Unentwegte am Straßenrand standen und dem Musizieren lauschten.

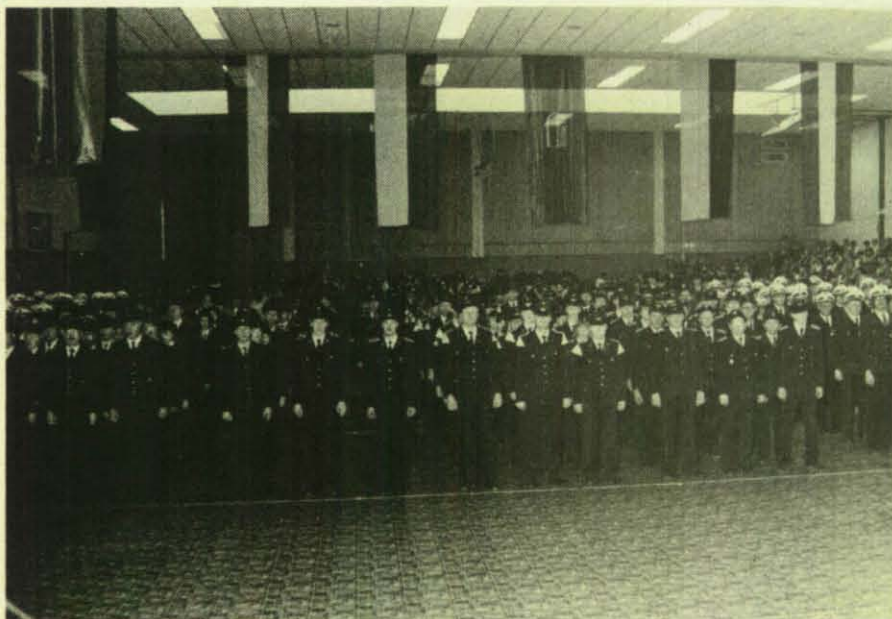






Links: Die Bewertung der Vorträge erfolgte durch ein dreiköpfiges Wertungsgericht. Die Anzeige der Wertungspunkte beim Bühnenspiel erfolgte nach jedem Vortrag in Form einer sogenannten „Olympia-Wertung“. Das diesjährige Wertungsspielen stellte für die Wertungsrichter eine enorme Belastung dar. Das Wertungsgericht für das Bühnenspiel mußte 88 Musikstücke bewerten und dabei bis zu neun Stunden konzentriert hören und beobachten. Die Wertungsrichter beim Straßenspiel hatten bei den 44 Zügen rd. 14 km zu marschieren, um zu ihren

Wertungen zu kommen. Beide Zahlen verdeutlichen, wie belastend die Aufgabe für ein Wertungsgericht sein kann. – Rechts: Die Großsporthalle der Wissener Hauptschule bot gute Bedingungen für das Bühnenspiel. Wenn auch sicherlich wegen der schlechten Witterung nicht die erhofften Zuschauerzahlen aus der Stadt und der weiteren Umgebung kamen, so war die Großsporthalle doch ständig gut besetzt.



Oben links und rechts: Da das für die Siegerehrung vorgesehene Stadion wegen der starken Regenfälle nicht benutzbar war, fand diese an beiden Veranstaltungstagen in der Großsporthalle statt. Präsident Struve bedankte sich bei den Teilnehmern, den Organisatoren und der gastgebenden Stadt für den guten Ablauf der Veranstaltung und die guten Leistungen.

Das nebenstehende Foto dokumentiert einen Ausschnitt von der Siegerehrung, die von Präsident Struve (rechts) und Bundesstabführer Diefenbach (Mitte) durchgeführt wurde. Fotos: Voßmeier





Am diesjährigen Bundeswertungsspielen nahmen die vorher beim Landeswertungsspielen (mit Ausnahme Schleswig-Holstein) ermittelten musiktreibenden Züge aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein teil. An jedem der beiden diesjährigen Veranstaltungstage fand eine Siegerehrung für die jeweils angetretenen Wertungsgruppen (Samstag: Spielmannszüge, Gemischte Züge; Sonntag: Fanfarenzüge, Musikzüge) statt, so daß den meisten Zügen Gelegenheit gegeben war, am Veranstaltungstag an- und abzureisen, wodurch letztlich manchem Teilnehmerzug erhebliche Übernachtungskosten erspart wurden. Andererseits nutzten einige Teilnehmerzüge aber auch die Gelegenheit, um die Fahrt nach Wissen mit einem verlängerten Wochenendausflug zu verbinden, wozu man in der näheren Umgebung in Gasthöfen und Hotels „Quartier gemacht“ hatte.

Die Gastgeberstadt hatte gute Voraussetzungen für die Veranstaltung. Das Bühnenspiel fand in einer sich hierfür gut eignenden Großsporthalle in der Hauptschule statt und das Straßenspiel im Stadtzentrum auf der hierfür speziell für den Verkehr gesperrten „Rathausstraße“. Dank einer guten organisatorischen Vorbereitung und der tatkräftigen Unterstützung durch die Freiwillige Feuerwehr Wissen (unter Mithilfe des Kreisfeuerwehrverbandes Altenkirchen) konnte diese Großveranstaltung reibungslos abgewickelt werden. Nicht zufrieden waren Organisatoren, Teilnehmer und Gäste aber mit „Petrus“, weil er an allen Veranstaltungstagen mehr oder weniger stark seine Regenpfoten öffnete, worunter vornehmlich das Straßenspiel zu leiden hatte und weshalb vermutlich auch so wenig Zuhörer aus der Bevölkerung zum Straßen- und Bühnenspiel kamen.

Der beim diesjährigen Bundeswertungsspielen gezeigte Leistungsstand war nach einhelliger Auskunft aller Fachleute gegenüber den früheren Bundeswertungsspielen wesentlich höher, was letztlich aus den errungenen Rängen deutlich zum Ausdruck kommt. Der diesjährige hohe Anteil des Platzes „1. Rang“ (siehe Tabelle) gibt aber auch Anlaß zum Nachdenken, ob die derzeitigen Bewertungskriterien ggf. geändert werden müssen, damit an der Spitze eine bessere Differenzierung in der Leistung und Platzierung zum Ausdruck kommt. Es gab bereits Stimmen, die darauf hinwiesen, ob es das Ziel einer Bewertung bleiben kann, daß – wie in Wissen – zwei Drittel der Teilnehmerzüge den „1. Rang“ erreichen und die Besten nicht deutlicher hervorgehoben werden. Es muß künftig sicherlich so sein, daß kein Teilnehmerzug zu einem Wertungsspielen fährt mit der „Sicherheit:“ „Einen schlechteren Rang wie

## Zeitplan

### Samstag, den 7. Juni 1986

Teilnehmer: Spielmanns-, Fanfaren- und Gemischte Züge

9.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Wertungsspielen/Bühnenspiel in der Großsporthalle/Hauptschule

10.30 Uhr bis 15.00 Uhr

Wertungsspielen/Straßenspiel in der Rathausstraße

19.00 Uhr

Siegerehrung

### Sonntag, den 8. Juni 1986

Teilnehmer: Musikzüge

9.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Wertungsspielen/Bühnenspiel in der Großsporthalle/Hauptschule

10.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Wertungsspielen/Straßenspiel in der Rathausstraße

16.00 Uhr

Siegerehrung

## Bundeswertungsspielen – Teilnehmerzüge –

Bundesländer	Teilnehmerzüge											
	1.: 1961		2.: 1970		3.: 1980		4.: 1983		5.: 1986			
	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist	soll	ist		
Baden-Württemberg			9	5	12	10	8	8	8	7		
Bayern			9	2	4	1	3	–	3	–		
Berlin			–	–	–	–	–	–	–	–		
Bremen			–	–	1	–	1	–	1	–		
Hamburg			1	1	1	1	1	1	1	–		
Hessen			9	6	11	11	9	9	11	10		
Niedersachsen			9	11	12	10	11	11	12	11		
Nordrhein-Westfalen			9	9	9	7	8	6	8	8		
Rheinland-Pfalz			5	–	3	3	3	3	5	4		
Saarland			5	1	1	1	1	–	1	–		
Schleswig-Holstein				5	5	6	6	5	5	6	4	
Summen:			14		62	40	60	50	50	43	56	44

## Bundeswertungsspielen – erzielte Ränge –

Bundesländer	1.: 1961			2.: 1970			3.: 1980			4.: 1983			5.: 1986		
	G	S	B	G	S	B	G	S	B	G	S	B	G	S	B
Baden-Württemberg				–	3	2	–	4	6	–	8	–	5	2	–
Bayern				–	1	1	–	–	1	–	–	–	–	–	–
Berlin				–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Bremen				–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Hamburg				–	1	–	–	1	–	–	1	–	–	–	–
Hessen				6	–	–	9	2	–	9	–	–	8	2	–
Niedersachsen				1	10	–	2	1	7	4	7	–	8	3	–
Nordrhein-Westfalen				2	7	–	–	3	3	3	2	1	4	4	–
Rheinland-Pfalz				–	–	–	1	–	1	2	1	–	4	–	–
Saarland				–	1	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–
Schleswig-Holstein				–	5	–	1	–	5	1	3	1	1	3	–
(außerhalb der Wertung)				–	–	–	–	–	(2)	–	–	–	–	–	–
Summen:	14	–	–	9	28	3	13	11	24	19	22	2	30	14	–

G = Gold, S = Silber, B = Bronze



## 5. Bundeswertungsspielen – Ergebnisse –

Bundesländer	Wertungsgruppe:						Erreichte Punkte in der Wertung	Erreichter Rang in der Wertungsgruppe		
	1	2	3	4	5	6		1. Gold	2. Silber	3. Bronze
<b>Baden-Württemberg</b>										
1 Renchen	a	-	-	-	-	-	261,1	1.		
2 Echterdingen	a	-	-	-	-	-	258,2		2.	
3 Offenburg	a	-	-	-	-	-	260,5	1.		
4 Pforzheim	a	-	-	-	-	-	260,8	1.		
5 Nürtingen	b	-	-	-	-	-	262,4	1.		
6 Echterdingen	-	-	x	-	-	-	258,8		2.	
7 Offenburg	-	-	-	-	-	x	261,2	1.		
<b>Hessen</b>										
1 Großen-Buseck	a	-	-	-	-	-	268,9	1.		
2 Kirchhain	b	-	-	-	-	-	264,6	1.		
3 Fränkisch-Crumbach	a	-	-	-	-	-	264,7	1.		
4 Atzbach	b	-	-	-	-	-	264,6	1.		
5 Bad Schwalbach	a	-	-	-	-	-	258,0		2.	
6 Oberkleen	a	-	-	-	-	-	255,2		2.	
7 Holzheim	-	x	-	-	-	-	265,0	1.		
8 Steinau	-	-	x	-	-	-	265,9	1.		
9 Homberg/Ohm	-	-	x	-	-	-	263,5	1.		
10 Bad Schwalbach	-	-	-	x	-	-	268,1	1.		
<b>Niedersachsen</b>										
1 Königslutter	b	-	-	-	-	-	263,3	1.		
2 Peine-Salzgitter	b	-	-	-	-	-	261,7	1.		
3 Rhode	b	-	-	-	-	-	260,5	1.		
4 Misburg	b	-	-	-	-	-	255,3		2.	
5 Hannover	b	-	-	-	-	-	255,9		2.	
6 Banteln	-	-	-	x	-	-	265,7	1.		
7 Delligsen	-	-	-	x	-	-	264,3	1.		
8 Goslar	-	-	-	x	-	-	265,3	1.		
9 Parsau	-	-	-	x	-	-	262,0	1.		
10 Nette	-	-	-	x	-	-	263,3	1.		
11 Betheln	-	-	-	x	-	-	—*)		2.	
<b>Nordrhein-Westfalen</b>										
1 Deuz	b	-	-	-	-	-	265,0	1.		
2 Beleck	b	-	-	-	-	-	263,0	1.		
3 Neunkirchen-Seelscheid	a	-	-	-	-	-	255,7		2.	
4 Eschweiler	b	-	-	-	-	-	259,8		2.	
5 Dülmen	b	-	-	-	-	-	266,9	1.		
6 Altena	b	-	-	-	-	-	253,0		2.	
7 Kleve	-	-	-	x	-	-	265,1	1.		
8 Detmold	b	-	-	-	-	-	257,1		2.	
<b>Rheinland-Pfalz</b>										
1 Asbach	b	-	-	-	-	-	261,1	1.		
2 Bingen-Dromersheim	-	-	-	x	-	-	265,9	1.		
3 Wissen	-	-	-	x	-	-	266,9	1.		
4 Dorn-Dürkheim	-	-	-	x	-	-	261,6	1.		
<b>Schleswig-Holstein</b>										
1 Ostermoor	b	-	-	-	-	-	258,8		2.	
2 Mölln	a	-	-	-	-	-	254,7		2.	
3 Kropp	-	-	-	x	-	-	264,1	1.		
4 Niendorf/St.	-	-	-	-	x	-	255,4		2.	
<b>Hinweis zu Gruppe 1:</b> a = mit Taktstock b = mit Tambourstab										

\*) Rückstufung wegen veränderter Besetzung vom 1. in 2. Rang

den ersten können wir überhaupt nicht erzielen." Mit dieser Thematik wird sich sicherlich der DFV-FA „Musik“ in den nächsten Tagungen beschäftigen müssen. Trotzdem bleibt für dieses Jahr die erfreuliche Feststellung, daß auf breiter Ebene ein gesteigener Leistungsstandard bei den musiktreibenden Zügen der Feuerwehr vorhanden ist.

Für die Bewertung an beiden Tagen standen zwei Wertungsgerichte mit je drei nicht der Feuerwehr angehörenden anerkannten Wertungsrichtern zur Verfügung, denen an dieser Stelle ein Dank für die allgemein anerkannte gute und objektive Bewertung gebührt; es gab keinerlei Beanstandungen. Sehr positiv hat sich die erstmals in diesem Jahr durchgeführte Wertungsdarstellung erwiesen, daß vom Wertungsrichter „3“ nach Beendigung des zweiten Vortrages beim Bühnenspiel dem jeweiligen Stabführer mit Begründung mitgeteilt wurde, welche Fehler in der Bewertung des Gesamtzuges (musikalische Ausführung, Haltung, Marschordnung, Stabführer) angerechnet werden; hierdurch gab es keine Unklarheiten. Eine weitere Neuerung beim diesjährigen Bundeswertungsspielen war, daß alle Züge nur Musikstücke spielen durften, die zuvor von der BDBV eingestuft (Selbstwahlliste der BDBV) waren und die den Bedingungen der „A-Klasse“ entsprachen (mindestens ein Musikstück „Oberstufe/Höchststufe“, kein Stück der „Unterstufe“). Obwohl sich diese Neuerung bei der Auswahl der Musikstücke bei einigen Zügen anfänglich als Problem herausstellte, erfüllten alle angetretenen Teilnehmerzüge letztlich diese sich auf den Leistungsstandard insgesamt positiv auswirkenden Vorgaben.

Eine gute Organisation der Gesamtveranstaltung war Grundlage dafür, daß rd. eine Stunde nach Ende des letzten Wertungsauftrittes bereits die Siegerehrung stattfinden konnte, jedoch wegen der schlechten Witterung nicht wie geplant, im örtlichen Stadion, sondern in der Großsporthalle unter „einem festen Dach“. Bei der von Präsident Struve vorgenommenen Siegerehrung konnten unter den zahlreichen Gästen u. a. Staatssekretär Basten (Innenministerium Rheinland-Pfalz) und an beiden Tagen Bürgermeister Scholl (Wissen) sowie die Vorsitzenden der Landesfeuerwehrverbände Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz begrüßt werden. Präsident Struve bedankte sich bei allen bei der Durchführung dieser zweitägigen Bundesveranstaltung beteiligten Dienststellen, Institutionen und Organisationen, aber insbesondere bei den Musikern der 44 Teilnehmerzüge für ihr Mitwirken, die sehr guten musikalischen Leistungen und ihr Engagement beim Musizieren in den Feuerwehren. Der gastgebenden Stadt gebührte sein besonderer Dank.



Die Propaganda-Kommission des Weltrettungsverbandes FIS tagte in Bulgarien

## DLRG-Werbe- und Informationsarbeit auf internationaler Ebene vorgestellt

Eine Ausstellung der Werbemittel der der Fédération Internationale de Sauvetage aquatique (FIS) angeschlossenen Mitgliedsnationen, die Vorstellung der Presse- und Werbearbeit der jeweils eigenen Gesellschaft sowie die Erarbeitung länderübergreifender Sicherheitssymbole und deren nationale Einführung standen im Vordergrund der Sitzung der FIS-Kommission für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Eingeladen zur ersten selbständigen Tagung dieser Kommission hatte das Bulgarische Rote Kreuz nach Sozopol ans Schwarze Meer. Teilnehmer seitens der DLRG war deren Leiter der Öffentlichkeitsarbeit und Mitglied des Präsidiums, Bernd Schäfer.

Die Sitzung der FIS-Propagandakommission begann im Ausbildungszentrum für Wasserrettung des Bulgarischen Roten Kreuzes in Sozopol am Schwarzen Meer. Nach Grußworten der Offiziellen der bulgarischen Wasserrettung bzw. des Bulgarischen Roten Kreuzes referierten die Kommissionsmitglieder aus der Werbe- und Informationsarbeit ihrer nationalen Verbände. Berichtet wurde über Strukturen und Inhalte der PR-Arbeit sowie über bestimmte Schwerpunkte aufgrund nationaler Gegebenheiten.

Am Nachmittag des Eröffnungstages galt die Arbeit der Analyse statistischer Zahlen. Im Vordergrund standen die Länder-Statistiken über die Zahl der Ertrinkungs-

toten. Wenngleich diese Zahlen auch aus allen an der Tagung teilnehmenden Nationen vorlagen, so war ein direkter Vergleich doch schwierig, weil die Zahlen nicht überall von den gleichen Voraussetzungen bzw. Grundlagen ausgingen.

Die Vorstellung der Plakate, Werbeschriften und Werbemittel, die zuvor nach Bulgarien eingesandt worden waren, und die von den Mitarbeitern der bulgarischen Wasserrettung zu einer eindrucksvollen Ausstellung zusammengestellt worden

waren, bildete den Abschluß des ersten intensiven Arbeitstages.

Der Sonnabend war der Präsentation der von den Delegationen mitgebrachten Medien vorbehalten. Als führend, zumindest was den Umfang und die Professionalität von Werbespots anbelangt, muß hier die schwedische Wasserrettungsgesellschaft angesehen werden. Das, was sie den Teilnehmern der Tagung präsentierte, und was von ihnen in Zusammenarbeit mit einem großen schwedischen Versi-



Rechts: Ein Teil der ausgestellten DLRG-Werbemittel.





cherer erstellt worden war, war schon beeindruckend – auch die Tatsache, daß es gelungen war, diese Spots mit Sicherheitshinweisen in das schwedische Fernsehen hineinzubringen.

Ein letzter Punkt galt der Schaffung einheitlicher Sicherheitssymbole. Dieses Thema war bereits in früheren Kommissionssitzungen intensiv behandelt worden. Die Teilnehmer erzielten Einigkeit, dieses Vorhaben erneut aufzugreifen und weiter zu verfolgen.

Gut vorbereitet war auch der touristische Teil des Bulgarienaufenthaltes. So bekamen die Teilnehmer neben einem großen internationalen Jugendcamp südlich von Sozopol auch die weitläufigen und sehr gepflegten Badestrände nördlich von Bourgas zu sehen. Doch was beeindruckte, waren weniger die aus dem Boden gestampften Hotelneubauten und Freizeiteinrichtungen, vielmehr waren es die Dichte und Organisation des Netzes der bulgarischen Wasserrettung. Das, was hier hinsichtlich der Sicherheit der Badegäste geleistet wird, und hierzu zählt auch ein wohl durchdachtes Notarzt- und Krankentransportsystem, ist schon beachtenswert.

Erlebnisreich war schließlich auch eine Schifffahrt mit dem Schulschiff des Ausbildungszentrums Sozopol. Hier bestand die Gelegenheit, sich den praktischen Zweck und die Aufgaben des Schiffes im Rahmen der Ausbildung von Rettungsschwimmern und Rettungstauchern erklären zu lassen.

Abschluß der Arbeitstagung war ein gemeinsames Abendessen im Ausbildungszentrum Sozopol. Hier hatten sich die Mitarbeiter der Schule wiederholt „so richtig ins Zeug gelegt“, um die ausländischen Gäste zum Abschied noch einmal die ganze Herzlichkeit bulgarischer Gastfreundschaft erfahren zu lassen.



Oben links: Begrüßung der Teilnehmer durch Dr. Radeva, Vizepräsidentin des Bulgarischen Roten Kreuzes.

Oben rechts: Das direkt am Schwarzen Meer gelegene Ausbildungszentrum der bulgarischen Wasserretter.

Rechts: DLRG-Repräsentant Bernd Schäfer (links) im Gespräch mit FIS-Tagungsteilnehmern.



## Schleppversuche und „Mann über Bord“

DLRG-Landesverband Bayern führte Ausbilder-Seminar durch

Zu einem dreitägigen Seminar für Bootsführer-Ausbilder des DLRG-Landesverbandes Bayern trafen sich am Chiemsee zwölf Teilnehmer aus den Bezirken Unterfranken, Mittelfranken, Schwaben und Alpenland. Die Ausbildungsleitung lag bei den beiden Bootsreferenten des Landesverbandes. Für den Großteil der Teilnehmer war es ein Wiederholungsseminar, für zwei Anwärter bedeutete es die (erfolgreiche) Prüfung zum Ausbilder.

„Abgeschlossen“ auf der Herreninsel konnten sich die Teilnehmer voll auf die unumgängliche Theorie konzentrieren. Die Neuerungen bezüglich der Binnenschiffahrtsordnung, der DLRG-Bootsführerprüfung sowie bei der Bootsgastenausbildung waren ebenso Schwerpunkte, wie der große Bereich der Wetterkunde. Hierfür konnte ein hochqualifizierter Referent, nämlich der Leiter der Geophysikalischen Abteilung der Bundeswehr, Fuchs,



gewonnen werden. Seine Themen waren allgemeine Wetterkunde, Wetterkartenkunde sowie eine Abhandlung über die Gegebenheiten am Chiemsee.

Der praktische Teil wurde von der Rettungswachstation Prien/Stock des DLRG-Ortsverbandes Traunstein-Siegsdorf aus gestartet. Auf vier Boote verteilt – der gastgebende OV, Geretsried und Wolf-ratshausen und dazu der Bezirk Schwaben hatten je ein Rettungsboot zur Verfügung gestellt – übten die Bootsführer-Ausbilder das, was sie zu anderer Zeit wiederum von ihren Schülern verlangen werden: Berge- und Schleppversuche mit herkömmlichen Segelschiffen und mit Mehrumpfbooten, „Mann-über-Bord“-Manöver, die Bergung von Verletzten.

Dazu kamen Anlegemanöver, auch an fahrenden Booten, und Formationsfahrten. Gewässerkunde, etwa das Erkennen von Untiefen und Strömungen, wurde ebenfalls in der Praxis geübt. Eine Nacht-orientierungsfahrt und eine kurzfristig an-gesetzte Funkübung rundeten das Lehr-gangsprogramm ab.

Der Bootsreferent des Bezirks Alpenland, Weichenrieder, lobte die gute Zusam-menarbeit mit den Teilnehmern, beson-ders auch beim Aufklaren der Boote nach Ende der Übung.

Zum Schulungspro-gramm des Bootsführer-Ausbildungsseminars gehörte auch das Ab-schleppen von Segel-booten und Mehrumpf-booten.



Bootsreferent Wei-chenrieder vom LV Bay-ern gibt den Seminar-teilnehmern letzte In-struktionen.



3. Internationaler Rettungsbootwettbewerb in Plasmolen (Holland)

## Ausbildungsveranstaltung der westfälischen DLRG in den Niederlanden

Guter Kontakt zur niederländischen Wasserrettungsgesellschaft wurde weiter vertieft

Es waren 17 westfälische Rettungszüge, die sich auf einem Autobahnrastplatz kurz vor der holländischen Grenze trafen, und die von Menno Rohn, dem Leiter der Rettungsbrigade Nijmegen zum Strandbad nach Plasmolen geleitet wurden. Der Küchenzug der DLRG Witten war bereits vorgefahren und konnte bei Ankunft der Kameradinnen und Kameraden gleich warme Getränke anbieten.

Den meisten der Teilnehmer waren die näheren Örtlichkeiten bereits bekannt. In unmittelbarer Nähe des DLRG-Zeltplatzes war die Rettungsstation der Nijmeger Kollegen am „Grooten Siep“, einem alten Arm der Maas. Anerkennung den holländischen Kameraden, die sogar eine Warmwasserdusche, gespeist von zwei Autogeysern, im Freien installiert hatten. Diese Dusche wurde am nächsten Tag



Die DLRG-Rettungsschwimmer aus Westfalen pflegen bereits seit vielen Jahren einen intensiven Kontakt mit den benachbarten Rettungsschwimmern aus den Niederlanden. Die diesjährige Ausbildungsveranstaltung darf erneut als Erfolg in der Weiterbildung von Rettungsschwimmern gewertet werden.





Stärkung nach erbrachter Leistung.

Fotos: Gotthardt

auch gerne in Anspruch genommen, da der Internationale Bootswettbewerb, wie schon einmal in Holland, bei sehr kaltem Wind und Regen stattfand. Zu den 17 westfälischen Mannschaften gesellten sich noch acht holländische Mannschaften der Brigaden Nijmegen, Dordrecht und Zandvoort.

Beim Bootswettbewerb wurden wieder die drei Disziplinen „Rettungsballwurf und Slalomkurs vorwärts“, „Bergen einer Puppe durch Taucher und Slalomfahrt hin vorwärts, zurück rückwärts“ und „Zeitfahren und Schleppen eines Bootes“ durchgeführt. Bei der Siegerehrung abends im Klubhaus in Nijmegen ging der erste

Preis, der Pokal des NRW-Kultusministers, an die Mannschaft des Bootes „Münster 1“.

Den zweiten Platz, und damit den Teller des Bundesaußenministers, errang das Boot „Dordrecht 1“ und den dritten Platz mit dem Ehrenpreis des DLRG-Landesverbandes Westfalen das Boot „Zandvoort 1“. Beachtlich auch die guten Plätze der Frauen aus Nijmegen mit dem Boot „Nijmegen 2“ und der Frauen des Bezirks Kreis Warendorf mit dem Boot „Wasserfloh“. Freitags starteten die westfälischen Boote, unter Führung eines holländischen Kameraden, zu einer ganztägigen Maas-Waal-Maas-Fahrt. Von der Maas aus ging es zunächst durch den Maas-Waal-Kanal, an Nijmegen vorbei, maasabwärts bis zur Werft in Deest.

Weiter waalabwärts ging es durch den Kanal von St. Andries, wieder die Maas hinauf bis Heerewarden.

Am Abend hatte man sich nach dem anstrengenden Tagesprogramm wieder im Nijmegischen Klubhaus eingefunden. Hier war von der Brigade Nijmegen zu einer Grillfete eingeladen worden.

Es war fast Mittag, als man sich am Sonntag verabschiedete. Bleibt zu hoffen, daß man sich bald bei einer Rückbegegnung in Deutschland wieder sieht.

Hermann Gotthardt

## Neues DLRG-Einsatzfahrzeug: ein Krankenwagen

Kürzlich wurde der Presse und dem Rundfunk das neue DLRG-Krankenkraftfahrzeug mit kompletter Rettungsausrüstung in Ludwigshafen vorgestellt. Das Fahrzeug war eine Spende eines Betriebes aus Ludwigshafen. Viel Arbeit und Geld mußte zusätzlich investiert werden, damit das Fahrzeug den DLRG-Aufgaben voll dient.

In Ludwigshafen hatte man schon immer ein Rettungsfahrzeug in DLRG-Bereitschaft. Aber dieses Fahrzeug wurde durch das Alter immer kostenanfälliger. Das nun gespendete Fahrzeug wurde vollkommen überholt, instand gesetzt und mit einem Anstrich versehen, der den Standards der DLRG entspricht.

Auch die Inneneinbauten wurden verändert, auf die Belange der Rettungstaucher, abgestellt. Die DLRG Ludwigshafen brachte hierzu noch einen Betrag von 12 000,- DM auf. Damit nicht genug, die DLRG-Aktiven investierten 500 Stunden Eigenleistung, um das Fahrzeug für den Rettungseinsatz bereitzustellen.

Schließlich war es soweit, man konnte das neue Einsatzfahrzeug in Dienst stellen. Es birgt in sich eine ausfahrbare Krankentrage, einen transportablen Kom-

pressor, Elektrolunge, Sauerstoffkoffer, Ärzetasche, zwei komplette Taucherausrüstungen, Ambu-Beatmer sowie Rettungsgeräte der DLRG.



Das neue DLRG-Einsatzfahrzeug.

Foto: Heinrich



# Modernes DLRG-Ausbildungs- und Einsatzzentrum verbessert die Lehr- und Rettungsarbeit

Rechtzeitig zum Beginn der Wassersaison konnte der Bezirk Krefeld ein Ausbildungs- und Einsatzzentrum am Elfrather See eröffnen. Damit hat der heimatlose Zustand ein Ende gefunden, der seit mehr als zehn Jahren bestand. Krefelds Oberbürgermeister Dieter Pützhofen übergab das Haus der DLRG zur Miete, Eigentümer bleibt die Stadt. Es kostete rund 200 000 DM.

Das 120 m<sup>2</sup> große Haus hat Schulungsräume, Aufenthalts- und Sanitätsraum, eine Küche sowie Garagen für Rettungsfahrzeuge und Einsatzleitstelle. Es dient als zentrale Wachstation ebenso wie als Ausbildungszentrum.

OB Pützhofen betonte, daß die Investition der Stadt schon wegen der Jugendarbeit lohnend sei, die von der DLRG betrieben werde. Die Stadt wolle mit ihrem finanziellen Einsatz auch für die Schwimm Ausbildung in den Krefelder Bädern danken. Bezirksleiter Fritz Wohl gemuth, der einen überdimensionalen Hausschlüssel entgegennahm, versicherte, daß die DLRG ihren Aufgaben jetzt noch intensiver, mit noch mehr Elan nachgehen werde. LV-Vi-

Stationseinweihung in Krefeld: Bezirksleiter F. Wohl gemuth, Oberbürgermeister D. Pützhofen, LV-Vizepräsident L. Chauvistré (v. l. n. r.).  
Foto: Mey



zepräsident Leopold Chauvistré erinnerte an die lange Krefelder Wasserrettungstradition seit Franz Klaes, einem der Mitgründer der rheinischen DLRG, und verwies darauf, daß der freiwillige Dienst der Rettungsschwimmer ein gutes Äquivalent zu den Kosten des Hauses sei.

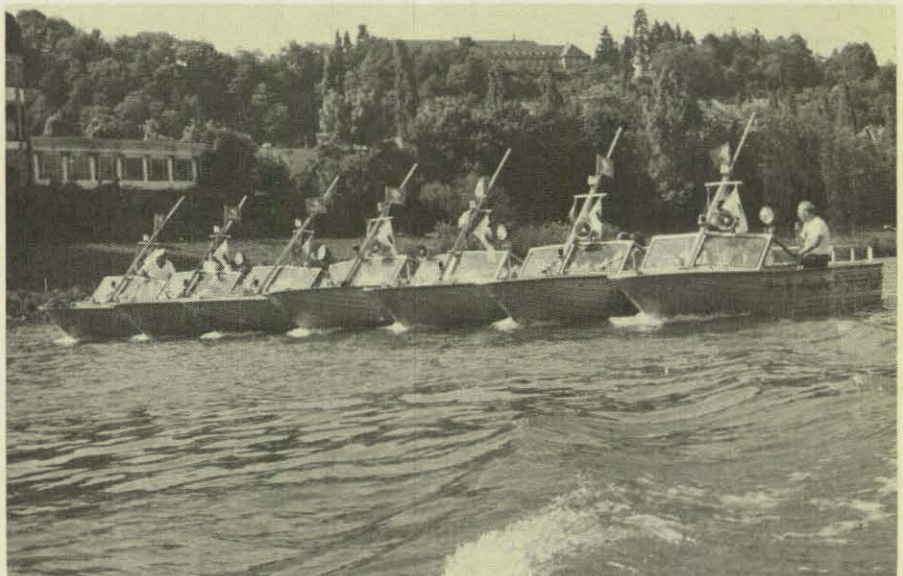
Bezirkseinsatzleiter Needer schilderte die Aktivität der Krefelder DLRG am Elfrather

See, der an sonnigen Sommertagen mitunter von 4 000 bis 5 000 Schwimmern und Nichtschwimmern besucht wird. Er wird ständig von neun Wachgängern beobachtet, zwei kontrollieren das Geschehen von einem Wachturm aus.

Bei Erbsensuppe und Bier wurde das Ereignis anschließend noch ausgiebig gefeiert.

## DLRG-Katastrophenschutz-Vorführung auf dem Rhein

Die DLRG- „Katastrophenschutz-Wasservorführung“ auf dem Rhein vor einer Zuschauerkulisse von vielen tausend Menschen während der Rheinland-Pfalz-Tage 1986 in Worms verlief genau nach Plan im vorgegebenen Zeitraster. Die Veranstaltungsleiter waren außerordentlich zufrieden mit den Vorführungsinhalten und dem DLRG-Timing. Auch die DLRG Rheinland-Pfalz war mit ihrem Engagement zufrieden, man hatte werbewirksam den eigenen Verband vorstellen können und viele Menschen ansprechen und erreichen können. Während der Wasservorführungen erhielten die Bootsführer und beteiligten Rettungstaucher fünfmal kräftig Beifall – die Bootsmanöver kamen an.



Rechts: Anschaulich waren die Vorführungen der DLRG auf dem Rhein.



Hier ein kleiner Überblick über das Programm der DLRG-Katastrophenschutz-Boote. In Sachen Wasserrettung waren zehn Boote aus den verschiedenen Standorten an Rhein und Mosel zusammenbeordert worden. Die Vorführung wurde eingeleitet mit der neuesten Errungenschaft, dem Boot mit der „Adler 10“-Bezeichnung. Sein Manöver „Mann über Bord“, durchgeführt aus voller Fahrt, war nach 16 Sekunden beendet. Es schlossen sich dann Fahrmanöver von acht Katastrophenschutz-Booten an. Kiellinie wurde vorgeführt, Dwars-Fahren, also das Halten einer Seitenlinie, um aus dieser Formation zum Koppelverband überzugehen. Der unzweifelhafte Höhepunkt war das Fahren des Begegnungsmanövers. Zwei Dwars-Formationen liefen mit hoher Geschwindigkeit aufeinander zu und durchschnitt sich. Beim Durchfahren der jeweiligen Heckwelle spritzte das Wasser so hoch, daß für Augenblicke die Boote der Sicht entchwanden. Man kann es sich leicht vorstellen, dafür gab es Beifall von den Zuschauern. Die letzte Übung zeigte das Absetzen von Rettungstauchern aus schnellaufenden Booten. Nach dem Auftauchen und Formieren wurden seitens der Schwimmer Magnesiumfackeln gezündet. Auch das Aufnehmen der Taucher klappte problemlos, man hatte es vorher geübt.

Die DLRGler aus Rheinland-Pfalz haben in Worms 1986 auf dem Rhein vor vielen Zuschauern und unter den sachverständigen Augen der Hilfsorganisationen eine anerkennenswerte gute Leistung gezeigt.

## Neues DLRG-Rettungsdienstfahrzeug bestand seine Bewährungsprobe

Jüngst konnte die Gruppe Schutterwald ihr neues Rettungsdienstfahrzeug einweihen. Finanziert aus Mitteln des Rettungsdienstgesetzes Baden-Württemberg und mit Zuschüssen des Ortenaukreises, der Stadt Offenburg und der Gemeinde Schutterwald sowie mit einer Reihe weiterer Spenden, hat das komplette Fahrzeug rund 100 000,— DM gekostet. Es bietet neun Personen Platz; im Innenraum sind sechs Tauchausrüstungen unterge-

Das Rettungsdienstfahrzeug in Schutterwald.



bracht, außerdem ein Notfallkoffer. Das Fahrzeug ist mit Funk und Sondersignalen ausgestattet.

Schon bald wurde das Fahrzeug zum ersten Einsatz mit seinem Einsatztrupp gerufen, als sich an der Schiffsanlegestelle eines Kieswerks bei Meißenheim ein tragischer Verkehrsunfall ereignet hatte. Eine 62jährige Frau war dort mit ihrem Auto zum Damm des Rheinseitenarmes hochgefahren. Auf der Dammhöhe erschrak sie angesichts des Rheinwassers, verwechselte Brems- mit Gaspedal, und das Auto fuhr den sechs Meter hohen Rheindamm hinunter und stürzte ins Wasser. Während der kurzen Schwimmphase konnte sich die Frau aus dem Auto retten, während ihr 72jähriger Ehemann mit dem Fahrzeug unterging. Die sofort herbeigerufene DLRG-Tauchergemeinschaft konnte nach der Befreiung des Mannes trotz sofortiger Wiederbelebung

nicht mehr verhindern, daß der Mann kurze Zeit später an der Unfallstelle starb.

Bereits zwei Wochen später erreichte die Tauch- und Einsatztruppe ein erneuter SOS-Ruf: Ein junger Müllwerker hatte sich unberechtigterweise an einem Sonnabend gegen 19 Uhr einen Müllwagen angeeignet und ging auf Irrfahrt durch Offenburg. Dabei versuchte er eine Bahnunterführung zu benutzen, die für dieses Gefährt zu niedrig war. Dem Kfz wurde der Aufbau abgerissen, und der Rest des Brummis schleuderte über ein Geländer in den Mühlbach, wo der Wagen versank. Nur beherzten Passanten, die sofort hinterhersprangen, hat der Mann sein Leben zu verdanken, wurde aber schwer verletzt. Der materielle Schaden: zwei demolierte Brücken, ein unbrauchbarer Müllwagen und ein Riesenaufgebot an Rettungsdiensten, darunter auch die DLRG, die bei der Bergung half. (btg)

Schwedisches Eisrettungsgerät für den Einsatz in Deutschland getestet

## Das Hansa-Board für die Eisrettung

DLRG-Aktive bewerteten Einsatzmöglichkeiten und -grenzen

Während des ausklingenden Winters konnte man auf dem Reihersee bei Lüneburg seltsam bekleidete Gestalten sehen, denen es offensichtlich viel Spaß bereitete, sich im brechenden Eis zu tummeln. Einige der Zuschauer trauten sich zu fragen, und schnell war eine Antwort erteilt: Bei dem Rettungsgerät handelte es sich um das schwedische Hansa-Board, eine Erfindung von Urban Kraft aus Bollnäs. Er hatte das Board vor sechs Jahren entwickelt und es wird seit drei Jahren er-

folgreich in Schweden von der dortigen Rettungsorganisation zur Eisrettung eingesetzt.

Der Technische Leiter des DLRG-Präsidents und Ortsgruppen-Vorsitzende von Lüneburg, Dr. Klaus Wilkens, hatte den Test ermöglicht. Unter Leitung von Christian Labusch testeten zehn Lüneburger Rettungsschwimmer das Hansa-Board.

Bei dem Hansa-Board (H-B) handelt es sich um eine Art Rettungsbrett in Bob-



form, das 3,5 Meter lang und 0,63 Meter breit ist. Es besteht aus Kunststoff mit inwendigen Aluminiumverstärkungen. Das Gewicht beträgt 33 Kilogramm bei einer Tragfähigkeit von 290 Kilogramm. Zur Ausrüstung gehören: ein Kunststoff-Doppelpaddel, ein Teleskop-Bootshaken, eine Hansarettungsleine fest montiert, eine Alu-Rettungsdecke, zwei Leuchtstäbe sowie ein Paar Eispickel. Vorn und hinten befinden sich auf dem Board Griffe aus Metall und im hinteren Teil ein Sichtfenster mit angesetzter Taucherbrille.

Über die gesamte Länge sind acht Halteschlaufen angebracht.

Das „H-B“ kann von einem oder zwei Rettern bewegt werden. Hierzu besteht die Möglichkeit, sich im Liegen, Sitzen und Stehen fortzubewegen sowie durch Schieben oder Ziehen bei entsprechender Eisstärke. Zum Vorwärtskommen können die Eispickel (es sind kleine Hölzer mit Metallhorn) benutzt werden, hierzu ist die „Raddampfer-Armbewegung“ ähnlich dem Rettungsbrett erforderlich. Im Sitzen erfolgt der Einsatz des Paddels.

Hierzu muß rauhes Eis vorhanden sein, da sonst das Paddel nicht faßt. Im Stehen bietet der Bootshaken, der an der Unterseite einen Eisdorn hat, gutes Vorwärtskommen mit einer guten Dreh- und Wendemöglichkeit des Boardes. Offenes Wasser wird im Liegen in „Fortbewegungsmethode Rettungsbrett“ oder im Sitzen mit dem Paddel durchfahren. Das „H-B“ kann gleichzeitig als Trage an Land genutzt werden. Hierbei können zwei Retter das Board wie eine übliche Trage tragen, oder auch ein Retter, indem er das „H-B“ hinter sich herzieht, und das Heck auf dem Boden schleift.

Bei dem ersten Test mit Erfinder Urban Kraft am 6. März bestand auf dem Reihersee eine feste Eisdecke von ca. 25 Zentimeter.

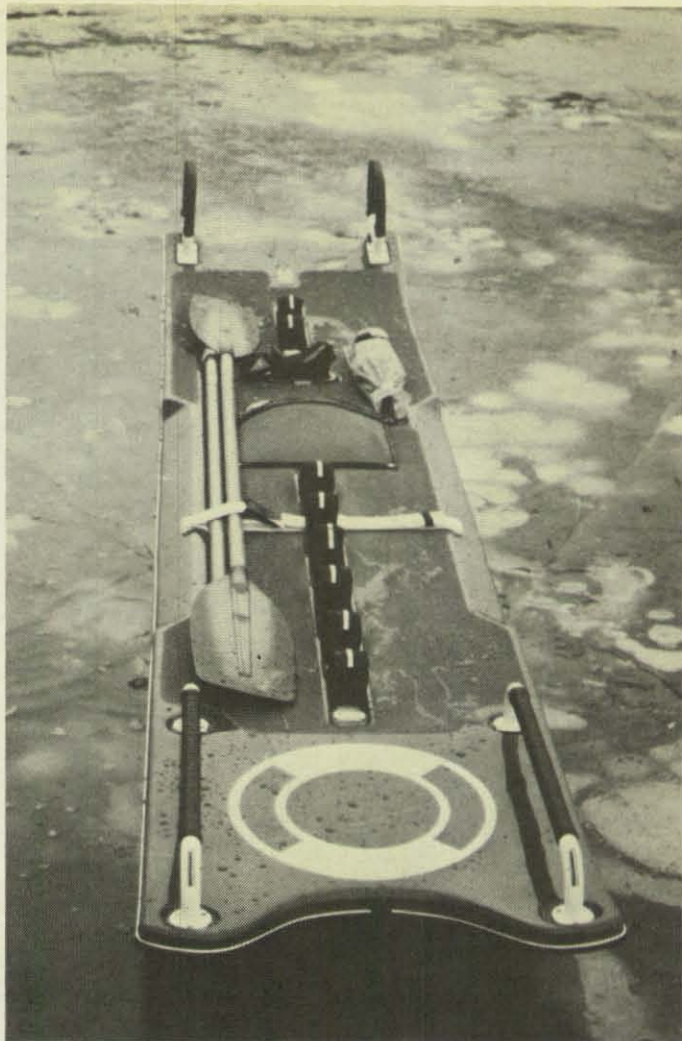
Um die Bergung demonstrieren zu können, wurde ein 1 x 1 Meter großes Loch in das Eis geschlagen. Urban Kraft zeigte dem anwesenden Dr. K. Wilkens und Mitarbeitern der OG Lüneburg die Verwendungsmöglichkeiten mit einem oder zwei Rettern.

Kraft sprach von überdurchschnittlich guten Möglichkeiten zur Eisrettung, auch bei offenen Wasserstellen bzw. brüchigem Eis. Da keine Wasserstelle vorhanden war, mußte sich der Test auf das Eisloch und das Festeis beschränken.

Einige Tage später erfolgten bei zunehmend warmem Wetter zwei weitere Tests durch die Lüneburger Rettungsschwimmer. Hier konnten alle Arten der Fortbewegung und der Rettung getestet werden.

Es stellte sich heraus, daß selbst bei brüchigem Eis ein gutes und schnelles Vor-

**Das Rettungsgerät Hansa-Board.**



**Die Fortbewegung mit Hilfe von zwei Eispickeln.**



**Die Eispickel werden mit einer praktischen Halterung griffbereit um den Hals getragen.**





Mit dem Hansa-Board auf dem Weg zum „Opfer“.



Gesichert durch eine Rettungsleine wird mit dem Hansa-Board ein „Opfer“ aus dem Eis geborgen...



... und an Land gebracht.



ankommen mit Hilfe der Eispickel möglich war.

Ohne diese ist eine Fortbewegung auf glattem Eis kaum möglich.

Zwei Personen hatten im brechenden Eis einen guten Auftrieb und konnten sich, während sie zum „Einsatzort“ liefen, noch auf das „H-B“ legen, bevor das Eis ganz zerbrach. Im zerbrochenen Eis ist eine Fortbewegung mittels des Paddels und in Form der „Rettungsbrettart“ gut möglich.

Bei der Bergung eingebrochener Personen, wenn diese noch ansprechbar sind, wird im Liegen an die Person herangefahren. Sie kann sich dann an den Haltegriffen festhalten und auf das Board ziehen.

Ein Zurückkommen auf festes Eis ist, soweit der Schwerpunkt noch auf dem Eis liegt, ohne Schwierigkeiten möglich. Bei brüchigem Eis muß sich der Retter umdrehen und in die neue Fahrtrichtung schauen; sonst ist ein Erreichen des Festeises unmöglich. Hierbei muß ihn der Gerettete soweit möglich unterstützen.

Bei nichtansprechbaren Personen, die von einem Retter auf das „H-B“ gezogen werden müssen, kann es im brüchigen Eis passieren, daß der Retter mit dem Brett ebenfalls einbricht, dann den Bewußtlosen bergen und sich im Liegen oder paddelnderweise auf das Eis zurückarbeiten muß.

Hierbei ist das Auffahren auf Festeis (5

bis 10 Zentimeter dick) nur unter großer Kraftaufwendung und nach mehrmaligen Versuchen möglich. Auch fiel der Gerettete wieder vom Brett ins Wasser zurück und mußte erneut geborgen werden. Bei dem Versuch, das Opfer erneut seitlich zu bergen, kippte das „H-B“ um und der Retter lag auch im Wasser.

Bei allen Tests hat sich gezeigt, daß es von Vorteil ist, wenn grundsätzlich mit einem zweiten Retter gearbeitet wird. Dieser hält dann mit der zugehörigen Rettungsleine (300 Meter Länge), die hinten am Board befestigt wird, die Verbindung zum ersten Retter und fixiert so das Board. Nun ist auch die Bergung eines Bewußtlosen gefahrlos und leicht möglich. Der Abstand zwischen den Rettern sollte 20 bis 30 Meter nicht überschreiten, da sonst eine gute Fixierung nicht möglich ist und die Stabilität verloren geht. Das Bergen einer Person erfolgt durch Heraufziehen über den sich absenkenden Bug. Das seitliche Aufladen ist unter größerem Kraftaufwand auch gut möglich.

Getestet wurde auch das Durchfahren von brüchigem Eis über eine Entfernung von ca. 250 Metern, die zunächst von einem Retter mittels Eispickeln und Paddeln zurückgelegt wurde, dann wurden Opfer und Retter zurückgezogen. Hierbei ist jeweils ein gutes Vorankommen möglich, soweit die Leine sich nicht im Eis verfängt und der Leinenführer gute Führung hält. Beim Zurückziehen muß darauf geachtet werden, daß die Geschwindigkeit nicht zu hoch ist, dann kann es zum Kippen des „H-B“ kommen, wenn es auf eine Eisscholle trifft.

Der Beginn der Wiederbelebung ist beim Transport gut möglich, da das „H-B“ sehr kippstabil ist. Abschließend kann gesagt werden, daß das „H-B“ durchweg gute Möglichkeiten zur erfolgreichen Eisrettung bietet. Es müssen jedoch entgegen den Herstellerangaben einige Abstriche in der Brauchbarkeit gemacht werden. Hier wird auch bei Einzelrettern von guten Eigenschaften gesprochen, die wir widerlegen mußten.

Ein Einsatz mit nur einem Retter erscheint uns zu gefährlich und in der Regel nicht durchführbar, es sei denn, es besteht durchweg eine feste Eisdecke und daß der Retter nicht ins Brucheis fahren muß.

Grundsätzlich sollte ein Einsatz mit zwei Rettern erfolgen, bei dem einer die Rettung und einer die Sicherung vornimmt.

Eine Verwendung seitens der DLRG sehen wir nur im Bereich solcher Ortsgruppen und Bezirke, die eine aktive Eisrettung durchführen. Vielmehr wird ein Einsatz bei den Feuerwehren größer und eher möglich sein.

Kai Pingel/Christian Labusch



## Presseschau des Inlands

### Nachteile für Katastrophenschutz befürchtet

Der geplante Abbau von Wehrdienstbefreiungen für Helfer des Zivil- und Katastrophenschutzes bedeutet nach Aussagen von Experten der Hilfeorganisationen und der Innenbehörden der Länder eine Gefahr für die Funktionsfähigkeit dieser Dienste und damit eine Schwächung der Glaubwürdigkeit der Gesamtverteidigung. Diese Auffassung wurde am zweiten Tag der Anhörung des Verteidigungsausschusses zu den Maßnahmen deutlich, mit denen die Bundesregierung in den neunziger Jahren den Personalbestand der Bundeswehr sicherstellen will. Dabei ist außer der Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate auch vorgesehen, die Zahl der vom Wehrdienst befreiten Katastrophenschutz Helfer von 17 000 auf 10 000 zu verringern.

Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Paul Kolb, erhob zwar keine Bedenken gegen eine „behutsame“ Reduzierung der „Freistellungsquote“, forderte aber, dann den Organisationen — vom Technischen Hilfswerk über die Feuerwehren bis zum Roten Kreuz — einen finanziellen Ausgleich zu geben. Die Freistellungs-Reduzierung werde den ohnehin derzeit nicht „bedarfsgerechten Zustand festschreiben“. Widerspruch vom Vertreter der Hamburger Innenbehörde erntete er für den Vorschlag, Polizisten künftig nicht mehr vom Grundwehrdienst zu befreien. Die Bundesregierung hat aber nicht die Absicht, wie im Ausschuß klargestellt wurde, an der Wehrdienstbefreiung von Polizisten zu rütteln.

Ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes kritisierte, die Wehrdienstverlängerung werde zu einer Verschärfung der Probleme der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt führen. Dem widersprach der Sachverständige der Arbeitsgebernvereinigung. Mit dem Hinweis, auch in den neunziger Jahren werde eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitskräftemarkt herrschen, versuchte er die Sorge zu zerstreuen, die Bundeswehr könne in große Schwierigkeiten bei der vorgesehenen Anwerbung

zusätzlicher Freiwilliger geraten. Es werde bis zum Jahr 2000 einen Angebotsüberhang auf dem Arbeitsmarkt geben.

Die Union sah sich nach der zweitägigen Anhörung in ihrer Ansicht bestätigt, daß die Wehrdienstverlängerung nur geringe berufliche und schulische Nachteile für die Grundwehrdienstleistenden bringen werde. Sozialdemokraten und Grüne erklärten hingegen, niemand habe in der Anhörung schlüssig bewiesen, daß die Dienstverlängerung um drei Monate von Juni 1989 an tatsächlich notwendig sei.

Die SPD würde nach den Worten ihres Wehrexperthen Horst Jungmann deshalb bei einer Regierungsübernahme die Wehrdienstverlängerung zunächst stoppen und eine unabhängige Wehrstrukturkommission einsetzen. Diese solle die „Ungereimtheiten“ der Pläne der jetzigen Bundesregierung offenlegen. Ferner wollten die Sozialdemokraten dann den Umfang der Streitkräfte neu festlegen, sagte Jungmann. (Süddeutsche Zeitung)

### BZS-Präsident Dusch: Bedeutung des Zivil- und Katastrophenschutzes bewußter machen

Die Bürger Oberfrankens sind für die Belange des Zivilschutzes aufgeschlossener als die anderen Regionen der Bundesrepublik. Diesen Eindruck hat der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans Georg Dusch, bei einer zweitägigen Bereisung des Regierungsbezirks und zahlreichen Fachgesprächen mit Mitarbeitern und Helfern des Zivilschutzes gewonnen. Dusch, der seit sieben Monaten an der Spitze der Bundesbehörde steht, die einen Etat von rund 700 Millionen Mark jährlich verwaltet, meinte zum Abschluß seines Besuchs, der auf Einladung von Bezirkstagspräsident Edgar Sitzmann zustandekam, daß trotz dieser offenkundig grenzlagebedingten Sensibilität noch ein großer Informationsbedarf bestehe, um die Aufgabe und die Bedeutung des Zivil- und Katastrophenschutzes bewußter zu machen.

Mangelnder Kenntnisstand hat der Präsident dabei insbesondere bei verschiedenen Kommunalpolitikern feststellen müssen. Wie er in einer Pressekonferenz auf der Plassenburg nach den Gesprächen feststellte, die er mit Kommunalpolitikern in Bayreuth, Bamberg und Kulmbach geführt hatte, betrifft die Unkenntnis vor allem die Finanzierungsmöglichkeiten des Schutzraumbaus. Dusch wies darauf hin, daß seit 1982 die Bundesmittel für die Bezuschussung von öffentlichen Schutzraumbauten erheblich ausgeweitet worden seien. Selbst die Mehraufwen-

dungen für den schutzraumbedingten Unterhalt von Bauten würden bezuschußt werden. „Es kann davon ausgegangen werden, daß öffentliche Mittel zur Verfügung stehen, wenn ein Antrag kommt.“

Nur für 3,7 Prozent der Bundesbürger stehen laut Dusch gegenwärtig schon Schutzplätze zur Verfügung. „Gegenüber der Schweiz ist das vernichtend gering.“ Beim privaten Schutzraumbau sei die Situation noch viel unbefriedigender. Mangelnde Kenntnisse auf diesem Gebiet macht Dusch dabei auch bei Architekten ausfindig.

Die bei dem Besuch in Oberfranken von Bezirkstagspräsident Sitzmann an ihn herangetragene Anregung, den Ausbau von aufgelassenen Stollen zu Schutzräumen überprüfen und in ein Förderprogramm aufnehmen zu lassen, will Dusch aufgreifen. Der zuständige Referent der Regierung von Oberfranken, Hans-Karl Münch, sieht dabei wie Sitzmann gerade in Oberfranken mit seiner Bergwerkstradition viele Möglichkeiten.

Aufgeschlossen zeigte sich Dusch auch den Wünschen gegenüber, die ihm vor allem vom Bayreuther Landrat Dr. Klaus-Günter Diemel und dem Bayreuther Oberbürgermeister Hans Walter Wild vorgetragen worden waren. Die beiden hatten insbesondere die Praxisferne mancher Entscheidungen bei Beschaffungen gerügt. „Die Helfer, die mit dem Gerät arbeiten, sollen auch eine Mitsprachemöglichkeit bei der Beschaffung bekommen,“ versicherte Dusch auch gegenüber Regierungsvizepräsident Dr. Helmut Weidener sowie in Kulmbach gegenüber Landrat Herbert Hofmann und Oberbürgermeister Dr. Erich Stammberger.

Ein besonderes Augenmerk will Dusch auf die Nachwuchswerbung richten. Nachdem die Zahl derer, die sich durch eine zehnjährige Verpflichtung für den Zivilschutz vom Wehrdienst befreien lassen können, von derzeit jährlich 17 000 um bis zu 3 000 Männer abgebaut werden soll, weil die Bundeswehr selbst Nachwuchsprobleme hat, will das Bundesamt über eine entsprechende Jugendarbeit dafür sorgen, daß sich für ein Mitwirken im ehrenamtlichen Bereich vor allem auch diejenigen interessieren, die ihren Wehrdienst schon hinter sich haben.

„Wir ackern weiter wie bisher“, versicherte in diesem Zusammenhang der Leiter der Dienststelle Hof des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Boris Söllner, dem Präsidenten, der als Zinnfigurenliebhaber seine Oberfrankenvisite, die zugleich auch Antrittsbesuch in Bayern war, mit einer Besichtigung des Deutschen Zinnfigurenmuseums auf der Plassenburg abschloß.

(Günter Höb in „Frankenpost“)



## Presseschau des Auslands

### Basler Kaserne für den Zivilschutz?

Nachdem die Stimmbürger das geplante Zivilschutz-Zentrum des Kantons Basel-Stadt im Bässlergut massiv abgelehnt haben, ergibt sich eine ganz neue Situation. Grundsätzlich ist festzuhalten, daß wir den Zivilschutz brauchen und die Notwendigkeit einer Zivilschutz-Anlage von einer großen Bevölkerungsmehrheit nicht in Frage gestellt wird.

#### Theorie in der Kaserne?

Wie bereits früher erwähnt, sollte nun dringend geprüft werden, ob die theoretische Zivilschutz-Ausbildung in der alten Kaserne durchgeführt werden könnte. Mit einem relativ geringen Aufwand könnte dort ebenfalls in kürzester Zeit die gesamte Leitung des Zivilschutzes untergebracht werden. Die verschiedenen Organisationen und Künstler, welche heute einige Räumlichkeiten der alten Kaserne beanspruchen und auch benötigen, können ganz gut anderswohin verlegt werden, da entsprechende Möglichkeiten bestehen, wenn man gewillt ist!

#### Alte Kiesgrube?

Für die Durchführung der praktischen Arbeiten wäre ein geeigneter Platz, z. B. ein ausgetöntes Kiesgrubenareal oder dergleichen, ins Auge zu fassen. Früher mußten die Sanitätskompanien ja auch für die praktischen Arbeiten im Felde disloziert werden.

#### Verschiedene Vorteile

Vorteile, die für die Requirierung der alten Kaserne sprechen, sind folgende:

1. Diese Lösung brächte finanziell keine allzugroße Belastung, zumal einzig die Renovation der Kaserne vorgenommen werden müßten.
2. Dieses Projekt könnte innert nützlicher kürzester Frist realisiert werden.

3. Verkehrstechnisch ganz ideal gelegen, indem die Kaserne mit Tram oder Bus, also mit den öffentlichen Verkehrsmitteln, direkt erreichbar ist.

4. Genügend Schulungsräumlichkeiten und Materialmagazine sowie EB- und Küchenräume sind in der Kaserne bereits vorhanden.

5. Der Kasernenhof bliebe der Öffentlichkeit weiterhin erhalten.

6. Die Kaserne bliebe praktisch weiterhin ein militärisches Objekt.

7. Auto-Parking wäre gegeben, da ja voraussichtlich ohnehin eine unterirdische Autoeinstellhalle geplant ist.

8. Alle Zivilschutzteilnehmer könnten jeden Abend zu Hause schlafen.

#### Günstige Alternative

So gesehen wäre diese Alternative für den Kanton Basel-Stadt die günstigste und durchaus annehmbar. Ich bin überzeugt, daß die Mehrheit der Stimmbürger im Kanton Basel-Stadt sich mit dieser Variante einverstanden erklären könnte.

(Erwin Bettschen in „Basler Zeitung“)

### Österreich: Im Zivilschutz fehlen Planung und Koordination

Der Umbau des Wiener U-Bahn-Systems in einen riesigen Atomschutzbunker ist Illusion. Die Errichtung von billigen Grundschutzräumen für alle Österreicher hat Vorrang. „Denn gegen einen nuklearen Holocaust im Kriegsfall oder auch nur, wenn in Tschernobyl auch die anderen Reaktorkerne geschmolzen wären, gibt es keinen Schutz.“ Einige markante Aussagen von Innenminister Karl Blecha, der gestern in einer Pressekonferenz Bilanz über den eingestandenermaßen höchst mangelhaften Zivilschutz zog.

Zivilschutz bedeute nicht, wie zwanzig Jahre hindurch postuliert, Schutz der Zivilbevölkerung vor Kriegseinwirkungen, sondern sei als umfassender Bürgerschutz zur Abwehr von Bedrohungen jeglicher Art zu verstehen und habe durch behördliche Maßnahmen und den Selbstschutz des einzelnen getragen zu werden, sagte der Minister. Nur wenn jeder Bürger diese Funktion erfülle, könne er die zivile Landesverteidigung im Neutralitäts- und Verteidigungsfall tragen.

In 55 österreichischen Gemeinden und Stadtteilen startet mit Informationsveranstaltungen ein Pilotprojekt, dessen Ziel die Errichtung von Selbstschutzzentren in allen österreichischen Gemeinden bis 1987 ist. In diesen Selbstschutzzentren

soll jeder Bürger beraten und geschult werden, wie er sich gegen Schadensfälle in allen Bereichen schützen kann. Dazu gehören Primärbrandbekämpfung, Erste Hilfe und Hauskrankenpflege ebenso wie richtige Bevorratung.

Am Wiener Laaer Berg findet eine Großveranstaltung im Rahmen der Zivilschutz-tage statt. Wien hat überhaupt – spät aber doch – die Zeichen der Zeit erkannt. Zwar hat es als einziges Bundesland keine Schutzraumbaupflicht und ist auch allein das „große Loch“ im funkgesteuerten Warn- und Alarmsystem, seit Tschernobyl aber sind einige Initiativen gesetzt worden. Umwelt-Stadtrat Helmut Braun berichtete von der Erstellung eines Katasters für vorhandene Räume, in denen sich die Bevölkerung bei „gefährlichen Strahlensituationen“ ein bis zwei Wochen aufhalten könne.

Der Innenminister verlangt vor allem die verfassungsmäßige Verankerung des Zivilschutzes und die Koordination aller länderüberschreitenden Maßnahmen in seinem Haus. Von einem eigenen Bundeskatastrophenschutzgesetz hält Blecha nichts: „Das ist nicht durchzubringen, weil es zu tief in die Rechte der Länder eingreife.“

Im neuen Bundesamtsgebäude auf dem Minoritenplatz entsteht eine moderne Bundeswarnzentrale mit einer EDV-gesteuerten Einsatzmitteldatei, von der jederzeit alle Ressourcen auf personellem und materiellem Gebiet abgefragt werden können. Typisch österreichisches Kuriosum: Der Bau von Grundschutzräumen wurde „vergessen“.

Die gestern von den VP-Abgeordneten Stummvoll und Burgstaller heftig kritisierten Informationsmängel und -verwirrungen nach dem GAU von Tschernobyl erklärte der Innenminister so: „Die Koordination zwischen Bund und Ländern hat einfach nicht funktioniert.“ Deshalb seien Rahmenplanempfehlungen auszuarbeiten, an die sich dann die Länder halten müßten. So gebe es schon seit 1982 einen Sanitätsplan und seit 1985 einen Flüchtlingsplan, keine Vorsorge sei bisher aber hinsichtlich eines Evakuierungsplans bei Flutkatastrophen und Erdbeben getroffen worden.

Herbe Kritik am Zivilschutz, insbesondere beim Schutzraumbau, übten auch Architekt Walter Hildebrand und Univ. Prof. Herbert Sorantin: „Bei Tschernobyl sind wir mit zwei blauen Augen davongekommen. Wir brauchen einen funktionierenden Katastrophenplan. Und wir brauchen endlich ein Zivilschutzministerium.“ Blecha dazu: „Das ist eine Privatmeinung. Ein neues Ministerium brauchen wir sicher nicht.“

(Peter Zehrer in: „Die Presse“, Wien)



# Wissenschaft & Technik

## Ölwehr sorgt für klare Verhältnisse

Neben aufsehenerregenden Öl-Katastrophen belasten zahlreiche Öl-Verschmutzungen kleineren Ausmaßes unsere Gewässer und gefährden so die Wasserversorgung durch Eindringen ins Grundwasser. Unfälle bei Öltransport, -lagerung und -verbrauch kommen trotz Absicherung häufig vor; gerade bei Schäden mittlerer Größe ist aber oft kein geeignetes Hilfsmittel zur Hand.

Als unkomplizierte, effektive Sofortmaßnahme bieten sich für diese Fälle spezielle Ölvliese an. Sie stoßen Wasser ab (schwimmfähiger Anteil: 99%) und absorbieren Öle, Kraftstoffe sowie zahlreiche weitere Arbeitsstoffe bis zum 25fachen des Eigengewichtes.

Als Schleier wischen die Ölvliese Ölschichten und dünnste Ölfilme von der Wasseroberfläche. Ein zusätzliches Absaugen ist nicht erforderlich. Als Einwegölsperre gewährleisten sie eine sichere Absperrung. Öllachen werden eingegrenzt, absorbiert und am Weitertreiben gehindert.

Die Entsorgung ist denkbar einfach: Schläuche und Tücher sind rasch und rückstandsfrei zu bergen. Sie können anschließend ohne zusätzliche Umweltbelastung verbrannt werden; hohe Folgekosten entstehen nicht.

(Foto: 3 M)

## Neue Hör-Sprecheinrichtung

Eine neue Hör-Sprechgarnitur in Verbindung mit Vollsichtmaske und Preßluftatmer stellt die optimale Verbindung zu Handfunksprechgeräten dar. Mikrofon, Lautsprecher und Tastatur sind in einem Gehäuse integriert; somit stören in keiner Weise irgendwelche Kabel.

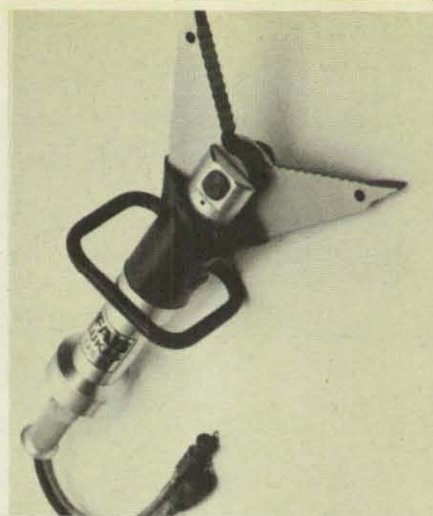


Eine zweite Ausführung hat eine sogenannte Sprechschwellenschaltung, d. h., sobald der Benutzer zu sprechen beginnt, schaltet sich das Gerät automatisch ein. Er hat also alle Hände frei, was im besonderen bei der Benutzung von Atemschutzgeräten zusammen mit Chemikalienschutzanzügen von Vorteil ist.

(Foto: Matter)

## Kombiwerkzeug zum Spreizen, Schneiden, Ziehen

Mit drei Tonnen Spreizkraft an den Spitzen reißt ein neues Kombiwerkzeug mühelos Pkw-Türen aus den Angeln; ebenso drückt und hebt es tonnen schwere Lasten, z. B. bei Bergungs- oder Abbrucharbeiten.



Die beiden Messer bestehen aus Spezialstahl. In der Mitte der Schneideflächen packen 7,5 t Schnittkraft zu. Stahlblech (ST 37-2) bis 8 mm und Rundstahl (C 35 K) bis 20 mm Dicke sind kein Problem. In Verbindung mit einem Kettensatz zieht das Gerät Lasten bis 5,5 t.

Durch den symmetrischen Haltebügel und den Drehschaltgriff ist das nur 15 kg schwere Gerät sowohl von Rechts- als auch von Linkshändern einfach zu bedienen. Das Kombiwerkzeug und die zum Betrieb notwendige Hand- oder Motorpumpe werden über unverwechselbare Schnellkupplungen miteinander verbunden. Das senkt den Zeitaufwand und erhöht die Sicherheit.

(Foto: FAG Kugelfischer)

## Meß- und Alarmsystem für brennbare Gase und Sauerstoffmangel

Dieses neu entwickelte und jetzt erstmals vorgestellte Gerät zeichnet sich durch seine Digitalanzeige und überlange Betriebszeit (20 Stunden im Überwachungsbetrieb) aus. Das Gerät ist Europannorm Ex-schutz-geprüft und anerkannt.



Es hat im 3-Sekunden-Takt abwechselnde Messungen von brennbaren Gasen und Sauerstoff. Optischer und akustischer Alarm bei Auslösung bei 20 % UEG (= 1 Vol-% CH<sub>4</sub>) und Unterschreitung von 18 Vol-% O<sub>2</sub>.

(Foto: Matter)





# Neue Bücher

## Feuerlöschmittel

Von Friedrich Kaufhold  
und Alfons Rempé  
3. Auflage  
Verlag W. Kohlhammer,  
7000 Stuttgart 80

Die Verfasser haben es sich zur Aufgabe gemacht, dem Brandschutzpraktiker ein umfassendes Bild des heutigen Wissensstandes über die verschiedenen Feuerlöschmittel, ihre Eigenschaften und Wirkungsweise sowie über die Möglichkeiten und Grenzen ihrer praktischen Anwendung zu vermitteln. Der Zielsetzung des Buches entsprechend sind die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Praxis besonders berücksichtigt worden, wobei auch die Gefahren und Mißerfolge, die sich bei falscher oder unsachgemäßer Anwendung der Löschmittel ergeben können, deutlich herausgestellt werden.

Neben den Kräften der Feuerwehr kann das Buch auch den technischen Mitarbeitern der Feuerversicherungen, den Sicherheitsingenieuren der Industrie, den Beamten der Gewerbeaufsicht und allen Personen, die mit Sicherheitsaufgaben betraut sind, nützliche Informationen bieten.

## Erste Hilfe im Haushalt und Betrieb

Von P. M. Hermanns  
Hippokrates Verlag GmbH,  
7000 Stuttgart 1

Das Buch weist auf tägliche Gefahrenquellen und deren Verhütungsmöglichkeiten hin und gibt praktische Ratschläge zur Ersten Hilfe bei Verletzungen, akuten Erkrankungen und zur häuslichen Krankenpflege. Ein spezielles Kapitel geht auf Erkrankungen bei Kindern ein.

Medizinische Fachbegriffe werden erläutert und Anschriften von Beratungsstellen, Hilfsdiensten und Berufsgenossenschaften aufgeführt. Illustrationen weisen auf Unfallsituationen hin und geben verständliche graphische Anleitungen zur Ersten Hilfe.

## Feuerwehrfahrzeuge im Wandel der Zeit und die Einsatzpraxis

Von H.-J. Profeld und R. Fröhlich  
Verlag Wenzel, 3550 Marburg 1

Der aufwendig gestaltete Bildband präsentiert auf 300 Seiten über 600 Farbfotos und 45 historische Schwarzweißfotos. Vorgestellt werden Feuerwehrfahrzeuge aller bekannten Hersteller von der Vorkriegszeit bis zur Gegenwart. Eine ausführliche technische Beschreibung gibt eine genaue Übersicht über die Klassifizierung und die technischen Merkmale der Fahrzeuge.

Eindrucksvolle Farbfotos aus der Einsatzpraxis – vom Wald- und Wiesenbrand bis zur Brandkatastrophe – vermitteln darüber hinaus besonders durch Großaufnahmen einen realitätsbezogenen Einblick in die Arbeit der Feuerwehr.

Die beiden Autoren sind Angehörige der Berufsfeuerwehr München. Sie stellen in dem Buch aber nicht nur Fahrzeuge der Münchner Feuerwehr vor, sondern auch von anderen Berufsfeuerwehren sowie zahlreichen Freiwilligen Feuerwehren und Werkfeuerwehren.

## Vorbeugender baulicher Brandschutz

Von Kurt Klingsohr  
2. überarbeitete Auflage  
Verlag W. Kohlhammer,  
7000 Stuttgart 80

Wer mit der Errichtung eines Gebäudes befaßt ist, sei er Bauherr, Architekt, Projektant oder Ausführer, der wird früher oder später mit Problemen des Vorbeugenden Brandschutzes in Berührung kommen. Es soll Aufgabe des vorliegenden Buches sein, den Zusammenhang zwischen den Zielvorstellungen des Vorbeugenden Brandschutzes, den grundlegenden Rechtsbestimmungen und den technischen Ausführungsmöglichkeiten herzustellen.

Damit soll das Verständnis für den Sinn der Bestimmungen gestärkt werden, die wegen ihrer Vielzahl und Streuung natürlich in diesem Rahmen nicht einzeln dargestellt werden können. Da sie aber alle letztlich dem selben Ziele dienen, genügt es, das Gerüst des Systems „Vorbeugender Brandschutz“ darzustellen.

Die Schrift richtet sich weniger an den versierten Brandschutzexperten, sondern vielmehr an Studierende oder Auszubildende und Angehörige der Bauaufsicht, der Feuerwehr, Sicherheitsingenieure, Technische Aufsichtsbeamte und Betriebsleiter.

## Der akute Thorax

Von H. J. Streicher und J. Kussmann  
Perimed Fachbuch Verlagsgesellschaft  
mbH, 8520 Erlangen

Lebensbedrohliche, von den Thoraxorganen ausgehende, akute Krankheitsbilder oder Verletzungsfolgen, die einer dringenden Behandlung bedürfen, werden unter dem Begriff „akuter Thorax“ zusammengefaßt. Stets führen sie zu einer schweren Störung von Atmungs- und Kreislauffunktionen.

Der vorliegende Band befaßt sich mit diagnostischen und therapeutischen Problemen sowohl im präklinischen als auch im klinischen Bereich. Es soll nicht nur dem Notarzt, sondern auch dem Rettungssanitäter und allen an der Notfallversorgung beteiligten Ärzten und Helfern in Praxen, Ambulanzen und Krankenhäusern ein Überblick über den vielschichtigen Themenkreis gegeben werden.

## Ergänzung zu Sammelwerken

Roeber/Such/Keil  
Wassersicherstellungsgesetz  
Band 2: Leitfaden für den Praktiker  
17. Ergänzungslieferung  
Verlag für Verwaltungspraxis  
Franz Rehm GmbH & Co. KG,  
8000 München 80

Mit der vorliegenden 17. Ergänzungslieferung wird das Werk auf den Stand vom 1. September 1985 gebracht. Schwerpunkte bilden das vom Bundesministerium des Innern mit Rundschreiben Nr. 76 eingeführte „Arbeitsblatt 11: Vorläufiges Merkblatt für die Planung wasserwirtschaftlicher Vorsorgemaßnahmen zur Trinkwasser-Notversorgung nach dem Wassersicherstellungsgesetz in ländlichen Räumen“ und der Abdruck der übrigen, seit Erscheinen der letzten Lieferung ergangenen ministeriellen Rundschreiben zur Durchführung des Wassersicherstellungsgesetzes.

Der Stand der Durchführung und die Gesamtausgaben im laufenden Schwerpunktprogramm „Trinkwasser-Notversorgung aus Brunnen und Quelfassungen“ und im Zukunftsinvestitionsprogramm, Teilprogramm Wasser „Notversorgung und großräumiger Ausgleich“ der Jahre 1977 bis 1980 wurden auf den Stichtag vom 31. 12. 1984 ergänzt und fortgeschrieben.

Weiterhin wurden die in neu erlassenen Bautechnischen Grundsätzen für verschiedene Schutzraumarten enthaltenen Bestimmungen für die Wasserbevorratung abgedruckt. Damit befindet sich das Werk wieder auf neuestem Stand.



Günter Lämmel

## Das Minimagazin

### Allgemeines

Der GWK 72 gehört zum Bergungsdienst im Katastrophenschutz und ist im Bergungszug der Gerätegruppe zugeordnet.

### Personelle Besetzung

1 Gruppenführer  
1 Truppführer  
3 Bergungshelfer  
1 Kraftfahrer/Gerätewart  
insgesamt ist der GWK 72 mit **7 Sitzplätzen** (einschließlich Fahrersitz) ausgestattet.

### Aufgabenbereich

Der GWK 72 ist als Geräteträger für die vielfältige Fachdienstausstattung des Bergungszuges konzipiert worden. Im Rahmen seiner einsatztaktischen Möglichkeiten wird der GWK 72 für den Aufgabenbereich des Bergungszuges eingesetzt. Der Bergungszug rettet Menschen und birgt Tiere und Sachen aus Gefahrenlagen, einschließlich Wassergefahren.

### Aufbau

Auf serienmäßigen Fahrgestellen ist der Gerätekoffer aufgebaut. An den Seiten und am Heck befinden sich von außen zugängliche Gerätefächer. Die herunterklappbaren Bordwände dienen als Aufstieg und erleichtern die Be- und Entladung. Sie sind mit 300 kg belastbar. Die Aufbauseiten werden durch Rolläden verschlossen. Das begehbare Dach wird über eine Aufstiegleiter am Heck erreicht; es ist bis 600 kg belastbar. Das Fahrerhaus ist als Doppelkabine ausgelegt und bildet mit der Mannschaftskabine einen Raum. Genormte Aufsteckzapfen und Steckdosen an der Vorderfront machen den Einsatz eines Arbeitsstellscheinwerfers möglich.

### Fachdienstausstattung

Sanitätsgerät  
Schutzgerät  
Stromaggregat  
Werkzeug/Holzbearbeitung  
Werkzeug/Metallbearbeitung  
Räumgerät  
Tauwerk, Seile, Ketten, Schäkel  
Beleuchtungsgerät  
Sprenggerät (jeder 4. GWK)  
Feuerlösch- und Pumpgerät  
Hilfsgerät  
Verbrauchsmaterial

### Angaben zum Fahrgestell

Lkw-Fahrgestell mit Doppelfahrerhaus

Radstand:

LA 1 113 4 200 mm,  
170 D 11 FA 3 750 mm

Motor: 6-Zylinder-Diesel-Reihenmotor,  
LA 1 113 wassergekühlt, 96 bzw. 124 kW;  
170 D 11 FA luftgekühlt, 130 kW

Antrieb: 5-Gang-Synchrongetriebe, Zwischengetriebe,  
Straßen- oder Allradantrieb (4-Rad-Antrieb), Hinterachse mit Differentialsperre

Lenkung mit hydraulischer Lenkunterstützung

Länge 7 150, Breite 2 490, Höhe 3 050 mm, zul. Ges.-Gew. 11 000 kg

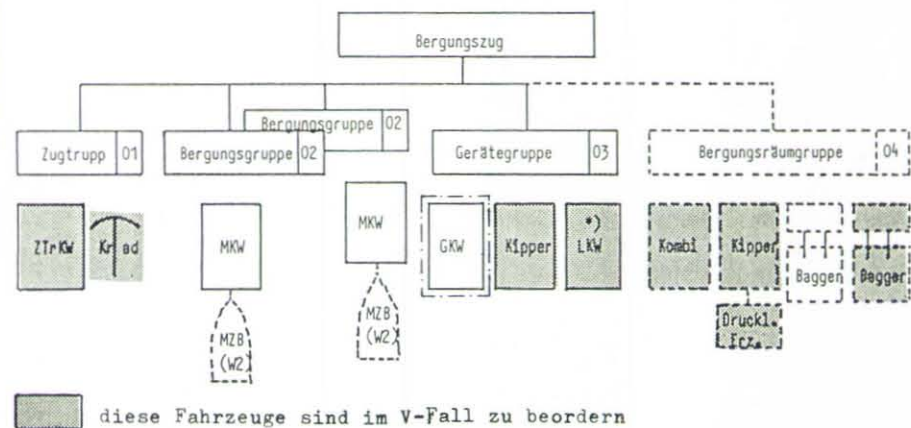
Bereifung 7fach, 9 R - 22.5

Über einen Nebenantrieb wird eine hydraulische Seilwinde angetrieben. Zug nach vorne 5 t, nach hinten 10 t. Der GWK ist mit einer Rundumkennleuchte ausgestattet. Zur Ausstattung gehört ein Satz Bordausrüstung über 2,5 t zul. Ges.-Gew.

# Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

(Bundesausstattung)

## Der Gerätekraftwagen 72 (GWK 72)





## Eine Idee bewährt sich



„Wie können wir unseren Fahrzeugpark kostengünstig aufstocken?“, fragte sich der ASB-Kreisverband Hannover Land/Schaumburg nach einem Auslandseinsatz. Die Hilfe nach der Erdbebenkatastrophe in Süditalien 1980 zeigte den Einsatzkräften, wie dringend notwendig einige Sonderfahrzeuge waren. Es fehlten Feldküchen- und Werkstattwagen, Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen sowie Lastkraftwagen.

Eine Neubeschaffung kam aus Kostengründen nicht in Betracht. So kam man auf die Idee, ausgemusterte Lkw des Bundesgrenzschutzes und der Polizei aufzukaufen, sie in eigener Werkstatt wieder aufzuarbeiten und als Sonderfahrzeuge auszustatten.

Die Idee bewährte sich auch, als es hieß, Lkw für den Transport von Hilfsgütern in die Hungergebiete Afrikas zu senden. Bis heute lieferte der ASB 41 instandgesetzte und tropentauglich gemachte Fahrzeuge in die Notstandsgebiete (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).

Unser Titelbild zeigt einen Teil des Fahrzeugparks des Kreisverbandes. Die Bilder auf dieser Seite zeigen links oben das ASB-Gebäude in Barsinghausen, oben rechts einen Werkstattwagen, unten ein neues Einsatzleitstellen-Fahrzeug.